

Inhaltsverzeichnis

Zur Studententagung am Grillhof 1968 Hellmuth Ladurner	1
Das alte Tirol als plurinationale Einheit und die Auswirkungen auf die Gegenwart Dr. Fritz Prior	2
Südtirol — Zeugnisse und Selbstzeugnisse Claus Gatterer	5
Diskussion über die Vorträge von Dr. Prior und Claus Gatterer	9
Geschichte Tirols bis zum Ersten Weltkrieg Dr. Fridolin Dörner	12
Die Geschichte Südtirols nach 1914 Dr. Karl Stuhlpfarrer	19
Diskussion über die Vorträge von Dr. Dörner und Dr. Stuhlpfarrer	24
Südtirol — Klischee und Wirklichkeit Dr. Manfred Nayer	26
Die Presse in Südtirol — Möglichkeiten der politischen Meinungsbildung Dr. Toni Ebner	29
Diskussion über die Vorträge von Dr. Nayer und Dr. Ebner	32
Staats- und gesellschaftspolitische Möglichkeiten nationaler Minderheiten Dr. Theodor Veiter	38
Diskussion über den Vortrag von Dr. Veiter	43
Forumsdiskussion Südtirol von morgen — Kontinuität oder Abbruch?	44
Arbeitskreis: Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zwischen Nordtirol und Südtirol: Einbahn oder Gegenseitigkeit?	57
1. Arbeitsgruppe: Hohe Kunst und Wissenschaft	57
2. Arbeitsgruppe: Volkskultur	57
3. Arbeitsgruppe: Massenmedien und Erwachsenenbildung	58
Tiroler Volksbildungsheim Grillhof	59
Die Referenten der Tagung	60
Schlußbemerkung	

Zur Studententagung am Grillhof 1968

weine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Seit Jahren bemüht sich die Hochschülerschaft, in eigenen Tagungen die Probleme des Landes den Südtiroler Hochschülern nahe zu bringen. Dies mag vielleicht etwas eigenartig klingen, da doch jeder angehende Akademiker zumindestens in großen Zügen über diese Fragen bereits informiert sein sollte. Daß dies aus zwei Gründen nicht der Fall ist, zeigt schon die eigenartige Situation, in der sich die Hochschüler unseres Landes befinden: Sie halten sich den Großteil des Jahres nicht in der Heimat auf und können den Kontakt mit dem eigenen Lande fast nur durch persönliche Beziehungen und über die einheimische Presse pflegen. D. h. jene Schicht, die mit aller Voraussicht das zukünftige Gesicht unseres Landes zeichnen wird, kann sich fast ausschließlich durch eine einzige Tageszeitung über das politische Tagesgeschehen informieren, die wegen der fehlenden Objektivität in der Berichterstattung nicht die Sympathien der Studenten genießt.

Aus diesem Grund freut es mich ganz besonders, daß Sie unserem Aufruf, aktiv an der Standortbestimmung des Südtirolers mitzuarbeiten, Folge geleistet haben. Ich möchte deshalb die anwesenden Gäste aus dem In- und Ausland sowie alle Kolleginnen und Kollegen im Namen des Vorstandes der Südtiroler Hochschülerschaft herzlich begrüßen.

Welche Ziele verfolgen wir mit der Themenstellung dieser Tagung? Es soll die Frage geklärt werden, wie sich die Südtiroler als Angehörige einer Minderheit im italienischen Staatsgefüge verstehen. Richtet man an einen Italiener die Frage, was die Südtiroler eigentlich seien, so wird er aus seinem nationalen Denken heraus, aus der Gleichsetzung der Begriffe von Nation und Staat, einfach antworten: sie seien Italiener; Italiener, denen man nicht ganz trauen könne. Ein Österreicher würde bei der gleichen Frage je nach seinem Alter entweder mit einer gewissen Schnauze darauf hinweisen, daß wir eigentlich doch Österreicher seien, oder aus Interesslosigkeit oder Unkenntnis der Sachlage die Antwort verweigern. Was sagen wir aber von uns selbst? Sind wir Italiener? Oder Österreicher? Oder Deutsche? Oder gar nur Südtiroler? Und wenn nur Südtiroler, wie unterscheiden wir uns von den anderen?

Aus dieser Sicht würde die Themenstellung eigentlich eine Dreiteilung nahelegen: einmal die Klärung des Verhältnisses zu Österreich, dann die Beantwortung der Frage nach der Stellung des Südtirolers zum italienischen Staat und drittens, als Synthese dieser zwei Fragestellungen, das Problem einer Selbstinterpretation im Hinblick auf alle gesellschaftlichen Ebenen. Eine solche Dreiteilung würde aber auf ein unhistorisches Feld führen, nämlich auf das Gebiet der Isolation sowohl von Österreich als auch von Italien. Die Unhaltbarkeit einer solchen These wird sowohl historisch als auch praktisch widerlegt.

Aus diesem Grunde ist die Zweiteilung gerechtfertigt, da die Behandlung des gestellten Themas im Hinblick auf Österreich und auf Italien immer eine Selbstinterpretation einschließt. Damit wird aber schon auf die Abhängigkeit von beiden Seiten hingewiesen. Der kulturelle Reichtum unseres Landes wäre nie möglich ohne diesen jahrhundertelangen Bezug zu den zwei Kulturen, wovon wir eine in uns tragen und die zweite in befruchtender Weise immer wieder auf uns einwirken lassen.

Es sollen also im Grillhof jene Probleme behandelt werden, die für eine Minderheit im Beziehungsgeflecht zum angestammten Kulturraum entstehen. Mit dem Begriff Kulturraum wird bereits jene immer wieder betonte Einheit des Landes Tirol hervorgehoben. Ohne Zweifel ist eine solche Einheit gegeben und die Geschichte Nordtirols könnte ohne Beachtung der vielfältigen Beziehungen zu Südtirol nicht geschrieben werden. Allerdings muß man mit der kritischen Frage an diese Einheit herantreten, ob sie wirklich in dem Ausmaße gegeben ist, wie sie immer wieder hingestellt wird. Wenn Sie mir eine kurze und überspitzte Formulierung gestatten, so möchte ich die Frage stellen, ob der Ruf „Tirol isch lei oans“ noch jenen Aussagewert besitzt, den es einmal besessen hat, oder nur mehr zu einem Schlagwort, zum Ausdruck eines Wunschkens, ja sogar zum leeren Lippenbekenntnis herabgesunken ist.

Nord- und Südtirol müssen aus der politischen Situation heraus auf vielen Gebieten getrennte Wege gehen. Es gilt aber zu klären, auf welchen Gebieten eine solche Zweigleisigkeit sich auf die Volksgruppen befruchtend auswirke, und auf welchen sie besser vermieden werden solle. Vor allem soll diese Studententagung im Hinblick auf diese Problematik jene Gebiete aufzeigen, wo diese Einheit noch besteht und wo sie aktiviert werden könnte. Die Ta-

gung hat sich also nicht zur Aufgabe gestellt bestehende Verhältnisse katalogisierend aufzuzählen, sondern vor allem neue Wege aufzuweisen und alte, festgefahrene Ideen in Bewegung zu bringen.

Als wichtigstes Ziel, und damit ist auch der Grund angegeben, warum dieser erste Teil der Tagung zum ersten Mal in der Geschichte der SH auf österreichischem Boden veranstaltet wird, möchte ich den Versuch hineinsteifen, durch eine objektive und ungefärbte Berichterstattung den Haß und das Mißtrauen zwischen den beiden Völkern abzubauen zu helfen.

Denn, wenn man den Satz „Tirol ist nur eins“ überzeugt vertritt und konsequent durchdenkt, so kommt man nicht um die Tatsache herum, daß dieses eine Tirol heute 130.000 Italiener umfaßt, die auch zu diesem Tirol gehören; noch nicht so lange, das stimmt. Aber es geht hier nicht um die Frage, wie lange jemand ein Land bewohnt, sondern wie er es bewohnen will. Es kann vielleicht ein Mitglied einer alteingesessenen Familie mit größerer Leichtigkeit seine angestammte Heimat verlassen als jemand, der erst vor ein paar Jahrzehnten eingewandert ist.

Damit bin ich auch schon beim zweiten Teil dieser Tagung angelangt. Er findet in der letzten Augustwoche in der Cusanusakademie in Brixen statt und soll vor allem dieses Verhältnis zwischen den zwei Volksgruppen zeichnen, dieses Verhältnis, das politisch jung, aber historisch - wenn auch unter etwas anderen Vorzeichen - alt ist. Vielleicht zeigt es sich dann, daß wir in Südtirol in bezug zur italienischen Volksgruppe vieles versäumt haben, vieles versäumen mußten, da durch die unglückliche Politik des Faschismus eine gedeihliche Zusammenarbeit von vornherein zum Scheitern verurteilt war, inzwischen tritt aber einerseits auf der deutschen Seite langsam jene Gruppe von Personen von der politischen Bühne ab, die am eigenen Leibe den Nationalismus der Italiener zu spüren bekam, und andererseits verändern sich auf der italienischen Seite jene führenden Kräfte, die sich heute noch als Vorkämpfer der italienischen Sache in Südtirol fühlen.

Wenn nun die zukünftige Gestaltung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen in den Händen der Jugend liegt, eine Gestaltung, die notwendigerweise von beiden Seiten auf eine neue, gemeinsame Ebene gestellt werden muß, so ist diese Studententagung mit der vorgebrachten Thematik nicht nur berechtigt, sondern auch notwendig. Es gilt bereits heute, sich zu bemühen, die Weichen für eine bessere Zukunft zu stellen. Und diese Weichen können und sollen vor allem von jener Generation gestellt werden, die auch späterhin die Verantwortung und die Konsequenzen dieses Vorgehens tragen wird. Wir leben in einer Gesellschaft, die sich im Aufbruch befindet, die sich ihrer Mündigkeit immer mehr bewußt wird und damit auch ihrer Verantwortung. Deshalb ist es notwendig, daß alle gemeinsam diese Verantwortung tragen, an dieser Verantwortung mitarbeiten, um nicht viele Möglichkeiten aus Feigheit sich entgehen zu lassen.

Die Gesellschaft Südtirols kann sich diesem Prozeß nicht entziehen. Für sie besteht aber die doppelte Aufgabe, sowohl in der eigenen Gruppe diese Mündigkeit zum Tragen zu bringen, als auch das Verhältnis zur anderen Volksgruppe auf diese neue Ebene zu stellen. Diese Arbeit setzt allerdings große Reife voraus, nicht nur des Einzelnen, sondern der Gruppe als Gesamtheit, damit die Arbeit nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Vor allem muß sich die Volksgruppe und jeder einzelne im klaren sein, wo er eigentlich steht, welche Grenzen seinem Tun gesetzt sind und welche Vorurteile und Mauern eingebrochen werden müssen, immer wieder eingebrochen werden müssen, damit diese Verständigung zur Bereicherung beitrage und nicht zum Verlust der Volkssubstanz führe. Der Weg zu diesem Ziel ist weit und schwierig. Sein Beschreiten ist aber notwendig, wenn wir nicht die Substanz unserer angestammten Kultur verlieren und zu einem kulturellen Relikt herabsinken wollen.

Vielleicht können diese zwei Tagungen Anregungen zu neuen Wegen geben. Damit wäre aber mehr erreicht, als die Veranstalter zu hoffen wägen.

Abschließend danke ich den Referenten für ihre Mitarbeit, allen Studenten, die durch ihr Kommen die Bemühungen des Vorstandes der SH unterstützen und allen jenen Stellen, die durch ihre finanziellen Beiträge die Durchführung der Tagung ermöglicht hatten. Mein besonderer Dank gilt der Landesregierung von Tirol und dem Hausherrn des Grillhofes. Zum Schluß richte ich noch meinen Dank an die Vorstandskollegen und an alle jene Kollegen, die mich bei der Ausarbeitung des Programmes und der Gestaltung der Tagung unterstützt haben.

Das alte Tirol als plurinationale Einheit und die Auswirkungen auf die Gegenwart

Dr. Fritz Prior

Kürzlich las ich in einem Buch über Südtirol die Worte:

„Es ist ein Land, das von unten gesehen seit Jahrhunderten gleich ist und das sich dennoch in vielem Tag für Tag wandelt. Südtirol ist ein uraltes Land und ein ewig junges zugleich, ein Raum, der übernommen, bewahrt und erneuert. Der Vielfalt und den Gegensätzen seiner Landschaft entspricht ein vielschichtiges kulturelles Gefüge.“ Diese Worte — man kann für Südtirol ruhig Tirol setzen — scheinen mir ein zutreffender und passender Prolog meiner Ausführungen über das Thema „Das alte Tirol als plurinationale Einheit und die Auswirkungen auf die Gegenwart“ zu sein.

Ich wiederhole noch einmal: Seit Jahrhunderten gleich ist dieses Land Tirol, und dennoch wandelt es sich in vielem Tag für Tag. Diesen Satz wollen wir gleichsam als Leuchtschrift im Räume stehen und als Motto der folgenden Ausführungen, die nur andeuten, niemals aber das Thema zur Gänze erschöpfen können, gelten lassen.

Drei Gestaltungskräfte formen und bilden eine Gemeinschaft. Es sind dies der Raum, die Geschichte und der Mensch. Sie wirken einzeln und schaffen doch gemeinsam, sie streben auseinander und kommen doch immer wieder zusammen, sie trennen und einigen zugleich, denn über ihnen steht etwas, was größer und stärker als sie ist. Es ist das Loben, das im Raum, in der Geschichte und unter den Menschen sein Recht fordert und behauptet.

Loben, Menschendasein, die unüberschaubare Kette vom Gestern zum Morgen, getragen von Ideen und Werken, heißt in seinen aufgezeichneten Ergebnissen „Geschichte“. Loben ist Ausdruck und Geschichte zugleich, es läßt sich eins vom andern nicht trennen. Denn Geschichte ist nie „Gestern“ allein, selbst durch unser Nicht-Tun und Nicht-Denken formen wir mit am „Morgen“, nur durch unser bloßes Sein, wie wir sind. Jede Generation baut auf die andere, jede baut neu, jede reißt nieder, was ihr sinnlos erscheint. Die Welt um uns ist immer nur ein kleiner Teil von dem, was sie im Ganzen ist. Wir sehen nur die eine Schicht, die Gegenwart heißt, und mit ihr das Wenige, das von der Vergangenheit in sie noch hereinreicht.

Aber auch das Wenige aus der Vergangenheit ist so viel, daß es ein menschliches Gehirn nicht erfassen und begreifen kann, umso mehr, wenn diese Vergangenheit vielgestaltig und von vielen Generationen geformt worden ist.

Mit diesen Gedanken habe ich bereits einen Vorgriff gemacht auf den Schluß meiner Ausführungen, gleichzeitig aber auch die Schau in die lange Geschichte unseres Landes eingeleitet.

Bereits die erfaßbare Geschichte dieses Landes an der breitesten Stelle der Alpen zeigt eine Besonderheit, die für die gesamte weitere Entwicklung dieses Raumes von größter Bedeutung sein sollte.

Im zehnten Jahrhundert v. Chr. begann in Tirol eine gegenseitige Durchdringung süd- und nordalpiner Kulturelemente, die in der eigentlichen Hallstattzeit, also im siebten und sechsten Jahrhundert vor Christus, erstmalig zur Ausbildung eines eigenen tirolischen Kulturraumes führte. Diese Tiroler Kultur, wenn man sie so nennen darf, war bereits so lebenskräftig, daß sie den Sturm der Keltenwanderung, der unseren Raum im 4. Jahrhundert v. Chr. durchbrauste, heil überstand, ja sogar gestärkt und noch einheitlicher aus ihm hervorging. Während die Kelten ganz Mitteleuropa die Einheitszivilisation der La-Tène-Kultur bescherte, lebt in Tirol die bodenständige Hallstattkultur in der Form der sogenannten Fritzens-Sanzano-Kultur weiter. Gerade in dieser Bezeichnung nach dem erstbeschriebenen Fundort Fritzens im Inntal und dem Hauptfundort Sanzeno im Nonsberg liegt das Wesen dieses unseren tirolischen Raumes, der den Norden und Süden der Alpen umfaßt, schon begründet.

Aber noch etwas ist dabei bemerkenswert, in der Zeit, in der außerhalb der Alpen schon politische Großräume entstehen, hält die Fritzens-Sanzano-Kultur an der losen Stammesverfassung zahlreicher kleiner politischer Einheiten fest. Die Vielgestaltigkeit des Raumes ließ keine andere Wahl offen, die Gegensätze seiner Landschaft schufen notgedrungen eine Vielfalt der Gemeinschaftsformen.

Und dennoch und trotz allem war das Land eine Einheit durch die Kraft und Macht der Kultur, ein Wesenszug, der Tirol bis heute anhaftet.

Und welche Leute waren die Träger dieser alten vorgeschichtlichen Kultur? Wir wissen es nicht genau. Wir können wohl nur sagen, daß die Bewohner des vorgeschichtlichen Tirol zu einer in den Alpen vorwiegend ost-westlich verbreiteten ausgestorbenen indo-

germanischen Sprachgruppe gehörten, die sich in zahlreiche Teilstämme gliederte. In der weiteren Folge des Geschichtsaufbaues zeigt sich wiederum etwas Bezeichnendes für den Tiroler Raum. Nach der Schlacht Vercellae, die die Römer im Jahre 101 vor Christus siegreich bestanden, schoben sie die Grenze Italiens nach Norden bis an die Töll bei Meran und bis in die Eisackschlucht nördlich von Bozen vor. Die Kelten weiteten dagegen ihr nordisches Königreich über das Pustertal und Brixner Becken aus. Der Tiroler Raum war erstmalig durch Staatsgrenzen zerrissen und das Volk auf zwei verschiedene Staatsgebilde aufgeteilt.

Und dennoch, das ist das Bezeichnende, blieb der Raum eine kulturelle Einheit, die in die Römerzeit hinübergerettet wurde, ja sogar — wie Funde beweisen — durch das zähe Festhalten an überliefertem Brauchtum die einheimische und bodenständige Art so sehr bewahrten, daß die Römer für die Bewohner unserer Alpentäler erstmalig einen gemeinsamen Namen, nämlich Räter schöpften. Die Tatsache, daß die damalige Bevölkerung Tirols allmählich in der fünf Jahrhunderte langen Herrschaft der Römer das Latein als die Sprache des herrschenden Staatsvolkes annahm, verstärkte sogar die Einheit weit aus der Übernahme des Lateinischen das Alpenromanisch-Ladinische als selbständiger Zweig der romanischen Sprachfamilie entstand, wodurch erstmalig mehr oder minder eine sprachliche Einheit mit zahlreichen Dialekten, wie wir uns vorstellen können, im Tiroler Raum geschaffen wurde, der auch einer einheitlichen rätischen Volkssubstanz entsprach. Die Christianisierung der Räter fügte dem noch einen weiteren Baustein hinzu.

Diese rätische Volkssubstanz veränderte sich allerdings, wie wir wissen, ab 600 nach Christus durch eine neue Epoche unserer Geschichte, durch den Beginn der bajuwarischen und — wenn auch nicht in dem Ausmaß — der alemannischen Besiedlung. Diese Zeit, die im 6. Jahrhundert anhub und einige Jahrhunderte dauerte, sieht das, ich möchte sagen, weltgeschichtliche Ringen um Tirol, besser gesagt um die Grenzen des deutschen Siedlungsbodens im Alpenraum, insbesondere im Süden. Die Langobarden hatten ihren Herrschaftsbereich bis nach Bozen und Meran ausgedehnt. Die Franken beherrschten den Vinschgau. Und nun stießen die Bajuwaren als Dritte im Bunde derer dazu, die den Tiroler Alpenraum beherrschen wollten.

Den neuen Herrern stand in dieser weltgeschichtlichen Auseinandersetzung die rätische Urbevölkerung nicht etwa nur passiv gegenüber, nein, sie war sogar aktiv, indem sie den Siegern in diesem Ringen, den Bajuwaren ihr altes Kulturgut weitergab.

In diesem friedlichen Prozeß der deutschen Besiedlung, der um dreizehnhundert als abgeschlossen betrachtet werden kann, zeigte sich wiederum das Wesen unseres Landes im besondern Maße. Das Bohrende war oft stärker als das Neue, das Neue setzte sich aber immer dort durch, wo das Alte morsch und nicht mehr lebensfähig war. Das Ineinanderfließen von Alt und Neu, das Verschmelzen von neuen und alten Formen schuf den Boden, auf dem sich im friedlichen Nebeneinander der Neubevölkerung zur Urbevölkerung, im Aufgehen der Altstiedler in die Neusiedler, in der Übernahme alter, eitißessener Formen und deren Gießen in eine neue Form ein neues Volk, eben das Tiroler Volk, entstehen konnte.

Dieser erragende Prozeß setzte dem Wesen des Landes neue Akzente, ohne dabei dem Charakter des Raumes, der in der Verschiedenartigkeit und Gegensätzlichkeit sich ausdrückt, die bunte Vielgestaltigkeit zu rauben.

Trotz dieser Eigenart Tirols, daß der Vielgestalt des Raumes eine ebenso große Verschiedenartigkeit seiner Bevölkerung entspricht, die ein vielschichtiges kulturelles Gefüge zur Folge hat, wirkte aber als starkes Band der Gemeinsamkeit über alle Pässe und Jöche hinweg der Wille zur Einheit. Warum wohl war dieser Wille zur Einheit so kraftvoll und mächtig? Weil das Tiroler Volk seit seiner frühesten Geschichte in Freiheit über sich selbst bestimmen wollte und tatsächlich auch konnte. Die Mitbestimmung ist die gestaltende Kraft im Werden des Landes, stellt die tragende Säule in der geschichtlichen Entwicklung Tirols dar. Und dazu gesellt sich der erfrischende Gedanke der Freiheit, ohne die ein Volk nicht über sich selbst bestimmen kann.

Am Anfang stand wohl die Fürstenmacht, die den Grundstein zum Bau des Tiroler Hauses legte. Unter den letzten Karolingern war der Tiroler Raum auf drei Herzogtümer aufgeteilt. Das Inntal, das Eisack- und Pustertal und das linke Ufer der Etsch zwischen Meran und Bozen gehörten zum Herzogtum Bayern. Der Vinschgau war beim Herzogtum Schwaben. Das rechte Ufer der Etsch zwischen

Meran und Bozen und des Etschtal bis zur Romer Klausen unterstand dem Herzogtum Trient.

Im Zuge der Ottonischen Reichspolitik wurde Trient in das Reich einverleibt. Dieses geschichtliche Ereignis des Jahres 952 sollte von weitreichender Bedeutung für die weitere Entwicklung des Tiroler Raumes werden. Wenn auch die staatsrechtlichen Beziehungen Trients zunächst nur mit dem Reich bestanden, so war dennoch damit die Voraussetzung der vielfältigen Bindungen mit dem späteren Tirol geschaffen.

Ungefähr 100 Jahre später geschah wiederum etwas, was die Verhältnisse im mittleren Alpenraum grundlegend ändern sollte. Die Grafschaften am wichtigen Deutschland-Italien-Weg über Reschen und Brenner, also Trient, Vinschgau, Bozen, Noridol, später auch das Pustertal, wurden im 11. Jahrhundert den Bischöfen von Brixen und Trient verliehen. Sie sollten — und dies muß besonders betont und hervorgehoben werden — die Brücke zwischen dem germanischen und romanischen Reichsteil bilden.

Diese Brückenfunktion, von der hohen Politik auferlegt, entsprach dem Wesen des Landes, mußte aber auch notgedrungen zu einer selbständigen Raumbildung führen. Die natürlichen Gegebenheiten des Landes und dessen Lage im Herzen Europas verbanden sich also mit dem politischen Willen zu einer geschichtlichen Größe. Die Klausen und Talengen an den Gebirgsrändern, die offengehalten oder geschlossen werden konnten, je nachdem es die Verhältnisse erforderten, und die verklammernden Pässe und Jöcher im Innern stellten das Gefäß zur Verfügung. Mensch und Geschichte mußten sich um den Inhalt bemühen.

Und der Inhalt sollte das Pfadfind Tirol als Brücke, aber auch Klammer Europas werden.

Dazu bedürfte es jedoch besonderer Voraussetzungen und Bedingungen, damit die Pfeiler dieser Brücke auf festem Grund gebaut, das Brückenlager stabil, das Brückenjoch haltbar und die Enden der Klammer gehärtet werden konnten. Das Gefäß war also da. Und was wurde nun hineingeschüttet?

Ich erwähnte schon die gestaltenden Kräfte der tirolischen Land- und Volkswandlung. Sie heißen Freiheit und Mitbestimmung. Einige Beispiele aus den Anfängen des Landes Tirol sollen dies beleuchten.

Im Jahre 1230 verlieh Graf Albert III von Tirol, in dessen Regierungszeit 1248 die Geburtsstunde der Grafschaft Tirol schlug, dem Kloster Nustift bei Brixen die Grundherrschaft über dessen näherer Umgebung.

Was soll daran so Bedeutendes sein: Ein Rechtsakt, wie deren viele gesetzt wurden. Und doch einer, wie er in der damaligen Zeit kaum vorgekommen sein wird. Denn Rechtskraft erhielt er erst nach erfolgter Zustimmung der gesamten betroffenen Gemeinschaft der Reichen, Armen, Edlen und Gemeinen, Ritter und Bauern, wie sich die Urkunde ausdrückt.

Herzog Meinhard II von Tirol, der Enkel des obgenannten Grafen Albert, erließ 1293 eine neue Gerichtsordnung für die Grafschaft Bozen. Und wiederum war dazu die Zustimmung der Edlen, Grundherren, ritterlichen Dienstmannen, Bürger und Bauern notwendig.

Wir können sogar beim Einigungswerk dieses großen Mannes, der den Inn, den Lech, die Rienz, die Drau, den Eisack und die Etsch in ein wohlgeformtes Gefäß, in die Grafschaft Tirol, zusammenfließen ließ, im gewissen Sinne einen Vergleich mit der viel später erfolgten Einigung Italiens ziehen. Wie die einzelnen Teile der italienischen Halbinsel durch eine Volksabstimmung den Willen zur größeren Einheit Italiens bekundeten, holte sich Meinhard II beim Zusammenschluß der einzelnen Grafschaften zum Land Tirol die Zustimmung der Volksversammlungen in diesen Teilgemeinschaften. Warum wohl? Weil nur damit, so will mir scheinen, die Haltbarkeit des an und für sich zerbrochlichen Gefäßes gewährleistet war. Zu unterschiedlich waren ja oft die Teile, um in die gemeinsame Form zu passen. Nicht Fürstenmacht allein konnte dieses Land schaffen, erst der Wille der Bevölkerung machte die Einheit stabil.

In zwingender Folgerichtigkeit forderte diese Tatsache eine verfassungsrechtliche Anerkennung durch den Landesfürsten. Dies erfolgte in dem berühmten Tiroler Freiheitsbrief vom Jahre 1342. Er verfügte: „Das Landesvolk in seiner Gesamtheit, Geistlichkeit, Adel, Bürger und Bauern, ist Träger der politischen Rechte und Freiheiten.“

Worin bestehen wohl diese Rechte und Freiheiten? Nicht nur darin, daß das Landesvolk an der Gesetzgebung und Regierung teil-

nimmt. Das allein wäre zu wenig. Die Grund- und Freiheitsrechte des einzelnen mußten dazu sichergestellt werden.

In der 1406 erfolgten Neuordnung der Tiroler Landesordnung kommt folgender wichtiger Punkt vor:

„Kein Landesangehöriger darf seinem ordentlichen Richter entzogen, ohne Spruch desselben verurteilt oder bestraft werden. Der Landesfürst darf in den Gang der Verhandlung nicht eingreifen, weder zugunsten noch zu Ungunsten einer Person.“

In dem 1525 beschlossenen Meraner Artikel ist ein Punkt aufgenommen, der besagt, daß jeder Gerichtsinzasso die Möglichkeit haben müsse, in seiner Muttersprache gehört und verurteilt zu werden.

Dies und die Sicherstellung der Unabhängigkeit des Richters gehören heute zu den Grund- und Freiheitsrechten des Menschen. Damals aber waren sie und noch viele andere Tatsachen, wie zum Beispiel die Repräsentation einer Gemeinschaft durch bevollmächtigte Vertreter und die Anerkennung des Mehrheitsprinzips — das Um und Auf jeder parlamentarischen und demokratischen Regierungsform — in Europa so ziemlich alleinstehend und geradezu revolutionär.

So können wir verstehen, daß die Tiroler Landschaft, die Vertretung des Tiroler Volkes, voll Stolz bereits im 15. Jahrhundert erklärte:

„Tirol ist ein freies Land.“

So können wir aber auch begreifen, daß Tirol dem Kaiser Rudolf II. mit aller Deutlichkeit wissen ließ, als die Mitglieder des habsburgischen Gesamthauses die tirolischen Lande nach eigenem Gutdünken unter sich verteilen wollten, daß ohne Willen und Zustimmung der Landschaft nicht verfügt werden könne, vor allem aber niemand das Hecht habe, Tirol zu zerreißen. Denn, so heißt es in der Beschwerdeschrift an den Kaiser, die fürstliche Grafschaft Tirols habe eine solche Gestalt, daß sie sich nicht zertheilen noch trennen läßt.

Ähnliches vernehmen wir auch Jahrhunderte später. Im Jahre 1805, als aufgrund des Preßburger Friedens, Tirol an Bayern kam. In der Eingabe der Landesvertreter an den Kaiser lesen wir:

„Es muß uns allen daran gelegen sein, diese Teilung zu verhüten und die alte Verfassung in ihrer ursprünglichen Reinheit zu bewahren und nicht anders als unter genügender Verwahrung übergeben zu wollen. Denn wie Tirol das Wenige, was es hat und was es ist, aber doch alles nur dem System einer glücklichen, dem Nationalcharakter, der natürlichen Beschaffenheit und den übrigen Verhältnissen angemessenen Mischung der gewöhnlichen Hauptregierungsformen zu verdanken hat, so würde es auch künftighin nicht mehr lange bestehen, wenn dieser damalige Verband durch eine Verteilung aufgelöst werden sollte.“

In einer solchen Luft konnten alle Landesbewohner Tirols gut atmen und leben, waren sie nun deutscher, ladinischer oder italienischer Sprache. Das Tiroler Volk wurde unter dem Staatsgrundgesetz der Mitbestimmung der einzelnen Teilgemeinschaften und der persönlichen Freiheit der Landesbürger zu einer supranationalen Einheit. Der Landesfürst und die Regierung machten in der Herrschaftsausübung und in der Verwaltung keinen Unterschied bei den einzelnen Sprachgruppen. Jede konnte sich frei entwickeln und bewahren, kurzum, ein der Eigenart angemessenes Leben führen.

Die Ladinier in den Dolomiten vermochten sich sogar auszubreiten. Die zentralladinischen Täler dürfen als Ausbausiedlungsräume der Ladinier des mittleren Eisacktales und des mittleren Pustertales bezeichnet werden. Die Ladinier glichen sich aber auch den deutschen Lebens- und Kulturformen, wie Recht, Haus, Stube und Hausrat, Tracht und Brauchtum an und die Kulturlandschaft Ladiniers näherte sich stark der des deutschen Tirols, was insbesondere im Vorherrschen der Einzelhofsidlungen, in den gotischen Kirchen und Kirchtürmen zu erkennen ist. Diese kulturellen Bindungen der Ladinier zu den deutschen Tirolern wurden noch durch wirtschaftliche Verknüpfung verdichtet.

Diese Einheit zwischen Ladinisch-Tirolern und Deutsch-Tirolern war so stark, daß die Dolomiten-Ladinier Ende Oktober 1918 nach dem Zusammenbruch des alten Österreich mit Stogel und Unterschrift erklärten:

„Das Schicksal der Deutsch-Tiroler sei auch unser Schicksal! Ihre Zukunft sei auch unsere Zukunft! Mit ihnen haben wir und haben

unsere Väter von jeher in engstem Zusammenschluß gelebt. So soll es auch fürderhin bleiben. Tiroler sind wir und Tiroler wollen wir bleiben."

Und nun werden Sie mich fragen: „Wie stand es aber mit den Tiroler-Italienern?" Ja, hier waren die Dinge nicht so einfach und klar wie bei den Ladinern. Ich erwähnte schon, daß die Mark Trient im Zuge der Ottonischen Reichspolitik mit dem Reich verbunden wurde. Das ist die erste Bindung, die Trient mit dem späteren Tirol einging. Die zweite Bindung folgte zu Beginn des 11. Jahrhunderts mit der Übergabe der Grafschaften im Etschtal an den Bischof von Trient. Die dritte Bindung trat ein, als im 12. Jahrhundert die Grafen von Tirol Schutzherrn über die Trienterischen Grafschaften und das Bistum Trient wurden. Die vierte Bindung geschah, als unter König Rudolf von Habsburg der Bischof von Trient die tirolische Erbvogtei anerkannte und die Einverleibung der dem Bischof unmittelbar verbliebenen Gebiete in die Verteidigungs- und Steuerorganisation des Landes Tirol vollzogen wurde. Diese Konföderation mit Tirol - in ähnlicher Weise geschah dies auch mit dem Hochstift Brixen - wurde 1803 durch die Säkularisierung der geistlichen Fürstentümer in eine volle staatsrechtliche Eingliederung umgewandelt, wodurch ein fünftes Band zu Tirol geknüpft wurde.

Diese und die vielen menschlichen Bande hätten vielleicht ähnliche Ergebnisse wie bei den Ladinern gezeigt, wenn nicht etwas eingetroten wäre, das den Grundstein zu späteren folgenschweren Ereignissen gelegt hätte. In den südlichen Teilen der alten Mark Trient trat an die Stelle des Langobardischen und Ladinischen seit dem Hochmittelalter das Italienische, wodurch naturgemäß Gegensätze aufbrachen, je mehr sich das Italienische durchzusetzen vermochte. Schließlich stand der Süden des Landes mit 38% Italienern einem geschlossenen deutschen Landesteil von 57 Prozent Einwohnern nördlich der Salurner-Klause gegenüber.

Auch dies gehört zum Wesen Tirols, daß die absolute Mehrheit der deutschsprachigen Tiroler diese Entwicklung nicht verhindert hat. Nationale Fragen spielten eben gottlob bis in das 18. Jahrhundert keine oder nur eine untergeordnete Rolle.

Dennoch kam, obwohl sich damals die Tiroler-Italiener über keine Benachteiligung beklagten, auf dem Landtag von 1790 der Gegensatz zwischen Welsch- und Deutschtirol deutlich zum Ausdruck. Stürmisches Tempo erreichte die nationale Bewegung jedoch erst im Jahre 1848. Damals erschien auf dem Landtag zu Innsbruck kein einziger Italiener. Eine Volksversammlung in Calliano protestierte gegen die Zugehörigkeit zu Deutsch-Tirol. Auf dem Frankfurter Reichstag und dann auf dem Reichstag von Kromsauer forderten die italienischen Abgeordneten Tirols die Autonomie für den südlichen Landesteil. Zur Unterstützung dieser Forderung wurden 40.000 Unterschriften überreicht. Es kam auch tatsächlich im Verfassungsausschuß in Kromsauer zu einem Beschluß, der eine Teilung Tirols in zwei Kreise entlang der Sprachgrenze vorsah. Dieser sogenannte Kromsauer Entwurf fiel jedoch der Wiedereinführung des Absolutismus in Österreich zum Opfer.

Die italienischen Abgeordneten verlangten daher 1861 im Tiroler Landtag die Errichtung eines eigenen Landtages für Welschtirol. 1863 wurde diese Forderung in einem neuen Antrag auf Teilung des Landtages in zwei nationale Sektionen abgewandt. Die deutsche Mehrheit stand dem wohlwollend gegenüber, was sich aber nach dem Verlust von Venetien im Jahre 1866 änderte. In den folgenden Jahrzehnten wurde die Forderung nach einer Autonomie Welschtirols immer wieder gestiftet.

Im Jahre 1900 kam es auf Antrag des Meraner Abgeordneten Karl von Grabmayr zur Bildung eines Studienausschusses für diese Frage. Der vom Ausschuß ausgearbeitete Entwurf sah eine Teilung des Landtages in zwei Sektionen und des Landesausschusses in zwei Abteilungen vor. Er wurde jedoch von der deutschen Mehrheit abgelehnt. Die nationalen Leidenschaften waren schon zu stark geworden, und dies auf beiden Seiten. Die nationalen Ideen des 19. Jahrhunderts hatten auch das plurinationale Tirol ergriffen, das mit aller Macht versuchte, seine übernationale Einheit zu erhalten. Ideen überschritten die Grenzen Tirols, die bis dahin dem Wesen Tirols fremd waren. Gedanken wurden in das Tiroler Volk getragen, die nicht seinem Charakter entsprachen.

Tirol blieb leider keine Insel im nationalistischen Meer. Und dennoch fühlte sich immer noch die Mehrheit der Trentiner in erster Linie als Tiroler. Dies zeigte sich deutlich auf einem Sektor,

der heute noch nachwirkt, auf dem militärischen. Voll Stolz dienten die Welschtiroler bei den Tiroler Kaiserjägern oder Landesschützen, so daß man in Abwandlung des bekannten Satzes von den Truppen Radszkys sagen konnte: In ihrem Lager ist Tirol.

Beweisend dafür ist auch, daß die ersten zwei Tiroler Kaiserjäger die mit der Goldenen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet wurden, Unteroffiziere aus Welschtirol waren. Es war schon so, wie der irredentistische Autor Mario Alberti 1936 schrieb:

„Der Umstand, daß im Trentino und in Südtirol tatsächlich Kontakte zwischen Italienern und Deutschen, mit den damit verbundenen und sich daraus ergebenden Problemen des Zusammenlebens vorhanden waren, bewirkte eine Verwirrung der Ideen."

Die sich daraus ergebenden Probleme des Zusammenlebens bewirkten wohl eine Verwirrung der Ideen in einer Zeit, in der sich Europa anschickte, Selbstmord zu begehen, und in der man es nicht mehr begreifen konnte, daß es ein Volk geben kann, das aus drei Sprachgruppen besteht; nicht aber bewirkten die Probleme des Zusammenlebens eine Verwirrung der Ideen in all den Jahrhunderten vorher, die Tirol zu einem Klein-Europa machten.

Die Idee des Zusammenlebens dreier Sprachgruppen in Einheit und Freiheit beflügelte vielmehr die Menschen dieses Landes zu großartigen Leistungen. gab dem Tiroler Volk die Kraft, horrible Werke des Geistes und der Hände Arbeit zu schaffen, schuf die Möglichkeit, einen Reichtum an Kulturgütern anzuhäufen und geistige und materielle Schätze zu sammeln, die ausreichten, auch der Zukunft noch genug geben zu können.

Nur so konnten die Tiroler, gleich welcher Zunge, den Platz behaupten, der ihnen von der Geschichte zugewiesen worden war.

Eigenwillig und kraftvoll, nehmend, wählend, beharrend, formend und erneuernd bauten sie ständig am eigenen Haus und an der Brücke vom Norden zum Süden und vom Süden zum Norden.

Und dieses Haus brach zusammen und diese Brücke stürzte ein im Jahre 1918. Ein Europa im kleinen, die Heimat dreier Sprachgruppen schien der Vergangenheit anzugehören. Die ersten Jahrzehnte danach waren ganz dazu angetan, die Bestätigung dafür zu liefern, daß es so etwas wie ein Haus mit mehreren Stockwerken nicht mehr geben könnte, waren sie doch die Übertreibung des nationalistischen Denkens. Die Folge davon war ja auch das zweite europäische Völkermorden innerhalb eines halben Jahrhunderts. Und als die Geißel des Krieges genug gewütet hatte, stieg nach dem langen Dunkel der Nacht wieder die Morgenröte einer neuen Zeit auf, die Zeit der europäischen Besinnung, die Zeit der Erneuerung der Werte; die das Abendland einmal groß gemacht hatten. Damit war aber auch dem Volk in zwei Staaten, dem Tiroler Volk, neuerdings die alte und ewig junge Aufgabe gestellt, Brücke zu sein im Herzen dieses neuerwachten Europas.

Doch dazu bedurfte es der Voraussetzung, die 1918 eingestürzte Brücke wieder zu errichten. Die Pfeiler waren ja noch vorhanden, auch die Brückenteile selbst noch nicht zerstört, wenn auch der Zahn der Zeit gewaltig an ihnen genagt hatte.

Und trotzdem wurden Zweifel laut, ob es wohl noch gelingen werde, diese europäische Brücke zu bauen, da sich die Verhältnisse so sehr geändert hätten. Welche Verhältnisse haben sich geändert? Die äußere Form des Tiroler Gefäßes ist wohl zerbrochen, muß aber deswegen der Inhalt dieses Gefäßes in Nichts zerfließen? Ist er schon so dünnflüssig geworden, ist keine Kohäsion mehr vorhanden? Alles Fragen, die sich mit „Nein" beantworten lassen, wenn wir an das denken, was wir uns in den vielen Jahrhunderten des Zusammenlebens gemeinsam erarbeitet haben.

Es stimmt, daß diese Zweifler, die dieses „Nein" nicht zur Kenntnis nehmen wollen, bis heute nicht verstummt sind, denn zu viele Schwierigkeiten türmen sich immer wieder im Äußeren wie im Inneren vor dem Brückenbau auf. Zu oft wird die europäische Frühlingsblüte vom Reif des Ewiggestrigen versengt, sowohl außerhalb wie innerhalb Tirols. Dennoch müssen wir das Werk des europäischen Brückenbaues in Tirol fortsetzen, unverzagt und unermüdet, weil wir dies unserer Geschichte und Europa schuldig sind.

Voraussetzung für ein gutes Gelingen ist allerdings, daß wir wieder zu uns selbst finden, daß wir unseren Tiroler Zwiehof mit seinen drei Stockwerken, in denen unsere drei Sprachgruppen wohnen, endlich einmal in Ordnung bringen. Denn vieles ist inzwischen durch fremdes, aber auch durch eigenes Zutun in Unordnung geraten. Wir müssen uns bewußt werden und bewußt sein, daß wir alle, die diesen tirolischen Boden südlich und nördlich des Bren-

nors als Heimat betrachten, seien wir nun deutscher, ladinischer oder italienischer Zunge, unter einem Dache wohnen, wenngleich unser Tiroler Zwiehof zwei Eingänge, einen im Süden und einen im Norden hat. Und der Firstbaum, der die beiden Dachhälften teilt, hat doch nicht die Aufgabe, das Dach zu trennen, sondern es zusammenzuhalten.

Mit anderen Worten heißt dies: Ein Volk, dem das Schicksal zuteil wurde, in zwei Staaten zu leben, braucht sich und kann sich deswegen nicht in Teile auflösen, die keinen Zusammenhang mehr haben. Wäre dies der Fall, dann hätten wir vergessen, wie wir Jahrhundertlang unser supranationales und daher unser vielgestaltiges tirolisches Dasein gestaltetet. Die Idee Tirols ist doch nicht an die äußere Form gebunden, sie ist der Inhalt selbst.

Und noch etwas. Fühlten wir uns nicht mehr zur gemeinsamen Familie gehörig, auch wenn wir zwei verschiedenen Herren loyal dienen, würden wir uns deswegen allmählich fremd werden, wo sollten wir dann die genügende Zahl der Bauleute hernehmen, die an der Brücke Europas zu wirken und zu schaffen haben. Nur gemeinsam und unter Aufbietung aller Kräfte werden wir das europäische Werk vollenden können. Einzeln werden wir dazu zu schwach sein.

Südtirol – Zeugnisse und Selbstzeugnisse

Claus Gatterer

Ich bin dem Landeshauptmann-Stellvertreter, Dr. Prior, außerordentlich dankbar für sein umfangreiches und erschöpfendes Referat, das mir praktisch jede Mühe der Einleitung abnimmt. Ich kann mir damit leisten, einen Wiener Schriftsteller, Hans Weigel, zu zitieren, was er als Wiener und als Österreicher über den Tiroler zu sagen hat. Und dann, nachdem wir wissen, was der Tiroler ist, können wir versuchen, uns darüber klarzuwerden, was der Südtiroler ist.

Weigel schreibt: „Tiroler sein, ist keine Farbe, sondern ein Zustand, keine Einzelheit, sondern Anfang und Ende der Biographie. Man kann aus einem Staatsverband, aus einer Religionsgemeinschaft, aus einer Partei austreten, man kann den Beruf wechseln und die Weltanschauung; Tiroler bleibt man bis ans Ende seiner Tage. Tirol ist hart, Tirol ist stolz, Tirol ist unbeugsam, Tirol ist aber vor allem Tirol und anerkennt, was sich außerhalb Tirol befindet nur in freier Entscheidung. Und vielleicht sind sie die allerbesten Österreicher, weil sie in erster Linie Tiroler sind, als solche aber sehr bewußt, souverän und freiwillig den Anschluß an Österreich vollziehen. Vollziehen, gemeint in der Form eines täglichen Vollzugs, einer täglichen Option.“

Und was sind wir Südtiroler nun? Ich schließ dort an, wo Herr Landeshauptmann in seinem historischen Teil geendet hat. Beginnen wir mit einigen Zitaten aus der neueren Zeit und aus der Zeit der Hochblüte der Nationalismen.

Der „Alto Adige“ schrieb vor kurzem:

„Die Tiroler sind nie Österreicher gewesen, sie haben nur die dynamischen Bande der Habsburger im politischen Rahmen der Monarchie auf sich genommen, wobei ihre besonderen Autonomien gewahrt blieben.“

Nun, es war ja gerade das Österreichische an Österreich, daß in der Monarchie, daß unter den Habsburgern überall „die besonderen Autonomien gewahrt blieben“: derart war es möglich, Tiroler und Österreicher zugleich zu sein, als Tiroler nicht abdanken zu müssen, um Österreicher sein zu können. Und es war das Tirolische oder Österreichische an Tirol, daß hier „teilsch und welsch Volk und Nation“ ein Gemeinwesen bildeten, das trotz den bischöflichen Enklaven eine Einheit war: Einheit in der Vielfalt, um einen sehr modernen Ausdruck zu gebrauchen. Deutschtiroler, Ladiner und Welschtiroler — das war die „tirolische Nation“, Jahrhundertlang hindurch; und die Schlacht bei Calliano gegen die Venezianer ist nicht milder tirolische Geschichte als die Berg-Isel-Schlachten oder die Begebenheiten in der Sachsenklemme.

Wenn es wahr ist, und es ist wahr, daß jedes politische und kulturelle Geschehen Spuren zurückläßt und sich an Kreuzungspunkten die Zeichen der Geschichte am tiefsten einkorben, dann haben sich in Tirol so viele Zeichen im Anflitz des Landes und im Gesicht des Volkes eingekerbt, daß wir und auch niemand anderer sie leugnen, wegwischen, wegdiskutieren, sondern wir uns und jeder andere nur nach ihnen ausrichten können.

Und wenn es wahr ist, und es ist wahr, daß die Begegnung verschiedenster Elemente in Spannungsfeldern der Geschichte Kräfte mobilisiert, die zu neuen Taten fähig sind, dann gilt dies in besonderem Maße auch für Tirol, das in seinem Hause Menschen deutscher, ladinischer und italienischer Zunge wohnen hat. Und die Großtat muß sein: Über die Grenze hinweg ein Tirol zu bauen, über das eine Europa-Brücke nach Süden und nach Norden führt.

Suchen wir die Glieder der Brücke und aktivieren wir sie, ehe sie rosten oder morsch werden, konservieren wir die alten Glieder und bauen wir neue Konstruktionsteile mit ein, die das zukünftige Gesicht unseres Landes mitformen, die die Gewähr bieten, daß das gesamte Tirol und darüber ganz Europa in Frieden und Freiheit teilnimmt am Fortschritt dieser Welt im Umbruch.

Der Nationalismus freilich wußte mit einer derartigen Nation nichts mehr anzufangen. Verstand man zunächst die nationale Gemeinschaft noch als Gemeinschaft von Sprache, Kultur und Gebräuchen, so rückten bald andere Elemente in den Vordergrund: Blut und Rasse; und in deren Gefolge Begriffe wie: Rassenhygiene, völkische Autarkie, Ausschaltung fremden Geistesgutes, artgemäße Kunst. Es war, wie Grillparzer geahnt hatte, der Weg von der Humanität durch die Nationalität zur Bestialität. Und da angelangt, erfuhren wir — 1918 — von einem Mitarbeiter Tolomeis, dem Marchese Adriano Colocci-Vespucci, der eigentlich Fachmann für Malta war, daß es Tirol gar nicht gibt.

„Die Utopie einer tirolischen Heimat (patria) muß zerstört werden. Es hat diese tirolische Heimat nie gegeben. Man muß nachweisen, daß Tirol nichts anderes ist als eine künstliche Derivation oder besser: eine künstliche Vorrangung und ein geographisches Paradoxon ohne ethnischen und historischen Inhalt.“

Wer die Dinge so sieht, kann dann ohneweiters einen Schritt weiter tun und über das Südtirol von damals die folgende Theorie aufstellen:

„Das Recht der Nation (diritto di nazionalità) hat Vorrang vor dem Recht auf Heimat... Da das Recht der Nation keine Einschränkungen duldet, läßt sich dagegen auch nicht das Recht des Erbsitzens geltend machen, auch wenn Generationen und Generationen von Eindringlingen einen langen, ungestörten und unwidersprochenen Aufenthalt nachweisen könnten. Sofern der Ursprung ihrer Anwesenheit... auf eine Eroberung... oder Usurpierung zurückgeht, ist ihre Eliminierung ein Recht, das sich die ursprünglichen Bewohner bewahrt haben... Dieses Postulat impliziert... eine unerbittliche Folgerung: das ewige Recht zur Austreibung der eingedrungenen Völker. Diese Folgerung mag edlen Seelen abscheulich vorkommen; sie werden zögern angesichts der Notwendigkeit, friedliche Familien von Äckern und Häusern zu vertreiben... nur weil sie fremder Rasse sind. Unter andern Umständen wäre ein solches Gefühl auch heilig und achtenswert; in unserm Fall aber würde es zur falschen Sentimentalität.“

Dieser Erguß ist ein Gemeinschaftswerk von Tolomei und Colocci, das erste Weiterleuchten der Option, 1914 geschrieben und in einer anonymen Broschüre publiziert. Es bereichte Hitler und seinem Anhang (einem Tiroler, den es auch in Tirol und in Südtirol gab) keine besondere Schwierigkeit, solche Gedanken zu übernehmen. Sie fügten sich auf Grund einer tieferen geistigen Verwandtschaft

ein in das Programm zur „Festigung des deutschen Volkstums“, das gleicherweise die „Rückführung der Fölsche- und Volksdeutschen aus dem Ausland“ wie die „Ausschaltung des schädigenden Einflusses volksfremder Bevölkerungsanteile“ im Innern vorsah. Blut- und Rassenhygiene über alles!

In den Dokumenten der sogenannten „Berliner Vereinbarung“ über die Option und die Abwanderung findet wie die Nutzanwendung des Ganzen. Die Südtiroler sind, einschließlich der Ladinier, „Volksdeutsche“. Südtirol selbst ist die „Provinz Bozzen“ zusätzlich der „gemischt-sprachigen Gebiete“ von Egna und Cortina d'Ampezzo. Die einzige heimatlich-italische Konzession, die sich in den faulosen Richtlinien findet, ist die folgende Bestimmung:

„Stoffe und Zubehör für die Herstellung von Trachten können (von den Südtiroler Abwanderern) mitgenommen werden.“

Wohin? Vielleicht auf die Krim, in den künftigen „Reichsgau Taurien“, den der Wiener Gauleiter Alfred Frauenfeld in einem Anfang 1942 abgefaßten Memorandum den Südtirolern als künftige Heimat zudachte:

„Wenn es irgendwo in Europa ein Land gibt“, lesen wir da, „das für die geschlossene Ansiedlung der Südtiroler geradezu ideal geeignet scheint, dann ist es die Krim... Abgesehen von der besäuernd romantischen Seite des Gedankens wäre der Erfolg dieses Experiments ein einzigartiger Beweis für die Rassen-theorie, auf die wir unsere Weltanschauung bauen.“

Und Hitler dazu:

„Sie Südtiroler — brauchen nur die Donau herunter-zufahren und schon sind sie da.“

Analysiert man diese beiden Positionen, die faschistische und die nazistische (wobei zu bedenken ist, daß Faschismus und Nazismus jeweils den Gipfel des nationalistischen Wahns darstellen), so ergibt sich das folgende Bild:

— Die einen fordern im Namen ihrer Nation eine Heimat, ein Gebiet, das dieser Nation gar nicht gehört: Heimat ohne Volk also;

Die andere geben im Namen der Nation ein Gebiet, eine Heimat, die jahrhundertlanges Siedlungsgebiet der Nation ist, preis, sie rekapitulieren nur die Menschen für die Nation, Volk ohne Heimat. Die Südtiroler sind domnach — wie andere deutschsprachige Volksgenossen auch — Volksgenossen z. B. V., heimatlos, ent-wurzelt, herausgerissen aus Ererbtem und Überbrachtem, ent-bißt bis auf die rassistische Nacktheit — durch Entwurzelung und Heimatlosigkeit aber „zur besonderen Verwendung“ in hervor-ragender Weise geeignet.

Hatte das „Herr, laß uns deutsch sein!“ des jungen und zeitge-mäß enthusiastischen Südtiroler Dichters von damals noch einen Sinn, wenn Deutsch-sein Heimatlosigkeit bedeutet? Konnte man „Das Reich im Herzen“ tragen, ohne die Heimat im Herzen zu tra-gen? War es nicht ein Widersinn, wenn eine „Im Kriegsjahr 1940“ im Innsbrucker NS-Gauverlag erschienene Anthologie „den heimgekehr-ten Südtirolern“ einen „brüderlichen Gruß“ entbot? Heimgekehrt? Erforderte diese sogenannte Heimkehr nicht den Auszug aus der Heimat? Dankt man diesen verbrecherischen Irrsinn der Nationa-lismen von damals zu Ende, der, wie Erich Amonn richtig schrieb „die Befreiung Südtirols von den Südtirolern“ gebracht hätte, mag man auch die Bekommenheit begreifen, die einem der Erinnerung heute noch bereitet, das „Nicht-sprechen-können“ über diese Dinge, wie Franz Tumlir in der „Aufschreibung aus Trient“ sagt:

„Ich hörte ihr zu und verstand... meine eigene Geschichte von ‚Nicht-sprechen-können‘ zu dieser Sache meiner Heimat... weil zu dieser von Natur unschuldigen und rechtmäßigen Sache soviel Falsches gesagt worden war, als sie den Pakt zwischen Mussolini und Hitler gemacht hatten: auf Aussiedlung und ‚wohin gehört man‘; und es ein Mißbrauch von Unschuld war in dieser beschränkten Sache von Verteidigung einer Heimat — aber ich habe mir den Mißbrauch angehört und einreden lassen und nicht widersprochen.“

Hiern — im „Einreden-lassen“ und im „Nicht-widersprechen“ — liegt ein Teil südtirolischer Schuld begründet, deren Last es den Ältern, denen, die die Ereignisse von damals bewußt und tätig er-lebt haben, so schwer macht, über die „Wahl“ zu reden und zu sich zu finden.

Mit dem „Wohin-gehört-man?“ liefert uns Tumlir ein anderes Stichwort. Der Begriff Patriotismus läßt sich von „patria“, Heimat, nicht trennen, und unter Patriot meint man zuallererst Liebe, Treue zur Heimat. Nation ohne Heimat ist offensichtlich eine Abstraktion. Südtiroler ohne Südtirol könnten — auf der Krim oder in Burgund

oder sonstwo — trotz den mitgebrachten Trachtenstoffen bester-falls eine Generation lang überdauern. Will man den Begriff der Nationalität definieren, so genügt es nicht, ein „Ander-sein“ ge-genüber jemandem festzustellen; man muß vielmehr das So-, das Wie-sein ergründen. Und da steht nach dem Gesagten nun etwas fest: daß Blut und Rasse und selbst Sprache und Kultur nicht genö-gen, um eine Gemeinschaft zu bestimmen. Es bedarf da noch an-derer Kategorien: wenn wir eine Anleihe beim Marxismus machen wolten, könnten wir sagen, daß die Gesamtheit von Basis und Überbau das Wesen der Gemeinschaft bestimmt! Also: Territorium (oder Heimat), wirtschaftliche, politische und soziale Gegebenhei-ten, Sprache, Kultur und Religion, wozu schließlich noch jener selb-same Begriff-Sack der „Traditionen“ kommt, der schlicht auch Ge-wohnheiten meint, Konsumgewohnheiten etwa.

In einem Vortrag über Südtirol sagte Professor Silvio Lessona, ein Interventionist aus dem Ersten Weltkrieg, das Folgende:

„Ich unterstreiche die Zugehörigkeit Tirols zum Hause Habs-burg, denn die Tiroler haben sich nie als Österreicher gefühlt. Wenn ihr einen Tiroler fragt, ob er Österreicher sei, wird er antworten: ‚Ich bin Tiroler‘ oder ‚Ja, aber Tiroler!‘... Jahrhun-derte Geschichte haben aus den Tirolern eine ethnische Einheit geformt mit einer eigenen Kultur, einer eigenen Wirtschaft, einer eigenen unauslöschlichen und unverwandelbaren Physiognomie.“

Was war das Geheimnis dieser Tiroler Einheit, ehe sie nach 1848 durch das Erwachen der Nationalismen gestört und 1918 durch den Vortrag von Saint Gernain — diesen „Schädelgrundbruch Europas“, wie Franz Werfel sagt — zerstört wurde? Der Trienter Historiker Umberto Piccinini faßt ein sehr wesentliches Element, das wesentlichste vielleicht, in einen einzigen Satz zusammen:

„Frei sein, unabhängig sein, jeder für sich in seinem Tal, aber alle bereit, einander gegenseitig zu helfen, wenn die Not es erforderte.“

Als Rovereto 1509 von den Venezianern wieder an Österreich ab-getreten wurde, wurden der trientinischen Stadt alle in den „Statuti Roveretani“ niedergelegten Privilegien garantiert: Rovereto konnte sich als eigener, autonomer Körper in die Gesamtheit der andern Autonomien einfügen. Dieses spezifisch Tirolische war zugleich das spezifisch Österreichische an Tirol: der Staat, das Land waren für die einzelnen Glieder und Gemeinschaften „Golegonheit“, so zu sein, wie sie waren, sich nach ihren Erfordernissen zu verwalten, von-einander zu lernen und miteinander — in Verwaltung, Wirtschaft und Kultur — zu wachsen und zu reifen. Daß der aufgeklärte Feuda-lismus des alten Österreichs und Tirols sich vor 1914 nicht ein wei-teres Mal zu erneuern vermochte, daß es beispielsweise nicht ge-lang, Tirol durch Gewährung der Autonomie für das Trentino eine innere Struktur zu geben, die der nationalistischen Werbung aus dem Süden widerstanden und dem Irredentismus im Lande die Rechtfertigung entzogen hätte, dies alles änderte nichts an der Tat-sache, daß dieses tirolische Gemeinwesen verglichen mit den jun-gen Nationalstaaten liberal, tolerant, höchst modern war. Um die Jahrhundertwende publizierte der italienische Sozialist Guido Pod-recca in seiner scharf antiklerikalen Zeitung „L'Asino“ eine stän-dige Rubrik unter dem Titel „Giornale dell'Italia liberata“ — „Zei-tung des befreiten Italien“, in der er Nachrichten über die Arbeiter-bewegung im österreichischen Küstenland und im Trentino veröf-fentlichte.

Es war sicherlich nicht die Erinnerung an die österreichischen Garnisonen oder an die trientinischen Staatsanwälte, die zuwollen kaiserlicher waren als der Kaiser, sondern der Gedanke an dieses „befreite Italien“ von vor 1914, das nach 1945 eine Gruppe von Trientiner ein anachronistisch anmutendes Memorandum an die Friedenskonferenz richten ließ, das mit den Worten begann:

„Die Trientinische Region reicht vom Brenner bis Ala-Borghet-ro. Sie wurde 1918 ungerechterweise von Österreich getrennt: sie wünscht ihre endgültige Wiedervereinigung mit Österreich, ihrem alten Vaterland. Wir italienisch-sprechenden Trentiner... bestehen darauf, daß wir Österreicher sind. Die Sprache hat... angesichts anderer moralischer und materieller Faktoren nur un-tergeordnete Bedeutung... Unsere österreichische Zivilisation basiert auf den Prinzipien der Ordnung, der Ehrlichkeit...“

Was war der Kern der „moralischen“ Faktoren, derentwegen die-se Trientiner zu Österreich wollten? Kurz die Wiederherstellung der alten Freiheiten, der autonomen Rechte, die einst das Rüstzeug des „befreiten Italien“ in Österreich gewesen waren. Im Programm des Partito del Popolo Tiroliese Trentino finden wir diese Faktoren folge-richtig wieder:

„Die Partei tritt für absolute Brüderlichkeit zwischen den drei Volksgruppen der Region... ein; sie wird unermüdlich für die Wiedernerstellung der Gebräuche und der traditionellen regionalen Freiheiten kämpfen; sie verlangt größtmögliche Dezentralisierung über Gemeinden und Bezirke... sowie die Förderung der Einrichtungen der direkten Demokratie.“

Diese Dezentralisierung — Gemeindeautonomien, Regionalautonomien, Abschaffung der Provinzen und Schaffung natürlicher Zwischengliederungen von der Art der Talgemeinschaften Südtirols — ist heute das Programm der fortschrittlichsten italienischen Linken. Der Unterschied besteht darin: die italienische Linke hat dieses Programm als Erfordernis authentischen demokratischen Lebens erst allmählich entlocken und „realisieren“ müssen (politisch ist es immer noch zu realisieren), für Südtiroler und Trientiner handelt es sich dagegen um die Wiederbelebung einer alten Demokratie, ohne die Tirol nicht Tirol gewesen wäre.

Dies im Auge zu behalten, ist wichtig, wenn wir uns nur ansehen wollen, was Guido Piovene in seinem „Viaggio in Italia“ über Südtirol, die Südtiroler Mentalität und die Südtiroler Demokratie schreibt:

„Bozen ist — jedermann weiß es — eine Stadt in deutscher Umgebung. Man spürt in ihr das Leben eines komoden, dumpfen, verschlossenen, starrköpfigen, sentimental, sehr wenig leidenschaftlichen und nur zu festgelegten Stunden orgiastischen Volkes.“

Man muß sich die Folge dieser Eigenschaftswörter italienisch vorsagen, um sie ganz auskosten zu können: die Südtiroler sind also ein „popolo, comodo, sordo, chiuso, cocciuto, sentimentale, pochissimo passionale, orgiastico ad ore fisse...“ Piovene fährt fort:

„Ich überlege, was es bedeutet, sentimental zu sein, ein sentimentales Volk zu sein. Man bringt diese Neigung mit dem Fehlen von Ideen in Zusammenhang, die durch ihre Bewegung den Gegenstand unserer Vorliebe immer wieder erneuern. Der Sentimentale richtet nämlich die Regungen seines Herzens ständig auf jene Objekte, die von der Sitte dazu vorbestimmt sind... Deshalb ist es so schwer, die autochthone Bevölkerung Südtirols zur Übernahme der italienischen Sitten zu bewegen.“

Obschon Piovene mehr auf Ahnungen als auf Erfahrung angewiesen ist, deckt er indessen einen wesentlichen Aspekt auf, wenn er schreibt:

„Auf der einen Seite die auf Sparsamkeit begründete natürliche und ursprüngliche Demokratie der deutschen Südtiroler mit katholisch-aristokratischem Hintergrund, aber festgefügt und, sozusagen, ewig während; auf der andern Seite das italienische Ideal von Demokratie, eine juristische und idealistische Konzeption, sicherlich höher, aber doch gefährdet, flüchtig und ständig den Geschicken der Ideen und der Geschichte ausgesetzt.“

Piovene fühlt indessen, daß es die erste der beiden Konzeptionen von Demokratie ist, die in diese Stadt, in diese Welt gehört — und in voller Natürlichkeit, ohne polemische Spitze spricht er von den Italienern Bozens als einer „italienischen Emigration“ in der gotischen Schönheit der Gassen und Lauben. Diese Italiener sind

„eine unruhige, anmaßende, veränderliche Masse, die in verschiedenen Dialekten laut redet, die schauspielert, gestikuliert und streift, nicht unähnlich einem Schwarm von Masken in der undurchdringlichen Szenerie der Häuser und der lokalen Stimmungen. Bozen ist eine österreichische Gebirgsstadt, der ein levantinischer Hafen aufgepfropft worden ist.“

Das von Piovene skizzierte Szenario ist eindrucksvoll und im wesentlichen richtig — wenn er auch die Vorliebe der Tiroler für das Viertele Roten übersieht und sie zu Biertrinkern stempelt. Sei's drum. Uns geht es darum, zu erkunden, was die autochthonen Südtiroler in diesem Szenario — nach Bewältigung etlicher fernerer und näherer Vergangenheiten — über sich denken. Hubert Mumelter schreibt in „Maderneid“:

„Für uns Südtiroler bedeuten die Ereignisse — es handelt sich um die Ereignisse von 1948, um die Revolution in Wien, um die neue liberale Verfassung Österreichs — also: für uns Südtiroler bedeuten die Ereignisse mehr als Metternichs Sturz, als Revolution und Verfassung, bürgerliche und nationale Freiheit. Es galte wieder, unsere Freiheit und unser Land zu retten und zu erhalten. Die Willkür des Länderspiels, mit der einst Napoleon einen Großteil Südtirols Italien geopfert habe, sei zwar tot, aber die unrechtmäßigen Ansprüche aus jener Zeit seien lebendig geblieben, der Eindringling derselbe und sein Ziel, nach unseren

Bergen und Tälern zu greifen und bis zum Alpenkannte seine Frontherrschaft aufzurichten, Hans Putzer erklärte mir auch das was Boda Weber, der sehr kluge Benediktinerpater und Geschichtsprofessor am Meraner Gymnasium, einen für unser Land sehr gefährlichen Bocksprung der Geschichte genannt hat. Es sei damit die Lösung der nationalen Einheitsbewegung gemeint. Ihr Fieber sei Gift für Tirol. Sie müsse den alten Begriff und Lebenssinn des Landes, seine tausendjährige Einheit und Eintracht untergraben und zerstören, gerade so, wie sie ganz Österreich, die Monarchie gefährde. Gerade hier im Herzen des alten Tirols, wo bisher die Welschen der Trentiner Talachaffren, die Ladinern in den Dolomiten die Deutschen der Etsch- und Eisackgauen friedliche Anrainer gewesen, werde das neue Losungswort... zu einem Danaergeschenk... und zu Fluch und Unheil für die Zukunft. Boda Weber hatte gemeint, wenn man sich schon für den Anschluß Tirols an den deutschen Bundesstaat begeistere, so müsse man gerechterweise eine Abtretung des Trentino an Italien gutheißen. Wenn man aber für den Bestand Tirols sei, für seine Sendung als eines übernationalen Alpenlandes ähnlich der Schweiz... so dürfe man sich nicht allzu stürmisch dem nationalen Geist in die Arme werfen, der für unser Land den Geist der Gegensätze und der Zwietracht bedeute.“

Mumelter nennt die nationale Toleranz, welche die tausendjährige Eintracht in Tirol trug, den „liebwerthen Geist Tirols“ und wenn er an anderer Stelle „Treue zu Tirol“ verlangt, so hat er eben diesen „liebwerthen Geist“ im Sinn, der uns heute geradezu kakanisch erscheint, utopisch beinahe, obschon er in und um Tirol, verschüttet und verdrängt, noch fortlebt. Bei Franz Tumlir klingt er auf in einer lebendigen Kindheits Erinnerung:

„Und als ich es — das Bild von der Hinrichtung Cesare Battisti — das erste Mal sah, habe ich es sofort begriffen als ein schauerliches Dokument gegen uns. Und es muß auch bei uns dahöim, als ich klein war, davon die Rede gewesen sein, denn ich weiß noch, ich habe gebetet für Cesare Battisti. Damals haben wir so gebetet als Kinder... Für wen wir alles gebetet haben, die Schwester und ich, abends; heimlich im Bett... Für Cesare Battisti, aber auch für den jungen Kaiser Karl und die Kaiserin Zita... Gebetet und geweint haben — aber immer lieber für jemand, von dem sie sagten, daß er ein Feind ist!“

Hier wird das Wissen um die schwenkende Kontingenz aller Feindschaft offenbar. Wer war der Feind Tirols? Unser Feind? War es nur ein äußerer? Drohte er nur vom Süden her? Oder auch vom Norden? Und steckte er nicht auch in uns? Die Antworten auf diese Fragen aus der Vergangenheit mögen helfen, das Verhalten in der Gegenwart zu bestimmen — sie könnten freilich auch andern helfen, ihr Verhalten uns gegenüber zu bestimmen. In einem kleinen, zu unrecht vergessenen Büchlein über den „italienischen Irredentismus“ im alten Tirol schrieb Prof. Ignaz Philipp Dengel unter dem Pseudonym „Spectator Italus“:

„Zum Irredentisten wird aber der Italiener, wenn er gereizt wird durch die chauvinistischen Übertreibungen gewisser Überdeutscher und wenn man sein empfindliches Nationalgefühl verletzt.“

Die Innsbrucker Universitätskrawalle; die Vorweigerung der Autonomie an das Trentino im Namen der teuren Landesinheit. Dem „Schädelgrundbruch Europas“ von 1918 gingen leider etliche innere Brüche voran, auf der großen österreichischen wie auf der kleinen tirolischen Szenerie, und es mutet wie eine Vorwegnahme von 1918 an, wenn Karl Grubmayr 1907 klagt:

„Namentlich zu den Italienern war — im Tiroler Landtag — kein rechtes Verhältnis zu finden: man hatte doch immer die Empfindung, daß sie eigentlich nicht zu uns gehören und von uns am liebsten nichts wissen wollten.“

Dies war das Ende des alten Tirols; und ohne Österreich — Wien und Innsbruck — an die Stelle der alten Form eine neue zu setzen vermachten, kam jener Krieg, in dem Österreich, das Vielvölkerreich, das große Wirtschaftsreich der kleinen Völker, nach Hermann Bahr eine ebenso seltsame wie verlogene und falsche Entdeckung machte:

„Wir haben uns wieder; nun sind wir nichts als deutsch. Es genügt uns auch ganz, wir sehen jetzt, daß man damit völlig auskommt, fürs Leben und fürs Sterben.“

Man kam nur fürs Sterben damit aus. —

Nun aber endgültig heraus aus der Vergangenheit, die zwar unsere Gegenwart südlich und nördlich des Brenners vielfältig bedingt, die uns indessen nicht gefangen nehmen darf.

Noch einmal zurück zu Piovene, der die italienischen Ansichten über die Südtiroler in seinem „Viaggio in Italia“ mit beträchtlicher Präzision synthetisiert:

„Es gibt (unter den Südtirolern) ganz wenige Verbrechen und kaum welche gegen den Staat oder die öffentliche Verwaltung. Nie ein Verstoß gegen das religiöse Empfinden oder die öffentliche Ordnung. Prozesse über Untroungungen sind äußerst selten. Doch herrscht unter ihnen eine ewige Streitsucht, die in diesem System kleiner geschlossener Königreiche natürlich erscheinen mag. Die hohe Kultur ist armselig, hervorragend aber die Kultur im Kleinen, und das Gebiet hat als einziges Italiens nicht einen Analphabeten. ... Die deutschen Südtiroler Dialekte sind grob, Dichtung und Volksschauspiel mittelmäßig, das Gefühl der Liebe feint in ihnen so gut wie vollkommen.“

Eine von einem italienischen Soziologen unter Italienern durchgeführte Umfrage über die Eigenschaften der Südtiroler ergab die folgende Reihung:

„Die Südtiroler sind: 1. vorbohr; 2. konservativ; 3. nationalistisch; 4. diszipliniert; 5. prüftrauisch; 6. gehorsam; 7. rebellisch; 8. rückständig — ignorant; 9. beschränkt; 10. ernst; 11. grausam; 12. charvinistisch; 13. Gewohnheitsmenschen; 14. vorurteilslos; 15. patriotisch; 16. vertrauenselig; 17. individualistisch — naiv; 18. europäisch gesinnt — gebildet — intelligent.“

Studiert man indessen die Leserbriefe, so assoziieren die meisten Italiener zu Südtirol heute in erster Linie Dinge, die entweder oberflächlich oder lebensächlich erscheinen oder schlicht falsch sind: Bomben und Terrorismus, wobei nicht Kerschbaumer, sondern der Nichttiroler Bürger als Bannerträger gilt; Gefährdung der Grenze („Eines schönen Morgens werden wir aufwachen und in aller Ruhe feststellen; oh, jetzt haben wir Südtirol doch verloren“, schrieb ein Leser an den Corriere). Ein Politologe aus Turin meint:

„Es ist endlich an der Zeit, zur Kenntnis zu nehmen, daß man, wenn man über Südtirol redet, von einem Lande spricht, das ... die wenigsten Analphabeten hat, das ... die höchste Motorisierungsrate in der Landwirtschaft aufweist, das als einziges Gebiet Italiens über ein Genossenschaftswesen verfügt, das nicht über korumpiert ist, von einem Gebiet, das die Pulverisierung des Grundbesitzes ... vermieden hat, und das schließlich Männer ins Parlament schickt, die sich trauen, sich offen für den Gesetzesentwurf über die Ehescheidung auszusprechen.“

Dagegen zwei andere Leser:

der erste: „Der Bürgermeister im letzten Südtiroler Dorf hat bei der eingeborenen Bevölkerung stets mehr Achtung genossen als der Regierungskommissar in Bozen“;

der zweite: „Wie wird man der Minderheit in dieses dumme Gefühl ethnischer Überlegenheit austreiben können, solange in den Schulen Südtirols Lehrer unterrichten, für die Garibaldi ein ‚Walsch‘ ist, wogegen Andreas Hofer — das heißt, Garibaldi's bescheidene lokale Entsprechung — als großer Patriot gilt?“

Ich meine, die Zitate bedürfen keines besonderen Kommentars; man mag die Geschichte mit der Ehescheidung bezweifeln, man könnte einwenden, daß der Bürgermeister — ein gewählter Vertreter — auch in Österreich vielfach mehr Achtung genießt als der beamtete Bezirkshauptmann; und daß dies eben zum Wesen der Demokratie gehört, man müßte dem zuletzt zitierten Leserbriefschreiber entgegenhalten, daß nach Karl Kraus derjenige, „der den Patrioten des andern Landes für einen Lumpen hält, ein Dummkopf des eigenen sein dürfte“.

Was einen bei Lektüre italienischer Bekundungen über Südtirol bedrückt, ist weniger die mitunter scharf und ungerecht, bisweilen nur verständnislos negative Wortung über die Menschen von heute, sondern das absolute Nichtwissen, die Ignoranz, über das, was Südtirol, kulturell und politisch bedeutet hat: Gaismair oder Fallmerayer, Grabmayr oder Thöny oder Flora, die alle „hohe Kultur“ sind (in einem gewissen Sinne ist ja auch die Politik Reflex der Kultur), werden nie und nirgends erwähnt, dies indessen offensichtlich aus dem Grunde, weil sie auch im Geistesleben Südtirols einfach nicht mehr präsent sind, weil sie totgeschwiegen oder mißgoutet werden (wie Gaismair) oder an den Rand des Schulwissens verdrängt sind (wie Fallmerayer). Und man kann nicht erwarten, daß die andern einen anders sehen und beurteilen, als man sich selbst ihnen darbietet.

Wie aber bieten wir, die Südtiroler, uns selbst und den andern dar: als festgebügte Einheit heimatlicher Südtiroler, die tirolisch sind, die deutsch sind, dies alles indessen nicht sosehr der Worte

wegen, die diese Begriffe implizieren, sondern gewissermaßen als Negation: ich bin Tiroler, weil ich nicht Italiener bin; oder: ich bin gegen die Italiener, daher bin ich Tiroler. (Bei einem Großteil der Italiener Südtirols verhält es sich im übrigen nicht anders). Dabei sind die positiven Worte des Tirolertums vielfach schon ausgehöhlt; die staatsbürgerliche Moral der Südtiroler — auch das Verhalten der kleinsten Gemeinschaft, der Gemeinde, gegenüber ist nicht gemeint — ist heute eine andere als jene der alten Tiroler; die Steuermoral der Südtiroler ist eine andere, lockerere als jene der Nordtiroler; das Verhalten im Straßenverkehr der Südtiroler ist wesentlich anders als jenes der Nordtiroler; obschon die Südtiroler pünktlicher, präziser, vorläufiger sein mögen als die in dieser Hinsicht reichlich großzügigen Italiener, hat hier doch schon ein beträchtlicher Anpassungsprozeß stattgefunden; dergleichen ist die Vorliebe zu unverbindlichem Gerede, die Scheu vor dem Sich-Jestellen im Sachlichen doch wohl auch eine neu erworbene Eigenschaft, die möglicherweise damit zusammenhängt, daß man weiß und meint, sooft geteilt zu haben — zu welcher zweifelsohne aber auch die natürlich unvorblindliche, häufig überschwenglich nichtssagende Attilüte der neuen Nachbarn verzeihen mag. Ob ein Bauer heute „Pasta“ statt des traditionellen „Piontin“ ißt, vorändert sein Wesen nicht. Häufiger jedoch die Umstellungs-, die Anpassungsphänomene in einer Person oder in einem Milieu, so ergibt sich daraus eine allmähliche Veränderung, eine Ver-Fremdung, wenn man so will, die indessen eines besonderen psychologischen Mechanismus“ zunächst dazuführen vermöge, daß man sich noch mehr und noch verbissener als das fühlt, was man, wie man fühlt, nicht mehr so ganz ist: in unserem Falle also als Tiroler! Als Tiroler von altem Schrot und Korn.

Hier geraten wir nun in die Sphäre der sozialen (in unserm Falle: nationalen) Vorurteile, der in keiner Weise systematisch überprüften „Urteile“ über sich selbst, über die „andern“ und über die sich nicht „gruppengemäß“ verhaltenden eigenen Mitmenschen; und über diese Sphäre hinausgehend in jene der kollektiven Neurosen. Diese Vorurteile stellen einerseits den Konsensus zwischen den Gruppenmitgliedern her, sie legen die „Verhaltens-Erwartungen“ fest (und wirken solcherart als ungeschriebener Moralkodex), sie bestimmen andererseits das Verhältnis zur Fremdgruppe, schließlich gründet in ihnen auch die Intoleranz gegenüber jenen Mitgliedern der eigenen Gruppe, die sich nicht ins allgemein erwartete Verhalten einordnen, die eigene Wege gehen. Als Grundlage des erwähnten Moralkodex' dient eine kleinbürgerlich-bäuerliche Traditionsmoral, welcher der wirtschaftliche Kosmopolitismus des Großkaufmanns oder Industriellen (der „Pfeffersäcke“, der „Laubenbarone“) ebenso verräterisch erscheint wie der übernationale Klassen-Solidarismus der Arbeiter oder das Kulturstreben des Intellektuellen, der seinem Geist alles an Nahrung zuführen will, was ihm erreichbar ist, aus welcher Nation, aus welchem „System“ immer es komme.

Dieses Verhalten ist wesentlich Ausdruck der Unsicherheit, der Angst; daher trachtet es, den Anschein eigener Macht zu erwecken (Einheit) und verwandte Macht (sowie die Bewunderung für Deutschland, die große Industriemacht). Aber indem es die innere Freiheit, die offene Dialektik von Interessen und Meinungen mit den Keulen der Vorurteile erschlägt, bewirkt es Schwäche statt Stärke. Uniformität statt authentischer Einheit, Stagnation statt Fortschritt, geistige Lethargie statt bemühtem, forschendem Suchen. Wer seiner — dank einem kombinierten System von Tradition und neuen Vorurteilen — absolut sicher ist, wird nie nach sich fragen und wird sich folglich auch nicht in Frage stellen. Er wird dann freilich kaum etwas oder nur Voralteiles, Obsoletes über sich auszusagen haben.

Und uns nun wieder kopfüber ins Tirolische zu stürzen: man kann nicht ewig das „letzte Aufgebot“ sein; man kann sich nicht ewig als Opfer der Weltgeschichte, als Opfer des Faschismus führen; das „Der Teufel soll sie holen, die ganze welsche Schar!“ ist sinnlos geworden angesichts einer Gegenwart und Zukunft, die von Südtirolern und „welscher Schar“ gemeinsam aufgebaut werden muß — aufgebaut für jene Südtiroler Jugend, die nicht wie die heutige gezwungen werden soll, sich die Zukunft im Ausland zu suchen. Und dies zu tun wird umso leichter fallen, als das Postulat eines andern patriotischen Liedes, das „wir wollen Tiroler bleiben!“ im Sinne des „Bleibens“ nicht nur gesichert ist, sondern auch subventioniert und aus fremdenverkehrsrechtlichen Gründen sogar propagiert wird. Stehe die „Lederhoschi-Kultur“, die soll mehr als einem Jahrhundert zweifellos ein goldenes Zeitalter erlebt, ein reproduzierendes frei-

Ich nur. Die Südtiroler machen nicht mehr, wie Joseph Roth geschrieben hat, „Gschadahüpfln aus ihrer Treue zum Kaiser“, sie singen nur noch jene nach, die die Alten gemacht haben.

Die Forderung des Konzils, daß die Kirche „in der lebendigen Beziehung zur Welt an der Erfahrung der Geschichte immerfort reifen muß“, gilt für alle Gemeinschaften, auch für die Südtiroler als Volksgruppe, wo dieser Reifeprozess in mehr als einer Hinsicht kouriert ist, behindert wird. Behindert durch ein Klima der neurotischen Spannung, des selbstgewählten Ausnahmezustands, in dem man sich gegen die geistige Verarbeitung der gegenwärtigen besonderen Situation im Lande dadurch wehrt, daß man einfach dekretiert, eine „Südtiroler Kultur“ könne es nicht geben. Es wird diese Kultur aber geben müssen, wenn wir nicht in Phantasieelocigkeit verkümmern, in faulem Selbstgenügen versumpfen wollen. Es wird die geben müssen, da die objektiven Voraussetzungen für sie da sind: das Drama des Landes zwischen Brenner und Salurn, der vielfach entfremdeten Menschen Südtirols ist noch nicht geschrieben; das Drama der tragischen Scheidung zwischen dem offiziellen Land, das Alto Adige hieß, und dem realen Land, das als Südtirol im Vorborgenen weiter lebte, ist noch nicht geschrieben; die dramatische Begegnung der „Erbfeinde“ in diesem Lande: der Italiener also, die — kleine Bauern auf dem Schachbrett der faschistischen Kolonisierungs- und der kapitalistischen Industrialisierungspolitik — ins Land „gebracht“ wurden und der autochthonen Südtiroler, die nichts mehr gefürchtet hatten als diese Begegnung — dieses dramatische Ereignis ist noch ohne künstlerischen Ausdruck geblieben. Desgleichen die Tragödie der Option und Optionsfolgen, in welcher die Großen verschont blieben und die Kleinen — der „Pöfel!“ wie der selbstgerechte Basitzerstolz meint — verschlungen wurden. Dies alles wird nur durch eine „Südtiroler Kultur“, nur durch eine „Südtiroler Literatur“ als Teil einer solchen Kultur verarbeitet, interpretiert, dargestellt werden können — so wie etwa triestinsche Situationen nur von dem, was an Triester Literatur und Kultur schon da und anerkannt ist, interpretiert und dargestellt werden können. Und aus solcher Selbst-

darstellung mag sich dann auch eine zeitgemäße Selbstdeutung ergeben. Mir scheint, daß ein Teil der Südtiroler Jugend, vor allem der akademischen auf dem Weg dahin ist: sie nimmt sich die Freiheit, über sich selbst und über die „Alten“, über Gegenwart und Vergangenheit nachzudenken; sie nimmt sich die Freiheit, das Erkannte — ob es nun richtig ist oder nicht, spielt zunächst keine Rolle — auch zu äußern; und sie begegnet in ihrem Bemühen einer italienischen Jugend, die fünfzig Jahre nach dem europäischen und tirolischen Schädelgrundbruch — für sich das Rechte verlangt, deutsch zu lernen, um endlich die Mitbürger verstehen zu können.

Das neue Südtirol reproduziert wieder eine altösterreichische, alttirolische, meistwegens kakanische Situation, auf engerem Raum, in neuer Umwelt, unter neuen Vorzeichen — aber mit den alten Problemen: Freiheit, Toleranz, Achtung der Menschenwürde allen Gegensätzen zum Trotz, ursprünglich demokratische Gliederung des Gemeinwesens, damit jeder — ob Deutschtiroler, Ladinler oder Italiener — auf jeder Sphäre gemäß seinem Gewicht die öffentlichen Dinge mitbestimmen kann und keiner sich nur als Objekt fühlen müsse, in der herrlichen, wenngleich schwierigen Normalität der Vielfalt. Die Vergangenheit kann uns da keine Rezepte bieten; sie kann nur Wegweiser sein: was einmal falsch gemacht wurde, soll nicht wieder falsch gemacht werden; was einmal als Sackgasse erwiesen hat, soll nicht wieder als Ausweg angepöpselt werden. Sie soll auch zur Behutsamkeit im Urteil mahnen: vieles von dem, was als konservativ erscheint, ist deshalb beständig, weil es gut war und gut ist; andererseits aber mag die „konstituierte Ordnung“, die in Südtirol geherrscht hat und teilweise heute noch herrscht, auch lehren, daß nicht jede konstituierte „Ordnung“ Sympathie, Respekt und Bewahrung verdient, nicht jeder Auführer gegen solche Scheinordnung der Verachtung und Verdammnis würdig ist.

Es ist an der Zeit, daß Südtirol wieder zur Kernidee Tirols zurückkehrt, daß es die Freiheit als Wagnis im Innern auf sich nimmt und als Herausforderung nach außen aktiviert.

Diskussion über die Vorträge von Dr. Prior und Claus Gatterer

Die erste Frage beschäftigt sich mit den Ausführungen des Herrn Dr. Prior. Der Fragesteller bemängelt am Referat die zu starke Betonung der historischen Seite, wodurch das eigentliche Thema nicht genügend klar herausgearbeitet worden ist. Es ist fraglich, ob die Ausführungen über die tirolische Gesellschaft vor 1918 überhaupt noch als Grundlage für ein Zusammenleben in Südtirol gemäß den heutigen Umständen genommen werden können. Denn man könne nicht einfach dort anfangen wo man im Jahre 1918 aufgehört hat. Die Gründe dafür liegen einmal in den Änderungen auf politischer Ebene und zweitens in der Differenz zwischen Nord- und Südtirol auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet. Der eigentliche Kern des Themas liegt in der Fragestellung nach den Auswirkungen auf die Gegenwart.

An Herrn Gatterer wird die Frage gestellt, wie die von ihm vortragene gemeinsame Aufbauarbeit zwischen Südtirolern und Italienern praktisch verwirklicht werden kann.

Außerdem liegt in seinem Referat eine zu starke Beschränkung auf Südtirol vor; die Gemeinsamkeit mit Nordtirol wurde nicht herausgearbeitet. Dr. Prior weist in seiner Antwort darauf hin, daß er im Referat versucht habe, aus der historischen Entwicklung heraus ein Bild des Inhaltes Tirols zu geben. Er bezieht sich auf seinen Vergleich mit dem Gefäß, das zersprungen ist, aber doch noch einen Inhalt besitzt und auf die Brückenfunktion Südtirols. Es gilt nun diese Brücke funktionsfähig in Europa zu erhalten, in ihrem geistigen Inhalt. Es sei unmöglich in einer kontinuierlichen Form an 1918 anzuknüpfen. Wie nun diese Brücke weiterhin funktionieren soll, ist eigentlich Aufgabe der Studientagung und kann nicht im Rahmen eines Referates behandelt werden, da zuviele Faktoren nötig sind, diese Brücke funktionsfähig zu erhalten.

Herr Gatterer weist auf die Thesenstellung hin, woraus die Beschränkung resultierte. Durch das Voranstellen eines österreichischen Autors und durch seine Aussage über die Tiroler wurde in bezug zu Nordtirol bereits zu Beginn des Referates hergestellt.

Zur Frage an Dr. Prior möchte er nur kurz bemerken, daß wir nicht einmal dort anknüpfen können, wo wir 1945 gestanden sind. Wir müssen uns überlegen, daß der Großteil der Italiener Südtirols, die heute ein Teil Südtirols sind, Milbürgern in Südtirol, Nachbarn in Südtirol sind, wobei Herr Gatterer behaupten möchte, daß viele von ihnen sich in gewisser Hinsicht als Südtiroler fühlen, daß also diese Italiener Südtirols 1945 zum Teil 5, zum Teil 6, aber sehr wenige länger als neun Jahre in Südtirol ansässig waren; daß 1953 noch mehr als 90 000 der Italiener Südtirols außerhalb Südtirol geboren waren, daß diese Zahl von Jahr zu Jahr abnimmt und die Zahl derer zunimmt, für die Südtirol das Land ist, in dem sie geboren sind, aufgewachsen sind, zur Schule gegangen sind, in dem sie die ersten Eindrücke empfangen haben, also für die Südtirol jenes Land ist, das man als Heimat bezeichnen kann.

Man kann nicht davon reden, daß die Italiener und die Südtiroler sich daran machen sollen, gemeinsam die Zukunft zu bewältigen, sondern man muß vielmehr davon reden, daß sie sich daran machen müssen.

Die Voraussetzung dafür ist, daß das, was allgemein als Südtirolproblem bekannt ist, das einen entsetzlichen Komplex darstellt und vom Pakt nur unzulänglich erfaßt wird, daß dieses Problem so dargestellt wird und so präsentiert wird, daß es von den Italienern im Lande nicht als eine gegen sie gerichtete Sache empfunden werden muß, sondern daß es eine Sache ist, die sie angeht, die sozusagen auch ihnen gehört. Auch sie sind ein Teil des Südtirolproblems. Nur wenn das gelingt, wird es möglich sein, auch die Voraussetzungen zu schaffen für die Zukunft. Dasselbe gilt übrigens auch umgekehrt. Denn das Südtirolproblem ist wesentlich ein Problem der inneren Reziprozität, der Toleranz, die hin und her geht, der Verständigung, die hin und her geht.

Herr Gatterer fügt seinen Ausführungen noch hinzu, daß Südtirol nicht so sehr das Unglück hatte, einem kompakten Nationalstaat angegliedert zu werden, sondern es wurde einer „Stadtna-

tion" angegliedert. Die Italiener haben bis heute noch nicht eine Beziehung zum Lande, zu den Bauern gefunden. Es ist das Problem einer bäuerlichen Bevölkerung gegenüber einer vorstädtischen Bürokratie, die kein Verständnis aufbringt für die Probleme der bäuerlichen Bevölkerung, es ist ein Problem einer norditalienischen, proletarischen und industriellen Aristokratie, die zu wenig Gefühl besitzt für die Probleme der Arbeiter. Südtirol, ein Bauernland, ist zu einem Staate gekommen, der sein eigenes Bauernproblem noch nicht bewältigt hat. Und dieser Umstand macht in Bozen die Probleme besonders schwierig.

In der nächsten Fragestellung wird darauf hingewiesen, daß Italien jede Beziehung zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und dem heutigen Österreich ablehnt.

Italien hätte aber, in Ausübungen eines gewissen „Bouterechts“ schwere Verpflichtungen auf sich genommen. Es hat die Verpflichtung auf sich genommen, dieses Gebilde (Südtirol) in seinem Staate einzufügen, was nicht sehr leicht ist. Andererseits haben wir als Südtiroler, wir als Italiener möchte ich in dieser Hinsicht sagen, ein Recht, als vollwertige italienische Staatsbürger anerkannt zu werden, mit unserem geschichtlichen und kulturellen Anhang. Wir haben natürlich auch eine gewisse Pflicht der Loyalität dem italienischen Staate gegenüber.

Herr Gatterer fügt diesem Beitrag noch hinzu, daß der Begriff „heilige Grenze“ vorsichtig zu gebrauchen sei. Er selbst habe es mit Spinelli, der die Grenzen als historische *accidenti* definiert. Damit will er nicht die Grenzen in Frage stellen, sondern sie nur als Tatsachen hinstellen. Außerdem impliziert der Anspruch des Südtirolers als Staatsbürger auf volle Anerkennung seiner Autonomie und seiner Rechte, daß der Südtiroler seine Pflichten und Rechte dem Staate gegenüber als aktiv in der Gestaltung des Staates mitwirkender Bürger erfüllt. Der Südtiroler kann nicht nur für sich Garantien verlangen, er muß auch an der Zukunft des Staates mitarbeiten mit dem Gewicht, das seine Volksgruppe besitzt.

Daraus resultieren auch die Mißverständnisse in der Volkspartei selbst, die einerseits die Minderheit vertritt und hier vorwiegend Volkstumspolitik betreibt; andererseits ist sie aber die Inhaberin der Mehrheit in der Provinz Bozen und als solche hat sie ersatzlose Verwaltungsarbeit zu leisten. Die erste Aufgabe kann der zweiten häufig im Wege stehen und umgekehrt. Hier einen richtigen Ausgleich zu finden wäre sehr wesentlich. Es erfordert mehr politisches Geschick als das Bürgermeisteramt in Rom. Unter diesem Gesichtspunkt sollte man die Südtirolpolitik mitunter etwas nachsichtiger beurteilen, als man es tut.

Die nächste Fragestellung knüpft an die Bemerkung von Herrn Gatterer an, daß die Italiener und Südtiroler gemeinsam das Südtirolproblem lösen sollen. Dies sei aber nur möglich, wenn die Ziele der Deutschen und der Italiener gleich wären.

Herr Gatterer antwortet, daß nicht die Südtiroler und die Italiener gemeinsam die Lösung des Südtirolproblems bringen können. Was sie machen müssen, ist aus der Lösung etwas zu machen, die man anderswo für sie findet.

Als größtes Hindernis für eine Nutzung dieser Lösung stellt Herr Gatterer die Region hin, die zu allem möglichem einlädt, z. B. zu politischen Fressungen. Die Lösung würde sich jedenfalls leichter innerhalb der Provinz und nicht im Rahmen der Region finden.

Wenn man bedenkt, daß der Staat bis heute weder an die gesellschaftliche noch an die geographische Peripherie des Landes vorgedrungen ist, so ergibt sich die Aufgabe für die Region, das Gemeinwesen auch hier präsent zu halten.

Die nächste Frage beschäftigt sich mit dem Problem, ob es um die Erhaltung der deutschen Minderheit geht, oder ob es darum geht, durch diese erwähnte Gemeinsamkeit die Zugehörigkeit zur Volksgruppe zu verwischen?

Es geht in erster Linie darum, antwortete Herr Gatterer, daß man das Land wirtschaftlich und politisch so gestaltet, damit die deutsche Volksgruppe nicht nur überleben, sondern sich entwickeln und entfalten könne. Und es geht auch um eine friedliche Koexistenz.

Der Fragesteller wirft ein, daß wir kulturell isoliert sind und eigentlich nur vom Süden her einem freien kulturellen Einfluß ausgesetzt sind.

Herr Gatterer bemerkt, daß die Grenze gegen Norden gar nicht so abgeschlossen sein kann, da ja viele Südtiroler abwandern. Würde man sie in Südtirol halten, so würde sich schon einiges be-

sern. Dr. Prior betont als notwendige Arbeit in der Zukunft eine politische Absicherung, eine Absicherung gegen die Unterwanderung.

Die Stärke und die Erhaltung der Volksgruppe in Südtirol kann seines Erachtens nur durch das Gemeinsame, nur durch den Tirolismus gewährleistet werden. Wir dürfen aber nicht das Alte wegräumen, ohne dafür etwas Modernes zur Verfügung zu stellen. Wir müssen diese geistige Einheit von Nord und Süd, die man zu sehr nun in Worten kleidet, aktivieren. Der zweite mögliche Weg eines eigenständigen Kulturkreises birgt allerdings auf weite Sicht die Gefahr einer Assimilation in sich. Dabei geht es nicht um irgendeine Beziehung, sondern das Erhaltende und das Tragende ist hier wohl die geographische und geschichtliche Einheit. Allerdings muß eine Bereitschaft in beiden Ländern vorhanden sein, diese Gemeinsamkeit der neuen Zeit entsprechend zu gestalten.

Gatterer fügt diesen Ausführungen noch hinzu, daß von Eigenständigkeit eines Kulturkreises zu sprechen, nicht mehr möglich sei. Man könne heute nicht einmal einen osteuropäischen Kulturkreis ausmachen. Kultur sei nur in gegenseitiger Befruchtung möglich.

In der nächsten Fragestellung wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Eigenständigkeit einer Südtiroler Kultur im Rahmen der europäischen Kultur und das Selbstverständnis des Südtirolers selbst zu finden. Dies sind die Bedingungen für eine Erhaltung der Volksgruppe, die als solche den Anschluß an die Vergangenheit nicht verlieren darf.

Was die Frage der Region betreffe, so könne uns der Trentiner viel besser verstehen als der Italiener, da dieser ein viel größeres österreichisches und tirolisches Erbe in sich trage. Denn die Trentiner sind genauso Brücke, eine etwas südlichere Brücke als wir.

„Ich glaube an den Untergang von Volksgruppen nicht“, erwiderte Gatterer. Dies beweisen z. B. die sogenannten „schlafenden Siowenen“. Der nächste Fragesteller knüpft an das Problem der Region an, und betont die einseitige Benachteiligung der Provinz auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet durch die Region. Deshalb müsse man auf die Lostronung von Trient hinarbeiten.

Der vorhergehende Fragesteller bemerkt, daß er selbstverständlich nicht für die Region in der heutigen Form sei. Aber er müsse doch betonen, daß die Trentiner uns weit näher stehen, als die zugewanderten Italiener in Südtirol.

Gatterer tritt doch für eine Scheidung von der Provinz Trient ein, da diese Ehe (Trentino-Südtirol) nicht mehr funktioniert; auch deswegen nicht mehr funktioniert, weil die Trentiner ganz genau unsere Schwächen kennen. Allerdings kennen auch wir die Schwächen der Trentiner.

Der nächste Fragesteller hebt die Bindung an die gesamtdeutsche Kultur hervor und lehnt die allzustarke Betonung der tirolischen Kultur in den Ausführungen Dr. Priors ab. Nicht das Tirolische bedarf einer Förderung, sondern viel mehr das deutsche Bildungswesen (Fernsehen, Filme usw.). Dr. Prior führt aus, daß zwar die gemeinsame Sprache verbindend wirkt, jedoch können darüberhinaus größere Gemeinsamkeiten vorhanden sein. Allerdings dürfe sich keine Abgeschlossenheit und Abriegelung daraus ergeben. Kultur kann man nicht abgrenzen. Man kann nicht beim Brauchtum stehen bleiben, sondern es sind vorerst und vordringlich die Bildungsfragen zu lösen. Man darf einfach nicht in die Gleichstellung: Vergangenes = Brauchtum = Lederhose verfallen. Denn es erhebt sich sofort die Frage, auf was moderne Bildung fußen soll. Geschichte ist nicht unbedingt die Lehrmeisterin. Trotzdem kann man nicht beide Bereiche so auseinanderfallen lassen, dieses organisch Gewachsene mit Gewalt trennen. Selbstverständlich dürfen wir nicht kleingeistig tirolisch verbleiben, nicht einen kleingeistigen Tirolismus vertreten.

Der Fragesteller fügt hinzu, daß durch die Technik und die Massenmedien die ländlichen Differenzen sich auflösen und verwischt werden. Mag das Spezifische einer Talgemeinschaft früher notwendig gewesen sein, so geht dieser Bestand besonders durch den Fremdenverkehr heute verloren. Deshalb erhebt sich die Frage, wie denn das spezifisch Tirolische gefördert werden kann.

Gatterer behandelt kurz den Einfluß der Dialekte auf die Literatursprache. Sie sollen neue Ausdrucksmöglichkeiten für die schon etwas müde gewordene Schriftsprache hergeben. Außerdem besitzen die Dialekte eine viel größere Überlebensmöglichkeit als die Schriftsprache.

Auch die Täler sind bedeutsam, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, da sie den natürlichen Raum dafür bilden. Deshalb sind z. B. die Talgemeinschaften höchst fortschrittliche Einrichtungen.

Der nächste Fragesteller bezieht sich auf zwei Hypothesen in der Frage Südtirols: 1. Die Kündigung der Partnerschaft mit Trient und 2. das Problem einer Verständigung zwischen den Südtirolern, den Ladinern und den eingewanderten Italienern.

Zum ersten Punkt möchte der Fragesteller klarstellen, daß der Trentiner immer unser größter Feind war, und daß er es immer bleiben wird. „Als Gründe führt der Redner wirtschaftliche Überlegungen an. Weiterhin wird die weitaus bessere Stellung der Trentiner unter Österreich-Ungarn als die der Südtiroler unter Italien hervorgehoben.“

Zum zweiten Punkt führte der Fragesteller aus, daß unser Recht auf Schutz in den internationalen Verträgen verankert sei. Südtirol ist die Heimat der Südtiroler und die zugewanderten Italiener müssen versuchen, Lebensformen, Sprache usw. dieses Landes kennenzulernen.

Ein weiterer Debattenredner wirft die Frage des Brauchtums auf, das heute nur mehr repräsentative Zwecke habe und zu Konsumzwecken gepflegt werde. Es wird aber gefördert.

Weiterhin ist das Wort modern gefallen und es erhebt sich die Frage: gibt es in Südtirol eine „Moderne“ und was ist in Südtirol modern. Man darf hier Nordtirol nicht mit Südtirol verwechseln, weil Nordtirol hier viel weiter fortgeschritten ist (Theater, Jugendkulturwoche, Woche für Poesie konkret usw.).

Das Brauchtum ist aber bei uns ausgehöhlt. Es hat keine neuen Inhalte mehr und man müßte ihm erst neue Inhalte geben. Bezüglich Tirolismus kann man sagen, daß dieser wohl nur mehr in Nordtirol praktiziert wird. In Südtirol ist er kein Begriff mehr, denn der Einfluß des Südens hat auch ihn untergraben. Damit hängt aber ein bestimmtes Versagen der Intelligenz, die zum Teil ausgewandert ist, zusammen. Außerdem sei noch zu betonen, daß Südtirol sich die geistigen Impulse eher von Deutschland als von Nordtirol oder Österreich hoßt.

Dem ersten Debattenredner antwortet Dr. Prior, daß die deutsche Mehrheit in Südtirol eben jenes Verhältnis mit den Italienern finden müsse, das dem Italiener gestattet, am Südtiroler Leben teilnehmen zu können. Dieses Leben wird vom deutschsprachigen Element geformt und geübt. Sehr interessant bezeichnet Dr. Prior die Frage des Brauchtums: Brauchtum ist eigentlich das, was man tut, und nicht nur das, was man konserviert, reproduziert. Brauchtum muß wesentlich ein gemeinschaftsbildendes Element sein, ein Erlebnis des einzelnen, das in diesem Brauchtum steht und darin handelt. Dieses gemeinschaftsbildende Element wird nun auf den Begriff Heimat übertragen und dadurch wird der Begriff Heimat sozusagen institutionalisiert, wobei es nicht etwas Erzwungenes sein muß. Es wäre falsch, in dieser Übergangszeit von der Vergangenheit in die Zukunft, diese Bedeutung der Volkskultur und des Brauchtums zu übersehen. Brauchtum darf man nicht nur sehen als Fremdenverkehrsattraktion, was Dr. Prior auch ablehnt, weil es dadurch völlig verfälscht wird und nicht in der Substanz begriffen wird.

Aus diesem Fremden vertritt Dr. Prior eine Förderung des Brauchtums als heimatgebundene Institution, wobei natürlich Unterscheidungen getroffen werden müssen. Den Übergang in die moderne Zeit wollen wir nicht aufhalten, sondern wir wollen mitkommen. Allerdings darf diese Tatsache nicht einen Bruch bedeuten.

Der Fragesteller fügt noch hinzu, daß zwischen Nord- und Südtirol Differenzen auf diesem Gebiet bestehen. Er stellt die Frage, ob das Brauchtum, wie es im Augenblick in Südtirol praktiziert wird,

eine bestimmte Eindämmung des Bewußtseins zur Folge habe, und ob man nicht durch neue Inhalte ein größeres Bewußtsein erzielen könne.

Dr. Prior schlägt vor, diese Frage im Arbeitskreis Volkskultur zu behandeln.

Zur Frage der kulturellen Befruchtung aus Deutschland oder aus Österreich weist Gatterer darauf hin, daß ein Großteil der Studenten Südtirols auf österreichischen und italienischen Universitäten studieren, so daß auch dadurch eine Befruchtung gegeben sei.

Zum Problem Abwanderung der Intelligenz stellt Herr Gatterer die Frage: wo soll ein junger Physiker in Südtirol arbeiten, wo soll ein junger Schriftsteller seine Werke veröffentlichen?

Bei der nächsten Wortmeldung wird Herr Gatterer gefragt, ob er mit seinen zwei Begriffen „letztes Aufgebot“ und „selbstgewählter Ausnahmezustand“ eine bestimmte Personengruppe in Südtirol treffen wollte. Außerdem würde das Thema Verständigung und gemeinsames Vorgehen der Südtiroler deutscher und italienischer Muttersprache aufgeworfen.

Herr Gatterer antwortet, daß er damit niemand persönlich treffen wollte, sondern einfach einen Zustand charakterisierte. Konkret zur Frage der Zusammenarbeit erwiderte Herr Gatterer, daß die einen aufhören sollen, den Brenner noch einmal zu erobern, die anderen sollen endlich einmal mit 1809, nicht mit der Erinnerung daran, sondern mit dessen Mentalität, Schluß machen.“

Die nächste Fragestellung nimmt Bezug auf das Problem der gesamtdeutschen und der tirolischen Kultur. Die Sprache wurde hier überbetont, denn es ist ganz eindeutig, daß man mit einer Fremdsprache auch gewisse Lebensgewohnheiten übernimmt.

Zur Frage der Region sei zu bemerken, daß wohl die Region in irgendeiner Form bestehen bleiben wird, und ob es deshalb nicht angebracht sei, einen Ausgleich mit Trient zu finden.

Und daran solle nicht nur Südtirol sondern auch — gerade aus historischen Erwägungen — Nordtirol mitarbeiten. Wäre es nicht möglich, analog zum Accordino, auch auf kulturellem Gebiete ähnliche Initiativen zu ergreifen, so könnte man z. B. die gemeinsame Geschichte abklären.

Gatterer möchte in erster Linie festhalten, daß das Trentino bis 1918 Tirol war und zum Teil es auch heute noch Tirol ist.

Sich mit den Gegebenheiten abfinden, heißt nicht, daß man sie nicht verändern, reformieren, durch einen Bruch umstürzen darf. Denn die heute bestehende Doppelregion kann alptirolische Zustände reproduzieren, die alles eher als gut waren.

Zur Frage der kulturellen Zusammenarbeit geben sich ganz bestimmt beträchtliche Möglichkeiten, z. B. in der zeithistorischen Forschung durch ein gegenseitiges Abstimmen der Schulbücher.

Der Diskussionsleiter schloß die Diskussion folgendermaßen: Ich möchte zum Abschluß nur zwei Gedanken herausstellen, die während der Diskussion aufgeworfen wurden und die mir wichtig erscheinen. In seinen Ausführungen hat der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter von einer Aktivierung der Zusammenarbeit gesprochen, und zwar von einer Bereitschaft besonders der akademischen Jugend im Süden und im Norden, die Gemeinschaft zu erhalten.

Und andererseits möchte ich den Gedanken vom Kollegen Stokker herausgreifen, der darauf hingewiesen hat, daß Italien mit der Siegesprämie Südtirol auch eine Verpflichtung auf sich genommen hat. Ich glaube, wenn es uns gelänge einerseits die Zusammenarbeit zu verstärken, andererseits diese Verpflichtung Italiens in das Bewußtsein der italienischsprachigen Bevölkerung einzubauen, so befände man sich auf dem gleichen Weg und man könnte sich in der Mitte treffen. Vielleicht ist dies eine Realität, vielleicht ist es nur ein Wunschtraum. Hoffen wir, daß es sich als Realität entpuppt.

Geschichte Tirols bis zum Ersten Weltkrieg

Dr. Fridolin Dörner

Wie eine gewaltige Mauer trennen die Alpen Mitteleuropas vom mediterranen Raum. Können sie im Westen und Osten, entlang der großen Ströme Rhone und Donau umgangen werden, so ist die Verbindung mit Italien nur durch Überquerung des Alpenrückens möglich. An keiner Stelle, von den Seealpen an der Adriatischen Küste angefangen bis in die Obersteiermark, bieten sich hiebei von Natur aus so günstige Voraussetzungen wie in unserem Lande: auf dieser ganzen Strecke gibt es nämlich keine so tiefe Einbuchtung des Alpenhauptkammes wie den Brenner. Mehr noch fällt ins Gewicht, daß sich hier die großartige Möglichkeit bietet, mittels einer einzigen Paßüberschreitung das ganze vielkettige Gebirgsmassiv zu durchqueren; denn hier haben der Inn die nördlichen, die Etsch die südlichen Ketten durchbrochen.

Diese besondere geographische Situation ist, soweit wir geschichtlich zurückblicken können, zum Schicksal unserer Heimat geworden. Ihr danken wir die Entstehung des Landes Tirol; ihrerwegen aber wurde seine Geschichte auch bewegter, vielleicht bedeutender, aber auch leidvoller als die abgelegener Alpentaler. Denn gar manches fremdes Kriegsvolk versuchte einem in fernen Ländern gelegenen Ziel auf diesem Wege zuzustreben, so erstmalig schriftlich bezogen 102 vor Christi Geburt die Kimbri. Und mehr als einmal hat eine außeralpine Macht sich bemüht, diesen wichtigen Übergang entweder ganz oder zumindestens eine seiner Rampen in ihre Gewalt zu bekommen.

In geschichtlicher Zeit gelang dies zum ersten Mal dem Imperium Romanum. Um die Nordgrenze des Reiches, die damals knapp nördlich der oberitalienischen Tiefebene verlief, bis zur Donau vorzuschieben, rückten im Jahre 15 v. Ch. von Drusus befehligte Legionen der Etsch entlang nach Norden und unterwarfen in harten Kämpfen die Gebirgsbewohner. Die nachfolgende römische Militär- und Zivilverwaltung schenkte jedoch unserem Gebiet weder eine eigene Metropole noch administrative Einheit, obwohl nun die gesamten Alpen im selben Staatsgebiet zusammengefaßt waren. Immerhin erscheint bemerkenswert, daß man es für zweckmäßig fand, beide Abdachungen der Pässe Brenner und Reschen in derselben rätischen Provinz zusammenzufassen. Die Provinzgrenze verlief nämlich, in modernen Orten ausgedrückt, etwa bei Meran und bei Kollmann, so daß also beide Paßstraßen im selben Verwaltungsgebiet lagen, wogegen z. B. die Grenze zwischen den beiden norischen Provinzen, Binnennorikum und Fernnorikum, etwa am Alpenhauptkamm verlief.

Den germanischen Staaten, die in der Völkerwanderung das Imperium ablösten, eignete vorerst durchwegs nicht transalpine Ausdehnung, so daß das Gebirgsland wieder zum heißumkämpften Grenzland wurde. Die Langobarden, seit 569 in Oberitalien, konnten sich bis zur Töll bei Meran, doch auf die Dauer nur am rechten Etschufer halten. Den Vinschgau finden wir zusammen mit Churrätien im 6. Jahrhundert unter fränkischer Oberhoheit. Den Franken waren damals auch schon die Alemannen untertan, die, vom Westen her kommend, um 450 den Lothar erreicht hatten und auch im äußersten Nordwesten unserer Heimat siedelten. Den Hauptteil Tirols aber (wir müssen korrekterweise sagen: des späteren Tirol), gewann der Stamm der Baiern. Ohne die einheimische Bevölkerung auszurotten, die — von den heute noch ladinischen Dolomittälern abgesehen — in der Folgezeit allmählich, und zwar langsam mit ihnen verschmolz, durchdrangen die Baiern im späten 6. Jahrhundert das Gebiet der Breonen und anderer rätischer Alpenstämme, die zu diesem Zeitpunkt sprachlich romanisiert waren und daher von der Wissenschaft gemeinhin unter dem Sammelbegriff „Rätoromanen“ zusammengefaßt werden. Um 600 kämpften die Baiern um Agunt im heutigen Osttirol (in der Nähe von Lienz) mit den Slawen, die die Drau entlang nach Westen vorgestoßen waren. Jene müssen also zu diesem Zeitpunkt bereits das Innthal, das Eisacktal und das Pustertal beherrscht haben. Ein Jahrhundert später ringen sie mit den Langobarden um das Etschland bei Meran und Bozen. Daß die Langobarden, wie schon bemerkt, das westliche Etschufer halten konnten, während das östliche von Meran abwärts bis ungefähr Branzoll dem Baiernherzog unterstand, hat mittelbar noch lange in der tirolischen Geschichte nachgewirkt.

Die Eingliederung des langobardischen Königreiches und des Herzogtums Bayern in das fränkische Großreich, jene im Jahre 774 vollzogen, diese nach einer längeren losem Abhängigkeit durch den Sturz Tassilos II. 788 endgültig abgeschlossen, vereinte

wiederrum den gesamten tirolischen Alpenraum im selben Staat, doch hielten sich die geschiedenen Marken der Herzogtümer als Binnengrenzen. Sie wurden teilweise schon bald wieder zu Staatsgrenzen, als das Karolingerreich zerfiel.

Zuerst zwei geistliche Fürstentümer

Die endgültige Wende brachte die Erneuerung des Imperiums 962 durch Kaiser Otto den Großen. Für ein der Idee nach gesamtalpenländisches, in der Praxis vor allem auf Deutschland und Italien gestütztes Kaiserreich, war der verbindende Alpenübergang zu wichtig, als daß er auf die Dauer in der Gewalt verschiedener, oftmals unzuverlässiger Herren beissen werden hätte können. So löste anläßlich eines oberitalienischen Aufstandes Heinrich II. im Jahre 1004 die Grafschaft Trient von der Mark Verona und übertrug die gräfliche und herzogliche Gewalt in dem gesamten Gebiet zwischen dem südlichen Alpenrand und der schon angedeuteten langobardischen Nordgrenze, also vor allem im Etschthal, am Nonberg, in Judkarien und in der westlichen Valsugana dem Trienter Bischof. Zufolge der damaligen Reichsverfassung bedeutete dies eine gewaltige Steigerung der zentralen Reichsgewalt im betreffenden Gebiet. Denn während bei weltlichen Fürsten Erblichkeit die Nachfolge bestimmte, hatte auf die Ernennung der Bischöfe der Kaiser damals solchen Einfluß, daß sie beinahe als Reichsbeamte anzusprechen sind.

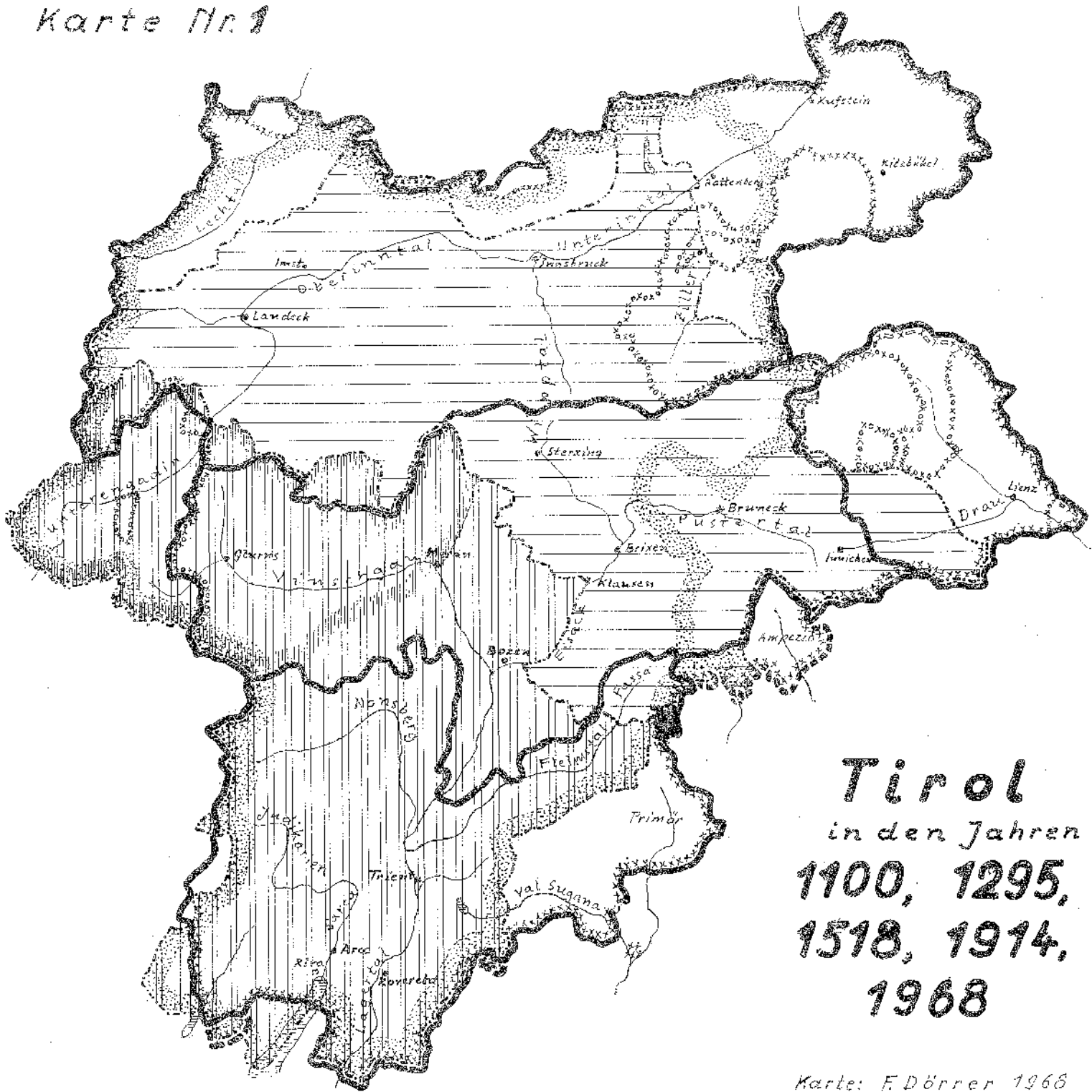
Dieselbe Politik sollte Kaiser Konrad II. im Jahre 1027 fort, veranlaßt dadurch, daß deutsche aufständische Große ihm die Rückkehr vom Romzug verwehren wollten. Unter diesen Aufständischen war auch Welf, der damalige Graf des Inn- und Eisacktales. Der Kaiser vermehrte das Trienter bischöfliche Herrschaftsgebiet um die Grafschaft Bozen und Vinschgau, überantwortete also diesem Fürstbischof das gesamte Eisacktal einschließlich der Übergänge zum oberen Inn (denn auch der Reschen mit Nauders, das Münstertal und das Unteringadin zählten damals zu dieser Grafschaft. Der Bischof von Brixen aber erhielt gleichzeitig das Eisack- und Innthal bis zum Ziller, also die Hut über die Brennerstraße zu beiden Seiten des Passes; 1091 außerdem das Pustertal. (Siehe Karte Nr. 1: Hochstift Brixen und Trient um 1100.)

Vögte übertreffen die Bischöfe

Doch nicht zwei geistliche Fürstentümer waren unserem Land als geschichtlicher Weg vorgezeichnet. Er wurde vielmehr bestimmt von ihren weltlichen Vasallen, die die Bischöfe als Vögte bestellt und mit der tatsächlichen Ausübung der Grafschaftsgewalt in ihren Herrschaftsbereichen betraut hatten. Nur die wichtigsten können wir hier nennen. Die Brixner Vogtei und die Grafschaften im Inn- und Pustertal hatten seit vermutlich 1165 die Grafen von Andechs inne, ein kaiserliches, altbayerisches Geschlecht, das zumal im 12. Jahrhundert im Kampf zwischen Staufern und Welfen stieß anstieg, sich einen Machtbereich von Franken über Bayern und Tirol bis Krain, Istrien und Dalmatien, seit 1208 auch im Burgund verschaffte, seit 1180 den Herzogtitel von Meranien führte (womit, das sei entgegen mancher Literatur ausdrücklich betont, das Land am Meer, nicht die Stadt Meran gemeint ist!) und das mit den Königshäusern von Frankreich, Deutschland und Ungarn verflochten war. Im Etschland, vom Ultental an abwärts, nach dem er sich dann später benannte, regierte als Vasall Trients ein Zweig der Welfen, die Grafen von Eppan. Auch im Oberinntal faßten diese Fuß. Einer ihrer Nebenlinien, benannt nach der Burg Greifenstein, vereinte um 1050 mit der Grafschaft Bozen die Vogtei über Brixen und Innichen und verband somit erstmals, allerdings nur für ungefähr 100 Jahre, Gebiete beider geistlicher Fürstentümer in einer weltlichen Hand.

Alle diese Geschlechter aber überlebte und überragte zuletzt ein im Anfang gar nicht so bedeutendes Geschlecht, die Grafen des Vinschgau, die sich nach der Burg Tirol benannten. Spätestens um die Mitte des 12. Jahrhunderts gewannen sie für dauernd die Vogtei über das Hochstift Trient und damit zwar nicht die zusammenhängende Herrschaft, aber doch Hoheitsrechte bis nahe an die Veroneser Klause. Ihr unmittelbares, ausschließliches Herrschaftsgebiet dehnten sie vom Vinschgau im steten Kampf mit den genannten Eppaner Grafen und ihren geistlichen Lehnsherren, den Fürstbischöfen von Trient, allmählich über Bozen südwärts aus.

Karte Nr. 1



Tirol in den Jahren 1100, 1295, 1518, 1914, 1968

Karte: F. Dörner 1966

wahrscheinliche Grenze der Hochstift-er Brixen und Trient um 1100
(nach den Grafschaftsverleihungen von 1004, 1027 und 1091)

Hochstift Brixen um 1100

Hochstift Trient um 1100

(spätere Ausdehnung der beiden
Hochstifter siehe Karte Nr. 2)

Grenze der Grafschaft Vinschgau im 12. Jahrhundert
(erster Herrschaftsbereich der Grafen von Tirol)

Grenze des Herrschaftsbereiches der Grafen von Tirol beim Tode
des Herzogs Meinhard II. 1253 (Dieser Herrschaftsbereich setzt sich
zusammen aus dem Gebiet eigentlicher tirolischer Landesherren,
das unter dem Titel der Vogteie tatsächlich beherrschten Hochstiftern
Trient und Brixen und dem von Bayern verpfändeten Gericht Raibenberg.)

XXXXXXXXXX

Grenze des Landes Tirol (einschließlich der beiden Hochstifter)
beim Tode des Kaisers Maximilian I. 1518.

XXXXXXXXXX
XXXXXXXXXX

In Grenzräumen, die zwar staatsrechtlich Tirol zugehörten, tatsäch-
lich aber sich schon ziemlich losgelöst hatten, bezeichnet
die (mitunter fiktive) staatsrechtliche Grenze,
die tatsächliche Grenze rein tirolischer Macht.

Tiroler Landesgrenze zu Beginn des 1. Weltkriegs 1914, sofern
nicht mit einer heutigen Landes- oder Provinzgrenze identisch

heutige Staats-, Landes- oder Provinzgrenze 1968

Ein Paßland von der Etsch bis zum Inn

Bis um 1200 waren die Grafen von Tirol ausschließlich dem Süden verhaftet. Der Bau eines Paßlandes von der Etsch bis zum Inn hingegen erstrebte und verwirklichte erstmals Graf Albert von Tirol, der trotz seines Geschlechtes, immer geschickter Nutzung aller sich bietenden friedlichen und kriegerischer Möglichkeiten, aber auch begünstigt durch seltene Glücksfälle. Um 1210 wurde er Vogt von Brixen und damit Herr des Eisacktales. Dann schlug er feste Brücken zu den Häusern Meranien und Görz, in welche seine beiden Töchter heirateten, und schuf damit die Voraussetzungen für den späteren teilweisen Zusammenschluß der Territorien dieser drei Dynastien. Nun überstürzten sich die Ereignisse: 1236 säkularisiert Kaiser Friedrich II. die Hochstifte Trient und Brixen, setzt landfremde, weltliche Statthalter ein — in Trient regierte ein Apulier — und veränderte damit grundlegend das bisherige Ordnungsgefüge in diesem Alpenraum. Um die Mitte des Jahrhunderts starben zudem in rascher Folge alle bis dahin hiesige Lande bedeuenden Adelsgeschlechter aus: 1248 die Herzoge von Meranien und im selben Jahr die weltliche Hauptlinie der Grafen von Eppan-Uiten; 1253 auch der Mannesstamm der Grafen von Tirol. Doch Albert von Tirol war es noch gelungen, das Erbe der Meranier im Inn- und Pustertal und — knapp vor seinem Tode — das der Eppaner Grafen im Etschland anzutreten und seinen beiden Töchtern weiterzugeben. Es wurde allerdings bereits 1254 geteilt. Zu Grenzpunkten wurden die Brücken zu Landeck und ungefähr bei der heutigen Franzensfeste bestimmt. (So blieben jeweils beide Abdachungen eines Passes in derselben Hand vereinigt: Der Brenner kam ganz zum nördlichen Territorium, der Roschen zum südlichen.) Doch sein Enkel Meinhard II., der die politische Linie seines Oheims fortführte und krönte, erwirkte die dauernde Wiedervereinigung.

Meinhard II., der 1258 bis 1295 regierte, eine der kraftvollsten Herrschergestalten seiner Zeit, ist als der eigentliche Baumeister des Landes Tirol anzusprechen. Daß er bei der Erbteilung mit seinem Bruder, obzwar ihm, als dem Älteren, die Wahl zustand, sich nicht für das Görzer Stammland, sondern für Tirol entschied, besagt viel. Er sah die Chancen, die dieses Paßland bot, und er unternahm alles, um es äußerlich abzurunden, innerlich zu festigen und in jeder Hinsicht seine Bedeutung zu mehren. Das ist ihm auch durchwegs gelungen. (Siehe Karte Nr. 1: Grenze Tirols beim Tode Meinhards II. 1295.)

Sein gewalttätiges Vorgehen gegen die Fürstbischöfe und andere geistliche Fürsten trug ihm freilich den Kirchenbann ein. Wenn ihn aber, das sei hier nur nebenbei bemerkt, auch laizistische italienische Historiker der Gegenwart noch „Meinardo l'usurpatore“ nennen, so verargen sie ihm wohl weniger, daß er gegen die Kirche vorgegangen ist, sondern daß er das Trienter Gebiet besetzt und damit wieder dem deutschen Reichsverband und dem tirolischen Raum zugeordnet hat. Sie verschweigen, daß es nach der schon erwähnten Säkularisierung von 1236 durch Kaiser Friedrich II. und nach zwanzigjähriger Gewaltherrschaft des berüchtigten Ezzelin und seiner Anhänger kaum mehr um die Wiederaufrichtung des geistlichen Fürstentums aller Form ging, sondern vielmehr, ob die Veroneser oder die Tiroler bei der Aufteilung der Beute schneller und auf die Dauer erfolgreicher sein werden. Sie können sich vorstellen, daß manchem es widerstrebt, daß die Veroneser damals nur das Lagertal schnell genug besetzen konnten. Inmitten ist gerade infolge Meinhards Vorgehen letztlich das Hochstift wieder entstanden, allerdings in stärkster Abhängigkeit von Tirol, wogegen, wie Sie wissen, sämtliche geistliche Fürstentümer in Italien, vom päpstlichen Kirchenstaat abgesehen, schon im Mittelalter zugrunde gegangen sind.

Uns wichtiger ist, daß Meinhard das aus Anteilen verschiedener Herzogtümer hervorgegangene Territorium endgültig von diesen gelöst — der Ulmer Königsspruch von 1282 hat ihm das ausdrücklich bestätigt — und aus der Vielzahl unterschiedlicher Herrschaften oder Besitztümer ein einheitliches Land Tirol geschaffen hat. Ausdrück dieser von Wirtschaft bis zur Kultur reichenden vielfältigen Maßnahmen ist das Landrecht, das er Tirol, einem Herzogtum gleich — denn Landrechte besaßen damals nur die Herzogtümer — erstmals gegeben hat.

Der Wert, den man dem Land Tirol seither beimaß, erhellt aus den Bemühungen der drei bedeutendsten Dynastien des Reiches, Luxemburg, Wittelsbach und Habsburg um die Tiroler Erbtöchter Mar-

garate, genannt Maultasch, die 1308 mit Meinhards Sohn Heinrich, der sogar nach der Krone Böhmens zu greifen gewagt hatte, der Mannesstamm der Görz-Tiroler Grafen erlosch. Damals erhielt Tirol seinen großen Freiheitsbrief von 1342, das älteste demokratische Verfassungsdokument des Kontinents. Es gilt allen Ständen, Geistlichkeit und Adel, Bürger und Landbevölkerung, und es enthält bereits die drei Hauptrechte einer echten Volksvertretung: Steuerbewilligung, Gesetzgebung und Kontrolle der Regierung.

Tirol und Österreich

Nacheinander kamen innerhalb dreier Jahrzehnte alle drei genannten Königsgeschlechter in unserem Lande zum Zuge. Der Dauererfolg aber war, wie Sie wissen, Österreich beschieden, mit dem sich Tirol 1363 verband. Zwei Zeugnisse der Zeit mögen für uns sprechen: Rudolf IV., der doch schon mehrere Herzogtümer und Grafschaften besaß, ließ sogleich im Reiterfähnlein seines großen Stiegels das österreichische Wappen durch den Tiroler Adler ersetzen, der somit dem Bindenschild gleichrangig erscheint, wogegen die Wappen seiner anderen Länder am Rande vorbeiziehen. Dem Dogen von Venedig aber schrieb Rudolf stolz: „Alle Wege von Deutschland nach Italien sind nun in unserer Gewalt.“

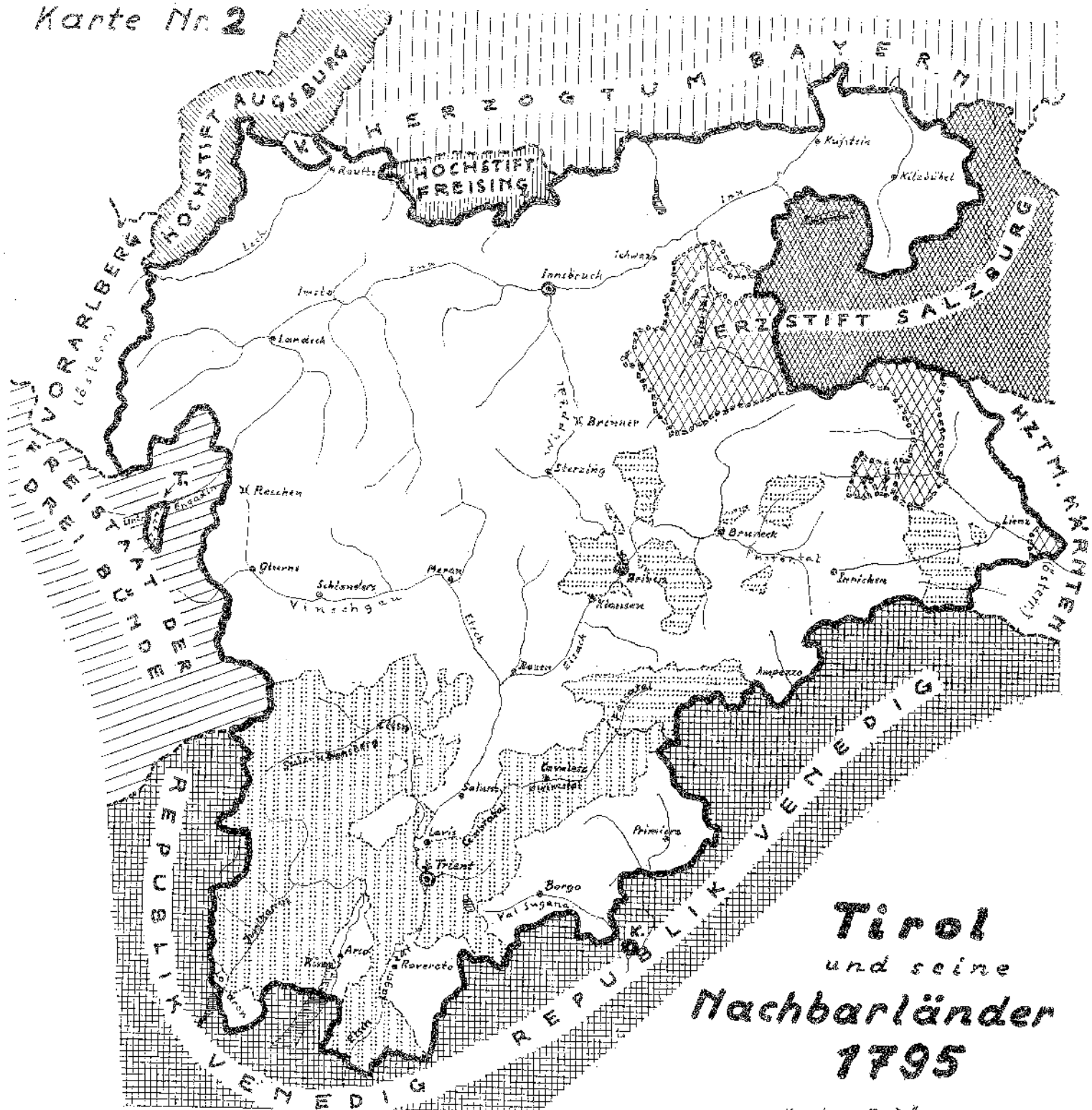
Tatsächlich war, was freilich in seiner vollen Tragweite erst rücksehend zu erkennen ist, 1363 ein entscheidender Wendepunkt für Tirol und für Österreich. Nicht nur die konkreten Nord-Süd-Strassen, an die der Herzog dachte, und die Ost-West-Verbindung mit dem althabsburgischen Besitz in der Schweiz und am Oberrhein brachte Tirol für Österreich ein. Das Paßland wurde ihm weit darüber hinaus zur politischen und kulturellen Brücke nach Burgund, Spanien und Italien. Dies erscheint uns so merkwürdiger, als von den ersten drei auf 1363 folgenden Jahrhunderten ungefähr zwei Tirol nicht in staatlicher Verbindung mit dem Lande Österreich stand, sondern als selbständiges Territorium von habsburgischen Nebenlinien regiert wurde. Doch gerade diese Eigenstellung ermöglichte oftmals einen unbefangenen, für den Westen und Süden offeneren politischen Blick. So wurde beispielsweise der nun fast halbttausendjährige Friede mit der Schweizer Eidgenossenschaft, die doch vorher durch drei Jahrhunderte Habsburgs erbitterter Feind gewesen war, zuerst von Tirol geschlossen, nämlich die „Ewige Richtung“ von 1474. Österreich hat sich ihr erst später angeschlossen.

Landessache — aller Sache!

In der Auseinandersetzung zwischen Friedrich, genannt „mit der leeren Tasche“, und dem Reichsoberhaupt Sigismund wurde das Land Tirol auf eine harte Probe seiner inneren Festigkeit gestellt. Das Land bestand sie. Als äußeres Zeichen dafür trägt der Tiroler Adler seither die Krone. Im Kampf mit dem Adel, dessen Eigenstreben die Landeseinheit zu gefährden drohte, fand der Fürst die Unterstützung der Bürger und Bauern. Während in den Schweizer Urkantonen und im Bündner Lande (dem heutigen Kanton Graubünden) die bäuerliche Bevölkerung das alte Staatsgefüge zerbrach, und während in fast allen anderen Ländern noch für Jahrhunderte der Landmann in Unfreiheit und politischer Rechtllosigkeit schmachtete, war Tirols freies Bauerntum zu einem tragenden Pfeiler geworden. Landessache war hier aller Sache, nicht nur die des Fürsten oder einiger privilegierten Stände. Nur gänzlich Fremde konnten und können nicht verstehen, daß ein Land und Volk mit solcher Tradition sich nicht widerspruchslos in einen zentralistischen fremden Staat pressen läßt.

Wirtschaft und Kultur

Wenn das Volk Friedrichs Sohn Sigmund „den Münzreichen“ benannte, so mag uns das an den sprunghaften Wirtschaftsanstieg um 15. Jahrhundert erinnern. In Tirol fanden sich die ertragreichsten Silbergruben der damals bekannten Welt. Und am Haller Guldiner orientierten sich sogar bis ins 19. Jahrhundert die Münzsysteme halb Europas. Den Bozner Messen freilich setzten die Gegnerschaft Venedigs und dann die völlige handelspolitische Umorientierung infolge der Entdeckungen hart zu.



Tirol und seine Nachbarländer 1795

Karte: F. Dörren 1968

- Außengrenze des Landes Tirol 1795
- Blindegrenzen zwischen den Hochstiftern Brixen und Trient und der Gefürsteten Grafschaft Tirol 1795
- Anspruchsgrenze des Erzbistums Salzburg
- andere Staats- oder Ländergrenzen 1795
- Gebiet des Hochstifts Brixen
- Gebiet des Hochstifts Trient
- Gebiete zwischen Salzburg und Tirol geteilter Landeshoheit (siehe ausführlicher die nachfolgenden Erläuterungen)
- K.** Festung und Klausel Kefel (Cavolo an der Brenta ober Primolano), zu Tirol gehörige Enklave im venetianischen Staatsgebiet
- T.** Herrschaft Tarasp (siehe unten!)
- V.** Herrschaft Vils (siehe unten!)

Leider erlaubt uns die mit der beschränkten Zeit unmöglich in Einklang zu bringende Fülle des Stoffes nicht, auch der überraschen Kulturgeschichte unseres Landes in gebührendem Maße zu gedanken. (Es wäre hierfür mindestens ein eigener Vortrag vonnöten.) Doch wenigstens hinweisen müssen wir auf die Blütezeiten, deren eine eben an der Wende des Mittelalters zur Neuzeit lag. Doch wer wollte messen was höher zu werten sei an kulturellen Leistungen: die vorromanischen Fresken im Vinschgau; oder die ritterliche Kultur auf den zahlreichen Südtiroler Burgen, ein Waidler von der Vogelweide und Oswald von Wolkenstein, die Fresken von Hocheggan, der Lichtenburg und Finkelslein und wie sie alle heißen; oder aber die spätgotischen Meisterwerke, die in Michael Pacher gipfelten; oder wiederum die Niederschrift der germanischen und deutschen Heldensagen und die Werke der bildenden Kunst und der Dichtkunst unter Maximilian; oder die einzigartigen, von ganzen Stadt- und Landgemeinden getragenen Spiele; oder die kulturellen Hochleistungen am Fürstenhof zu Ambras und Innsbruck unter den letzten eigenen Regenten des Landes ... Wir könnten die Reihe beliebig fortsetzen! Denken Sie nur etwa an das Wirken von Tiroler Barockkünstlern vom Main bis zur Donau.

400 Jahre unveränderte Landesgrenzen

Des politischen Landes räumliche Abrundung gelang unter Maximilian I. dem die Felsenburg im Herzen Europas wie kein anderes Erbland nahestand und Stütze war, weil ja sein Herrschaftsbereich etwa von der heutigen ungarischen Grenze bis zum Ärmelkanal reichte und er sowohl Politik im Norden als auch im Süden betrieb, also dieses verbindende Glied sehr benötigte. 1500 wurden das Görzische Pustertal und Osttirol, 1504 die Gerichte Rattenberg, Kufstein und Kitzbühel, durch den Venezianerkrieg 1509 bis 1516 Ampezzo, das Lagertal mit Rovereto und Ala und das Nordufer des Gardasees (Riva und Arco) dem Lande Tirol angegliedert, das damit - von Kleinigkeiten abgesehen - 1516 die bis zum ersten Weltkrieg gültige Landesgrenze im Norden und im Süden erhielt. Es war dies der Abschluß einer jedem Paßland innenwohnenden, eigengesetzlichen Entwicklung, die, vom Paß ausgehend, nach Beherrschung der Zufahrtsstraßen bis zu den Pforten am Gebirgsrand strebt, weil nur dann eine wirkliche Sicherung möglich ist, aber auch nur dann eine Zusammenfassung aller am Paßübergang interessierten Bevölkerungsgruppen. Denken Sie etwa, daß vom Alpensüdrand bis zur Grenzo bei Mittenwald die Rod als Transportsystem bestand. (Siehe Karte Nr. 1: Grenzen Tirols 1518 und 1914; Karte Nr. 2: Tirol 1795.)

Maximilians Landlibell von 1511 verbriefte den Selbstschutz dieses Paßlandes einschließlich der beiden Hochstifte, die von der Reichsheerespflicht entbunden wurden, als einzige militärische Aufgabe Tirols. Es erfüllte sie seither treulich und diente damit dem Gesamtstaat selbst dann, wenn dieser es preisgab. Wie das Volksaufgebot sturmesgleich 1703, 1796/97 und 1809 die Feinde aus dem Land verjagte, ließ Europa aufhorchen. Doch des Lan-

des späteres Loth zeichnete sich schon 1809, im Tiroler Heldennjahr, wie man es vielfach bezeichnet, ab: daß nämlich ungeachtet seines eigenen Tuns und Wollens auf fernem Schlachtfeldern, damals an der Donau und auf fernem Konferenzischen über Tirol hinweg sein Schicksal entschieden wurde.

Innere Spannungen im 19. Jahrhundert

Formal brach das 19. Jahrhundert Tirol seine größte Geschlossenheit. Die Säkularisation beseitigte die letzte Sonderstellung der beiden Hochstifte Trient und Brixen, die freilich, wie erwähnt, schon seit dem Mittelalter in vielen Belangen dem Lande angehört. Die Diözesanregelung von 1818 faßte das einst auf 11 Bistümer geteilte Land in 2 Kirchsprengel zusammen. Verwaltungs-, Justiz- und Unterrichtsreformen schufen auch in diesen Belangen völlige Gleichförmigkeit. Zahlreiche Maßnahmen zur Förderung des Gewerbes und der Landwirtschaft dienten ebenfalls dem gemeinsamen Landesinteresse. Der Ausbau der herkömmlichen und der Bau moderner Verkehrsmittel - ich erinnere an die Brennerbahn, die vor 100 Jahren eröffnet wurde - ließen bisherige Entfernungen schwinden. Der Telegraph und das Massenkommunikationsmittel Zeitungspressen, im Vormärz allerdings noch ganz in der Hand der Regierung, bahnten sich den Weg bis ins das letzte Tal.

Auch die äußerste Sicherheit schien nach den napoleonischen Kriegen so gut wie nie zuvor. War doch Tirol von 1815 bis 1848 nur von österreichischen Kronländern (zu denen damals auch die Lombardei und Venetien gehörte), neutralen oder verbündeten Staaten, nämlich der Schweiz und Bayern, umgeben.

Doch der Schein der Einheit, Ruhe und Ungefährdetheit trog: Von außen her bahnte sich eine das Staatsgefüge Italiens und Deutschlands umwälzende Entwicklung an, die die bisherige Rolle des verbindenden, von Angehörigen beider Völker bewohnten Paßlandes in Frage stellen mußte. Innerhalb belastete und spaltete vorerst freilich mehr das Ringen um das Verhältnis des Landes zum österreichischen Gesamtstaat. Bayern hatte während seiner Besetzung 1805 bis 1814 auf fast allen Gebieten des Rechts und der Verwaltung radikal das Überkommene ausgemerzt, um einen modernen Einheitsstaat nach dem Muster der französischen Revolution, aber monarchisch regiert, zu schaffen. Dieses Vorgehen war ein Hauptgrund für die Erhebung 1809 gewesen und in Tirol erhoffte man sich von der Rückkehr unter die österreichische Kaiserkrone anderes. Doch Franz I. und Metternich, überhaupt der Wiener Regierung und ihren behördlichen Vertretern, kam, so sehr man sich auch in Worten vom bayerischen Verhalten distanzierte, die bayrische Vorarbeit recht gelegen. Sie waren keineswegs gesonnen, das preiszugeben, was sie in anderen Kronländern selbst, aber noch ohne gleichen Erfolg anstrebten. Hier in Tirol fiel es ihnen als Ernte fremder Gewalt in den Schoß, sie brauchten es nur zu halten. So wurde der von den absolutistischen Herrschern der Vorjahre undorte schon ziemlich ausgeschaltete, von Bayern gänzlich aufgehobene Tiroler Landtag 1816 nur mehr als Formensache ohne Inhalt.

Zu Karte Nr. 2:

Unter Kaiser Maximilian I. erhielt Tirol seine (von geringer Korrekturen abgesehen) von 1516-1915 gültigen Grenzen. - Die Karte zeigt den Zustand unmittelbar vor den Auswirkungen der Französischen Revolution (Napoleon, Kriege), Säkularisation und Mediatisierung. Da jedoch sowohl innerhalb Tirols, als auch in seiner nächsten Umgebung von 1516 bis 1797 bzw. 1803 fast keine Veränderungen eingetreten sind, veranschaulicht sie zugleich die durch rund drei Jahrhunderte gültige politische Einteilung dieses Raumes.

Innerhalb des Landes Tirol wurde bis 1803 unterschieden zwischen der Grafen- und Fürstlichen Grafschaft Tirol (die der unmittelbaren und uneingeschränkten Landeshoheit der österreichischen Herrscher als Grafen von Tirol unterstand) und den Hochstiftern (Fürstbistümern) Brixen und Trient. Diese waren zwar Reichsfürstentümer, aber in wesentlichen Belangen so sehr dem Lande Tirol an- und eingegliedert, daß sie gemeinhin als „mittelbar österreichisch“ galten. Sie hatten im Tiroler Landtag Sitz und Stimme und bildeten hinsichtlich Landesverteidigung, Steuer- und Wirtschaft (Zollwesen) mit der Grafschaft Tirol eine Einheit. Auch übten die Tiroler Landesfürsten seit dem 13. Jh. unter dem Rechtstitel der Vogtei in beiden Hochstiftern eine gewisse Kontrolle aus. Beide geistlichen Ursprünge waren zudem von Bistümern der Grafschaft Tirol fast allseitig umrandet. Die wichtigsten Schlüsselpositionen entlang der Grenze gegen Venedig, nämlich mit Ausnahme von Buchenstein alle am Südrand führenden Täler, waren als „Viertel an den Welschen Königen“ unmittelbar tirolisch: Ampezzo, Primò, das Suganertal, das Lagertal (Stromai) bei Rovereto (teilweise bis Ala), Arco in der Serpental-Gardaseefurche, Ledron am Südrandgang Jauklarens

Hingegen wurde die kirchliche Stellung während des Mittelalters von Erzstift Salzburg erworbenen Teilen des Zillertales und des heutigen Osttirol allmählich so ausgehöhlt, daß im 18. Jh. die Landeshoheit wohl als überwiegend salzburgisch bezeichnet werden muß; denn damals hielt Tirol in diesen Gebieten außer dem die aufgegebenen Anspruch nur noch wenig wirkliche Hoheitsrechte. (Das heute tirolische Brixental; hingegen war rein salzburgisch.) Auch das einst zum Vinschgau zählende Unterungadial löste sich seit dem 14. Jh. allmählich von Tirol, welcher Prozeß mit dem völligen Verkauf 1652, im Münsterthal 1662 zum Abschluß kam. Nur die Herrschaft Turasp blieb tirolisch, wurde aber 1687 den Fürsten Dietrichstein als quasi Reichslichen überlassen unter Vorbehalt gewisser weiterbestehender tirolischer Rechte. Vils war österreichisch und unterstand administrativ Innsbruck, zählte aber vor 1816 nicht zum Lande Tirol, sondern bis 1809 zum schwäbischen Baireuth Österreichs.

Veränderungen zwischen 1516 und dem hier gezeichneten Zustand waren (außer kleinen Grenzkorrekturen) gewisse Gebietsaustausche zwischen der Grafschaft Tirol und den Hochstiftern, in der Nachbarländer einzig die Angleichung der kleinen Territorien Schwangau 1506 und Waldeck 1734 an Bayern. Die zeitlich nächsten nachfolgenden Veränderungen waren, 1797 der Untergang der Republik Venedig (Angliederung an Österreich) und die Losrennung des Veltins vom Staat der Bünde (es schloß sich der Gesellschaftlichen Republik an), 1799/1803 der Anschluß Südtirols (als Kanton Graubünden) an die Helvetische Republik, 1803 die Säkularisierung der geistlichen Reichsgrafschaften: Sulzburg, Augsburg, Freising, Brixen und Trient und die Mediatisierung der Herrschaft Tarasp (diese erst 1804 vollständig).

wie man sagte: „wiederhergestellt“. Der Absolutismus vorzug höchstens einen Scheinlandtag, der Zentralismus keine echte Landesgewalt.

Gewiß, die einstigen Tiroler Landstände waren im Lauf der Zeit reformbedürftig geworden. Doch durch die außerordentlich frühe politische Einbeziehung aller Stände und die schon erwähnten drei entscheidenden Befugnisse, Steuerbewilligung, Gesetzgebung und Regierungskontrolle (die nun alle nicht mehr gestattet wurden!) war der einstige Tiroler Landtag allen irgendwie vergleichbaren Einrichtungen des kontinentalen Europa weit voraus und hätte wertvolle Basen für einen organischen Ausbau zu einer modernen Volksvertretung geboten. Daß durch die besagte Abwägung diese Chance vertan und ein staatsbürgerlich durch Jahrhunderte gereiftes Volk seiner Mündigkeit beraubt worden ist, ist bedauerlich und wirkt in gewissem Maße heute noch unselig nach. Die Verfassung von 1861 gewährte den Landtagen der Kronländer zwar wieder gewisse legislative Gewalt und suchte die Kompetenzen zwischen Land und Gesamtstaat abzustecken; doch mehr denn je zuvor wurden nun in Tirol die diesbezüglichen Gegensätze offenbar und der Kampf zwischen Zentralregierung und Landesvertretung, verschärft durch weitanschauliche Polarität der hier und dort herrschenden Parteien und ein ungleiches, das Mißverhältnis noch steigendes Wahlsystem, befestete Tirol mehr als ein Menschenalter hindurch.

Der nationale Kampf

Gleichzeitig wuchs eine, wie wir heute wissen, viel ärgere Gefahr: der nationale Gegensatz.

Tirol war, wie bereits im Einführungsvortrag betont worden ist, einst Menschen dreier Völker — Deutscher, Ladinler und Italiener — Heimat gewesen, ähnlich wie heute noch die Schweiz, die gleiche Interessen in einem Paßland gemein hatten. Trotz mancher Reibereien, die es zwischen Menschen verschiedener Art immer gibt, hatten die Tiroler aller Sprachen jahrhundertlang sich zusammengehörig gefühlt und zusammen gewirkt. Seit aber in ganz Europa und seit den Tagen Napoleons besonders in Deutschland und Italien die Völker sich ihrer nationalen Eigenart stärker bewußt geworden waren und entsprechende politische Gestaltungen anstrebten, mußte ein Zusammenschluß von Menschen verschiedener Zunge im selben Lande problematisch werden. In Tirol verschärfte sich die Situation zudem durch die Säkularisation des Hochstifts Trient (1803) gerade zu Beginn dieser Entwicklung. Jene Integration eines anderen Territoriums bringt Probleme und Schwierigkeiten mit sich. Hier kamen noch sprachliche hinzu und manche in Wirklichkeit ganz anders begründete Schwierigkeit wurde so ausgelegt. Andererseits bot, so wenig das Hochstift einst von seinen Untertanen geliebt worden war, das vorgangene Fürstentum Trient einen geschichtlichen Anknüpfungspunkt und, umgedeutelt zum „Trentino“, ein politisches Schlagwort. Das entsprach freilich nicht der historischen Wahrheit; denn bis 1803 hatte nur ein Teil der Landesbewohner italienischer Zunge zum Hochstift gehört, das übrigens auch ladinische und deutsche Untertanen gehabt hatte. Ein großer Teil der Italiener, nämlich alle im einstigen Kreis „an den Welschen Konfinen“, in welchem die südlichsten, räumlich allerdings nicht zusammenhängenden Gerichtsbezirke des Landes vereinigt waren, waren schon damals unmittelbar tirolisch gewesen.

Seit den Zwanzigerjahren des vorigen Jahrhunderts sind Bestrebungen erweislich, die Kreise Trient und Rovereto, also das sprachlich italienische Gebiet des Landes, von Tirol abzulösen und dem damals gleichfalls österreichischen „Lombardo-Venezianischen Königreich“ anzugliedern. Diese nur von Intelligenzkreisen vertretene Forderung — die bäuerliche Bevölkerung Welschtirols blieb größtenteils bis zum ersten Weltkrieg pro-tirolisch — wandte sich somit damals noch nicht gegen Österreich, sondern erstrebte nur eine Änderung der Provinzgrenzen innerhalb dieses Großstaates, der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Italien sogar die führende Macht war und unter dessen Völkern die Italiener noch eine bedeutende Stelle einnahmen. Galt doch Italienisch damals sogar als die zweite Staatsprache, nach Deutsch, aber vor Ungarisch und vor den slawischen Sprachen! Ein Blick auf eine damals gedruckte Verordnung wird Ihnen das immer beweisen. Doch obzwar die österreichischen Gebiete meist besser verwaltet wurden und wirtschaftlich mehr florierten als die Nachbarstaaten mit gleicher Bevölkerung — das gilt von den slawischen und auch von

den italienischen —, wurde für kein geteiltes Volk der Vielvölkerstaat des 19. Jahrhunderts Kristallisationsform und Ziel seiner nationalen Eirigung — weder für die Deutschen, noch für die Italiener, noch für die Slawen.

Es mutet uns heute merkwürdig an zu erfahren, daß Metternich gleich nach dem Wiener Kongreß die Umwandlung der Monarchie in einen von nationalen Regierungen geleiteten sechs- oder sieben-gliedrigen Staatenbund erwog. (Von ihm stammt übrigens, das sei hier nur nebenbei bemerkt, die Erfindung des Begriffes „Südslawen“.) Aber er ließ das Projekt fallen, als er bei Kaiser Franz kein Verständnis fand. Eines dieser nationalen Königreiche hätte das italienische werden sollen!

In Italien übernahm, wie sie wissen, die nationale Führungsrolle das Königreich Piemont-Sardinien, das während der Revolution 1848 zusammen mit Garibaldis Freischaren erstmals in solchem Sinne die Waffen gegen Österreich ergriff. Padetzky's Siege konnten die Entwicklung um ein Jahrzehnt aufschieben, aber nicht verhindern. Die Lombardei ging 1859, Venetien 1866 für Österreich verloren. Die Stellung der in Österreich-Ungarn, das gerade durch die Verdrängung aus Italien und Deutschland 1866 erst richtig zur „Donaumonarchie“ geworden ist, noch verbliebenen Italiener, darunter der im Süden Tirols, veränderte sich dadurch dreifach: sie waren

1. zu einer kleinen Minderheit geworden;
2. der österreichischen Staatsführung suspekt, zumal
3. für sie das schon ziemlich geeinte Italien immer mehr Glanz und Anziehungskraft gewann.

1848 stellten die Welschtiroler Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung erstmals in aller Form den Antrag, das „Trentino“ nicht mehr zum Gebiet des deutschen Bundes zu rechnen, was, wäre er angenommen worden, eine Teilung Tirols entlang der Sprachgrenze bedeutet hätte. Seither wurde die Forderung entweder nach völliger Abtrennung oder zumindest weitestgehender Autonomie immer wieder erhoben, so seit 1861 im wiedererstandenen Tiroler Landtag (den die italienischen Abgeordneten jahrzehntlang durch Obstruktion lähmzulegen versuchten) und seit 1873 auch im österreichischen Reichsrat. Es ging dabei, das muß betont werden, nicht etwa um die Sprachenfrage oder um mangelnde Gleichberechtigung der italienischen Bevölkerung; denn von Salurn an südwärts war die Unterrichtssprache in den Schulen ebenso wie die Amtssprache bei sämtlichen Behörden und in allen öffentlichen Anstalten ohnehin italienisch (sogar dann, wenn in diesem Gebiet etwa ein Deutsch-Tiroler vor Gericht stand), und die Aufnahme in den öffentlichen Dienst, sowie der Aufstieg selbst bis zu dessen höchsten Rängen stand erwießenermaßen auch Staatsbürgern italienischer Zunge offen. An Wirtschaftsförderung war der italienische Landesteil gegenüber dem deutschen sogar begünstigt. Doch mit guter Verwaltung und Gewähr dieser Grundrechte allein ist ein national selbstbewußtes Volk nicht zufrieden. Die Trentiner, zumindest ihre führenden politischen Köpfe, wollten darüber hinaus eigene Legislative und Selbstverwaltung, also die Bildung einer eigenen Provinz „Trentino“, sofern sie überhaupt noch dessen Verbleib im österreichischen Staat bejahen. Die Irredenta, die auch nach Gründung des Dreifundes 1882 von Italien weiterhin, nun freilich nur insgeheim, unterstützt worden ist, verlangte bekanntlich mehr, nämlich die Angliederung des Trentino an Italien.

Leider wurden die nationalen Leidenschaften in Welsch- und Deutschtirol von Kräften, die aus Italien und Deutschland hereinwirkten, zunehmend gesteigert. Dennoch schien es gegen Ende des 19. Jahrhunderts nach langjährigen Spannungen zu gelingen, die Nationalitätenfrage, welche bekanntlich die Gesamtmonarchie an allen Ecken und Enden belastete, wenigstens in Tirol friedlich zu lösen. Seit 1880 wurde die Verselbständigung des Trentino auch von den Deutschtiroler Abgeordneten befürwortet. Doch Wien bremste, einerseits weil man fürchtete, daß jedes Zugeständnis einen Schritt zur staatlichen Ablösung bedeuten würde, andererseits aber auch wegen etwaiger Auswirkungen auf die anderen sprachlich uneinheitlichen Kronländer. Dort freilich waren die Dinge wesentlich schwieriger als in Tirol mit seiner damals noch recht eindeutigen, linearen Sprachgrenze. Es liegt eine tiefe Tragik darin, daß in der Wiener Regierung und für die im Reichsrat maßgeblichen politischen Parteien an der e Nationalitätenkämpfe, insbesondere der tschechisch-deutsche in Böhmen, die Tiroler Frage so stark überschatteten, daß unser Land betreffende Entscheidungen nach jenen Gesichtspunkten gefällt und hier sich bietende Lösungen verworfen wurden. So

mußte 1890 der Statthalter Freiherr von Widmann zurücktreten, da er den Trentiner Autonomieforderungen nach Auffassung der liberalen Partei, der damaligen staatstragenden, zu weit entgegengekommen war. Sein Nachfolger Graf Merveidt, sonst ein guter Statthalter, hat — ich zitiere wörtlich nach Otto Stoiz, also einen bestimmt unverdächtigen Zeugen — „durch seine starre Ablehnung der Autonomie des italienischen Landesteils dem Lande eher geschadet als genützt“. Auch er mußte wegen des Weischtiroler Problems gehen. Von 1890 bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges wurden sämtliche nach Innsbruck entsandten Statthalter sozusagen im Feuer der Trentiner Frage verheizt.

Im Tiroler Landtag hingegen erfolgte, wie schon angedeutet, seit dem späten Achtzigerjahre eine Annäherung der deutsch- und italienschirolischen Standpunkte. 1899 wurde ein gemeinsamer Landtagsausschuß gebildet, dem es tatsächlich gelang, einen Autonomieentwurf für das Trentino zu erarbeiten, der von den Abgeordneten beider Völker angenommen wurde. Tragischerweise kam er jedoch nicht zur Verwirklichung. Einerseits überschattete wieder die sonstige Situation der Monarchie unheilvoll unser Land; andererseits erhoben im Lande selbst nationale Fanatiker beider Lager, da nun den Besonnenen in der Hauptsache die Einigung gelungen war, in Detailpunkten immer weitere Forderungen und brachten damit das Ganze zu Fall. Der schon beschlossene Entwurf wurde 1901 „zurückgestellt“, wie es hieß, und dabei blieb es.

Mit zunehmender Zähigkeit und Verbitterung wurde seither um jede Stellung gerungen, wobei oft geringfügige Anlässe erschreckend hochgespielt wurden. Die seit 1890 in der Gesamtmonarchie eingetretene politische Umschichtung und Radikalisierung, welche um 1900 auch Tirol ergriff, tat dazu das ihre. Damals wurden die liberalen Parteien durch nationale ersetzt, die konservativ durch die christlich-soziale abgelöst; dazu kamen noch die Sozialisten, als deren zweiter Tiroler Abgeordneter 1911 Cesare Battisti in den österreichischen Reichstag einzog. Neben den liberal-nationalen Intelligenzkreisen stiegen im Trentino eigenartigerweise auch die Sozialisten auf die Barrieren des nationalen Kampfes. Als Redakteur ihrer Blätter „L'Avvenire del Lavoratore“ (Wochenzeitung der Arbeiterkammer) und „Il Popolo“ (Tagblatt der Partei) wirkte 1908 bis 1909 Benito Mussolini. Dagegen stellte die christlich-soziale Partei der Trentiner, die sogenannten „Popolari“, die Autonomieforderung mehr zurück, wegen der Gesinnung der Mehrheit der Weischtiroler Bauern, auf die sie sich stützte, und um der wirtschaftlichen Vorteile willen, die dem italienischen Landesteil aus der Zugehörigkeit zu Tirol erwachsen.

Mehr noch als die Parteien führten auf beiden Seiten sogenannte „Kulturvereine“ den Kampf. Um jede Schule, jeden Kindergarten entlang der Sprachgrenze und auch jenseits von dieser wurde gerungen. Hoch gingen die Wogen auch um die verwaltungsrechtliche Zugehörigkeit der Ladinor im Fleimstal und vor allem dann um die italienische juristische Fakultät. Vorlesungen in italienischer Sprache hatten, da otliche Lehrkanzeln mit Professoren dieser Volksgruppe besetzt waren, schon lange stattgefunden. Für die wichtigeren Fächer der Juridischen Fakultät gab es in Innsbruck je eine deutsche und eine italienische Parallel-Lehrkanzeln. Die Italiener des Küstenlandes und des Trentino aber erstrebten eine rein italienische Universität oder zumindest eigene Fakultät. Eine Fakultät wurde ihnen 1904 tatsächlich gewährt. Doch daß die Wiener Regierung bei der Wahl des Ortes sich für Innsbruck entschied, machte überall böses Blut. Die Italiener hätten Triest gewünscht (was aber Wien ablehnte, da es in solchem Falle fürchtete, die neue Hochschule würde ein Kristallisationskern für die Irredenta). Die Deutschen andererseits verwarfen grundsätzlich jede Errichtung einer italienischen Fakultät in einer deutschen Stadt (auch Graz wurde deswegen abgelehnt) um in keiner das fremdsprachige Element zu stärken. So bekämpften beide, Italiener und Deutsche, sofort bei der Eröffnung die doch gut gemeinte Einrichtung und nach blutigen Straßenunruhen in Innsbruck wurde die kaum gegründete schon wieder geschlossen. Zur Verwirklichung der 1912 dann vertraglich vereinbarten Wiedergründung, nun aber in Triest, die 1914 ihren Vorlesungsbetrieb aufnehmen sollte, kam es infolge Ausbruch des Weltkrieges nicht mehr.

Ein anderes, typisches Beispiel für die Art der Auseinandersetzung ist der 1912 geplante Bau der Fleimstalbahn. Dieses technische Vorhaben wurde schon im Projektstadium in den Strudel des Nationalitätenkampfes hineingezogen. Die Trentiner wünschten eine Linienführung von Trient über Lavis durch das Cembratal nach Cavalese, die Deutschtiroler hingegen Bozen oder Neumarkt-Auer

als Ausgangspunkt. Dem nationalistischen Wortführern hier und dort ging es vor allem darum, ob die Fleimstaler Ladinor Trient oder Bozen nähergezogen würden. Wieder mußte ein Statthalter, diesmal Freiherr von Spilogenfeld, gehen. Das traurige Endergebnis hier, wie in vielen anderen Fällen war, daß im Frieden überhaupt keine Bahn gebaut wurde, sondern erst 1916 als Nachschublinie für die Südfrent und dann selbstverständlich nach strategischen Motiven.

Konsequenzen

Wir können uns nicht weiter mit der Frage des Nationalitätenkampfes, bei der wir ohnehin schon länger als bei anderen Geschichtsabschnitten vorwärtlich sind befassen. Das Resümee ist, daß in Tirol dieser Kampf auf beiden Seiten nicht vom Volke ausging, sondern leider von der Intelligenz (darunter vielfach nicht einheitlicher) in dieses hineingetragen worden ist. Weiters, daß in Tirol durch die klare Sprachgrenze eher als in anderen Kronländern eine Lösung möglich gewesen wäre und in mühevollen Verhandlungen auch erarbeitet worden ist. Daß sie nicht verwirklicht wurde und somit nicht rechtzeitig eine politisch-administrative Grenze bei Salurn bestand, hat, wie Sie alle leidvoll erleben; unserem Lande schwer geschadet. (Doch das zu behandeln ist Aufgabe des nächsten Vortrages.)

Uns mögen heute die Gründe zu denken geben, welche die Verwirklichung verhindert haben; wie die Entfremdung, gegenseitiges Mißtrauen, mangelndes Verständnis für den anderen, gesteigert durch eine alte Propaganda, wuchsen; wie sich die Parteien auf Ziele unverrückbar festlegten, die kaum zu ersicheln waren; wie Außenpolitik und Zustände und Stimmungen in ganz anderen Provinzen sich auf unser Land auswirkten; wie Einsichtige, die einen Kompromiß zustande gebracht hatten, im Stiche gelassen oder aus der Ferne zurückgepfiffen wurden, da ihre Partei fürchtete, „das Gesicht zu verlieren“; und wie schließlich mit kleblichem Feilschen um Details das Große so lange vertan worden war, bis die Möglichkeit der Verwirklichung vorbei war.

Die tragischste Auswirkung des unseligen Nationalitätenkampfes war und ist aber wohl, daß durch ihn Tirol seines tiefsten Wesens beraubt worden ist. Eine Brücke war unser Land zwischen zwei Kulturkreisen, eine Verbindung zwischen Völkern, die einander viel zu geben hatten und haben. Wie sehr und wie vielfältig das geschehen ist, ließe sich an zahllosen Beispielen aufzählen: in der Kunst und in der übrigen Kultur, im Handel, in der Wirtschaft, in der Gestaltung des öffentlichen Lebens, ja eigentlich in allen menschlichen Lebensbereichen. Nicht nur durchgeschleust wurden die fremden Güter und Anregungen, sondern hier verarbeitet. Aus dem Zusammenfluß der Säfte aus zwei Wurzeln wuchs oftmals eine Frucht, die eine allein nicht hervorbringen hätte können.

Die Front aber, die quer durch unser Land, geistig im vorigen Jahrhundert, staatsrechtlich in unserem aufgerichtet worden ist, hat nicht nur dieses verbindende Wirken in erschreckendem Maße abgewürgt, sondern uns sogar den Blick für dieses genommen. Jede Seite pochte und pocht nur mehr auf das ihre, auf ihre Leistung, auf ihre Eigenart. Und wollte irgendjemand andere Einflüsse oder gar Bereicherung durch den anderen zugeben, so würde — so wird zumindest vielfach befürchtet — er wohl als Verräter gebrandmarkt oder würden gar seine Feststellungen — und wären sie wissenschaftlich auch noch so korrekt — von der Gegenseite politisch mißbraucht.

Doch wir dürfen unsere Augen nicht von jüngsten düsteren Vorgängen und Ereignissen über Gebühr trüben lassen, sondern wir wollen unseren Blick nochmals weiter auf die gesamte, zweitausendjährige Geschichte unserer Heimat, die in wenigen Strichen Ihnen zu zeichnen meine Aufgabe war! Wann immer Süd und Nord gegeneinander standen, wann nur nationale oder sonstwie enge Staaten sich gegenüberstanden, waren die Alpen Zankapfel oder Grenze. Als Paßland hingegen wurde Tirol geschaffen, und als solches hatte es Bestand und Bedeutung, wann immer in abendländischen, europäischen Maßstäben gedacht und gehandelt wurde. Dieses Wissen mag uns Hoffnung sein auch für die Zukunft.

Die Geschichte Südtirols nach 1914

Dr. Karl Shuhlfarrer

Meine Damen und Herren, ich habe zu Ihnen über die Geschichte Südtirols nach 1914 zu sprechen, das heißt, über die Geschichte der Bevölkerung eines doch im Ganzen recht kleinen Territoriums, eine Geschichte jedoch, die abgesehen von jener unmittelbaren Betroffenheit des Historikers in seiner eigenen, wie immer gestreuten, persönlichen Tradition, die Geschichtswissenschaft wegen ihres paradigmatischen Charakters hinsichtlich jenes Zeitraumes herausfordert, den Ernst Nolte so treffend die Epoche des Faschismus — in des Wortes allgemeiner Bedeutung — genannt und dies auch expliziert hat.

Es kann Ihnen hier jedoch nicht, und das muß zuvörderst hinsichtlich des Wissenschaftscharakters dieser meiner Ihnen gebotenen Darstellung gesagt sein, ein in seiner gesamten Systematik und den positiven Grundlagen völlig abgesicherter Beitrag geleistet worden, nicht allein ob der — eine stehende Forderung — mangelnden hier zur Verfügung stehenden Zeit, sondern vielmehr weil, obwohl in letzter Zeit wichtige und grundlegende Werke zu unserem Problem erschienen sind, seine Quellenmäßige Grundlage noch immer nicht ausreichend ist, sei es, daß uns Archivbestände nicht zur Verfügung stehen, sei es, daß die zur Verfügung stehenden Archivalien noch nicht zur Gänze in die Argumentation der Wissenschaft — geschweige denn in meine — einbezogen sind, sie nicht ohne weiteres einbezogen werden können. Allein der Informationsreichtum des Bestandes eines einzigen Archives, auf den ich mich im Folgenden öfters stützen werde, der des Auswärtigen Amtes, ist zu groß, als daß er zum Problem insgesamt ohne ausreichende technische Hilfsmittel berücksichtigt werden könnte. Mein Beitrag hier also, und damit möchte ich das Präliminare, das mir wichtig erschien, abschließen, ist nur rudimentären Charakters.

Weltkrieg I und Waffenstillstand

Die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien und die darauffolgende Entwicklung gaben dem Königreich Italien die Gelegenheit, das Beste aus dem Werben der Entente- und der Zentralmächte für sich herauszuholen. Die mit dem Spätherbst einsetzende Auseinandersetzung zwischen Neutralisten und Interventionisten endete trotz intensiven Einsatzes auch an finanziellen Mitteln durch die deutsche Reichsregierung zur Unterstützung der Neutralisten und trotz des starken Druckes, den die Deutschen auf Österreich-Ungarn ausübten, um die italienischen Kompensationswünsche befriedigen zu können, mit dem Kriegseintritt Italiens an der Seite der Ententemächte. Als am 10. Mai 1915 Erzbergger gelegentlich seiner dritten Mission in Italien das österreichische Angebot zur Erfüllung der italienischen Forderungen formuliert: neben anderem Abtretung des italienischen Teiles Tirols, des Isonzugebietes (mit Gradiska, Stellung Triests als Freie Stadt¹⁾), war der Londoner Vertrag mit den Ententemächten bereits am 20. April abgeschlossen, der Dreibündvertrag am 3. Mai durch Italien gekündigt worden. Es folgte am 23. Mai die Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn.

Mit dem Londoner Vertrag erreichte Italien die Anerkennung der Theorie der natürlichen Grenzen Italiens, der Wasserscheidengrenze, deren ideologische Propagierung durch Tolomei und seinen Kreis ich als bekannt voraussetzen darf, und die Sicherung der Zession des südlich der Brenner-Grenze liegenden Gebietes durch seine Verbündeten, wenn auch dieser Geheimvertrag, der 1917 durch die Bolschewiki veröffentlicht wurde, wenn auch seine Bestimmungen durch den Pakt von Korfu, der zum Teil widersprechende Bestimmungen enthält, und durch den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika zum Teil entwertet wurden, zum Teil die Möglichkeit seiner Revision offen ließen.

Der Kriegseintritt schuf Italien nicht die entscheidenden Vorteile, die zum geplanten Vorstoß auf Wien geführt hätten, Flitsch-Tolomei kennzeichnen den entscheidenden Rückschlag und erst der sukzessive Mangel rüstungs- und versorgungstechnischer Natur der Zentralmächte insgesamt und ihrer Armeen führte zu jenen Waffenstillstandsverhandlungen der Villa Giusti, deren Ergebnisse für unser Thema von besonderer Bedeutung sind, weil sie eine wichtige Vorentscheidung zugunsten der künftigen Grenzen Italiens in der Waffenstillstandsline brachte.

Punkt 3 der Waffenstillstandsbedingungen, die am 3. November 1918 unterzeichnet wurden und am Tag darauf in Kraft trafen, for-

derte den Rückzug der österreichisch-ungarischen Truppen hinter die (itali.) „From Pio Umbraile to north of Stelvio it will follow crest of Rhaetian Alps to sources of the Adige and Eisach, passing above by the Reschen and Brenner and the heights of Oetz and Ziller. The line thence runs south, crossing Mount Toblach as far as present frontier of Carnic Alps...“; soweit der für uns interessante Teil der Waffenstillstandsline, deren Vorschlag auf Sir Henry Wilson, den britischen Vertreter im Obersten Kriegsrat der Ententemächte, zurückgeht (30.10.1918).²⁾

Die Wichtigkeit dieser Vorentscheidung für die endgültige Gewinnung dieser Gebiete durch Italien ist ohne weiteres einleuchtend, da sie die Möglichkeit schuf, für die Friedenskonferenz einige Vorarbeiten zu leisten. Überdies befanden sich seit dem 23.11.1918 auch italienische Truppen in Nordtirol. Südlich der Waffenstillstandsline begann aber systematisch die Arbeit zur Angliederung des Gebietes an Italien. Das zeigt der Zweisprachenerlaß Generals Pecori-Graffi vom 18.11.1918, ebenso wie die Loslösung der finanziellen Angelegenheiten dieses Gebietes von Innsbruck. Zudem begann am 15. November das „Kommissariat für die Sprache und Kultur des Oberetsch“ im Bozener Stadtmuseum unter der Leitung Tolomeis seine zielstrebige Tätigkeit, den deutschsprachigen Teil des Gebietes in einen gemischtsprachigen umzuwandeln. Staffetten der Anpassung sind: Benennung der Eisenbahnstationen mit italienischen Namen, Betonung des Italienischen im Unterricht, Einsetzung von italienischen Zivilkommissaren, Einschränkung der autonomen Gemeindeverwaltung. Schon am 4. Juli 1919 wurde die bisherige Militärregierung durch eine Zivilverwaltung ersetzt.

Friedenskonferenz

Noch allerdings konnten all diese italienischen Maßnahmen nur vorbereitenden Charakters sein, noch stand die endgültige Entscheidung durch die Friedenskonferenz aus; und hier mußte die Haltung des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, von entscheidender Bedeutung werden. Die Anerkennung des Geheimvertrages von London und dessen Grenzziehung, die Durchsetzung des Punktes 11 seiner 14-Punkte-Erklärung mit einer Grenzziehung nach klar erkennbaren ethnischen Abgrenzungen, oder aber Kompromißlösungen wie sie von den Gremien der Sachverständigen ausgearbeitet wurden.

Grundsätzlich vertreten die amerikanischen Sachverständigen die Meinung — in einem Gutachten des David Hunter Miller für Colonel House v. 11.1.1919 —: „Ich zitiere Ihnen das Document 136 aus dem Miller-Diary:“³⁾ „Demgemäß bin ich der Meinung, daß jede Bestimmung des Londoner Vertrages vom 26. April 1915, die dem obigen zwischen den Alliierten (einschließlich Italien, Frankreich und Großbritannien) und den Vereinigten Staaten erzielten Übereinkommen (i. e. Grundlage des Friedensschlusses sind die 14 Punkte Wilson) durch dieses Übereinkommen außer Kraft gesetzt ist und keine Geltung mehr hat.“

Die Vorschläge der Sachverständigen sind uns in mehreren Denkschriften überkommen. Nur ein Eventualvorschlag des englischen Obersten Cornwall berücksichtigte einigermaßen die „klare ethnische Grenzlinie“; unter Berücksichtigung des strategischen Sicherheitsbedürfnisses des italienischen Staates aber entspricht sein zweiter Vorschlag mit der Grenzziehung, die das Gebiet von Bozen Meran Italien überlassen und bei der Brixen und das Pustertal bei Österreich verblieben wäre, ungefähr dem amerikanischen Sachverständigenvorschlag vom 21.1.1919, der jedoch für das deutschsprachige an Italien anzuschließende Gebiet „weitgehende Freiheit in der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten“ vorschlägt und weitere:⁴⁾ „Das Gebiet zwischen der Sprachgrenze und unserer Linie könnte autonom gemacht werden, mit einem genau umschriebenen Mandate einschließlich der Neutralisierung; Italien wäre Mandatstaat, dem Gebiete stünde ein Berufungsrecht an den Völkerbund zu.“

Darüber hinaus war durch die Mission von Professor Coolidge in Wien und seinem von dort kommenden Bericht an die „Commission to Negotiate Peace“ vom 9.1.1919 sehr wohl bekannt, daß „this part of the Tyrolean land has always had a peculiar sentimental value to the German race. It is their own playground of their own in southern climes. It was the home of the Minnesinger;

in the Middle Ages. The loss of it would deeply wound national feeling in German Austria and would be regarded as an intolerable injustice.")

Nun war aber von italienischer Seite ein Förderungsprogramm mit all der von Tolomei und den strategischen Argumenten der bekannten Motivation aufgestellt, das über die Grenze des Londoner Vertrages hinaus auch die Einverleibung der Täler von Tarvis und Sexten forderte, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß man damit auf die von Militärs aus strategischen Gründen geforderte Tauernlinie ohnehin schon verzichtet habe.

Bemühungen um die Einheit Tirols

Ich möchte auf die Darstellung der weiteren Haltung Wilsons, die am 26.5.1919 zum Zugeständnis der heutigen Grenze im Austausch gegen mögliche Zugeständnisse Italiens bezüglich Fiumes und zum Verzicht auf eventuelle explizite Autonomiebestimmungen unter der Kontrolle des Völkerbundes in Hinblick auf eine zustimmende Haltung Italiens zum Völkerbundprogramm Wilsons führte, nicht weiter eingehen. Interessanter und wesentlicher erscheint mir noch folgendes Problem. Die erwähnten amerikanischen Sachverständigenurteilen argumentierten hinsichtlich der von ihnen geplanten Grenzziehung auch damit, daß die damit an Italien fallende deutschsprachige Bevölkerung anscheinend keineswegs für Österreich sehr eingenommen sei. Das führt uns zur tirolischen Politik zur Rettung der Einheit des Landes um jeden Preis, und das steht in engem Zusammenhang auch mit der tirolischen Anschlußpolitik, über die im Institut für Zeitgeschichte in Wien in Kürze die Arbeit meines Kollegen Theo Schäfer vorliegen wird, dem ich zu diesem Problemkreis auch einige wichtige Dokumente des deutschen Auswärtigen Amtes verdanke, und hierbei unter anderem Berichte des vom Auswärtigen Amt Anfang Februar 1919 in den Dienst der Anschlußangelegenheit gestellten Dr. Bergers und des in diesen Angelegenheiten sehr aktiven Rittmeisters Gilbert in der Maur.

Grundsätzlich war die Innsbrucker Politik nach dem Zerfall der Monarchie auf Selbständigkeit ausgerichtet. Am 25. November 1918 beschloß die Landesnationalversammlung, die sich am 26. Oktober konstituiert hatte, eine Resolution, in der sie „der Wiener Regierung nur provisorische Gewalt über Tirol zubilligte und die endgültige Entscheidung über dessen politische Zukunft dem noch zu wählenden Tiroler Landtag, die Führung der Staatsgeschäfte bis dahin sich selbst vorbehielt.“) da mit dem Ende der Monarchie der „pragmatische“ Zusammenhang der Länder als ortschen angesehen wurde. Für diesen neuen quasiselbständigen Staat, der am 13. Mai 1919 unter anderem proklamierte, „in historischer Stunde, in der über das Schicksal Tirols die Würfel fallen sollen, erklart sich die Tiroler Landesversammlung neuerlich und feierlich im Namen des Landes bereit, zur Rettung Südtirols jedes Opfer zu bringen“,) und der auf dem Selbstbestimmungsrecht als Grundlage des Friedensschlusses beharrte, ergaben sich, auch gemäß den politischen Richtungen, von denen nur die Sozialdemokraten auf dem unabänderlichen Zusammenschluß mit der Wiener Regierung bestanden, zur Rettung der Einheit des Landes mehrere politische Möglichkeiten.

Einerseits wurde von katholischen Kreisen in der Schweiz mit inoffiziellen Vertretern über eine mögliche Selbständigkeit des Landes verhandelt (Plan eines Kirchenstaates Tirol), andererseits die Anschlußbewegung an Deutschland forciert oder aber mit Italien direkt verhandelt, immer unter dem grundsätzlichen Aspekt der Erhaltung der Einheit des Landes.

Die Verhandlungen mit den Italienern wurden auf Initiative Gilbert in der Maur gemeinsam mit Dr. Steidle und Reut-Nicolussi im Mai/Juni 1919 mit dem diplomatischen Beirat des Ital. III. Korpskommandos in Innsbruck und dann mit dem Kommandanten des Kommandos selbst, Conte Sani, geführt. Optimistische Beurteilung nach den ersten Besprechungen für das weitere Vorgehen war: „Vorbesprechungen abschließen, konkrete Vorschläge vorlangen, über „Protectorat“ sprechen, damit ganz Tirol erst einmal der Regierungsgewalt der Tiroler Landesregierung unterstellt wird. Sache von offiziellen Verhandlungen Deutschland mit Italien wird es sein, Protectoratsverwirklichung zu verhindern.“) In weiteren Verhandlungen wurden Eventualvorschläge vorgelegt — 1. Tirol selbständig

unter Schutz des Völkerbundes, Italien Garantiemacht mit Garnisonen und Befestigungen in Tirol, Zollgrenzen bei Kufstein Sankt Anton und Hochfilzen 2. Tirol selbständig und Anschluß an Deutschland sowie militärische Vereinbarungen mit Italien. Im Ganzen gesehen ein Plan, der nach sukzessiven Zugeständnissen an Italien zur Rettung der Einheit des Landes vorsah, daß diese Zugeständnisse, wenn nur erst Deutschsüdtirol unter der Gewalt der Tiroler Landesregierung sich befände, unter dem Druck Deutschlands konkretisiert würden.

Daneben blieb aber weiterhin bestehende tirolische Auffassung, daß nur der Eintritt Tirols als Bundesstaat in das Deutsche Reich gemeinsames Endziel der drei politischen Parteien zu sein habe, weil nur so mit Hilfe des Deutschen Reiches die „Deutschsüdtiroler Frage einer befriedigenden Lösung zuzuführen“ wäre. Diesem Zweck diente auch die Reise der von der Tiroler Landesregierung Bevollmächtigten Steidle, Straßner und Reder im August 1919 nach Berlin.

Nun, die Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain, die von der Nationalversammlung in Wien am 9. Oktober 1919 unter dem Protest der Tiroler Abgeordneten ratifiziert wurden, setzten diesen Bestrebungen ein Ende. Noch allerdings im Mai 1921 sprach Reut-Nicolussi in einem Brief an Steidle die Meinung aus, „wensch eine energische Anschlußbewegung in Deutschösterreich auch unsere Südtiroler Interessen nachdrücklich hilft... Die Anschlußbewegung, welche wirksamer als jedes andere Mittel die Unhaltbarkeit der durch den Friedensvertrag von St. Germain geschaffenen Verhältnisse aufzeigt, ist zweifellos auch eine Unterstützung für unsere Südtiroler Forderungen, die ja in denselben Gewaltfriedensbestimmungen ihre Begründung haben.“)

Die Eingliederung Südtirols in Italien

Mit dem 10. Oktober 1920 war auch mit dem Inkrafttreten des kgl. Dekrets v. 26.9.1920 das Gebiet südlich der Brennergrenze endgültig unter die Hoheit des Königreiches Italien gekommen. Schon 1919 hatten sich die wesentlichen deutschsüdtiroler Parteien im „Deutschen Verband“ zusammengeschlossen, und im gleichen April 1920, in dem Staatskanzler Renner mit Nitti ein Geheimabkommen abschloß, hat dieser, obwohl im Abkommen selbst über Südtirol nichts aufscheint, Renner versprochen, der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols „eine lokale Autonomie auf breiter Basis“ zu gewähren.) Versprechungen des italienischen Ministerpräsidenten hatten schon bei der Abweisung eines Einspruches der deutschösterreichischen Friedensdelegation vom 20.7.1919 eine Rolle gespielt, da die „italienische Regierung gegenüber ihren neuen Untertanen deutscher Nationalität in bezug auf deren Sprache, Kultur und wirtschaftliche Interessen eine im weiten Maße liberale Politik zu befolgen“) beabsichtige. Der Hinweise auf diese liberale Tradition Italiens durch italienische Politiker und auch durch den König sind vielfältig und legen den Gedanken an den deutschen Liberalismus, der im Nationalliberalismus endete, nahe.

Selbst Mussolini hat nach der Machtergreifung durch den Faschismus dem deutschen Botschafter bei dessen Antrittsbesuch am 3.11.1922 beteuert, er denke nicht daran „die deutsche Minderheit in Südtirol ihres Rechtes auf den Gebrauch ihrer Sprache und der Einrichtung von Schulen zu berauben.“)

Nicht zufällig allerdings blieben die Faschisten ihre Generalprobe in Bozen ab, wenn man berücksichtigt, was Mussolini 1921 in seiner Antwort zum dannunzianischen Programm einer Insurrektion und eines diesbezüglichen Marsches auf Rom hinsichtlich der politischen Situation im Alto Adige zu sagen hatte: „Se il movimento sorgesse disgregato, frammentario, incerto, senza la simultaneità delle iniziative pensate e misurate fin nei loro minimi particolari, i concittadini di Andreas Hofer, subornati continuamente da partiti pangermanisti d'oltre Brennero e armati come sono, si sbarazzerebbero d'ogni benché minima resistenza italiana e ci caccerebbero, militari e civili, oltre la stretta di Salerno, compiendo ogni sorta di violenza e di rappresaglia contro tutto ciò che d'italiano esiste e sta per affermarsi sul posto.“)

Die faschistische Assimilierungspolitik ging Hand in Hand mit ihren allgemein ganz Italien betreffenden Maßnahmen: Verlust der Gemeindeautonomie und Einsetzung von Amtsbürgermeistern, Verbot des Namens Tirol, Auflösung der Alpenvereine, die Bestat-

mungen über das Schulwesen, die Sprachensprache einschließlich der Bestimmungen über die Gerichtssprache, Erschwörung des Grundstückverkehrs durch Bindung an die Genehmigung des Präfekten und militärischer Stellen, Erschwörung von Auslandsreisen, Presseverbote und die Bestimmungen bezüglich der freiwilligen Feuerwehren. Darüber die in allen autoritären und totalitären Systemen üblichen Willkürakte und Gewalttaten.

Nach dem gescheiterten Zwischenspiel der Verhandlungen der Südtiroler mit den örtlichen Faschisten, drei Jahre später die Einrichtung der Provinz Bozen und die Trennung des Gebietes von Trient, die die Ausnahmegesetzgebung noch erleichterte, ganz abgesehen davon, daß das Bozner Unterland zu Trient geschlagen wurde.

Im November 1928 wurde der Deutsche Verband aufgelöst, im Oktober des darauffolgenden Jahres auch das Sekretariat der deutschen Abgeordneten in Bozen behördlich geschlossen. Am 6. Juni 1928 berichtet das deutsche Generalkonsulat Mailand: „Die Italicisierungspolitik in Südtirol scheint nach den Eindrücken, die man in letzter Zeit an Ort und Stelle gewinnen kann, sich zwangsläufig einem gewissen Haltepunkt zu nähern. Das, was mit gewaltsamen Mitteln zu erreichen war, ist geschehen. Der Unterricht in den Schulen ist so gut wie völlig italienisch. Äußerlich ist, von einzelnen Ausnahmen, wie die Doppelsprachigkeit der öffentlichen Bezeichnungen in den Städten und die Zulassung einiger Zeitungen in deutscher Sprache, die Italicisierung völlig durchgeführt.“¹⁾

Das Ausmaß dieser innerhalb von fünf Jahren durchgeführten Maßnahmen läßt sich, denke ich, am anschaulichsten an einer Gegenüberstellung des Programmes Tolomeis²⁾ — Maßnahmen für das Oberetsch — mit einem Memorandum vom Juni 1928³⁾ darstellen, das von Sternbach, Tinzl, Gamper, Reut-Nicolussi und Mumelter ausgearbeitet und von Baron Sternbach Bundeskanzler Seipel übergeben wurde. Das Memorandum unterscheidet zwischen einer ontgültigen und dauernden Lösung des Südtiroler Minoritätenproblems nach den Richtlinien der europäischen Minderheiten auf den Genfer Kongressen und einer „einseitigen Erleichterung der gegenwärtigen drückenden Lage“.

Das Förderungsprogramm sieht unter anderem vor:

1. Freigabe des gesamten Privatschulwesens samt der Ermöglichung seiner Finanzierung und der Ausbildung von Lehrkräften; Tolomei hatte in seinem auf zehn Jahre befristeten Programm ex 1923 die Lösung der Schulfrage noch weniger rigoros geplant.
2. Förderung nach Doppelsprachigkeit; Tolomei hatte den Gebrauch des Deutschen vorgesehen, „soweit hierdurch nicht Belange von Staatsbürgern italienischer Volkzugehörigkeit verletzt werden“.
3. Wiederaufleben eines deutschen Tagblattes und des „Pustertaler Boten“; Tolomei hatte nur die besondere Förderung der italienischen Zeitungen vorgesehen.
4. Zusammenschluß des Bozner Unterlandes mit der Provinz Bozen; Tolomei war 1923 noch Verfechter der Einheitsprovinz.
5. Beteiligung der bodenständigen Deutschen an der Leitung der Wirtschaftsorganisationen der Provinz; Tolomei sah die Nationalisierung des Bodens in vorsichtiger Form vor und die besondere Begünstigung italienischer Initiativen in Form von Steuerbefreiung.
6. Heranziehung der heimischen Bevölkerung zur Gemeindeverwaltung; Tolomei verlangte: „Der Sekretär (der das ganze Leben der Gemeinde bestimmt) muß Italiener sein“; sie ist „unter allen vorgesehenen Maßnahmen ... die wichtigste, die in Verfolg der Assimilierung ergriffen werden muß.“

Es folgen noch Südtiroler Forderungen nach Verzicht auf zwangsweisen Beitritt zu faschistischen Organisationen, nach Aufhören zwangsweiser Namensänderung und Konfinierung und nach „Erledigung der noch schwebenden Ausgleichsverfahren und Umwechslungen nach dem Friedensvertrage unter möglichster Vermeidung von Schädigungen“.

Wesentliche Besserung konnte weder durch Seipel noch auch durch Bundeskanzler Schober erreicht werden, der im Jahre 1930 schrieb: „Ich bin nach wie vor der festen Ansicht, daß unseren Volksgenossen in Südtirol derzeit nur durch eine Politik der Zu-

rückhaltung geholfen werden kann. Diese Ansicht teilen, wie ich höre, auch viele Südtiroler Kreise selbst. Eine solche Politik der Zurückhaltung scheint übrigens, soweit ich weiß, auch der Auffassung der deutschen Reichsregierung zu entsprechen.“⁴⁾

Die deutsche Reichsregierung hat jedoch, was ihre nicht offizielle Haltung betrifft, die Südtirolerarbeit der deutschen Volkstumsverbände — Deutscher Schulbund, Verein für das Deutschtum im Ausland und Deutscher Schulverein — oft mit beträchtlichen Summen über das deutsche Auswärtige Amt unterstützt, immer aber mit der Auflage, daß die Herkunft der Gelder nicht bekannt würden.

Hitler und Südtirol

Die Haltung der Deutschen gegenüber Südtirol wurde jedoch durch das Erstarken der nationalsozialistischen Bewegung wesentlich beeinflußt. Die Haltung Hitlers zur deutschsprachigen Südtiroler Minderheit in Italien ist uns aus dem dreizehnten Kapitel des zweiten Buches seiner programmatischen Schrift „Mein Kampf“ und aus seinem unveröffentlichten Manuskript aus dem Jahre 1928 — dem durch Gerhard L. Weinberg 1961 veröffentlichten sogenannten zweiten Buch Hitlers — gut bekannt, und sie wird auch aus dem im schon erwähnten Buch Ritschels gedrucktem Dokument über eine Besprechung Tolomeis mit Hitler zur Gänze bestätigt.

Der Grundtenor der Haltung Hitlers zu Südtirol ist gekennzeichnet durch die unbedingte Hinanstellung der volkstumpolitischen Argumentation zugunsten des außenpolitischen Primats; wahrhaft schuldig am Verlust Südtirols, getreu der ideologischen Konzeption von der „Dolchstoßlegende“ sind die, die die „Schandverträge“ von Versailles und St. Germain unterzeichnet haben, und die nicht wie Hitler selbst an der Front als Soldat für die Bewahrung und den Sieg der Nation gekämpft hätten. Zweifellos ist auch in den Augen Hitlers die Assimilierungspolitik Italiens nicht zum Besten: „Gewiß, auch in Südtirol hat es auf italienischer Seite mehr als eine unkluge Handlung gegeben, und der Versuch, das deutsche Element planmäßig zu entnationalisieren, ist ebenso unklug wie im Ergebnis fragwürdig, allein das Recht dagegen zu protestieren, haben nicht diejenigen, die zum Teil Schuld sind an dem allen und zum anderen eine nationale Ehre ihres Volkes gar nicht kennen, sondern dieses Recht hätten nur diejenigen, die bisher für deutsche Interessen und deutsche Ehre kämpften.“⁵⁾

Für sich persönlich hatte Hitler aber schon den Krieg um die Wiedergewinnung Südtirols im zweiten Band von „Mein Kampf“ nicht nur für unmöglich gehalten, sondern er war auch der Meinung, „daß für diese Frage nicht die flammende Nationalbegeisterung des gesamten deutschen Volkes in einem Maße zu erreichen wäre, die die Voraussetzung zu einem Siege böte.“

Es verwundert daher nicht, wenn Hitler in seinem Gespräch mit Tolomei die faschistische Assimilierungspolitik gut heißt, wenn er kurz darauf seinem Wunsch Ausdruck gibt, „einmal den Chef der italienischen Regierung kennenzulernen und mit ihm zu sprechen.“⁶⁾

Weniger bekannt als diese allgemeinen Ausführungen Hitlers zu Südtirol, die zu sehr auch noch die gegen ihn geführten Angriffe im Wahlkampf und dem darauf von ihm angestrebten Prozeß spüren lassen, weniger bekannt dürfte sein, daß sich Hitler wenigstens einmal in sehr bestimmter Weise mit den Vertretern der Arbeit zur Unterstützung der südtiroler Bevölkerung auseinandergesetzt hat. Die Aussprache, die von Südtiroler Seite initiiert worden war, fand am 31. März 1932 im Brauen Haus in München statt und war auf dem Wege über den Landesverband Bayern des VDA und über die Tiroler Nationalsozialisten zustande gekommen. Von Südtiroler Seite nahmen daran Reut-Nicolussi, Mumelter und Bossi-Fedrigotti, von nationalsozialistischer Seite neben Hitler Rosenberg, Frank und Böhm teil. Die von Reut-Nicolussi angestrebte Form der Aussprache unter vier Augen, „da der angestrebte Zweck eines rückhaltslosen Meinungsaustausches besser erreicht werden könnte“, lehnte Hitler ab.

Nach einleitenden Floskeln erklärte Reut-Nicolussi den Zweck der Aussprache damit, daß es notwendig sei, daß auch die NSDAP über alle Parteidifferenzen hinweg ihre Südtirol gegenüber gegnerische Haltung aufgebe und durch die Erfüllung von sechs Bitten die Situation bereinige. Diese sechs Bitten waren: 1)

1. Es möchte die im Sommer erfolgte offizielle Erklärung von Desinteressen der nationalsozialistischen Partei an Südtirol, die von Dreßler gefertigt war, in irgendeiner Form abgeschwächt werden; vielleicht in einer Weise, daß den Südtirolern die Versicherung gegeben wurde die programmatischen Forderungen der NSDAP hinsichtlich der nationalen Ziele bezögen sich auch auf Südtirol, dies sei also von jenen grundsätzlichen nationalen Forderungen nicht ausgenommen.

2. Im nationalsozialistischen Programm möge das Wort Südtirol an jener Stelle wieder eingesetzt werden, wo es in den letzten Ausgaben eliminiert wurde.

3. Die Ortsgruppen der NSDAP in Südtirol mögen aufgelöst werden, damit durch die Verbrüderung mit den Faschisten keine Verwirrung unter den Deutschen Südtirols entsteht. Wenn man in Nordtirol eine bessere Atmosphäre will, so dürfte es sich empfehlen, an die Nationalsozialisten Nordtirols Weisungen hinauszugeben, daß sie den faschistischen Gruß nicht verwenden sollen.

4. In der nationalsozialistischen Presse soll die Südtiroler Frage dieselbe Behandlung erfahren, wie sie anderen unterdrückten deutschen Minderheiten zuteil wird. Der Angriff des „Völkischen Beobachters“ auf den „Südtiroler“ am 15. Februar 1932 müßte in irgendeiner Form wieder gutgemacht werden.

5. Die Bestrebungen des VDA sollten von der Parteizentrale unterstützt werden.

6. Die Nationalsozialisten mögen ihre Beziehungen zu Italien dazu benutzen, um eine bessere Behandlung der Deutschen in Südtirol zu erwirken."

Der Bericht über diese Besprechung vermerkt zur Antwort Hitlers, daß sie „manchmal fast wörtlich schon im Druck erschienenen Gedanken“ geglichen habe. Inwieweit läßt sich trotzdem, und obwohl die Bitten Reut-Nicolussis nicht erfüllt wurden, einiges Interessantes aus der Antwort Hitlers herauslesen, wobei nur am Rande der abschließende Satz Hitlers zitiert sei. „Seit dem Zusammenbruch sind 13 Jahre vergangen: geben Sie mir 13 Jahre Zeit, dann werden Sie sehen, was ich tun kann. Das Buch der Geschichte wird es erweisen, daß ich im Rechte war.“ Nun, die Geschichte hat geurteilt.

Über die außenpolitische Konzeption Hitlers hinaus, die auf ein Bündnis mit Italien hinzielt, das allerdings erst dann für Italien interessant würde, wenn Deutschland 60-80 Divisionen in die Waagschale werfen können würde, ist die Bemerkung Hitlers von besonderer Bedeutung: „Italien könne, wenn es das Staatsinteresse gebietet, die Südtirolerfrage innerhalb dreier Jahre lösen, indem es die 250 000 Südtiroler ausweist und ihre Gründe beschlagnahmt, so wie Polen hunderttausende von Deutschen ausgewiesen habe.“

Umsiedlung

Das ist ein direkter Hinweis darauf, was dann schon innerhalb des deutsch-italienischen Bündnisses auf freundschaftlichem Wege erledigt wurde: die Umsiedlung der deutschsprachigen Südtiroler italienischer Staatsangehörigkeit und die Rückstiedlung der sich dort befindenden Reichsdeutschen (d. h. besonders auch ehemalige österreichischer Staatsangehöriger).

Ich gehe hierbei durchaus mit der These konform, die Latour in seinem Buch vertreten und erläutert hat, daß „im Rückgriff auf ältere extrem nationalistische italienische Forderungen... der Umsiedlungsgedanke ins Spiel (kam). Die italienische Regierung trug diese Idee auf diplomatischem Wege vorsichtig an Berlin heran, wobei allerdings die Vorstellung einer „kleinen Lösung“ vorherrschte (Transfer der nationalpolitisch unerwünschten, nicht der Gesamt-Minderheit). Nach anfänglich zögernder deutscher Reaktion, nahm Himmler im Auftrag Hitlers den Gedanken auf und entwickelte daraus den Plan einer ethnischen Radikallösung.“⁵⁾

Unter der Leitung Himmlers wurde am 23. Juni 1939 in Berlin grundsätzliche Übereinstimmung über die Um- und Rückstiedlung erzielt, die in drei Etappen durchgeführt werden sollte, ohne daß zu verhehlen war, daß sich die Italiener für die Himmlersche Radikallösung nicht ganz erwärmen konnten. Erst im Oktober 1939 konnten, nachdem die amtlichen deutschen Ein- und Rückwandererstellen ihre Tätigkeit schon am 15. September aufgenommen hatten, einvernehmlich die „Richtlinien für die Rückwanderung der Reichsdeutschen und Abwanderung der Volksdeutschen aus dem

Alto Adige in das Deutsche Reich“ vom deutschen Generalkonsul in Mailand, Otto Bonea, und vom Präfekten von Bozen, Giuseppe Mastromattei unterzeichnet werden. Der Vortrag sah innerhalb des Gebietes der Provinz Bozen samt angrenzenden Gebieten der Provinzen Trient und Belluno und samt dem Kanatal die verpflichtende Rückwanderung der Reichsdeutschen vor; für die freiwillige Abwanderung der Volksdeutschen des Vertragsgebietes stand dagegen eine Entscheidungsfrist: bis zum 31.12.1939 zu, die Umsiedlungsaktion sollte bis zum 31.12.1942 zur Gänze durchgeführt sein.

Es bildeten sich für die Umsiedlung neben der schon erwähnten Amtlichen Deutschen Ein- und Rückwandererstelle (ADERST), die direkt Himmler in dessen Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums unterstellt war, eine Reihe anderer deutscher wie auch italienischer Stellen. Der ADERST entsprachen auf italienischer Seite „Gli Uffici Statali di Emigrazione“, neben der deutsch-italienischen Wertfestsetzungskommission eine entsprechende italienisch-deutsche; die wirtschaftliche Betreuung der Umsiedler übernahm auf deutscher Seite die Deutsche Abwicklungsgesellschaft, auf italienischer das „Ente per le Tre Venezie“. Daneben als Organisation der Volksdeutschen, die für das Reich optiert hatten die Arbeitsgemeinschaft deutscher Optanten, geleitet von Peter Hofer, der für uns noch später interessant sein wird.

Die Optionsziffern — Ich verwies auf die Zahlen im von Franz Hüter herausgegebenen Sammelwerk über Südtirol: 211.798 Optanten für das Deutsche Reich auf dem Gebiet der heutigen Provinz Bozen — sprechen trotz der vielfältigen Schwierigkeiten, die dem Optionsvorgang von seiten der Italiener entgegengestellt wurde, und trotz starker Gegenpropaganda vor allem von seiten der Gruppe um Kanonikus Gamper eine klare Sprache, wenn auch der einzigartige Entscheidungskonflikt, in dem sich jeder einzelne Optionsberechtigte damals befand, zu berücksichtigen sein wird.

Ein Bericht der ADERST ermittelt für seine fünf südtiroler Zweigstellen eine Gesamtsumme von 217.598 Optanten plus Reichsdeutsche, von denen am 15. September 1940 21,8% abgesiedelt waren. Die Prozentzahlen für den 14.9.41 bzw. den 14.2.42 liegen bei 22,6% und 33%.⁶⁾ Eine dem durchaus angemessene Prozentzahl ergibt sich für den 1.1.43, einem Zeitpunkt also, zu dem die gesamte Umsiedlungsaktion schon abgeschlossen hätte sein sollen, aus einem Bericht des Stabshauptamtes aus dem Bestand der Volksdeutschen Mittelstelle, nämlich 34,7%, wenn auch die ziffernmäßige Darstellung ein wenig hoch gegriffen scheint. Von 237.802 Umsiedlungswilligen (i. e. Optanten 230.232 und Reichsdeutsche 7.570) wanderten ab: 76.834 Volksdeutsche und 5.847 Reichsdeutsche.⁷⁾

Die ADERST entfaltete im Verlaufe ihrer Tätigkeit für die Optanten eine reiche kulturelle Aktivität und konnte unter anderem erreichen, daß für alle Kinder von Optanten, gleichgültig ob diese die deutsche Staatsangehörigkeit schon besaßen oder nicht, deutscher Schulunterricht erteilt werden konnte. Die Umsiedlung selbst aber erledigte sich durch die Ereignisse der Jahre 1943 bis 1945, auf die ich näher eingehen möchte, nicht nur weil ich infolge meiner Arbeit darüber näher informiert bin, sondern weil, meine ich, den Ereignissen dieser zwanzig Monate grundlegende Bedeutung für die Entwicklung bei und nach Ende des Zweiten Weltkrieges zukommt.

Operationszone Alpenvorland⁸⁾

Ausgangspunkt der neuen Entwicklung auch in Südtirol war der Sturz Mussolinis am 26. Juli 1943 gewesen, der Hitler veranlaßte, sofort nach einem bereits vorbereiteten Aufmarschplan — Deckwort „Alarich“ — die Alpenübergänge und damit den im Süden der Apenninenhalbinsel kämpfenden deutschen Truppen die Nachschublinien zu sichern. Seit diesem 31. Juli bis zum 3. September, dem Beginn der Entwaffnungsaktion der italienischen Truppen durch die deutsche Wehrmacht, standen einander in Südtirol deutsche und italienische Einheiten kampfbereit gegenüber, nicht ohne allerdings in Verhandlungen immer die wechselseitige Freundschaft zu versichern.

Schon in diesem Zeitraum wurden die deutschen Generalstabsplanungen für den Fall des Kriegsaustrittes Italiens erneuert und verbessert und noch am 3. September, dem Tag des Bekanntwer-

gens des italienischen Waffenstillstandes mit den Alliierten, wurde die Sonderbehandlung Südtirols vorgeschlagen. — Überleitung in die Zivilverwaltung des Gauleiters und Reichsstatthalters von Tirol-Vorarlberg Franz Hofer — aber vom Chef OKW Kottel abgelehnt.

Die ersten Kampfhandlungen des 8. Septembers zur Entwaffnung der italienischen Einheiten setzten um 20.30 Uhr ein, schon am Morgen des nächsten Tages stellte sich der Leiter der Arbeitsgemeinschaft deutscher Optanten Peter Hofer im Einvernehmen mit der 44. Infanteriedivision mit seinen Leuten zur Unterstützung der deutschen Truppen zur Verfügung, eine Maßnahme, die vom Kommandierenden General in diesem Gebiet, General Wirthhöft, nur ungern gesehen war, da er den Einfluß Hofers fürchtete. Wirthhöft sah sich genötigt, anzuweisen, daß „jegliche Proklamation an die Bevölkerung oder sonstige Meldungen über die Begründung der vollziehenden Gewalt unabhängig von den Mitteilungen ziviler Dienststellen (Gauleiter Hofer und Führer der Optantengruppe) zurückzustellen seien“.

Während im Kampf um den Bahnhof Brenner die ersten italienischen Gefangenen eintrafen und schon um 23.30 Uhr die italienischen Truppen Gossensaß und Sterzing bedingungslos übergaben, begann der Einsatz in Bozen erst um 3 Uhr früh. Um 4 Uhr waren der Bahnhof und eine Stunde später die wichtigsten italienischen Kasernen in deutscher Hand, in den frühen Morgenstunden waren auch in Brixen alle Kasernen übergeben und das Pustertal von italienischen Truppen gesäubert.

Wichtig für unser Problem ist nun, daß sich Hitler entschloß, die Sicherung der Alpenübergänge, auch dann nach der Einrichtung der Repubblica Sociale Italiana unter der Führung Mussolinis, nicht mehr aus der Hand zu geben. Grundlage dieser Entwicklung, die zur Errichtung der „Operationszone Alpenvorland“ (Provinzen Bozen, Trient und Belluno) unter der Leitung eines „Obersten Kommissars, des Gauleiters und Reichsstatthalters Hofer“, führte, waren zwei Führerbefehle, die nur einen Monat nacheinander erlassen wurden, einander aber in grundsätzlichen Bestimmungen widersprachen. Nach diesen Führeranordnungen war es den verschiedensten Stellen möglich, auf die Politik in der Operationszone Einfluß zu nehmen, obwohl der Oberste Kommissar sich darauf berufen konnte, daß er die „grundsätzlichen Weisungen“ für seine Tätigkeit vom Führer selbst zu erhalten habe. Der Oberste Kommissar hatte sich dennoch mit der gleichzeitigen Einflußnahme folgender Stellen auseinandersetzen:

1. des Botschafters bei der italienischen faschistischen Regierung in seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter des Großdeutschen Reiches, Rudolf Rahn, da es ihm über Verhandlungen mit der italienischen Regierung bezüglich deren Kriegslastbeitrages gelang, die Finanzierung der deutschen Dienststellen in der Operationszone in die Hand zu bekommen;
2. des Höchsten SS- und Polizeiführers, SS-Ogruf. Wolff, dem alle Polizeiverbände und SS- und Polizeidienststellen, daher auch der SS- und Pol.-Führer in Bozen, Brunnor, unterstellt waren;
3. des Befehlshabers im Sicherungsgebiet „Alpenvorland“ in den militärischen Belangen;
4. des Interministeriellen Ausschusses für Italien in Berlin als koordinierende Instanz des Großdeutschen Reiches für alle italienischen Angelegenheiten;
5. zuletzt der Regierung Mussolinis, allerdings nur auf dem Wege über den Reichsbevollmächtigten.

In diesem Rahmen nicht immer geklärt Befehlsabhängenzen und Unterstellungsverhältnisse konnte die deutsche Zivilverwaltung mit dem Obersten Kommissar an der Spitze ihre relativ eigenständige Tätigkeit aufnehmen.

Unter die ersten Maßnahmen Hofers zählt die Verhinderung der Restauration des Faschismus; faschistische Betätigung, aber auch damit nationalsozialistische, blieb in der Operationszone verboten. Er setzte aus den Provinzen stammende Präfekten für die drei Provinzen ein, in Bozen zuerst Peter Hofer, nach dessen Tod bei einem Fliegerangriff noch im Jahre 1943, Dr. Tinzl.

Durch die Neuabgrenzung der Zuständigkeitsbereiche kam das Bozner Unterland zur Provinz Bozen, in der die Zweisprachigkeit wiederhergestellt wurde, ohne daß aus ethnischen Gründen eine Verfolgung der Italiener eingesetzt hätte. Allerdings wurde, was die Gerichtsordnung in der Operationszone betraf, der über die Operationszone hinausgehende Instanzenzug beschnitten und zum Schutz der deutschen Interessen ein Sondergerichtshof eingerichtet, dessen Kompetenz grundsätzlich auch die Heranziehung aller ordent-

lichen Verfahren einschloß, wenn es „aus Gründen des öffentlichen Interesses“ nötig erschien. Gegen die Entscheidung des Sondergerichtshofes gab es keine Berufungsmöglichkeit, das Gnadenrecht stand dem Obersten Kommissar zu. Darüber hinaus sicherte eine Verordnung die deutschen Interessen vor Angriffen gegen „Ordnung und Sicherheit“. So waren Streiks aber auch Aussperrungen mit der Drohung der Todesstrafe verbunden.

Mit dem Argument, im Rahmen der allgemeinen Hoheitsverwaltung die ruhenden Hoheitsrechte des italienischen Staates auszuüben, verfehlte der Oberste Kommissar auch nicht, die Bevölkerung der Operationszone zur Kriegsdienstleistung zu verpflichten, wobei jedoch die Möglichkeit bestand, diesen in landeseigenen Verbänden abzuleisten. Es wurde zu diesem Zweck in der Oppositionszone ein eigenes Zentralmusterungsamt geschaffen, in dem sich Zivilverwaltung, Wehrmacht und Vertreter der SS zusammenfanden. So war es z. B. möglich sich zum Sicherheits- und Ordnungsdienst (SOD) zu melden, der sich als Selbstschutzverband der Optanten während des deutschen Einmarsches gebildet hatte und bald in das Spannungsfeld der Auseinandersetzung zwischen SS und Wehrmacht geraten war, wie er auch unter den Differenzen zwischen Peter Hofer und Gauleiter Hofer zu leiden hatte. Darüber hinaus wurden durch deutsche Stammanschaften Polizeiregimenter aufgestellt, die später auch außerhalb der Operationszone zum Einsatz kamen.

Von wesentlicher Bedeutung war dem Obersten Kommissar die Abschirmung seines Gebietes gegenüber dem sogenannten „Duce-Italien“, die mit Hilfe von Maldevorschriften, Vorschriften über die Regelung des Zuzugs und mit stichprobenartigen Grenzkontrollen erreicht wurde.

Alpenfestung und Kapitulation der H. Gr. C (Ob. Südwest)

Schon seit dem September 1943 wurde zum Teil auf dem Gebiet der Operationszone, jedoch in jedem Fall durch den Obersten Kommissar arbeitstechnisch betreut, die Erkundung einer „Vorapenstellung“ eingeleitet. Diese Stellung „verlief von der Südostecke der Schweiz über den Nordteil des Gardasees durch die Trientiner Alpen nördlich Belluno vorbei auf die Julischen Alpen hinaus und von dort nach Süden über Tolmeins-Görz entlang der alten ostwärtigen Stellung im Ersten Weltkrieg. Sie hatte eine Länge von 400 km, war panzersicher und gab einem überlegenen Gegner nur geringe Möglichkeit zur Entwicklung.“ Diese Stellung war die Grundstütze der Planung von einer „Alpenfestung“ deren Idee von Hofer ausging. Hofer hatte aus Berichten des SD erfahren, daß die amerikanischen Dienststellen in der Schweiz befürchteten, es werde in den Tiroler Alpen ein ähnliches Reduit geplant, wie es in der Schweiz schon seit dem Jahre 1940 ausgebaut worden war. Das nahm Hofer zum Anlaß, in einer Führervorlage ebendieses von Hitler zu fordern, nicht zuletzt auch, um seine eigene Stellung machtpolitisch auszubauen, und Gelegenheit zu schaffen, dieses mögliche Reduit als Pfand für eventuelle Friedensverhandlungen einzusetzen. Tatsächlich kam es aber erst am 28. April 1945 zum Führerbefehl bez. des Ausbaus der „Kernfestung Alpen“ — i. e. das Gebiet innerhalb der Linie Füssen—Allgäuer Alpen—Valluga—Arlberg—Nauders—Stilfser Joch—Ortler—Adamello—nördlich Gardasee—Feltre—Caporetto—Karawanken—Unterdrauburg—„Gimtherstellung“—Leoben—Dürrenstein—Waidhofen—Steyr—Salzburg—Tegernsee—Murnau — ohne daß Hofer zu diesem Zeitpunkt noch über die nötigen Machtmittel zur Durchsetzung der zivilen Leitung, mit der er beauftragt worden war, zur Verfügung gehabt hätte.

Dies hing unter anderem auch mit einer Aktion zusammen, in die es Hofer gelang sich einzuschalten, und die eng mit den Namen Rahn und Wolff verbunden ist, mit dem Unternehmen „Sunrise“ zu einer Sonderkapitulation der Heeresgruppe C (Ob. Südwest), dem das Gebiet bis zum Brenner militärisch unterstand, Verhandlungen, die wesentlich dazu beitrugen, daß Südtirol ohne größere Schwierigkeiten wieder in italienische Verwaltung überging.

Grundsätzlich war der geistige Mentor dieser Verhandlungen, Botschafter Rahn, davon überzeugt, daß die Zivilverwaltung in der Operationszone ungerechtfertigt Hoheitsrechte über italienisches Gebiet ausübe, und er versuchte auch immer wieder die Rechte der italienischen Regierung auf dieses Gebiet zu wahren.

Nach dem Bruch Hofers mit der Gruppe Rahn-Wolff, war die Bahn frei für den Vertreter des CLNAI, De Angelis, das ja durch die Alliierten

ten als berechtigte Vertreter der kgl. Ital. Regierung anerkannt war, um einerseits mit jener geheimnisvollen Persönlichkeit des Leicars für Verkaufsorganisation des „Unternehmens Bernhart“ in Verhandlungen zu treten, andererseits, wahrscheinlich via Kaitonbrunner und dem SS- und Polizeiführer in Bozen, Brunner, auch mit dem Ob. Südwest und mit SS-Obrst. Wolff in Verbindung zu treten, was zu den bekannten Abmachungen hinsichtlich der Übergabe der zivilen Verwaltung an De Angelis am 3. Mai 1945 führte. Diesem von Vietinghoff Wolff und De Angelis unterzeichnetem Abkommen zufolge, sollte De Angelis in Zusammenarbeit mit der deutschsprachigen Bevölkerung die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung sowie die Versorgung des Landes sichern. Am gleichen Tag vereinbarte man die Einsetzung einer gemischten Kommission aus Deutschen und Italienern, und das Industriegebiet von Bozen wurde von den deutschen Truppen mit wenigen Ausnahmen geräumt und zur Einquartierung von italienischen Freiwilligen zur Verfügung gestellt.

Diesem fait accompli standen bei ihrem Einmarsch die alliierten Truppen, aber auch die deutschsprachige Bevölkerung im Lande selbst gegenüber.

Ich möchte die Ereignisse bis zum Gruber-De Gasperi-Abkommen nur mehr am Rande streifen, auch weil ich der Meinung bin, daß Italien mit der erwähnten Übernahme der Verwaltung direkt von den Deutschen sich eine durch jede wie immer geartete Kundgebung uneinholbare Ausgangsposition geschaffen hat — und Sie erinnern sich, was zu diesem faktischen Problem schon für das Jahr 1918 hinsichtlich der Waffenstillstandslinie zu sagen gewesen ist. Dazu kommt, und das kommt in den Anwürfen der italienischen Verhandlungspartner recht deutlich zum Ausdruck, Österreich habe bis zuletzt an der Seite des nationalistischen Regimes gekämpft, dazu kommt die zweifellos günstigere Ausgangsposition der Italiener bei den Alliierten, ganz pragmatisch gesehen ein Vorsprung von zwanzig Monaten: das aber hängt eben ganz allgemein damit zusammen, daß es der österreichischen Emigration nicht gelungen ist, sich so weit zu einigen, daß sie eine von den Alliierten anerkannte Regierung bilden hätte können. Ich finde, daß dies vielleicht ein wenig mehr beachtet werden müßte.

Die Haltung der deutschsprachigen Bevölkerung in Südtirol war eindeutig, wie uns die Unterschriftenaktion zeigt; daß aber allein der Hinweis auf Selbstbestimmungsrecht, wie überhaupt auf Recht, im politischen Spiel ohne den nötigen Einsatz von pressure groups keinen politischen Erfolg bringt, zeigt das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Österreich und Italien, das als Annex in den Ital. Friedensvertrag aufgenommenen Gruber-De Gasperi-Abkommen, dessen und die Darstellung der darauffolgenden Entwicklung allerdings das übersteigt, was ich mir für diesen meinen Vortrag hier zu leisten vorgenommen habe.

ANMERKUNGEN

- 1) Klaus Ebstoin, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, S. 153.
- 2) Papers Relating to the Foreign Relations of the United States Washington 1942, vol. II, S. 175.
- 3) Ludwig Jedlicka, Südtirol auf der Pariser Friedenskonferenz, in: Südtirol in Wort und Bild, 3. Jg. II. 4, 1959, S. 6.
- 4) National Archives, Washington, Microcopy No. T-120, Roll No. 4636, frame K270957.
- 5) T-120/4636/K270960 ff.
- 6) Papers, vol. II, S. 226.
- 7) Bericht Dr. Dr. Bergers über die politische Entwicklung in Tirol v. Okt. 1918 bis Okt. 1919, 24.10.1919, S. 8.
- 8) ebenda, S. 16.
- 9) Bericht Gilbert in der Mail an deutsches Auswärtiges Amt v. 7.8.1919, S. 3.
- 10) T-120/4011/K126948.
- 11) T-120/4008/K124090.
- 12) Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain-en-Laye, Nr. 379 der Beilagen der Konstituierenden Nationalversammlung Bd. II Beilage 74, S. 323.
- 13) T-120/4012/K127013 ff.
- 14) Benzo de Felice, Mussolini il rivoluzionario, 1923-1929, App. 22, S. 761 f.
- 15) T-120/4015/K129033.
- 16) Karl Heinz Ritschel, Diplomatie um Südtirol, Stuttgart 1966, S. 614 ff.
- 17) T-120/4015/K129053-57.
- 18) T-120/4015/K129514.
- 19) Hitlers zweites Buch, Lit. Dokument aus dem Jahre 1926, Eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961, S. 201.
- 20) Ritschel, S. 137.
- 21) T-120/4015/K129555-63.
- 22) Conrad F. Lohr, Südtirol und die Achse Berlin-Rom, 1938-45, Stuttgart 1962, S. 5.
- 23) T-81/287/2410823, 2410812.
- 24) T-81/266/2394349.
- 25) Zu folgendem siehe: Karl Stuhlfarrer, Die Operationszonen Alpenvorland und Adriatisches Küstenland, 1943—1945, Phil. Diss. (ungedr.) Wien: 1967.

Diskussion über die Vorträge von Dr. Dörrer und Dr. Stuhlfarrer

Die erste Frage beschäftigt sich mit Meinhard II., der sich in den späteren Jahren seiner Regierungszeit auch Herzog von Kärnten nannte. Diese Tatsache ließe vielleicht auf eine mehr imperialistische Politik und weniger auf eine Politik für sein Land Tirol schließen. Hat nun Meinhard von Görz überhaupt eine imperialistische Politik betrieben?

Doz. Dörrer verneint entschieden, daß Meinhard eine imperialistische Politik betrieben hätte. Da Meinhard II. einer der Hauptstützen König Rudolfs war, kam es zu einer solchen Entwicklung. Soziologisch interessant ist in diesem Zusammenhang der Umstand, daß die Grafen, die bereits ein größeres Territorium besaßen, aber nicht dem Reichsfürstenstand angehörten, auf der Seite des Königs standen, während die Kurfürsten bekanntlich Rudolf gewählt hatten, in der Hoffnung, er würde nicht ein starker König werden.

Meinhard II. hat ihn maßgeblich sehr unterstützt, vor allem im Kampf gegen den König von Böhmen, und er durfte dafür eine Belohnung erwarten. Rudolf hatte nun die Herzogtümer Österreich und Steiermark seinen Söhnen übertragen und damit die österreichische Hausmacht an der Donau begründet. Reichsrechtlich wären die Widerstände sehr groß gewesen, wenn er auch die Herzogtümer Krain und Kärnten seiner Familie zugeschlagen hätte.

So kam Meinhard zum Zuge, obwohl er, da er damals gerade in Bann war, formalrechtlich nicht sofort mit diesem Herzogtum belehnt werden konnte. Krain erhielt er nur als Pfand für seine Leistungen finanzieller Art, das Gebiet verblieb aber immer noch in der Gewalt der Habsburger. Kärnten fiel mit dem Erlöschen des Mannesstammes an die Habsburger zurück (1335). In Tirol hingegen war ausdrücklich die weibliche Erbfolge gesichert, weshalb sich Margarete noch Herzogin nannte.

Doz. Dörrer fügt noch hinzu, daß damals auch daran gedacht wurde, Tirol in den reichsfürstlichen Rang zu erheben. Diese Be-

strebungen, die auch später öfters aufgegriffen worden sind — Maximilian wollte das Land sogar zu einem Kurfürstentum machen — sind an dem starren Gefüge des Reichsrechtes gescheitert. Denn die anderen Reichsstände fühlten sich benachteiligt und verlangten Kompensationen. So führte Tirol bis zum Untergang der Monarchie nur den Titel einer gefürsteten Grafschaft. Als einziges Zeichen dieser Bestrebungen ist im Landeswappen das Kränzchen geblieben, das unter Maximilian als Rangkrone eingeführt worden ist. Offiziell wurde dieses Ehrenkränzchen aber erst 1919 anerkannt.

In einer Zusatzfrage wird der Ausspruch Meinhard II., er sei eigentlich nur für die Gebiete südlich der Alpen zuständig, zur Diskussion gestellt.

Doz. Dörrer bemerkt dazu, daß es durchaus denkbar sei, einen solchen Ausspruch Meinhard II. zuzuschreiben. Denn am Ulmer Reichstag 1292 habe er eine ähnliche Geschichte vorgebracht.

Was ist nun die Grundlage dieser Episoden? Meinhard II. stand im Kampf mit dem Herzogtum Bayern um die letzte Vererbungsgegenstände Tirols. Dieser Kampf wurde in der Landrechtstrage ausgefochten. Der bayrische Herzog verlangte, daß das bayrische Landrecht zumindestens in jenen Gebieten Tirols gelte, die ursprünglich zum Herzogtum Baiern gehörten (Inntal, Eisacktal und Pustertal bis zum linken Etschufer von Meran bis Branzoll).

Um dies durchzusetzen, machte Meinhard einen geschickten Schachzug, der aus politischen Gründen vielfach in unserer Literatur heute nicht erwähnt wird, weil Gefahr bestünde, daß er mißdeutet wird. Meinhard II. mußte in seinem Vorgehen formal den Lohensrecht entsprechen. Er geht nun von der Voraussetzung aus, daß er Trienter Vasall ist. Das Herzogtum Trient wurde 1236 von Kaiser Friedrich II. in aller Form aus der deutschen Reichshälfte herausgenommen und zur italienischen Reichshälfte geschlagen. Nun beruft er sich darauf, daß er Vasall eines Kirchenfürsten der ita-

tionischer Reichshälfte sei, was auch formal entsprach. Daß er tatsächlich in Trient seinen Lehenshörn eingesperrt hielt, spielte dabei keine Rolle. Damit mußte natürlich dann der König formal auch entscheiden, daß diese Gebiete nicht dem schwäbischen und nicht dem bayrischen Recht unterworfen sind.

Und der zweite Schachzug besteht nun darin, daß es Meinhard gelang, diese Entscheidung, die eigentlich nur für sein Geschlecht und für jenen Besitz galt, den er aus dem Hochstift Trient als Lehen erhalten hatte, auf das gesamte tirolerische Gebiet auszudehnen.

Das sind juristische Winkelzüge, die er benützte, um das große Ziel der Verselbständigung des Landes zu erreichen.

Die nächste Frage wird an Dr. Stuhlpfarrer gerichtet. Es wird darin das Problem angeschnitten, ob Deutschland nach der Besetzung Italiens im Jahre 1943 daran gedacht hatte, in Südtirol den status quo von 1918 zu schaffen.

Grundsätzlich sei schon an die Möglichkeit gedacht worden, in erster Linie vom Gauleiter Hofer selbst. Aus einer Antwort Bornhans an einen Brief von Hofer, kann man entnehmen, daß er ihm diesen Vorschlag unterbreitet hatte. Er wird aber energisch zurückgepfiffen mit der Begründung, daß man diesen Schritt nicht unternehmen könne, solange die Möglichkeit eines kollaborierenden Regimes in Italien bestünde. Denn Deutschland war nicht in der Lage, allein den ganzen besetzten italienischen Raum mit Militär und Polizeitruppen zu sichern. Einem solchen Regime, das sowieso schon einen großen Prestigeverlust hinnehmen mußte, konnte man eine Gebietsabtrennung de jure nicht zumuten.

Weiterhin wurde auch an die „Weltmeinung“ gedacht: eine solche Abtrennung hätte sofort zu einer intensiven Gegenpropaganda der Alliierten geführt. So ist auch eine Aussendung des Büros Reuters, in der von einer Annexion Südtirols gesprochen wurde, auf Betreiben Mussolinis und des italienischen Botschafters in Berlin, Anfuso, vom Deutschen Nachrichtenbüro demontiert worden.

Einerseits mußten die Alpenübergänge aus strategischen Gründen, um den Nachschub für die Truppe in Italien sicherzustellen, militärisch besetzt werden. Die Militärverwaltung wurde aber faktisch von der Zivilverwaltung abgelöst. Diese Einsetzung der Zivilverwaltung war nicht allgemein bekannt: der Einsatzbefehl Hitlers für den obersten Kommissar war Geheime Reichssache, d. h. es haben nur die obersten Reichsstellen und die obersten militärischen Stellen davon gewußt. Dies führte dann notwendigerweise zu eigenartigen Komplikationen in den mittleren und unteren militärischen Behörden.

Grundsätzlich war es also so, daß man nach außen hin den Anschein der Souveränität der Regierung Mussolinis über das ganze italienische Gebiet wahrte, de facto aber diese Provinzen unter eine Sonderverwaltung stellte.

So wurde diese Frage bis zum Endsieg zurückgestellt. Es ist schwierig zu entscheiden, wie dann in dieser Frage das Urteil ausgesehen hätte, da es vor allem von der innenpolitischen Konstellation der Mächtigkeitsgruppen abgehängt hätte. Goebbels war z. B. für den Anschluß Südtirols und des venetianischen Raumes, da Venedig nach dem Endsieg einen großen Aufschwung durch den deutschen Tourismus nehmen werde.

Die nächste Frage beschäftigt sich mit jenem Schlagwort des italienischen Verrates im oralen Weltkrieg.

Doz. Dörrer führt zu dieser Frage aus, daß sich die Italiener auf die bedeutende Verpflichtung Österreichs im Dreibundvertrag beriefen, nämlich auf die Konsultationsverpflichtung im Falle einer Änderung in der Balkanpolitik. Diese Verpflichtung ist beim Kriegsausbruch nicht erfüllt worden. Damit war ein formaler Grund gegeben, den Vertrag zu kündigen, ohne daß man auf sich selbst die Schuld des Vertragsbruches sitzen lassen mußte. Innerlich waren aber wohl ganz andere Motive ausschlaggebend. Es ist bezeichnend, daß Italien zuerst Verhandlungen mit beiden Seiten pflegte, und erst dann den Vertrag kündigte.

Diese Kompensationsfrage wurde bereits bei der bosnischen Krise 1908 (Bosnien und Herzegowina) aufgeworfen. Hier wurde das erste Mal tatsächlich das Trentino gefordert, fügt Dr. Stuhlpfarrer den Ausführungen Doz. Dörrers hinzu. Man dürfe nun beim Ausbruch nicht nur die formelle Frage berühren, sondern auch das faktische Problem berücksichtigen. Der Dreibundvertrag hatte einen bestimmten Sinn für die abschließenden Partner besessen. Für Italien war es eine Rückenstärkung für seine kolonialen Aspirationen. Da diese entweder gescheitert oder auf anderem Wege bereinigt worden waren, so hatte der Dreibundvertrag seinen Sinn völlig verlo-

ren. Deshalb konnte 1914 und auch schon früher Italien machtpolitisch aus diesem Vertrag nichts mehr herausholen. Aus diesem Grunde haben sie ganz mit Recht sich des formalen Fehlers der österreichisch-ungarischen Außenpolitik bedient, um sich vorere aus dem Krieg herauszuhalten. Österreich-Ungarn war auch gar nicht so überzeugt von der Bündnistreue Italiens. Überdies herrschte in bestimmten Kreisen eine ekstante Kriegsstimmung gegen Italien (Conrad von Hötzendorf).

Nach dem Kriegsausbruch bis zum Kriegseintritt Italiens herrschten dann die nationalistischen Kräfte (D'Annunzio, Mussolini) vor. Das ist ein innenpolitisches Problem. Auch die führenden Kräfte der Neutralisten, z. B. Giolitti, haben gar nicht so aktiv für eine Neutralität Italiens gearbeitet. Sie wollten die „unerlösten Gebiete“ ohne einen kostspieligen Krieg erhalten.

Will man nun die Frage, war Italien ein Verräter, beantworten, so muß man vor allem klären, ob ein Land in diesem Sinne Verräter sein kann. (Dr. Stuhlpfarrer verweist bei dieser Gelegenheit auf das Buch von Margareth Boveri über das Problem des Verrates überhaupt).

Doz. Dörrer fügt diesen Ausführungen hinzu, daß gerade die innenpolitischen Spannungen in Italien, zwischen den Neutralisten einerseits, die die „unerlösten Gebiete“ wie einen reifen Apfel entgegengenommen wollten, und den Interventionisten, die zum Kriege drängten, nach dem Krieg die intensive Propaganda für den Erfolg, daß man die Brennergränze erreicht habe, bewirkten. Denn man mußte oben etwas herausschlagen, was man wirklich dazubekommen hat, d. h. was man sonst nicht bekommen hätte.

Das ist eine ganz natürliche Entwicklung, wirft Dr. Stuhlpfarrer ein, daß der nationale Imperialismus sich mythologisieren muß. Er muß vom Blut reden, er muß von heiligen Grenzen reden. Das ist im deutschen Bereich auch geschehen.

In der nächsten Fragestellung wird der italienische Sieg von Vittorio Veneto behandelt, der als der größte Sieg der Militärgeschichte hingestellt wird. Die hohe Anzahl der Gefangenen wurde aber zum großen Teil in der Zeit zwischen der Waffenmedelegung der Österreicher (die ungarischen Truppen waren bereits abgezogen worden) und dem Eintritt des Waffenstillstandes bei den Italienern gemacht.

Diese zeitliche Differenz läßt sich sehr leicht erklären, antwortet Dr. Stuhlpfarrer. Kaiser Karl befahl der obersten Heeresleitung in Baden die sofortige Niederlegung der Waffen bevor noch die Verhandlungsergebnisse bekannt waren, weil es ganz einfach nicht mehr möglich war weiterzukämpfen.

Es ist schon im Sinne der Geschichtswissenschaft notwendig, diesen Sieg von Vittorio Veneto zu entmythologisieren. Und das tun die italienischen Historiker natürlich auch. Aber man muß das im Gesamtkomplex sehen. Wenn man von Sieg oder Niederlage redet, so muß man das Ganze sehen, nicht nur die einzelne Truppe, die noch kampfkraftig ist, sondern hinauf bis zur obersten Heeresleitung. Und die oberste Heeresleitung hatte nicht mehr funktioniert. Aus diesem Grund ist es zu dem bekannten Übertragungsfehler gekommen, so daß die österreichisch-ungarischen Truppen früher die Waffen niedergelegt haben. Daher waren sie nicht mehr in der Lage Krieg zu führen, und daher haben zweifellos die Italiener den Krieg gewonnen. Daß es kein Kampf war ist eine andere Frage. Aber das ist kein so belangvolles Problem. Grundsätzlich ist es so, daß Österreich-Ungarn den Krieg verloren hat zu einem Zeitpunkt, in dem es bereits in völliger Auflösung stand. Und der Waffenstillstand wurde eigentlich — wenn sie es genau formal durchdenken — von einem Privatker unterzeichnet, weil es Österreich-Ungarn gar nicht mehr gegeben hat.

Die hohe Anzahl der Optanten trotz der Interesselosigkeit Hitlers an den deutschsprachigen Südtirolern bildet den Kern der nächsten Frage. Waren diese Optanten Nazis oder sind sie durch irgendwelche Propaganda verführt worden?

Nationalsozialist ist jener, der sich in der NSDAP eingeschrieben hat, antwortet Dr. Stuhlpfarrer. Wieviel Südtiroler nun der Überzeugung nach Nationalsozialisten waren, wird sich schwer feststellen lassen.

Zur Frage nach der hohen Anzahl, möchte Dr. Stuhlpfarrer einmal die starke deutsche Propaganda hervorheben; sodann die Außerungen italienischer Stellen, die „Dableiber“ würden südlich des Po umgesiedelt werden. Drittens: es wurde zum Teil von Südtiroler Seite gar nicht damit gerechnet, daß die Umsiedlung durchgeführt werden könne. Schon allein die exakte und korrekte finanzielle Ablösung der Güter hätte den italienischen Staat aller Voraus-

sicht nach Überfordert. So war der große Prozentsatz wohl als eine Art Kundgebung gegen Italien gedacht.

Ein weiteres Motiv fügt noch Doz. Dörner hinzu: es war Reichsbefehl, daß jeder deutscher (und somit österreichischer) Staatsbürger, der sich gegen die Option aussprach, auf irgendeine Weise mundtot gemacht werden sollte. Damit war eine propagandistische Lenkung möglich, indem man einfach jedes Gegenwort würgte.

Außerdem ist in Südtirol von den Vertretern der Optantenbewegung auch die Parole ausgegeben worden, es sei gefährlich, wenn ein Ort sich nicht ganz entscheidet: lieber als ganze Gemeinde gehen, denn als zerrissene Gemeinde zurückbleiben. Diese Propaganda und die Fiktion, diese Gemeinden würden dann wieder geschlossen irgendwo angesiedelt werden, haben zu diesem Abstimmungsresultat sicherlich beigetragen.

Als maßgeblichen Grund führt Dr. Mumelter noch den Ausschluß der Südtiroler von den staatlichen Stellen an. Es wurde einfach ein Monopol der anderen Volksgruppe geschaffen.

Der nächste Fragesteller wirft zwei Probleme auf: einmal interessierte ihn, ob die Behauptung, die Tiroler hätten sich ähnlich verhalten sollen wie die Kärntner, historisch haltbar und überhaupt realisierbar gewesen wäre.

Zweitens: hat es in Südtirol in den letzten Kriegsjahren einen nennenswerten Widerstand gegen den Nationalsozialismus gegeben und bestand ein Widerstand der Italiener gegen die deutschen Truppen? Bestanden Kontakte zwischen den beiden Gruppen?

Dr. Stuhlfarrner beantwortet zuerst den Kärnten-Tirol-Vergleich. Man muß von der Frage ausgehen, inwieweit reguläre Truppen gegen die möglichen Abwehrkämpfer in Tirol eingesetzt worden wären, bzw. welche Möglichkeiten dazu bestanden hätten und in welchem Ausmaße. In der Kärntner Bewegung haben ursprünglich nur slowenische Freischärler gekämpft und erst später sind reguläre serbische Truppen vorgeückt. Dazu kam noch die diplomatische Unterstützung der Kärntner durch Italien. Das alles fällt aber bei Südtirol weg.

Man darf nicht vergessen, ergänzt Doz. Dörner, daß die tirolische Südfront, also die Kaiserjägerdivision, in Gefangenschaft geraten ist. Dazu kommt noch, daß in Tirol eine viel stärkere Aushebung vorgenommen worden ist als in allen anderen Kronländern der Monarchie. Tirol befand sich im Ersten Weltkrieg in der Situation, daß die Einberufungen nach zwei Wehrsystemen erfolgten, einerseits nach dem Wehrsystem der Gesamtmonarchie, das eine bestimmte Obergrenze im Alter festlegte, und andererseits nach dem Wehrsystem der Tiroler Selbstverteidigung, die eine um 10 Jahre höhere Altersgrenze umfaßte. Und dann noch die Totdienstpflicht im Falle des Landesangriffs. Also die Aushebung war hier viel stärker. Natürlich besaßen auch die anderen Kronländer die Landwehr.

Aber das letzte Aufgebot, wie es dann 1915 allerdings mit einem historischen nicht zu rechtfertigenden Nimbus in Kraft getreten ist, gab es in den anderen Kronländern nicht. Es waren also die Voraussetzungen nicht mehr gegeben und außerdem wurde das Land durch eine intakte, reguläre Armee besetzt was in Kärnten nicht der Fall war.

Über die Frage des Widerstandes ist es schwierig, genaue Auskünfte zu geben, sagt Dr. Stuhlfarrner. Es soll einen deutschen Widerstand gegeben haben. Der italienische Widerstand besaß eine sehr geringe Macht und sein Versuch, das Rathaus in Meran zu besetzen, ist ja bekanntlich kläglich gescheitert. In den Provinzen Trient und Belluno hat es aber wohl einen intensiven Widerstand gegeben, ihre Hauptaufgabe bestand darin, die Voralpenstellung zu besetzen.

Zur Widerstandfrage kann allgemein hinzugefügt werden, daß man von solchen Gruppen nur dann etwas weiß, wenn sie gescheitert sind. Von solchen, die Erfolg hätten und nicht aufgedeckt worden sind, weiß man nichts oder nur sehr wenig. Man kann also tatsächlich nur mehr dort von beweisbarem Widerstand sprechen, wo es ihn eigentlich nicht mehr gegeben hat, weil er ausgelöscht worden ist.

Die nächste Frage beschäftigt sich mit der Herkunft der Görzer Grafen.

Doz. Dörner verweist in seiner Antwort zuerst auf die sehr lückenhaften Quellen über die damalige Zeit. So muß man vielfach nur mit Hypothesen arbeiten.

Nach dem derzeitigen Forschungsstand sind die Görzer Grafen ein Zweig der Arbonen, eines altbayrischen Geschlechts, das sich vor allem in Kärnten hervorgetan hat. Die Görzer sind also eindeutig bayrischer Abstammung und wahrscheinlich mit den Tiroler Grafen verwandt. Eindeutig steht also fest, daß die Görzer Grafen kein italienisches Geschlecht sind.

Gegen Ende der Diskussion wurde noch kurz die Wandlung von geographischen Begriffen im Laufe der Geschichte besprochen. Doz. Dörner führte als Beispiel an, daß man unter der Bezeichnung Südtirol bis 1914 im amtlichen Sprachgebrauch immer das Gebiet südlich der Salurner Sprachgrenze meinte, also das heutige Trentino. So konnte es zu der zwar für einen Historiker verständlichen, für den Laien aber etwas eigenartigen Situation kommen, daß im Tiroler Landtag ein Abgeordneter aus dem Trentino den Antrag stellte, diese oder jene Verfügung auch in italienischer Sprache zu veröffentlichen, weil nur so die Mehrheit der Südtiroler sie verstände. Aber damit meint er nie die Südtiroler im heutigen Sinne.

Die Diskussion fand mit einigen abschweifenden Ausführungen über die geographischen Unkenntnisse Heines in seinen Reisebildern ihren Abschluß.

Südtirol – Klischee und Wirklichkeit

Dr. Manfred Nayer

Jede politische Streitfrage, in der über ein halbes Jahrhundert lang die verschiedensten Gruppierungen agitierten, wird zu einem Sammelsurium von Klischeevorstellungen. Wer sich aber Klischeevorstellungen überläßt, trübt seinen Blick für die Beurteilung der Vorgänge auch in angrenzenden Bereichen, die bislang von falscher Sicht frei waren.

Die Kontrastierung von Klischee und Wirklichkeit in politischen Streitfragen, die emotionsgeladen sind, weist eine gewisse Gefährlichkeit auf. So muß jeder Österreicher, Südtiroler und Italiener befürchten, in seiner nationalen Umgebung als „Verräter“ gebrandmarkt zu werden, wenn er es wagt, andere als den Klischees entsprechende Meinungen oder Lösungsvorschläge zu vertreten bzw. zu unterbreiten. Dabei sind es keineswegs immer ungenutzte Menschen, die — angeblich nichts anderem als dem Patriotismus dienend — lautstark und ungefragt die Klassifizierung treffen, wer ein Verräter und wer ein Freiheitsheld sei. Hier spielen handfeste materielle Interessen eine bedeutende Rolle.

Das Klischee ist ein beliebtes Requisit der Politik in allen Weltteilen. Ursprünglich bedeutet Klischee einen Druck- bzw. Bildstock,

der im Hochdruckverfahren der Buchdruckkunst verwendet und von einer vorhandenen Ätzung mittels Stereotypie oder Galvanoplastik hergestellt wird. Im übertragenen Sinne verwendet man das Wort Klischee für Abklatsch, der etwa durch häufigen Gebrauch von abgegriffenen Wörtern, Redewendungen oder Vorstellungen entsteht.

Im vorliegenden Zusammenhang muß man unter Klischee aber noch anderes verstehen:

— Unüberprüft übernommene Vorstellungen, die das politische Gleichgewicht und damit verschiedenartige politische Zielsetzungen bestimmen.

— Halbwahrheiten, die ein massiver Gebrauch zu unumstößlichen Maximen verdichtet hat.

— Vorstellungen, die in einer anderen Zeit geboren wurden und die heute ihren Inhalt verändert oder ganz verloren haben.

— Begriffe, deren Aussage sich aufgrund der politischen, wirtschaftlichen und soziologischen Strukturänderungen zum Teil wesentlich gewandelt hat.

Es ist somit ein historisches Verdienst der Südtiroler Hochschullehrerschaft, erstmals die Katalogisierung einiger wichtiger Klischees,

die in der Auseinandersetzung um Südtirol gebraucht werden, angelegt und die Diskussion gestellt zu haben. Die Themenstellung beweist, daß die Südtiroler Hochschüler heiße Eisen anzupacken mutig genug sind.

Ein wesentliches Klischee im Rahmen der Südtirol-Auseinandersetzungen schufen die Italiener, indem sie die Behauptung aufstellten, Südtirol sei immer schon ein Teil des italienischen Staates gewesen. Wer in der Geschichte nachforscht, weiß, daß diese Behauptung unrichtig ist. Aber in der Politik können Behauptungen, oft genug wiederholt, zu so festen Vorstellungen werden, daß sie zu politischen Realitäten auftrücken, die ebenso in der Tagespolitik wie in der langfristigen Auseinandersetzung der politischen Geister eine wichtige Rolle spielen. So gänzlich verschieden also das italienische Klischee von der geschichtlichen Wahrheit ist, muß als Wirklichkeit bezeichnet werden, daß Südtirol seit 1918 zu Italien gehört. Das wollen viele Österreicher nicht wahrhaben, deswegen stellten sie dem italienischen Klischee schon gleich zu Beginn der Auseinandersetzung um das abgetrennte Südtirol ein österreichisches Klischee gegenüber, das in der Behauptung besteht, eigentlich gehöre Südtirol gar nicht zu Italien, weil es widerrechtlich abgetrennt und annektiert, also kein rechtmäßiger italienischer Besitz sei.

Auch dieses österreichische Klischee deckt sich nicht mit der Wirklichkeit, die diesmal im wesentlichen juridischer Natur ist. Es gibt nämlich Verträge, die die „Rechtsfrage Südtirol“ im Schoße des geltenden Völkerrechtes ordnen. Nach internationalem Recht gehört Südtirol heute zu Italien. Für die Rechtsfrage selbst ist nicht entscheidend, wie Südtirol zu Italien kam.

Wenn von der „Rechtssache Südtirol“ die Rede ist, kann das Klischee „Karl Gruber“ nicht unerwähnt bleiben. Was man über ihn geschrieben und gesagt, was man ihm vorgeworfen hat, ist zum Klischee geworden, zu einem der verhängnisvollsten wahrscheinlich in der Geschichte der österreichischen Südtirolpolitik. Vergleicht man das Klischee mit der Wirklichkeit, so ergeben sich einige interessante Aspekte:

— Außenminister Dr. Karl Gruber vertrat auf der Pariser Konferenz im Herbst 1946 praktisch einen nicht existierenden Staat. Um das besetzte Österreich verlassen zu können, mußte er sich von einer Besatzungsmacht ein *laissez-passer* ausstellen lassen. Sein italienischer Gesprächspartner dagegen repräsentierte nicht nur einen bereits voll funktionierenden und anerkannten Staat, sondern eine Siegermacht, denn Italien war rechtzeitig in den Bund der gegen Großdeutschland kämpfenden Staaten aktiv eingetreten.

— Gruber war zu dieser Zeit ein noch überaus junger Mann; ihm gegenüber saß ein fast neunzigjähriger Routinier mit großer diplomatischer, politischer und menschlicher Erfahrung.

— Gruber hatte keine diplomatische Ausbildung. In seinem Stab befanden sich nur wenige Karrierediplomaten. Alle anderen Mitarbeiter waren junge Leute, die aus der Widerstandsbewegung hervorgegangen waren und die nicht einmal wußten, daß bei Konferenzen, wie sie Gruber in Paris führte, regelmäßig Protokolle anzufertigen sind. Die Italiener dagegen verfügten über einen erfahrenen Team von geschulten Diplomaten, das präzise und fachkundig arbeitete.

— Gruber vertraute De Gasperi.

Wenn wir heute Bilanz ziehen, so müssen wir feststellen, daß das Gruber-De Gasperi-Abkommen die einzig verwendbare Grundlage für eine internationale österreichische Agitation zugunsten der Südtiroler ist. Es bildete auch das Fundament, das die Erreichung von zwei UNO-Resolutionen in der Südtirolfrage ermöglichte. Wenn Italien nach 1946 gewisse Artikel des Autonomiestatuts nicht in Kraft gesetzt hat, so ist das gewiß nicht die Schuld Grubers. Die Frage, ob 1946 für Südtirol ein anderer österreichischer Politiker mehr erreicht hätte als Gruber, läßt sich nicht einwandfrei beantworten. Fragen muß man allerdings, ob es klug war, den Italienern einen so jungen Mann als Vertreter eines noch nicht einmal existenten Völkerstaates gegenüberzustellen. Gruber hat sich aber nicht selbst nach Paris geschickt. Die Verantwortung für die Betrauung Grubers mit dieser wohl schwierigsten Mission seines Lebens, haben deshalb andere zu tragen.

Vergleicht man das Klischee Karl Gruber mit der Wirklichkeit, die durch den Gruber-De Gasperi-Vertrag zustandekommen ist, so wird man fairerweise zugeben müssen, daß in der Wirklichkeit ein ungemein höherer Wert hervorgebracht wurde, als das Klischee Gruber auch nur ahnen läßt.

Zum Karl-Gruber-Klischee gehört auch die unausrottbare Meinung vieler Österreicher und Südtiroler, die Stägerstaaten hätten,

als die Pariser Konferenz stattfand, die Absicht gehabt, den Italienern Südtirol wegzunehmen. Das aber ist historisch nicht wahr. Als Karl Gruber nach Paris reiste, war bereits entschieden, daß Südtirol bei Italien bleibt. Diese Entscheidung ist zu einem Zeitpunkt gefallen, als Karl Renner offiziell die Geschäfte des österreichischen Außenministers führte und Karl Gruber nur Renners Staatssekretär in diesem Ministerium war.

Ein seltsames italienisches Klischee, das sich in der deutschen Sprache wegen der grundlegenden Andersartigkeit des italienischen Denkens kaum formulieren läßt, kann man vielleicht folgend umschreiben: Es kann doch keinen Italiener geben, der nichts anderes als eben nur Italiener sein will. Für jeden Durchschnittsitaliener ist ein italienischer Staatsbürger, der eine andere Sprache als die Italienische zur Muttersprache hat, eine Unverständlichkeit. Diesem anderssprachigen Italiener müßte — nach der Meinung des Durchschnittsitalieners — die „natürliche“ Absicht innewohnen, die unverständliche und plumpe Fremdsprache aufzugeben und ein glühender Italienischsprachender Italiener zu werden.

Wie schon erwähnt, ist uns Österreichern diese für den Durchschnittsitaliener typische Grundhaltung unverständlich. Erklären läßt sie sich vielleicht teilweise mit dem Hinweis, daß die Einigung Italiens erst spät erfolgte und daß sie vorerst nur äußerlich abgeschlossen wurde. Im Inneren hält diese Bewegung noch an. Diese Ansicht mag vielleicht überraschen. Bedenkt man jedoch, daß ein bedeutender Teil der Italienischen Halbinsel von Griechen besiedelt war, die in der neuen Heimat das Ideal des Staatsstaates verwirklichten, so hat man damit jene starken Grundkräfte aufgespürt, die einem wahrscheinlich unausrottbaren Partikularismus das Leben gaben. Vielleicht liegt in diesem aus dem Unterbau des italienischen Staatsgefüges kommenden Partikularismus auch die Ursache dafür, daß die Einigung Italiens nur auf sehr straff zentralistische Weise erreicht werden konnte. Möglich war diese Einigung ebenfalls nur durch die Förderung eines Nationalismus, der stärker war als die mentalitätsmäßig vorhandenen föderalistischen Neigungen.

Vergleicht man dieses Klischee mit der Wirklichkeit, so findet man, daß es tiefe Spuren hinterlassen hat. Die Italiener achten die Lebensinteressen des einzelnen, auch des Ausländers, in beachtenswerter Weise. Sie sind aber unfähig, die Rechte ethnischer Gruppen als etwas Naturgegebenes anzuerkennen. Das macht die Südtirolfrage in besonderer Weise schwierig.

Weil es so schwer ist, diese italienische Eigenart zu verdeutlichen, sei ein Beispiel angeführt. Der bekannte Tiroler Politiker Prof. Dr. Hans Gamper hat in der Zwischenkriegszeit Italien bereist. Als passionierter Tiroler versuchte er in einem AbruZZendorf von einer Marktfrau zu erfahren, was sie von der Südtirolfrage halte. Von Südtirol wußte sie nur, daß es „irgendwo da oben im Norden“ liegt. Gamper erklärte ihr, daß Tirol entzwei gerissen sei. Der eine Teil gehöre zu Österreich, der andere zu Italien. Er selbst stamme aus dem österreichischen Teil. Hierauf antwortete die schlichte Marktfrau strahlend: „Non fa niente, Italiani siamo tutti“ („Das tut nichts, Italiener sind wir alle“).

Eines der heißesten Eisen, die man österreichischerseits in der Südtirolfrage anfassen kann, ist die Frage, ob „Deutsch-Südtirol“ nicht auch ein Klischee sei. In diesem Belang scheiden sich die Geister gewiß. Es scheint jedoch notwendig, diese Auffassung zu prüfen, denn sie ist von Bedeutung.

Außer Zweifel steht, daß Tirol eines der liebsten und verhängseltesten Kinder der deutschen Romantik war. Mit der Entdeckung und Erschließung der Alpen für den Erholungs- und Wandertrieb entstanden unzählbare Gedichte, in denen ein Idealbild des Lebens der Tiroler in den Bergen zum Klischee gemacht wurde. Eine endlose Flut von Romanen, Erzählungen, Theaterstücken, ja selbst die Musik bemächtigte sich in idealisierender Weise des Alpenraumes. „auf dessen Bergen die Freiheit wohnt“. Wie sehr sich die deutsche Romantik mit Tirol befaßte, geht nicht zuletzt aus den Tatsachen hervor, daß die Landeshymne von Tirol, das Andreas-Hofer-Lied, ebenso von einem Deutschen stammt, wie der in früheren Jahrzehnten als wahrscheinlich größter Tiroler Roman hunderttausendfach gelobte „Kanzler von Tirol“. Es konnte nicht anders sein, als daß die Zerreißung des in so vielen nicht von Tirolern bzw. Österreichern geschaffenen Dichtungen geprägten Landes Tirol im gesamten deutschen Sprachraum auch auf eine starke sentimentale Ablehnung stieß. War es schon vor 1918 zwischen den beiden großen Sprachgruppen in Tirol zu Spannungen gekommen, so entstanden nach 1918 im Südtiroler Raum unverzüglich scharfe Gegensätze, die der bald aufkommende Faschismus in ebenso

dummer wie menschenunwürdiger Weise verschärft. Die ständigen Übergriffe des Faschismus in der Sprachenfrage trugen dazu bei, daß Südtirol „deutscher“ wurde, als er war. Denn, genau gesehen, ist Südtirol mehr als nur ein „Deutsch-Südtirol“, es ist ein Organismus, in dem drei Sprachgruppen zusammenleben.

Um hier Klarheit zu schaffen, bedarf es vielleicht der Konstruktion eines rein theoretischen Modells. Nehmen wir an, ein Teil der deutschsprachigen Schweizer gelange unter italienische Herrschaft. Würden die Eidgenossen den Kampf als legitime Schutzmacht für die abgetrennte Minderheit im Zeichen des „Deutschtums“ oder des „Schweizertums“ führen? Diese Frage ist keine Frage für jeden, der die Geschichte der Schweiz auch nur einigermaßen kennt.

Es war das Verdienst des früheren österreichischen Außenministers Dr. Bruno Kreisky, aus Gründen der Rücksichtnahme auf gewisse internationale Empfindlichkeiten, von den Südtirolern als einer „österreichischen Minderheit in Italien“ zu sprechen. Kreisky mußte diesen politisch klugen Ausdruck bald aus seinem Sprachchatz streichen, denn er stieß damit auf breiteste Ablehnung. Die Ursachen für diese Ablehnung waren mannigfacher Natur. Nicht zuletzt mag die in weiten österreichischen Kreisen feststellbare Abneigung gegen den Begriff „österreichische Nation“ eine Rolle gespielt haben, denn ihre Gegebenheit wäre die Voraussetzung dafür, daß man rechtens von einer „österreichischen Minderheit“ in Italien sprechen kann.

Österreichischerseits ist die Südtirolpolitik bis zum Zweiten Weltkrieg und noch lange danach unter Zuhilfenahme von Schlagworten und Redewendungen der deutschnationalen Parteilagerung formuliert worden. Die Propaganda für Südtirol, für die das politisch wenig einsichtige Rom leider nur allzuviel Stoff lieferte, wurde in krasser Schwarzweißmalerei betrieben. Die Südtiroler wurden in bodenkioser Weise idealisiert, indem man ihnen alle guten Eigenschaften nachsagte, und die Italiener wurden umgekehrt in jeder Weise schlecht gemacht. Sie seien feige, falsch, bestechlich, schmutzig, usw.

Die Südtiroler sind zweifellos ein ungewöhnlich begabtes, tüchtiges und lebenswertes Volk. Aber so gut und so fehlerlos, wie die Propaganda sie 50 Jahre lang dargestellt hat, sind die Südtiroler eben doch nicht. Ihre Zerstrittenheit ist beträchtlich, die Beachtung auf den eigenen Vorteil geübt. Bei nüchterner Betrachtung gewahrt man, daß die Südtiroler auch nur normale Menschen sind, mit guten und schlechten Eigenschaften behaftet, wie z. B. wir Nordtiroler. Die Idealfiguren, die bei der Formulierung der österreichischen Südtirolpolitik stets eine gewichtige Rolle gespielt haben, gibt es in Wirklichkeit nicht. Auch ist nicht wahr, daß jeder Südtiroler Tag und Nacht nur darüber nachdenkt, wie sein Land zu Österreich kommt.

Man muß also feststellen, daß die österreichische Südtirolpolitik die Südtiroler in einer unverantwortbaren Weise idealisiert und ihnen Eigenschaften angedichtet hat, die keine Volksgruppe aufweist. Das war zweifellos kein Vorteil für die Südtiroler, denn sie konnten nach dem ihnen angedichteten Klischee nicht leben. Die so taten, als ob sie es könnten, entfernten sich immer mehr von der Wahrheit.

Mit der Idealisierung der Volksgruppe nahm man ihr in gewisser Weise etwas von der klaren Sicht und von der nüchternen Beurteilung der Fakten. Das täuschte eine nicht vorhandene Sicherheit vor und führte zur Vernachlässigung wesentlicher Elemente der Politik im eigenen Lande.

Um einigen wesentlichen Klischees etwas von ihrer wirklichkeitsgestaltenden Kraft zu nehmen, könnten vielleicht folgende Feststellungen geeignet sein:

● Nicht nur die deutschsprachigen, sondern auch die ladinischen und ein bedeutender Teil der italienischsprachigen Südtiroler sind 1918 gegen ihren Willen zu Italien gekommen.

● Innerhalb Gesamtirol war Südtirol der kulturell bestimmende Teil.

● Südtirol ist wesentlich reicher als Nordtirol und Osttirol.

● Unter dem Faschismus hat Südtirol in bezug auf langanhaltende Dauerschäden mehr gelitten als Nord- und Osttirol unter dem Nationalsozialismus.

● Wirtschaftlich hat Südtirol die in Österreich und in der Schweiz so fruchtbare Zeitperiode der Schaffung von standortrichtigen Gewerben sowie Klein- und Mittelindustrie versäumt.

Politisch verlor Südtirol unter dem Faschismus praktisch seine gesamte Operationsgrundlage, nämlich die überkommene Rechtsbasis. In seinem chauvinistischen Zynismus legte der italienische

Faschismus für die Südtiroler Politik keine neue Basis. Ganz im Gegenteil. Als Volksgruppe wurden die Südtiroler absichtlich rechtlich nicht anerkannt. Alle Politik der Südtiroler mußte sich somit — von der Machtergreifung des Faschismus im Jahre 1922 bis zu seinem Zusammenbruch im Jahre 1945 — in dem Bestreben erschöpfen, der Volksgruppe das Überleben zu ermöglichen. Das ist übrigens auch heute noch das Um und Auf jeder erfolgversprechenden Südtiroler Politik.

Die schon ein halbes Jahrhundert andauernde Überlebenspolitik der Volksgruppe gegen die besonders unter dem Faschismus massiven Entnationalisierungsmaßnahmen Roms hat bei den Südtirolern zu einer Überlagerung der ethnischen Politik im Rahmen der Gesamtpolitik geführt. Der Verbleib der durch den Faschismus nach Südtirol gekommenen kleinen und mittleren Beamten und Funktionäre im Lande, das Nichtworthalten klarer Versprechungen durch demokratische Regierungen in Rom, hat die Südtiroler auch nach dem Zusammenbruch des Faschismus dazu gezwungen, der ethnischen Politik den größten Spielraum zu geben.

Daraus leitet sich wohl der auch heute noch feststellbare bedeutende Mangel der Südtiroler Politik ab, daß sie der Wirtschaftspolitik und der Sozialpolitik bislang zu wenig Aufmerksamkeit schenkte.

Weiter oben war von dem Klischee die Rede, daß die Südtiroler eine Gruppe von Idealmenschen und die Italiener ein Ausbund aller Niederträchtigkeit seien. Hier muß man gerechterweise festhalten, daß ein Großteil sowohl der österreichischen als auch der italienischen Bevölkerung diesem Klischee immer begrenzter Glauben schenkt. Auf unserer Seite hat man eingesehen, daß die Italiener ein selbstbewußtes und erfolgreiches Volk sind, das viele gute Eigenschaften aufweist. Nicht zuletzt hat der Massenfremdenverkehr weitgehend dazu beigetragen, daß die Österreicher ihre Kenntnis von Italien vertiefen und daß sie ihre selbst gewonnenen Erfahrungen mit den Klischeebildern vergleichen konnten. Dadurch wurden neue Wertmaßstäbe gewonnen.

In Südtirol freilich weiß man, daß es nicht ein Klischee, sondern Wirklichkeit ist, daß sich der netteste Beamte aus Perugia oder Orvieto wesentlich verändert, wenn er nach Südtirol versetzt wird. Südtirol ist heute — was die Bürokratie betrifft — noch eine fast rein faschistische Provinz Italiens. Nicht umsonst hat man auf dem Siegesdenkmal von Bozen unter einer demokratischen Staatsführung erst vor ein paar Jahren die Liktorenbüchel erneuert. Vermerkwürdig ist noch, daß die Veränderung des nach Südtirol versetzten Beamten oder sonstigen Funktionärs umso krasser ausfällt, je kleiner sein Amt ist.

Droht auch die Autonomie zu einem Klischee zu werden? Diese Frage muß man verneinen. Autonomie bedeutet Wettbewerb zwischen den ethnischen Gruppen. Werden die Südtiroler aber alle Posten besetzen können, die ihnen der ethnische Proporz zusprechen würde?

Das Zusammenleben in einer Autonomie ist schwierig. Es erfordert viel Rücksichtnahme und gesteigerte Pflüge der menschlichen Werte. Mit der billigen Beschimpfung des ethnischen Partners findet man in einer lebenerfüllten Autonomie bei weitem nicht das Auslangen. Die Selbstbehauptung muß sich im Rahmen echten demokratischen Zusammenlebens und frei von Ghettomentalität in Würde abspielen.

Der Faschismus hat Südtirol zwei große Wunden geschlagen, für deren Heilung die Republik Italien sorgen mußte:

● Durch die standortfalsch aufgebaute Industrie, die die organische Entwicklung von Handwerk in Gewerbe und von Gewerbe in Industrie verunmöglichte, wurde zusätzlich eine massive Unterwanderung eingeleitet.

● Der italienische Faschismus hat die gesunden Traditionen der erprobten Demokratie, der ältesten in Westeuropa, aus dummen, chauvinistischen Zielsetzungen zerstört.

Die Wirklichkeit sieht somit so aus: Südtirol braucht eine umfassende Autonomie. Es braucht Ruhe. Man muß ihm Atem gönnen. Dann holt es, bei entsprechender Förderung, das Versäumte schnell nach.

Klischee bedeutet Ghetto, Konfrontation mit der Wirklichkeit ist Freiheit.

Durch den Streit ist Südtirol noch zu sehr Ansammlung von Klischees. Es braucht mehr Freiheit. Deshalb sollte alles getan werden, um die Südtirolfrage unter Aufgabe lebendiger Klischees zu lösen.

Die Presse in Südtirol — Möglichkeiten der politischen Meinungsbildung

Dr. Toni Ebner

Ihre Tagung und das mir zugedachte Thema haben durch eine Reihe von ungunstigen Ereignissen der letzten Woche im Nachbarland — in der Bundesrepublik Deutschland — an Aktualität nur gewonnen: Steht doch im Mittelpunkt der mehr als bedenklichen Demonstrationen und Zerstörungen ein deutscher Zeitungsverleger, dessen Kopf von aufgebracht Studenten und Nichtstudenten lautstark gefordert wird. Was macht man ihm eigentlich zum Vorwurf? Auflagenstarke Zeitungen und Zeitschriften ins Leben gerufen zu haben, die nicht nach dem Geschmack der Jugendlichen — oder besser gesagt einer kleinen — allerdings sehr aktiven und aggressiven — Gruppe von Studenten schreibt. Gemeint ist der sogenannte deutsche Zeitungskönig Axel Springer, der entthront werden soll. Man kann mit den Presseerzeugnissen seines Verlages einverstanden sein oder nicht — wir sind es durchaus nicht mit allen, so wie bekanntlich mit den unsrigen nicht alle einverstanden sind —, eines ist aber sicher: niemand wird gezwungen oder kann heute — vor 25 Jahren war es anders, ganz anders! — gezwungen werden, sie zu lesen. Zur Bekämpfung einer mißliebigen Presse gibt es meines Dafürhaltens eine Reihe von legalen Mitteln. Darum geht es diesen Revoluzzern ja gar nicht. Es geht ihnen um etwas anderes: sie wollen das Bestehende — der Springer-Verlag ist weitgehend ein Vorwand — mit Brachialgewalt niederreißen. Im gleichen Atemzug predigen sie den Frieden und eine neue, humanere Gesellschaftsform. Werden sie danach gefragt, wie diese Gesellschaftsform aussehen soll, lautet die unbekümmerte Antwort: „Das wissen wir selber nicht“. So geschehen in Bozen — auf einer Veranstaltung junger zorniger Weltverbesserer, die es seit einiger Zeit auch bei uns in Südtirol gibt und die mit ihren unausgegorenen Ideen und Parolen neben den Schulen und Universitäten auch bei uns die bestehende Gesellschaftsordnung von Grund auf ändern möchten. Der eigentliche Stein des Anstoßes bildet auch in Südtirol die Presse, d. h. nicht die Presse schlechthin, sondern wiederum eine bestimmte Presse — die Athesia-Presse. Nach Auffassung dieser Leute ist sie noch schlimmer und gefährlicher als jene von Axel Springer, weil in Südtirol nicht 30 oder 40%, sondern über 90% der Presse vom Athesia-Verlag bzw. von seinem erreaktionären Direktor kontrolliert würde. Auch wer nicht viel mehr als nur einen blauen Dunst von der sogenannten „Macht der Presse“ hat, wird über die Naivität dieser Apostel nur herzlich lachen können.

Um es gleich vorwegzunehmen — wir werden darauf noch zurückkommen —: Wäre die Beeinflussungsmöglichkeit der Presse wirklich so groß wie angegeben wird, würde es in Italien, um das uns nächstliegende Beispiel zu wählen, keine 12 Millionen christlich-demokratische Wähler geben, hat doch das DC-Organ „Il Popolo“ ungefähr nur gleichviel Tausend Auflage als die Partei Millionen Wähler seit Jahr und Tag ihr eigen nennen kann. In gleicher Weise hätte De Gaulle nur einen Bruchteil seiner Wählerschaft, wollte man diese an Hand der Auflage der seiner Politik hörigen Presse errechnen. Diese Presserechnung geht nicht auf. Leider wird sie aber von Uneingeweihten — wie viele andere Schlagworte — einfach geglaubt und als bare Münze genommen. Und dann passieren eben aus einer Massenpsychose heraus Dinge, wie wir sie dieser Tage in vielen Städten Deutschlands und außerhalb erlebt haben.

Eine bessere Kenntnis der Wirklichkeit, aber auch ein zeitgerechtes Auftreten gegen Hetz- und Verleumdungskampagnen und ein entschiedeneres Einschreiten der Behörden würden zweifelsohne zur Hintanhaltung von solchen Auswüchsen beitragen.

Der Südtiroler Hochschülerschaft gebührt daher Anerkennung dafür, daß sie die Frage der Presse in Südtirol auf ihr Tagungsprogramm gesetzt hat und so Gelegenheit zu einer Auseinandersetzung darüber bietet. Meinerseits möchte ich den Veranstaltern für die Einladung zu dieser Tagung danken. Diese wie des Kollegen Dr. Nayer Einladung ist in der „Presse“ — natürlich von anderer Seite — ebenso scharf kritisiert worden wie der Tagungsort und das angebliche Tagungsziel. Der Südtiroler Hochschülerschaft wurde unter-schoben, sie hätte auf Geheiß von oben gehandelt und wolle den Kommissionen im Hinblick auf die Parlamentswahlen Gehirnwäsche verabreichen lassen. Diese Unterschreibungen wider besseres Wissen sind wohl ein Beweis dafür, daß die Südtiroler Hochschülerschaft gut liegt. Die eventuell fehlende Ergänzung dieses Beweises lieferte der „Alto Adige“ vom Ostersonntag, der die gegen die Südtiroler Hochschülerschaft und die Referenten gerichteten Angriffe im „Blatt für deutsche Leser“ wieder einmal wortgetreu abdruckte, vom Beitrag ihres Präsidenten Hellmuth Ladurner in den „Dolomiten“ aber nur einen verstümmelten Absatz brachte.

Lassen Sie mich dazu zwei Gedanken aussprechen: Die Ihrer Tagung zugrunde liegende Themenstellung rechtfertigt schon für sich allein die örtliche Zweitteilung — in Nordtirol und Südtirol.

Für meine Person kann ich mit ruhigem Gewissen sagen, daß überhaupt nichts abgekartet wurde und daß nicht die geringste Absicht einer Wahlkatechisierung besteht. Einladung wie Thema sind so angenommen worden, wie sie mir überbracht wurden. Kennt man die zwei, drei verschiedenen Seiten näher, von denen die massiven Unterschreibungen gegen die Hochschülerschaft stammen, weiß man, daß sie das Maß von der eigenen Nase genommen haben; man kann sich also gut vorstellen, nach welchen Gesichtspunkten diese Kreise eine ähnliche Veranstaltung aufziehen würden.

Aber nun genug davon. Ich darf nicht alles vorwegnehmen, was möglicherweise Gegenstand der Diskussion bilden könnte. Nach diesen einleitenden Hinweisen ist es an der Zeit, über die Presse in Südtirol zu sprechen.

Um die heutige Lage zu verstehen, müssen wir in der Geschichte Südtirols weit zurückblättern und Zeit- und Zeitungsgeschichte noch einmal kurz an uns vorbeiröhlen lassen. Sie werden dabei allerlei Wissenswertes erfahren oder wenigstens in Erinnerung gerufen erhalten. Sie werden sich auch davon überzeugen können, daß das Südtiroler Zeitungsleben und Zeitungsterben eng mit der politischen Entwicklung in unserem Lande zusammenhängt und daß sich darin Südtirols Schicksal im letzten halben Jahrhundert weitgehend widerspiegelt.

Vor bzw. bis zum Ende des Ersten Weltkrieges ist vom Südtiroler Zeitungsleben nichts besonders zu sagen, außer daß es — so wie die anderen Kronländer — eine Reihe von lokalen Tageszeitungen und Zeitschriften, parteigebundene und parteiungebundene, hatte. Zu erwähnen wären:

„Der Tiroler“ im Jahre 1899 als christlich-soziales, dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt gegründet und vom „Preßverein Tyrolia“ herausgegeben, vertrat die Interessen der Tiroler Volkspartei. Schon 1914 avancierte er zur Tageszeitung.

Die „Meraner Zeitung“ 1867 gegründet, erschien nach einem mißlungenen Versuch im Jahre 1890 seit September 1914 auch als Tageszeitung. Sie war zwar nicht offizielles Organ der liberalen Partei, stand den sogenannten Deutschfreiheitlichen aber sehr nahe.

Dann die 1893 gegründete und sich als „Unabhängiges Landesblatt“ bezeichnende, aber doch eher liberalen „Bozner Nachrichten“.

Ein stark lokal beschränktes Blatt war der 1883 gegründete und als Konkurrenz für die „Meraner Zeitung“ gedachte Meraner „Burggräfler“. Er erschien zweimal wöchentlich.

Stark konservativ war das seit 1862 in Bozen erscheinende „Tiroler Volksblatt“. Mit seinem 1200-1500 Exemplaren Auflage spielte es im Südtiroler Zeitungsleben jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Wesentlich bekannter und beliebter war die 1888 von Prof. Amilian Schöpfer gegründete „Brixener Chronik“. Die Zeitung hatte Brixen mit einem Schlag zu einem politischen Zentrum gemacht. Zwar trug sie in der ersten Zeit nach der Gründung noch die Bezeichnung „Ein konservatives Wochenblatt“, doch verließ sie in der beginnenden Auseinandersetzung der Konservativen mit der neuen christlichsozialen Richtung das konservative Lager und wurde durch den Einfluß Prof. Schöpfers zur ersten christlichsozialen Zeitung Tirols. Durch den Ausbau des „Tiroler“ verlor sie jedoch später immer mehr Abonnenten.

Mit dem Kriegsende und der Zerreißung des Landes Tirol durch die Angliederung des südlichen Teiles an Italien entstand eine ganz neue und schwierige Lage auch auf dem Zeitungsmarkt. Man denke nur an die in einer Zeitung nicht unterdrückende Gewissensfrage, wie sich den neuen Machthabern gegenüber verhalten. Dieser heiklen Problemstellung wurden Verleger wie Journalisten weitgehend durch die Zensur entzogen.

Selbst nach der offiziellen Aufhebung der Zensur wurden die Dinge nicht besser. Jedes aufrechte Wort, jede Darstellung der wahren Zustände, jede Anprangerung der Mißstände, wurde als „Herabwürdigung der Behörden“, als „Aufreizung zum Haß“ oder

als „Entstellung von Tatsachen“ gewertet und war daher Grund für eine nicht enden wollende Reihe von Konfiskationen. Als die Einführung des italienischen Pressegesetzes im Jänner 1922 — bis dahin hatte noch das österreichische Pressegesetz gegolten — die Konfiskationsmöglichkeiten stark einschränkte, war der Druck und die Macht nationalistischer, faschistischer Kreise in Südtirol bereits so groß geworden, daß sich die Blätter trotzdem immer vorsichtiger äußern mußten. Die schwerste Zeit für die Presse begann nach der Machtübernahme der Faschisten im Oktober 1922. Das Schreckgespenst der völligen Einstellung vor Augen, gelang es ihr nicht mehr, die vordringlichsten Fragen erschöpfend zu behandeln und die Bevölkerung über die forciert einsetzenden Italienisierungsmaßnahmen aufzuklären. Der Startschuß zur Unterdrückung der deutschen Presse wurde mit jenem Dekret vom Juli 1923 gegeben, das zwar ganz Italien betraf, sich jedoch vor allem für die Südtiroler Presse verheerend auswirkte. Es gab dem jeweiligen Präfekten das Recht, einen verantwortlichen Redakteur zu verwarren, wenn seine Zeitung antifaschistische Artikel brachte. Bei zweimaliger Verwarnung innerhalb eines Jahres wurde der Verantwortliche seines Postens enthoben und der Herausgeber mußte einen neuen Redakteur vorschlagen. Das Endstadium bestand dann darin, daß die Zeitungen entweder den Faschisten genehme Schriftleiter in ihren Redaktionen sitzen hatten oder ihr Erscheinen einstellen mußten. Das Dekret wurde in der Zeit der letzten Oppositionsaktionen während der Matteotti-Krise in schärfster Form zur Anwendung gebracht und erfuhr in Südtirol noch eine Verschärfung durch die Einführung der Vorzensur am 9. Jänner 1925.

Hatte man in Südtirol geglaubt, die Einführung der Vorzensur würde einen Schutz vor Verwarnungen bieten, so mußte man sich bald einen Besseren belehren lassen. Die versteckte, aber doch recht heftige Kritik, die man immer wieder an den Italienisierungsmaßnahmen übte, führte im Herbst des Jahres 1925 zur Einstellung der „Bozner Nachrichten“, der „Brixener Chronik“ und des „Tiroler“, der damals schon „Landsmann“ hieß. Das „Volksrecht“, das seit 1920 dreimal wöchentlich erscheinende Organ der Südtiroler Sozialdemokraten, hatten die Faschisten trotz seiner pro-italienischen Haltung — die Sozialdemokraten waren sogar ein Wahlbündnis mit den Faschisten eingegangen — schon früher eingestellt. Die übriggebliebenen Blätter führten ein mehr als trauriges Dasein. Immer wieder erhielten die Redaktionen Auftrag, über bestimmte Ereignisse nicht zu berichten; außerdem wurde ihnen strikte verboten, zensurierte Stellen kenntlich erscheinen zu lassen. Im September 1926 verschwand schließlich der Rost der deutschen Presse aufgrund eines Verbotes der gesamten italienischen Oppositionspresse, das nach einem Attentat auf Mussolini am 11. September erlassen war. Es war die schreckliche zensurlose Zeit!

Nach vielen Bemühungen gelang es der Tyrolia, die damals — nach dem Verbot des Namens Tirol — bereits auf „Vogelweider“ umgetauft worden war und 10 Jahre später noch einmal Firmennamen ändern mußte, daher die heute noch gültige Firmenbezeichnung „Athesia G.m.b.H.“ bzw. gelang es dem unermüdeten Kanonikus Gamper, das Erscheinen der Tageszeitung unter einem neuen Zeitungskopf — es war die Geburtsstunde der „Dolomiten“ —, das Wiedererscheinen des Wochenblattes der „Volksbote“ und das Neuerscheinen einer rein katholischen Wochenschrift — das „Katholische Sonntagsblatt“ zu erwirken. Diese drei Blätter fristeten dann — neben einigen Fachzeitschriften wie die „Jugendwacht“, die „Frau“ und der „Schlern“, der 1939 verboten wurde — mehr schlecht als recht ihr Dasein bis 1941 bzw. 1943, als auch sie eingestellt und verboten wurden. In jener Zeit der größten nationalen Not und politischen Unterdrückung war die Südtiroler Bevölkerung dankbar, daß es überhaupt noch einen Vorlag gab, der aus eigener Kraft instande war, einige Presseprodukte herauszubringen. Indessen spitzten sich die politischen Verhältnisse immer mehr, bis es 1939 zum Schandvertrag zwischen Hitler und Mussolini über die Optionen kam. Ohne auf andere Einzelheiten jener für Südtirol schrecklichen Zeit einzugehen, sei aus der Sicht des Zeitungsverlages nur erwähnt, daß die von Kan. Gamper geleitete Athesia-Presso — soweit dies unter den damaligen Verhältnissen überhaupt möglich war — sich klar für das Verbleiben im Lande und gegen die zugemutete Abwanderung (ins dritte Reich) aussprach, womit sie in offenen Widerspruch zur Entscheidung der übergroßen Mehrheit der einheimischen Bevölkerung kam

und sich verständlicherweise den tödlichen Haß der Nationalisten zuzog. Kan. Gamper war damals der bestgehabte Mann in Südtirol und der Athesia-Presso erging's nicht besser. Eine Reihe von langjährigen Mitarbeitern köhrten nun dem Verlag wie der Redaktion und dem technischen Betrieb den Rücken oder mußten abgebaut werden — zwanzig Jahre später sollte sich unter anderen Vorzeichen ähnliches wiederholen, womit die außergewöhnlichen Schwierigkeiten selbst der „technischen“ Herstellung einer Tageszeitung in Südtirol nur angedeutet sein sollen.

Als weitere Folge stellten die Faschisten unter dem politischen Druck ihrer nationalsozialistischen Brüder 1941 die beiden Wochenzeitungen („Volksbote“ und „Katholisches Sonntagsblatt“) ein, während mit der militärischen Besetzung im September 1943 und der Errichtung der „Operationszone Alpenvorland“ unter dem politischen Kommando des Gauleiters Franz Hofer die „Dolomiten“ eingestellt und der Vorlag mit seinem technischen Betrieb und seinen Buch- und Papierhandlungen beschlagnahmt und in Zwangsliquidation gesetzt wurde. Kan. Gamper konnte sich durch Flucht in Sicherheit bringen, während zwei seiner Mitarbeiter in der Redaktion und zahlreiche Freunde in den Konzentrationslagern landeten. Verlags- und Journalistenschicksale, wie wir sie mutandis auch anderswo immer wieder erleben.

Zur Liquidierung des Verlages ist es nicht mehr gekommen, weil erstens einmal die erforderliche Zeit dazu nicht ausreichte — Anfang Mai 1945 war der ganze Spuk ja zu Ende —, und zweitens weil der mit der Liquidierung des Unternehmens beauftragte Kommissar gar keine Eile an den Tag gelegt hat. Wie wenig ihm — und auch anderen — die Athesia seinen Auftrag verübelte, beweist die Tatsache, daß der Liquidator heute Obmann des Aufsichtsrates unserer Verlagsanstalt ist. Dieses Beispiel wurde stellvertretend für viele andere Fälle erwähnt, um damit zu sagen, daß die Südtiroler, auch wenn sie sich einmal gehörig gestritten haben, doch alle aufeinander angewiesen sind, zusammenhalten und vorgangene wie gegenwärtige Auseinandersetzungen zu überwinden instande sein müssen. Damit soll durchaus nicht gesagt werden, daß bei uns etwa alles in Ordnung und nichts reformbedürftig wäre, daß am Bestehenden nichts geändert werden dürfe oder daß das Gegebene widerspruchslos hinzunehmen sei. Ich glaube, es geht nicht um das Ob, sondern um das „wie“. Eine gewisse Behutsamkeit im Vorgehen ist in unserem Falle sicher sehr angezeigt. Denn die Tatsache, daß wir eine nationale Minderheit in fremdem Staate sind, kann man nicht wegdiskutieren und die Südtirolfrage auch nicht mit ein paar „integrierten Veranstaltungen“ lösen.

* * *

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zog auch in Südtirol die Pressefreiheit wieder ein. Jeder, der will und einige formalrechtliche Voraussetzungen erfüllt, kann seitdem in Südtirol Zeitungen und Zeitschriften nach Horzenslust herausgeben. Die Südtiroler haben von diesem Recht weitgehenden Gebrauch gemacht. Einer statistischen Erfassung des Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstitutes — ohne Garantie für Vollständigkeit — zufolge, sind in Südtirol 1966 nicht weniger als 47 Zeitungen und Zeitschriften, Mitteilungsblätter usw. in deutscher Sprache erschienen. Inzwischen sind es bestimmt nicht weniger, sondern eher mehr geworden. Davon erscheinen täglich zwei („Dolomiten“ und „Blatt für deutsche Leser“ des italienischen „Alto Adige“), wöchentlich 6, 14-tägig 6, monatlich 21, zweimonatlich 3, vierteljährig 4, jährlich 3 und unregelmäßig 2.

Informativ-politischen Charakter haben die „Dolomiten“, der „Volksbote“, die „Südtiroler Nachrichten“, die „Wirtschaftszeitung“ hat ihre politischen Kommentare seit längerem wieder eingestellt, der „Deutsche Sonderdienst“ der DC-Agentur Italia und das „Blatt für deutsche Leser“, das Kommunistenblatt „Panorama“, der Presse- dienst der SFP und die seit einigen Monaten erscheinende „Brücke“; ob der „Fahrende Skolast“ auch in diese Kategorie gehört, bleibe dahingestellt. Obwohl sie bereits ihr Erscheinen seit mehreren Jahren eingestellt haben, sind unter dieser Kategorie noch die beiden Wochenzeitungen: „Der Standpunkt“ (von 1947 bis 1957) und die „Alpenpost“ (illustrierte Wochenzeitung von 1951 bis 1957) zu nennen, die beide bezeichnenderweise in der Druckerei des Bozner Nationalistenblattes „Alto Adige“ hergestellt wurden.

Welche der 47 Zeitungen und Zeitschriften passiv oder aktiv sind, d.h. ohne Zuschüsse von privater oder öffentlicher Seite durch den Verkauf und Inserate sich selbst erhalten, ist sehr schwer festzustellen. Dasselbe gilt für die Auflage der verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften. Sie ersparen es mir wohl, über die einzelnen Zeitungen und Zeitschriften ein Werturteil abzugeben, weil ich doch pars in causa bin.

Neben diesen deutschsprachigen Publikationen erscheinen in Südtirol drei italienische Tageszeitungen („Alto Adige“, „Adige“ — Bozner Ausgabe — und „Il Giorno“ — seit einem halben Jahr mit zwei Seiten Südtirolnachrichten) und eine ganze Reihe von Wochenzeitungen italienischer Parteien und Organisationen, von denen „Il Segno“, das katholische Sonntagsblatt in italienischer Sprache, besondere Erwähnung verdient. Sämtliche italienische Tageszeitungen sind neben den zahlreichen Illustrierten nicht nur erhältlich, sondern werden von den Südtirolern auch gelesen, die ja fast alle italienisch verstehen. Ein Gleiches kann von den Italienern nicht gesagt werden, die kaum deutsche Sprachkenntnisse besitzen.

Könnte der erste Teil dieses Referates weitgehend auf Tatsachen aufgebaut werden, gestaltet sich der zweite bedeutend schwieriger, weil es sich dabei um eine Ermessensfrage handelt, bei der die Auffassungen auseinandergehen. Daher kann es sich wohl nur um allgemein gültige Betrachtungen handeln, die auch auf den Sonderfall Südtirol anwendbar sind.

Was öffentliche Meinung in einem konkreten Fall ist, kann durch Meinungsumfragen relativ schnell und präzise festgestellt werden. Wie es zu dieser öffentlichen Meinung aber kommt, ist wohl nicht mehr Frage der Politikwissenschaft, sondern der Psychologie.

Öffentliche Meinung ist 1.) eine Summe von Einzelmeinungen, die lediglich im Grundnenner übereinstimmen, in Details aber von Mensch zu Mensch differieren, und 2.) nur selten eine Sache der Ratio, des Intellektes, des verstandesmäßigen Erkennens der Wahrheit, sondern vielmehr eine Summe von Sentiments und Ressentiments, von Vorurteilen, Stimmungen und verdrängten Wünschen, von Erziehungsgut und Schlagworten.

Wenn hier von politischer Meinungsbildung im Zusammenhang mit der Presse die Rede ist, liegt offenbar ein Grundfehler in der Themenstellung vor. In Südtirol — wie überall in der Welt — steht die politische Meinung nämlich im allgemeinen schon fest, wenn der junge Mensch zum erstenmal den politischen Teil einer Zeitung bewußt in sich aufnimmt.

Das heißt nicht, daß politische Meinung nicht manipuliert werden kann. Manipulation aber — also das unzulässige Beeinflussen durch Stimmungswerte und Ressentiments usw. — diese Manipulation ist nicht Aufgabe der Presse, wenngleich nicht alle Herausgeber und Journalisten sich an diesen Grundsatz halten.

Politische Meinungen wandeln sich zwar im Lauf der Jahre, doch meistens lediglich im Detail. In den Grundprinzipien bleiben sie erhalten. Das beweist sogar das lawinenartige Anschwellen faschistischer und faschistoider Bewegungen in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts: Millionen Menschen erlagen zwar der Verführung durch Schlagworte, es gelang ihnen jedoch auch nach dem Zusammenbruch der totalitären Machtapparate relativ schnell, auf ihr ursprüngliches politisches Meinungsbild zurückzufallen — und das ohne wesentliche intellektuelle Schwierigkeiten. Im Lebensweg vieler der älteren Generation ist das präzise festzustellen: Nach 1945 standen sie wieder dort, wo sie vor 1922 (Italien), 1933 (Deutschland) oder 1938 (Österreich) gestanden waren. Die auf den ersten Blick unmöglich erscheinende doppelte Konversion im Verlauf oft nur weniger Jahre wird sogar leicht verständlich, wenn man bedenkt, daß die totalitären Bewegungen nur in wenigen Punkten ihres Programms wirklich Neues postulierten. Am Beispiel des Nationalsozialismus läßt sich das leicht demonstrieren: Alldeutschtum, germanischer Mythos, Antisemitismus, pseudosozialistische Vorstellungen vom Weltkapitalismus und der Zinsknechtschaft, die Verherrlichung von Blut, Boden und Rasse — all das gab es schon vorher, all das war in einem ganzen Jahrhundert vor dem Entstehen des Nationalsozialismus bereits in die öffentliche Meinung eingesickert. Die Manipulation durch den Nazi-Faschismus war also lediglich eine Zusammenfassung latent bereits gegebener Meinungen und nicht die Bildung einer neuen Meinung.

Als Beispiel für die Unmöglichkeit, die festgefahrene politische Meinung anders als durch massive Manipulation, durch den Einsatz „geheimer Verführer“ zu ändern, können die österreichischen Wahlergebnisse des letzten halben Jahrhunderts angeführt werden. Christlichsoziale plus Landbund bzw. die ÖVP erhielten zwischen 1919 und 1986 folgende Nationalratsmandate: 75, 88, 92, 87, 82, 75, 85, 77, 74, 82, 79, 81, 85. Die Sozialisten und die Kommunisten (die nur von 45 bis 59 im Parlament saßen) errangen: 72, 88, 68, 68, 71, 72, 76, 67, 73, 74, 78, 76, 74, Mandate. Die Großdeutschen bzw. der WdU bzw. die FPÖ erhielten: 20, 20, 21, 10, 12, 10, (1945), 16, 14, 5, 8, 3, 6 Mandate. Wenn man aus diesen Zahlenkatten die atypischen Ergebnisse der ersten Wahlen nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg sowie der Wahlen von 1945 (als die Deutschnationalen nicht abstimmen durften und noch Hunderttausende in Kriegsgefangenschaft waren), abzieht, ergeben sich fast völlig gleichbleibende Zahlenreihen, die zwar einzelne Tiefs und Hochs erkennen lassen, gleichzeitig aber dafür zeugen, daß der überwiegende Teil der Wähler über Jahrzehnte seine Meinung festhält. Bei den letzten fünf Wahlgängen schwankte die ÖVP mit plus/minus 5,5 Mandaten, um ihren Mittelwert, die SPÖ sogar nur mit 2,5 und die FPÖ mit plus/minus 4. Anders ausgedrückt: 153 der 165 Sessel im Nationalrat haben im Verlauf von eineinhalb Jahrzehnten nicht gewechselt.

Oder noch anders ausgedrückt: Die österreichische Presse hat zwar zweifellos zur politischen Meinungsbildung beigetragen, dabei jedoch höchstens eine **schmale** Schicht von „Flugsand“ beeinflussen können — und auch dieses karge Resultat geht wahrscheinlich eher auf das Konto der Wahlwerbung der Parteien selbst.

Und noch ein Beispiel, diesmal aus der Bundesrepublik Deutschland: Obwohl die Zeitungen des Springerkonzerns einen Anteil an der westdeutschen Tagespresse von fast 40 Prozent haben, an der Berliner Tagespresse sogar von 70 und an den Sonntagszeitungen von 90 Prozent, hat der bekannte Standpunkt all dieser Zeitungen weder zu einer dauernden Schwächung der SPD noch zu einer Stärkung jener Partei geführt, die am ehesten mit dem Weltbild dieser Zeitungen identifiziert werden kann; im Gegenteil: die SPD geht langsam ihrem Ende als parlamentarische Partei entgegen.

Zusammengefaßt kann gesagt werden:

1. Eine dauerhafte und meßbare Beeinflussung der politischen Meinung der Masse kann nur durch massive und moralisch nicht vertretbare Manipulation erreicht werden.
2. Selbst dort, wo das versucht wird, sind die Resultate eher dürftig.
3. Die Presse — in Südtirol wie überall im demokratischen Europa — nimmt an diesem Prozeß wenig Anteil.

Es erhebt sich die Frage, warum die Presse dann überhaupt über politische Vorgänge berichtet. Es gibt dafür mehrere einleuchtende Begründungen:

1. Erfüllt sie ihre Chronistenpflicht; sie tut das im Bewußtsein, daß nur eine Minderheit der Leser an politischen Fragen auch im Detail interessiert ist.
2. Liefert sie dem Leser immer wieder Argumente, die seine bereits bestehende und kaum änderbare Meinung stützen; die Berichterstattung — auch wenn sie durchaus nicht „wertfrei“ ist, sondern auf festem weltanschaulichem Boden steht —, diese Berichterstattung wird von jedem Leser anders für sich selbst interpretiert.
3. Aber füllt die Presse eine Lücke, die — gäbe es sie nicht — von Agitatoren besetzt würde; sie gewährleistet, daß der ständige Nachvollzug der politischen Meinung des einzelnen durch rationale Argumente gestützt wird und nicht durch Schlagworte. Denn erst wenn die Agitatoren freie Bahn haben, kann Meinung wirklich — wenn auch nur für begrenzte Zeit — geändert werden, dann allerdings immer nur zum Extrem hin, gleich ob links oder rechts.

Demokratie ist Diskussion, eine echte Diskussion aber ist nur aufgrund von Tatsachen möglich; werden Schlagworte verwendet, degeneriert sie zur Agitation.

Die Meinungsäußerung und die Beeinflussung gehören zu den legitimen Zielen der Zeitung. Niemand wird die zahlreichen Gefahren, die damit verbunden sind, bestreiten, doch muß einer Zeit-

tung, die ihre politische und weltanschauliche Flagge deutlich zeigt, wohl auch das Recht zugestanden werden, für ihre Ideen in geeigneter und zuverlässiger Weise zu werben. Niemand wird ihr verwehren können, maßvoll und ohne Verzerrung durch einen Leitartikel, eine Glosse oder einen politischen Tagesbericht für oder gegen eine Sache einzutreten und den Leser mit konkreten Beweisen für ihre Ideen zu gewinnen.

Will man sich also mit dem Problem politischer Meinungsbildung und Meinungsführung auseinandersetzen, muß man sich zuallererst über diese Tatsachen im klaren sein, denn nur jene Zeit-

tung, die neben den publizistischen Zielen der Unterrichtung, Unterhaltung, Belehrung, Wirtschaftswerbung usw. auch ein eigenes Ziel verfolgt

Wenn die einheimische Presse in Südtirol — und lassen Sie mich damit abschließen — auf die politische Meinungsbildung noch einen größeren Einfluß als anderswo haben sollte, so dürfte das nicht zum Schaden der Bevölkerung sein, die — ich darf dies ohne Anmaßung feststellen — in ihrem wirtschaftlich kulturellen und völkischen Existenzkampf der letzten 50 Jahre durch die Tyrolia-Vogelweider-Athesia-Presse nicht schlecht beraten war.

Diskussion über die Vorträge von Dr. Nayer und Dr. Ebner

(Die Diskussion war ursprünglich als gemeinsame Diskussion geplant. Aus technischen Gründen — Dr. Nayer mußte früher als vorgesehen in die Redaktion — wurde die Diskussion getrennt. Die Tagungsteilnehmer diskutierten deshalb zuerst mit Dr. Nayer und anschließend mit Dr. Ebner.)

Diskussion mit Dr. Nayer

In der ersten Frage wird darauf hingewiesen, daß ein wichtiges Klischee in den Aufzählungen von Dr. Nayer fehlte. Es herrschen nämlich heute sehr falsche Vorstellungen über die Österreicher und über den österreichischen Staat vor. Diese Verzerrungen werden zum Teil auch durch die italienische Presse, vor allem durch den „Alto Adige“, hervorgerufen, die einen österreichischen Staat zeichnen, der gar nicht existiert. Welche Möglichkeiten sind nun gegeben, um diese Vorurteile abzubauen?

Dr. Nayer betont in seiner Antwort, daß es unmöglich wäre, bei der komplexen Südtirolfrage, alle Klischees, die in fünfzig Jahren entstanden sind, auch nur aufzuzählen.

Die falsche Vorstellung der Südtiroler von Österreich und vom Österreichischen Staat sind sicherlich ein bedauerndes Klischee — wenn wir ehrlich sind, so müssen wir betonen, daß auch manche Österreicher selbst nicht jenes Österreichbild besitzen, das sie besitzen könnten.

Selbstverständlich müssen wir zugeben, daß in Österreich noch nicht alles so ist, wie es sein könnte. Wir sind noch weit davon entfernt ein vollkommener Staat zu sein. Aber die Demokratie ist ein schwieriges Unternehmen und verlangt die größten geistigen Anstrengungen.

Der nächste Fragesteller geht auf die Äußerung Dr. Nayers ein, daß in Südtirol die ethnischen Probleme auf Kosten der sozialen und wirtschaftlichen Frage überbetont worden sind. Allerdings neigt man heute leicht dem anderen Extrem zu, alle Probleme in Südtirol auf das wirtschaftliche und soziale Gebiet abzurängen und zu reduzieren. Daher sei der Austritt der Südtiroler Politiker aus dem Regionalrat positiv zu bewerten, da er zeige, daß diese Ebenen noch nicht vermengt und die Grenzen noch nicht verwischt worden sind. Welche Stellung nehmen nun Sie, Herr Dr. Nayer, zu diesem Schritt ein.

Dr. Nayer: Wenn in einer Sache ein bestimmtes Extrem erreicht worden ist, so besteht immer Gefahr, daß das Pendel auf die andere Seite ausschlägt. Daher ist die Versuchung, die Probleme, denen man im Rahmen der ethnischen Politik nicht Herr wird, auf das soziale und wirtschaftliche Gebiet zu verlagern, sicherlich gegeben.

Was die Frage des Austrittes betrifft, so möchte Dr. Nayer hier kein Urteil abgeben, da es sich um Angelegenheiten handelt, die die Südtiroler allein betreffen. Außerdem wird sowieso der Vorwurf gemacht, Innsbruck würde zuviel Südtirolpolitik formulieren.

In der nächsten Frage wird Dr. Nayer gebeten, die Gründe darzulegen, die ihn bewegten, der Formulierung Kreiskys, die Südtiroler seien eine österreichische Minderheit, den Vorzug zu geben.

Dr. Nayer weist in seiner Antwort darauf hin, daß nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg Unsummen auf den Markt geworfen wurden, um gegen das Deutschtum zu polemisieren und um es, wenn möglich, zu verbieten.

Wenn nun ein Staat einen Gebietsteil verlor, so sagt man folgerichtig, das war ein Teil meines Staates. Daher war es ganz

konsequent und propagandistisch richtig, daß Kreisky Südtirol als österreichische Minderheit bezeichnete.

Läuft nun die Südtirolfrage unter der Bezeichnung deutsch, so muß man bedenken, daß die wirklich große Grenzfrage in Europa mit dem Deutschtum zusammenhängt, d. h. man würde mit der Südtirolfrage auch alle jene Fragen, wie z. B. der Oder-Neisse-Linie, aufröhlen. Österreich fürchtet man nirgends auf der Welt; daher klingt eine Forderung Österreichs bei der UNO für eine österreichische Minderheit ganz anders als eine Forderung für eine deutsche Minderheit. Es wäre daher zu überlegen, diesen Terminus zur gegebenen Zeit vielleicht wieder zu verwenden.

Es geht doch darum, daß sich Österreich mit Italien in der Südtirolfrage verständigt. Und der Großteil der Österreicher ist absolut uninteressiert, daß sich dabei die Deutschen einmischen. Denn dann geht in der Südtirolfrage vernünftig kaum noch etwas weiter.

Ein Diskussionssteilnehmer stellt diesen Ausführungen entgegen, daß staatsrechtlich diese Bezeichnung nicht stimme, da Südtirol nicht mehr der Republik Österreich angehört. Daher müßte man aus diesem Gesichtspunkt heraus die Südtiroler als österreichisch-ungarische Minderheit bezeichnen. Man kann sie aber nicht als österreichisch-ungarische Minderheit bezeichnen. Man kann sie aber nicht als österreichische Minderheit bezeichnen, da sich Österreich nicht als Rechtsnachfolger der Monarchie betrachtet.

Dieser Feststellung kann man grundsätzlich in zwei Punkten widersprechen, entgegnete Dr. Nayer. Österreich war eine Doppelmonarchie und Südtirol zählte ohne Zweifel zur österreichischen Reichshälfte.

Außerdem gehörte Südtirol zur Zeit, als es schon formal die Republik Österreich gab, noch zu diesem Staate.

Der nächste Fragesteller bemerkt zum Referat Dr. Nayers, daß er auf Klischees mit Klischees geantwortet habe. Was könnte man nun in Österreich tun, um wenigstens zu einer objektiven und korrekten Haltung Italien gegenüber zu kommen.

Eine Antwort darauf zu geben ist sehr leicht, sagt Dr. Nayer. Es gibt viele Menschen diesseits und jenseits des Brenners, die versuchen, den Nachbarn nicht mittels einer durch Propaganda verfärbten Brille zu sehen.

Außerdem gibt es eine öffentliche Meinung. Laut Dr. Ebner hat die Presse einen unglaublich kleinen Einfluß, diese öffentliche Meinung zu bearbeiten. Es müssen also noch andere Faktoren vorhanden sein, so z. B. die Reden der Politiker.

Auf den Vorwurf, er habe auf Klischees mit Klischees geantwortet, könne er nicht Stellung nehmen, fügt Dr. Nayer hinzu, er sei hier einfach überfragt. Er habe versucht möglichst nicht in Klischees zu reden. Es ist aber leicht möglich, auf Klischees mit Klischees geantwortet zu haben. Nur wisse er nicht, ob er recht habe oder der Fragesteller.

Der Fragesteller ist aber mit dieser Ausführung nicht ganz zufrieden, denn wenn die Presse keinen Einfluß besitze ... Dr. Nayer wirft ein; das habe nicht er gesagt, das habe Dr. Toni Ebner gesagt. Er traue der österreichischen Presse mehr zu.

Der Fragesteller möchte aber genau wissen, was man tun könnte, um ein die Vergangenheit bewältigendes Verhältnis zwischen Österreich und Italien herzustellen.

Diese Fragestellung gehe über das Thema des Referates weit hinaus, antwortet Dr. Nayer. Es sollen hier die Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie auf allen Gebieten, sei es wirtschaftlicher, sei es politischer Natur, diese Atmosphäre des Hasses und des Mißtrauens zwischen Österreich und Italien abgebaut werden könne.

Versuche auf diesem Gebiete gibt es sowohl in der österreichischen als auch in der italienischen Presse. Es ist aber die Aufgabe von uns allen, dieses Ziel zu verwirklichen.

Die Autonomie muß zu einem Klischee werden, antwortet Dr. Nayer auf eine Frage in diesem Sinne aufgrund seiner Ausführungen im Referat, wenn es sich nur um ein unnützes und unernstes und nicht zielführendes Geschwätz handle. Das muß aber verhindert werden. Wir müssen uns davor hüten, daß die Autonomie zum Klischee wird. Und es wird soviel Unverständenes und Unvergonnes über Autonomie geredet. Wenn man mit der Autonomie aber nicht im geistigen Bereich ernst macht, dann wird es zum Klischee. Und dagegen muß man mit allen Kräften wirken.

In der nächsten Fragestellung wird das in Italien weitverbreitete Klischee Südtiroler = dinamitardo hervorgehoben, das besonders durch die Freisprüche der Extremisten in Österreich genährt wird. Dr. Nayer betont, daß er sich schon immer von jeglicher Gewaltanwendung distanzieren ließe. Diese Attentäter bezwocken im Grunde nur die Verhinderung einer friedlichen Aussöhnung in Südtirol.

Die Stellung der Frau in der Politik in Südtirol bildet das Thema der nächsten Frage. Das fehlende Interesse der weiblichen Jugend und der Frau in politischen Fragen dürfte wohl auf die patriarchalische Erziehung und Familienstruktur zurückzuführen sein. Welche Stellung nimmt nun die Frau in der Politik Nordtirols ein. Welches sind die Ursachen für diese Interesslosigkeit und welche Mittel und Wege sind gegeben, hier eine Änderung herbeizuführen?

In Nordtirol, antwortet Dr. Nayer, zeigt sich diesbezüglich deutlich die Tendenz, die eine Gesellschaft im Übergang von der agrarischen zur industriellen Wirtschaft aufweist. So zeichnet sich auch in Nordtirol eine sehr starke Freisetzung der Frau für alle Berufe und alle Tätigkeiten ab und es wurden damit ausgezeichnete Erfahrungen gemacht.

In Südtirol ist nun die Bildung der Industriegesellschaft nicht organisch erfolgt und nicht in diesem Ausmaße wie in Nordtirol. Es wird sich deshalb diese Situation automatisch im Zuge einer stärkeren Industrialisierung ändern.

Als Weg kann man hierzu nur die stärkere Betonung der Wirtschafts- und Sozialpolitik angeben.

Dr. Ebner fügt diesen Ausführungen noch hinzu, daß er im Jahre 1952 anlässlich der Landtagswahlen versucht hätte, zwei Frauen als Kandidatinnen der SVP aufzustellen. Der Versuch ist im letzten Augenblick bei der Abstimmung im Parlausschuß gescheitert. Inzwischen habe sich die Situation geändert und 1964 ist zum ersten Mal eine Frau in den Südtiroler Landtag eingezogen.

Diskussion mit Dr. Ebner

Frage: Herr Dr. Ebner, Sie haben uns heute vormittag nahezu in den Mund gelegt, Sie als Axel Springer Südtirols zu bezeichnen. Nun sind wir bekanntlich sehr viel friedlicher als der SDS und wir verlangen selbstverständlich nicht wie der SDS die Enteignung Axel Springers. Trotzdem würde es uns interessieren, wie das Verhältnis von Direktion und Redaktion funktioniert, bzw. das Verhältnis von Direktion und Athesia oder von Redaktion und dem Verantwortlichen für den Inhalt.

Dr. Ebner betont, daß er auf diese Fragen sehr gerne antworte, denn sie beinhalten keine Lüftung von Geschäftsgeheimnissen. Den Axel-Springer-Vergleich habe er allerdings aus der Zeitschrift „Die Brücke“ entnommen.

Die innerbetrieblichen Verhältnisse sind nun folgende: der Verlag „Athesia“ gliedert sich in eine Merkantildruckerei und in eine Zeitungsdruckerei. An der Spitze des Verlages steht ein Vorstand, der heute aus 7 Mitgliedern besteht, dem ein Aufsichtsrat laut gesetzlicher Vorschrift zur Seite steht. Der Vorstand ist aus Gesellschaftlern zusammengesetzt (einer davon ist Dr. Ebner), die nach Bedarf (einmal oder auch zweimal im Monat) zusammenrufen. Die Tagesarbeit wird von einem Geschäftsführer, d.h. von Dr. Ebner, ausgeführt. Seit 1963 zeichnet Dr. Ebner auch als Verantwortlicher für die Zeitung. Vorher oblag die Verantwortung einem anderen Mitglied des Redaktionsstabes, da Dr. Ebner als Parlamentarier nicht die Verantwortung für eine Zeitung laut Pressegesetz übernehmen konnte.

Die Beziehungen zwischen Direktion und Redaktion gestalten sich folgendermaßen, daß Dr. Ebner untertags die geschäftlichen

Vorgänge in der Direktion abwickelt; am abend übernimmt er dann die Leitung der Zeitung. Es liegt hier also eine Personalunion vor, die von den einen als Nachteil betrachtet wird, da sich schon in der Bewältigung des Arbeitspensums Schwierigkeiten ergeben. Andere sehen darin einen Vorteil, weil die Einheitlichkeit des Betriebes und der Ausrichtung der Zeitung besser gewährleistet wird. Die Athesia hat also hier ein Konzept übernommen, das zu Kanonikus Gampers Zeiten geboren worden ist.

Das Verhältnis von Redaktion und Inhaber gestaltet sich so, wie es das Gesetz vorgesehen hat, nämlich daß der Verleger-Herausgeber einen Chefredakteur zur Führung der Zeitung beauftragt. Und dieser Chefredakteur hat im Rahmen der vom Inhaber herausgegebenen Weisungen die Aufgaben innerhalb der Redaktion zu vertreten und die Zeitung zu leiten.

Dr. Nayer fügt diesen Ausführungen noch hinzu, daß es gar nichts Außergewöhnliches sei, daß ein Verleger zugleich Herausgeber und Chefredakteur sei. (Beispiel: Die Presse unter dem Molden-Verlag). Vor allem sei aber daran zu denken, daß Zeitungsmachen eine Sache der Öffentlichkeit ist.

Zusatzfrage: Herr Dr. Toni Ebner, sie sind einmal Besitzer der meisten Anteilscheine der Athesia, sie glaube ich wenigstens. Dann zweitens, Direktor der Dolomiten, drittens Chefredakteur, viertens Verantwortlicher. Sie sagen nun, daß dies günstig sich auswirke zur einheitlichen Ausrichtung.

Die „Dolomiten“ bojahren nun doch sicher die Demokratie auch mit Einschluß oder Opposition?

Dr. Ebner: Sicher! Das können wir nicht verhindern.

Fragesteller: Dann betrachten Sie die SFP beispielshalber als legitime Opposition in Südtirol?

Dr. Ebner: Selbstverständlich! Die SFP hat sich konstituiert, ist als Partei an die Öffentlichkeit herangetreten und wird sich jetzt eben durchstrappeln müssen durch die verschiedenen Wahlgänge. Aber ich kann sie weder anerkennen noch aberkennen, ich muß sie zur Kenntnis nehmen. Sie liegt nicht auf meiner weder persönlichen noch weltanschaulich politischen Ebene, noch auf der der Zeitung bzw. des Verlages.

Fragesteller: Wir stellen nun weiter fest, daß in Südtirol leider nur eine deutschsprachige Tageszeitung erscheint. Das wird sich auch nicht ändern; es ist ganz ausgeschlossen, daß eine zweite sich durchsetzen könnte.

Sie haben nun am Vormittag festgestellt, daß die Presse einen geringen Einfluß auf die Meinungsbildung habe. Wie bringen Sie das nun in Zusammenhang damit, daß Sie der SFP und Dr. Jenny in einem Leitartikel von Herzen eine Pleite gewünscht haben?

Dr. Ebner: Da ist der Zusammenhang, glaube ich, von der Natur der Dinge her gegeben. Nachdem wir eben unserer Ausbildung und Erziehung nach keine Sozialdemokraten sind, nachdem unsere Zeitung auch nicht sozialdemokratisch ist, hat sie gar kein Interesse, solche Erscheinungen zu fördern. Im Gegenteil, sie wünscht, daß sie nicht hochkommen, und daß die anderen politischen Parteien oder die Partei, die derzeit besteht, in ihrer Einheitlichkeit erhalten bleibe. So kann man dem Herrn Jenny und seiner Partei ohne weiteres eine wahltechnische Niederlage wünschen.

Zur Frage, wieviel Geschäftsanteile ich besitze, habe ich die Leute immer im Glauben gelassen, ich besäße eine gewaltige Majorität, wenn nicht schon bald 90 oder 95% des Gesellschaftskapitals der Athesia, weil ich erstens niemand verpflichtet bin zu sagen, wieviel ich davon besitze und zweitens steigert das ja nur den Kredit und die Kreditfähigkeit.

Fragesteller: Ich wende mich in Ihrem Hauptreferat gegen die Einleitung, die in keiner Weise dem Titel entsprochen hat. Ich wende mich auch gegen das „Zuckerle“ an die SH, indem man die Einladung und die SH als Alibi verwendet für die eigenen Vorstellungen. Ich wende mich auch gegen die allzueinfache Nivollierung: wir sind schließlich Südtiroler und Südtiroler müssen schließlich zusammenhalten. Das ist sehr billig. Schon darin besteht eine Identifizierung mit Axel Springer, dessen „Hamburger Abendblatt“ das Wort geprägt hat: Seid nett zueinander!

Sie haben gesagt es geht um das Wie! Ludwig von Ficker hat einmal gesagt, die Leute, die immer nur vom Wie sprechen, die haben vom Was nichts mehr zu sagen. Sie haben eine echte Diskussion gefördert. Diese Diskussion, wissen wir, haben Sie auch mit der SH sehr häufig abgelehnt. Sie sagen, Sie wären den Studenten sehr freundlich gesinnt. Und wir stellen immer wieder fest, wie Sie über die Studentenbewegungen in Italien, in Deutschland und

in Bozen selbst berichten: Sie berichten nämlich nur mit einer Ironie und ohne sachliche Kenntnisnahme. Die Forderung der italienischen Studenten in Bozen nach einer besseren Deutschunterricht wird ignoriert. Das ist materiell überhaupt nichts wert.

Sie sagen die Presse besitze Funktionen in der Information und eine Chronistenpflicht. Sie haben es unterlassen, den Vortrag von Dr. Skalník, der in Bozen „über 50 Jahre Republik Österreich — Rückschau und Vorschau“ sprach, anzukündigen. Sie haben noch viel mehr vergessen anzukündigen, vergessen natürlich.

Sie sagen, ja, Opposition ist gut, aber sie fördern nicht eine Opposition, im Gegenteil. Sie belächeln sie.

Dann sagen Sie, eine Untermauerung der schon vorhandenen Meinung: die allgemeine Meinung über die „Dolomiten“ ist nicht die beste, die allgemeine Meinung sagt, naja, „Kasblatt“. Wie wollen Sie diese Meinung untermauern?

Dann widersprechen Sie sich in einem Punkt, indem Sie sagen: die Presse habe nahezu keine meinungsbildende Funktion, auf der anderen Seite sagen Sie, es ist nicht zum Schaden der Bevölkerung, wenn in Südtirol die Presse noch eine größere Macht habe als anderswo.

Dr. Ebner: Ich habe nur gesagt, die politische Meinungsbildung wird durch die Presse nur bis zu einem bestimmten und sehr geringen Grade beeinflußt. Ich habe es auch an Beispielen versucht zu erhärten.

Ansonsten kann ich auf Ihre Feststellungen nicht weiter antworten: ich habe meine Feststellungen getroffen und Sie sind dagegen, daß ich das und jenes behaupte. Wie sollen wir dann da eine Diskussion führen?

Nur zu einem Punkt möchte ich doch Stellung nehmen: Sie haben darauf hingewiesen, die „Dolomiten“ hätte vergessen, den Vortrag Dr. Skalníks anzukündigen und darüber zu berichten und noch vieles mehr. Wenn uns keine größeren Vorgeblichkeiten passieren, als die von Ihnen beanstandeten, dann stehen wir wirklich auch vor dem Richterstuhl Gottes gut da.

(Tumult und Lachen.)

Fragesteller: Man hat Stimmen gehört, daß im Gremium ein Beschluß gefaßt worden ist, innerhalb der „Dolomiten“ auch weiterhin über „Die Brücke“ zu schweigen und auch über ihre Veranstaltungen nichts zu schreiben.

Fragesteller: Flugzettelaktionen, wieso werden diese nicht veröffentlicht: Wieso nimmt man dazu nicht Stellung? Es wird alles totgeschwiegen: ist das demokratisch?

Fragesteller: Ich möchte in diesem Zusammenhang nur noch protestieren gegen den Ton, mit dem über die Diskussion bezüglich Jugendkultur in Bozen berichtet worden ist. Es wurde auf kein einziges Argument eingegangen, es wurde nur ironisiert, ihr seid zu jung, drückt die Schulbank usw.

Dr. Ebner: Ich wüßte nicht, wie ich dazu Stellung beziehen sollte. Sie protestieren, ich nehme ihren Protest zur Kenntnis, wie ich ebenso zur Kenntnis nehme, daß Sie dagegen protestieren, daß ich ein „Zuckerle“ der SH verabreicht habe, daß ich das und jenes gesagt habe. Ich weigere mich natürlich Antwort darauf zu geben, was innerhalb unserer Redaktionsräume oder innerhalb des Vorstandes an Beschlüssen gefaßt wird. Auch wenn Sie behaupten davon gehört zu haben, tue ich es Ihnen weder bestätigen noch dementieren.

Was die von Ihnen beanstandete Ankündigung von Aktionen der „Brücke“ betrifft, sage ich Ihnen ganz offen, worum es geht: die wollen einfach eine Schleichwerbung für eine Zeitschrift in den „Dolomiten“ betreiben. Und das tun wir nicht. Wir betreiben keine Schleichwerbung. Und infolgedessen schreiben Sie in der „Brücke“ oder sonstwo was Sie wollen, was Ihnen genehm ist. Sie können dabei die „Dolomiten“ weiterhin anfeuern und anpöbeln und können es auch lassen. Wir sind Ihnen nicht böse, wenn Sie die „Dolomiten“ und meine Wenigkeit oder andere Kollegen, z. B. Prof. Gambroni, ignorieren. Wir sind Ihnen überhaupt nicht böse.

Diskussionsleiter: Vielleicht darf ich die Frage präzisieren. Sie haben von einer Chronistenpflicht gesprochen, Herr Dr. Ebner.

Ich glaube, unter Chronistenpflicht müßte auch z. B. die Mitteilung fallen, daß eine neue Zeitschrift erschienen ist, daß — ich zitiere nur das, was die Kollegen hier vorgetragen haben — daß z. B. eine Flugzettelaktion gestartet worden ist, usw. Ich weiß nicht ob hier nicht eine Differenz vorliegt zwischen der Chronistenpflicht und dem Totschweigen einer Tatsache.

(Dr. Nayer ersucht das Publikum, sofern noch Fragen vorhanden sind, sie jetzt an ihn zu stellen, da er dringend in die Redaktion müsse.)

Fragesteller: Herr Dr. Nayer, würden Sie solche Aktionen, wenn sie in Innsbruck gestartet werden, tolschweigen?

Dr. Nayer: Mein Gott, Toni, er will, daß ich Dir etwas tue.

(Lachen.)

Fragesteller: Ja oder nein!

Dr. Nayer ersucht um eine nähere Beschreibung der Flugblattaktion. Dr. Nayer: Das ist sehr schwer zuzusagen. Eine Zeitung wird zu sechs Siebteilen von dem gemacht, was man wegwirft. Was man nun wegwirft, bestimmt die Grundlinie einer Zeitung wesentlich mehr als das Vollendete. Und das sieht der Leser nie. Wieviel eine Zeitung nicht abdrückt, hängt von der Ausrichtung der Zeitung und von den Zielsetzungen ab.

Wenn nur das Flugblatt interessant ist, dann drucken wir es ab, wenn es nicht interessant ist — wir bekommen so viele Flugblätter —, wenn sie keine politische Aussage beinhalten, dann bringen wir es nicht. Ein Vortrag wird angekündigt, wenn er für unsere Leserschaft von besonderem Interesse ist.

Da der Zeitungsmarkt in Innsbruck verschieden von dem in Südtirol ist, kann ich sehr schlecht sagen, was ich in Bozen tun würde. Ich kann Ihnen daher nur sagen, wie es bei uns in Innsbruck gehandhabt wird, allerdings unter völlig anderen Voraussetzungen.

Diskussionsleiter: Allerdings sind dabei zwei Gesichtspunkte zu beachten: In Nordtirol gibt es mehrere Tagesblätter. Und zweitens bildet eine Flugblattaktion in Südtirol eine solche Neuigkeit, daß Sie sie bestimmt veröffentlicht hätten (Lachen), während das in Nordtirol öfters vorkommt.

Dr. Nayer: Ich weiß vor allen Dingen nicht, was ich politisch ... Ich bin ja kein Politiker. Aber der Toni Ebner ist ein Politiker. Er ist ja ein geübter Menschenführer. Ich bin es nicht. Ich bin nur Journalist. (Lachen.)

Ich kann nicht sagen, was er im Augenblick für eine politische Vorstellung hat, eine politische Vorstellung, der er ja mit dem Blatt zu dienen hat. Sonst kommt er in Schwierigkeiten mit dem Verlag.

Der Diskussionsleiter schlägt vor, daß Dr. Nayer doch weiterhin an der Diskussion teilnehme, was mit Zustimmung aufgenommen wird.

Fragesteller: Und auf der anderen Seite ironisiert man in Randbemerkungen die Aktionen der Studenten in anderen Ländern. Also man will sich damit befassen, und die Realität im eigenen Lande will man nicht zugehen.

Dr. Nayer weist in seiner Antwort darauf hin, daß es sehr schwierig sei, Studentenprobleme in einer Tageszeitung zu behandeln, da die Leserschaft sich zum Großteil dafür nicht interessiere.

Auch bei uns besteht das Problem, das sie hier diskutieren. Die studentischen Probleme sind so schwer in der Menge unterzukriegen, weil das Interesse in der Öffentlichkeit dafür — leider — sehr klein ist. Ich kann aber nicht beurteilen, ob es in Südtirol anders ist als bei uns.

Diskussionsleiter: Ich möchte die Frage an Dr. Ebner noch einmal formulieren. Es geht um die Chronistenpflicht, die Sie, Herr Dr. Ebner in ihrem Referat genannt haben. Ich möchte nur kurz hinzufügen, daß es ganz besonders uns Studenten betrifft, die größtenteils außerhalb Südtirol leben. Deshalb wäre es uns sehr gefällig, wenn wir über alle Vorkommnisse in Südtirol informiert werden.

Dr. Ebner: Sie haben jetzt das Problem von einer ganz anderen, von einer vernünftigen Seite her aufgezogen. Und darüber läßt sich ohne weiteres diskutieren, ob und wie weit Tagessgeschehen und Ereignisse in der Zeitung aufgenommen werden können, weil bei den Lesern Interesse dafür besteht. Und inwieweit es nichts anderes ist, als eine größere oder kleinere Gruppe von Leuten, die partout etwas aufführen, um in die Zeitung hineinzukommen und die glauben, das muß so sein, weil die Zeitung eben bereits ihnen gehört und nicht mehr anderen. Und wenn das nicht hineinkommt, dann ist die Zeitung eben ein Käseblatt geworden. Wenn mir nun wirklich nachgewiesen wird, daß das Bedürfnis nach solchen Informationen besteht, daß also hinter dem Siegesplatz eine integrierte Veranstaltung für Martin Luther King stattgefunden hat, dann werden wir es uns überlegen, ob oder ob wir es nicht auch in der Zeitung bringen. Die Chronistenpflicht wäre dann verletzt gewesen, wenn bei dieser Veranstaltung irgendwas passiert wäre, ohne daß wir darüber berichtet hätten. Dann muß es unter der sogenannten „cassa nera“ hinein, und wir hätten auch keine Schwierigkeit es unterzubringen.

Ich muß hier auch noch kurz auf die Ausführungen von Dr. Nayer zurückkommen. Ich habe wiederholt gestaut, mit welcher Selbstverständlichkeit er Tagesereignisse politische Geschichtnisse oder auch sonstige Dinge einfach ignoriert hat, und zwar sage —, wochen-, monatlang sie einfach nicht zur Kenntnis genommen hat.

Diskussionsleiter: Ich glaube, daß das Interesse schon allein damit bewiesen wird, daß die Leute gefragt haben.

Fragesteller: Ich möchte nur an die These erinnern, die Dr. Ebner vorbringt, daß die Presse die öffentliche Meinung nur im geringen Maße beeinflusst und daß es die Hauptaufgabe einer Zeitung sei, der Chronistenpflicht zu genügen oder Argumente zu liefern, die die bestehende Meinung stützen. O. h. sie hat nicht die Aufgabe, Probleme darzustellen, die eventuell auch die bestehende Meinung einer Gruppe verändern könnte.

Außerdem haben Sie gesagt, daß der Südtiroler politisch nicht sehr interessiert sei. Dazu muß ich bemerken, daß wenn das politische Bewußtsein der Südtiroler wirklich so verkümmert ist, wie sie es darstellen wollen, dann ist es nicht zuletzt die Schuld der Presse, die sich einer verantwortlichen Darstellung politischer Probleme entzieht.

Dr. Ebner: Ich habe erstens nicht gesagt, daß es eine wesentliche Aufgabe einer Zeitung sei, Bestehendes mit eigenen Argumenten zu vertreten, sondern daß es zu den Aufgaben und zu den guten Rechten einer Zeitung gehört, das zu tun, wie es ebenso Aufgabe und gutes Recht einer Zeitung ist, an dem Bestehenden Kritik zu üben, bzw. eine Änderung durch eine Stellungnahme oder durch Stellungnahmen von dritter Seite, die in der Zeitung veröffentlicht werden, herbeizuführen. So, glaube ich, hat es im Referat geheißen und ich kann nur dabei bleiben.

Und zur zweiten Frage: Ich habe nicht gesagt, daß in Südtirol kein politisches Interesse bestehe und ich wiederhole noch einmal, daß ich auch nicht gesagt habe, daß die Zeitung auf die politische Meinungsbildung keinen Einfluß ausübe, sondern daß die Verschiebung der bereits im jungen Menschen vorhandenen politischen Auffassung nur zu einem geringen Teil durch die Zeitung herbeigeführt, bzw. geändert werden kann.

Das andere Argument, daß das fehlende Interesse an der Politik in Südtirol durch die Presse verursacht worden sei, nehme ich zur Kenntnis als eine Behauptung, wie eine gegenteilige zur Kenntnis genommen werden müßte, daß in Südtirol genügend politisches Interesse unter der Bevölkerung besteht, und daß das Vorhandensein einer hinreichend politischen Interessennahme eben durch die Zeitung bewerkstelligt worden ist.

Diskussionsleiter: Sie würden, Herr Dr. Ebner, den vorwärtstreibenden Charakter einer Zeitung ablehnen und mehr einen behaltenden Charakter der Zeitung zusprechen.

Dr. Ebner: Nein. Das eine und das andere. Ich habe gesagt, es ist Aufgabe und gutes Recht einer Zeitung das eine und auch das andere nach ihrem Dafürhalten zu tun. Ob sie nun dem einen oder dem anderen das Vorrecht gibt, das wird jeweils vom Problem abhängen. Z. B. sind wir sehr dafür, daß die bestehende Autonomie ganz gewaltig abgeändert und verbessert werde.

Diskussionsleiter: Wenn ich vielleicht die Frage präzisieren darf: unter welche Kategorie würden Sie dann die „Dolomiten“ fallen lassen, unter den vorwärtstreibenden Charakter oder unter den behaltenden Charakter oder unter beide.

Dr. Ebner: Wenn Sie die Antwort von mir haben wollen, dann gebe ich sie nicht so wie Degasperi: *la Democrazia cristiana è un partito di centro che marcia verso sinistra* (Die Democrazia Cristiana ist eine Zentrums Partei, die nach links marschiert). Das, glaube ich, kann man von den „Dolomiten“ nicht behaupten, daß sie eine Zentrumszeitung sei, die nach links zu marschieren beabsichtigt. Sie dürfte wohl das Zentrumsblatt bis auf weiteres bleiben.

(Durch ein technisches Versehen wurden die nächsten drei Wortmeldungen nicht auf das Tonband aufgenommen.)

In einer dieser Wortmeldungen wird darauf hingewiesen, daß die „Dolomiten“ manche Nachrichten viel später bringe als der „Alto Adige“. Dr. Ebner antwortet darauf, daß dies vielleicht auf die besseren Beziehungen der Redaktion des „Alto Adige“ mit den Polizeibehörden zurückzuführen sei.

Fragesteller: Die literarische Beilage in den „Dolomiten“ wird von einem einzigen Mann geleitet. Ich möchte nun fragen, ob sie den Anforderungen und Bedürfnissen aller Südtiroler entspricht.

Dr. Ebner: Ich bin auch der Meinung, daß die literarische Beilage nicht allen Südtirolern entspricht. Sie wollten ja diese An-

wort haben. Aber das heißt noch durchaus nicht, daß diese literarische Beilage besonders in den Kreisen, für die sie gedacht ist sehr wohl entspricht. Wir haben Zustimmungen über Zustimmung und Lob über Lob hereinbekommen. (Zwischenruf: Oha, oha, Ja! sicher!) Bis auf eine pressemäßige Auseinandersetzung über einen Fall aus der Feder von Dr. Guardia. Und gerade dieses Beispiel sollte Ihnen sagen, daß die „Dolomiten“ auch Dinge aufnimmt mit denen sie nicht einverstanden ist (Zwischenruf: einmal in Jahr). Ich habe nur gesagt, das soll es ihnen auch beweisen. Wir haben auch für die Replik noch eine Seite zur Verfügung gestellt. Aber was das Einverständnis- oder Nichtverständnis betrifft so kennen Sie ja das Sprichwort: „Allen Menschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann“.

Zusatzfrage: Dr. Ebner, sie haben erwähnt, daß diese literarische Beilage bei gewissen Kreisen sehr guten Anklang findet. Ich möchte Sie nur noch fragen, bei welchen Kreisen?

Diskussionsteilnehmer: Ich bin dafür!

Diskussionsteilnehmer: Die literarische Beilage ist gut im Verhältnis zu anderen Blättern! Sicherlich stimmt der Einwand, daß das Moderne zu wenig vertreten ist.

Diskussionsleiter: Es geht hier um die Frage, ob die literarische Beilage auch die Jugend ansprechen soll. Und ich glaube, daß sich in dieser Form die Jugend nicht mehr anspricht. Die intellektuelle Schicht Südtirols wird sich in Zukunft auf die Jugend aufbauen und deshalb wäre es ganz günstig...

Dr. Ebner: Bitte, das ist eine Anregung, die ich aus diesen Kreisen sehr gerne zur Kenntnis nehme und auch mit dem Beilagenredakteur bzw. in der Redaktion zweifelsohne besprechen werde.

Fragesteller: Ich möchte fragen, ob eine literarische Beilage eine kulturelle Beilage nicht besonders für Akademiker, für Studierende, für gebildete Leute gedacht sein sollte. Und dann frage ich mich, ob es zeitgemäß ist, nicht über die deutsche Klassik oder über die Romantik hinauszugehen.

Dr. Ebner: Ich nehme das zur Kenntnis. Ich bin nicht der Redakteur der literarischen Beilage: das ist ein Fachmann und ein Gremium. Ich habe schon gesagt, ich nehme das nicht nur gerne zur Kenntnis, sondern werde diese Einwände bei den genannten Leuten und auch bei der Redaktionsbesprechung zweifelsohne zur Sprache bringen und zur Diskussion stellen.

Fragesteller: Ich möchte Sie über die Kulturredaktion der Zeitung fragen. Wie ist die eigentlich organisiert? Während die anderen Tageszeitungen einen einheitlichen Kulturteil haben, der zentral gesteuert ist, kann man bei den „Dolomiten“ feststellen, daß es meistens über die Lokalredaktion geht. Auf alle Fälle finde ich, daß die Rezensionen z. B. von Musikaufführungen, von Theateraufführungen usw., durchaus nicht entsprechen, ganz abgesehen davon, daß aktuelle kulturpolitische Probleme überhaupt nicht beachtet werden, obwohl, wie ich glaube, gerade diese für eine Volksgruppe von besonderer Bedeutung sind.

Dr. Ebner: Ich kann sicherlich dazu Stellung nehmen und vor allem einmal feststellen, daß, ginge es nach Ihren Wünschen, wir eigentlich für alles zuständig wären, und alles perfekt machen müßten. Und in Wirklichkeit alles schlecht und (Zuruf aus dem Publikum; falsch) falsch machen. (Lachen.)

Fragesteller: Ich habe nicht gesagt, daß Sie alles falsch machen. Bitte, bleiben Sie bei der Sache!

Dr. Ebner: Ich tue mich hier sehr schwer zu antworten, weil wir versuchen, eine Zeitung herauszugeben, die im großen und ganzen den Ansprüchen der eigenen Leserschaft entsprechen soll. Daß wir voller Mängel und Unvollkommenheiten sind, das ist uns selber am meisten bewußt. Ich bitte Sie nur zu bedenken, gerade was diese spezifische Sparte betrifft, daß wir auch nicht immer die geeigneten Leute für die Redaktion finden. Ich darf nur darauf verweisen, daß unser Kulturredakteur, Franz Hieronymus Riedl, seit sechs oder sieben Jahren als österreichischer Staatsbürger ausgewiesen worden ist, heute in Österreich lebt, und wartet, wieder nach Südtirol zurückkehren zu können, wo wir ihm aus vielerlei Gründen seinen Platz als Kulturreferent freigehalten haben und ihn auch weiterhin freihalten werden. Einen eigenen Kulturreferenten zu finden, ist erstens schon schwer und zweitens ihn zu bezahlen ist auch nicht eine einfache Sache, da wir nur eine kleine Zeitung sind. Ich bitte Sie auch das zu berücksichtigen, daß wir eine Provinzzeitung sind, die mit bescheidenen Mitteln und mit einem reduzierten Redaktionsapparat zu arbeiten hat, wenn sie nicht selber sich zu Tode reiten will. Denn wir kriegen von keiner Seite her finanzielle Unter-

stützung. Wir versuchen deshalb mit den uns gegebenen und gegebenen Mitteln zu tun, was wir können.

Diskussionsleiter: Darf ich vielleicht — weil die Kulturbeilage behandelt worden ist — ein Beispiel anführen? Die Rezension über den „Großen Sebastian“, verfaßt von, ich glaube, Fr. Prinegg war, wie alle Rezensionen in den Dolomiten, in den höchsten Tönen des Lobes gehalten, obwohl die Aufführung unter aller Kritik war. Ich glaube nicht, daß das weiterhin zu vertreten ist.

Dr. Ebner: führt in seiner Antwort jene Rezension über das Konzert der Musikkapelle Lana an, die einen Wirbel ohnegleichen hervorgerufen hatte.

Ich bin auch der Meinung, daß man nicht nur loben soll, wenn eine Aufführung schlecht ist, daß man objektiv sein soll. Aber ich sage ihnen nur das eine, dann ist jedesmal der Teufel los.

Fragesteller: Herr Dr. Ebner, es sind heute viele Vorwürfe gegen ihre Zeitung und wie die Zeitung gemacht wird, erhoben worden. Und Sie haben sich — mir scheint — recht einfach aus der Schlinge gezogen, indem Sie sagten, na das ist ihre Meinung und ich habe eine andere Meinung. Jetzt frage ich Sie, denken Sie daran in Zukunft auf diese Einwände, die da gekommen sind, zu reagieren und sie zu berücksichtigen, ja oder nein?

Dr. Ebner: Ich habe, glaube ich, schon zwei- wenn nicht dreimal gesagt. Ich nehme diese und jene Anregung zur Kenntnis, werde die Sache auch den zuständigen Leuten zur Kenntnis bringen, in der Redaktionsbesprechung zur Sprache und Diskussion stellen. Was dabei herauskommt und was von diesen Anregungen in die Tat umgesetzt worden wird, das kann ich ihnen jetzt nicht sagen.

Cav. Cavazzani: Ich wollte das Wort nicht ergreifen, weil ich als Gast anwesend bin. Ich bin auch der deutschen Sprache nicht vollkommen mächtig, und Sie werden mich entschuldigen, wenn ich ein paar Worte auf Italienisch spreche.

Volevo riferirmi alla osservazione fatta al dott. Ebner che il giornale suo alle volte esce con notizie più vecchie delle nostre. Lui ha risposto, e giustamente, che questo è il caso di tutti i giornali. Più volte anch'io devo lamentarmi perché il „Dolomiten“ ci precede con qualche notizia, che sono i cosiddetti buchi, che irritano sempre i giornalisti quando vedono, che sono preceduti da altri. In quanto alla questione delle informazioni più facili per noi che per il „Dolomiten“, credo che ciò non sia giusto. Può darsi che il suo giornale alla domenica, perché non esce, non abbia le notizie che noi abbiamo. Ma a me consta ed è una lagnanza che io faccio, che alle volte vedo favorito il „Dolomiten“ o qualche altro giornale a noi. Siamo nelle stesse relazioni con le autorità di polizia.

Una cosa a chiusura io vorrei dire, che le osservazioni che io faccio nella redazione del giornale „Alto Adige“ sono queste: da qualche mese vedo sempre migliorare il „Dolomiten“, io non voglio parlare del contenuto perché non è affare nostro. Ma continuo a dire: Guardate, il „Dolomiten“ si arricchisce e abbellisce anche nella forma. Non voglio fare una lode, ma è giusto che io l'osservi.

Chiedo scusa poi se io mi sono permesso di essere proscante, ma devo anche dire che questa discussione è altrettanto interessante per noi quanto per il dott. Ebner. Queste sono osservazioni che in linea generale colpiscono tutta la stampa di Bolzano.

(Ich möchte mich auf die an Dr. Ebner gerichteten Vorwürfe beziehen, daß seine Zeitung manche Nachrichten später veröffentlicht als wir. Er antwortete darauf, und mit Recht, daß dies bei allen Zeitungen vorkommt. Auch ich muß mich öfters darüber beklagen, daß uns die „Dolomiten“ mit manchen Nachrichten zuvorkommen. Das sind die sogenannten Löcher in der Nachrichtenübermittlung, die die Journalisten sehr unangenehm berühren. Was nun die Behauptung betrifft, daß wir die Nachrichten leichter erhalten, so glaube ich, daß dies nicht stimmt. Da ihre Zeitung am Sonntag nicht erscheint, kann es vorkommen, daß Sie nicht über jene Nachricht verfügt, die wir besitzen. Mir scheint aber, und ich muß mich darüber beschweren, daß manchmal die „Dolomiten“ oder andere Zeitungen uns gegenüber bevorzugt worden. Wir unterhalten mit der Polizeibehörde genau dieselben Beziehungen, wie alle anderen Zeitungen.)

Zum Schluß möchte ich hinzufügen, daß ich in der Redaktion des „Alto Adige“ folgende Bemerkung gemacht habe: Ich sehe, daß die „Dolomiten“ seit einigen Monaten immer besser werden. Ich will nicht über den Inhalt sprechen, weil das nicht unsere Sache ist. Aber ich wiederhole, daß sich die „Dolomiten“ bereichert und auch eine schönere Gestaltung aufweist. Ich will kein Lob aussprechen, aber ein solcher Hinweis ist berechtigt.

Ich möchte mich entschuldigen, daß ich aktiv in die Diskussion eingegriffen habe, aber sie ist für mich gleich interessant wie für Dr. Ebner. Die hier vorgebrauchten Bemerkungen treffen die gesamte Presse der Provinz Bozen.)

Fragesteller: Herr Dr. Ebner, ich möchte Sie etwas in bezug auf das Fortlassen von gewissen Dingen fragen. Bitte, würden Sie mir sagen, warum Ihr Blatt das SOS-Kinderdorf ganz offensichtlich boykottiert? Ich möchte vorausschicken, daß das SOS-Kinderdorf auf Spenden angewiesen ist und somit auch eine Werbung in der Zeitung erforderlich ist. Der Boykott in Ihrer Zeitung besteht darin, daß sehr selten Artikel über das SOS-Kinderdorf erscheinen. Wenn dann welche erscheinen, dann sind sie in einer Form abgefaßt, die dornmaßen fadenscheinig und fad ist, daß es besser wäre, sie würden nicht erscheinen.

Ein zweites: Ich glaube ich kann damit auch schon einen Teil der Antwort geben. Unser Bischof, Josef Gargitter, hat starkes Interesse gezeigt, seinen Schutz und Schirm über das Kinderdorf auszubreiten. Er ist dabei aber auf vorstädtlichen Widerstand gestoßen, und zwar bei der Verwaltung des Kinderdorfes. Und jetzt zur konkreten Frage: haben Sie Anweisung von oben darüber wenig oder in der eben erwähnten Art und Weise zu berichten?

Dr. Ebner: Ich gehe nur auf die letzte Frage Antwort, daß ich keine Weisung, weder im besonderen noch sonst in einem Falle von der Seite her erhalten habe und auch keine zu bekommen habe.

(Zwischenruf: Interessant.)

Fragesteller: Herr Dr. Ebner, Sie haben in der Beantwortung einer Frage erwähnt, daß die ausgebildeten Journalisten, die das Niveau der „Dolomiten“ steigern könnten, in Südtirol fehlen. Es gibt auch verschiedene Südtiroler Journalisten, die nicht vom Staat über die Grenzen befördert wurden, sondern die freiwillig gingen, weil sie keinen geeigneten Platz zur Entfaltung ihrer Tätigkeit gefunden haben. Ich möchte Sie nun fragen, nach welchem Kriterium die „Dolomiten“ ihre Mitarbeiter auswählt, ob das immer nur sachliche Kriterien sind?

Dr. Ebner: Sind Sie mir nicht böse, aber ich werde auch auf diese Frage keine Antwort geben.

Vielleicht darf ich die Frage zurückreichen und Sie sagen mir, wer die Journalisten sind, die aus Südtirol auswandern mußten, weil sie dort keine Arbeit gefunden haben.

Fragesteller: Das kann ich ihnen leider nicht sagen, Sie haben aber meine Frage nicht beantwortet.

Dr. Ebner: Sie haben eine Behauptung aufgestellt und habe nur gesagt, ich antworte nicht auf die Frage, wie wir unsere Leute auswählen.

Fragesteller: Es hat zuerst geheißen, daß die „Dolomiten“ nicht imstande sind, in Südtirol das Interesse für Politik in der Bevölkerung richtig wachzurufen. Und ich glaube, es ist hier fälschlicherweise vom Interesse gesprochen worden. Das Interesse ist vielleicht schon vorhanden. Was fehlt, ist das Bewußtsein der politischen Zusammenhänge. Diese sind nicht tief genug. So möchte ich z. B. hinweisen, daß die „Dolomiten“ auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet sehr vieles vernachlässigen. In jeder anderen Tageszeitung erscheinen täglich Wirtschaftsnachrichten, in den „Dolomiten“ glaube ich einmal pro Woche. Es fehlt ein gesamtes Wirtschaftskonzept, man geht kasualistisch vor.

Dr. Ebner: Was den ersten Teil betrifft, so stimme ich zu, daß wir vielleicht den wirtschaftlich-sozialen Teil zuwenig betonen, daß wir ihm zuwenig Platz einräumen. Und ich füge auch hinzu, daß ich nicht immer die geeigneten Leute zur Verfügung habe, ich sage ihnen folgendes: zumindest alle 14 Tage einmal wende ich mich an Organisationen der einen wie der anderen Gruppe, und bitte sie, aktuelle Beiträge aus Südtiroler Sicht gesehen, uns zur Verfügung zu stellen, als Ergänzung zu dem, was wir aus Eigenem machen. Glauben Sie, ich bin imstande auch nur einen auf die Beine zu bringen?

Diskussionsleiter: Das müßte oben veröffentlicht werden!

Dr. Ebner: Das andere ist von Ihnen vielleicht nicht ganz richtig gesehen. Natürlich müssen wir die Einzelfälle so behandeln, wie sie durch die Tagesereignisse an uns herangetragen werden. Wenn ein Gesetz eingebracht wird und zur Diskussion steht, so müssen wir einmal von der christlichen Seite her darüber berichten.

Wir hätten kein gesamtwirtschaftliches Konzept! Sind Sie uns nicht böse, wir sind keine Wirtschaftszeitung und können nicht alles machen, was ihr Herz oder auch unser Herz erfroren würde. Aber ich muß und darf hinzufügen, daß wir z. B. den wirtschaftlichen

Entwicklungsplan ausführlich behandelt und ihn auch bejaht haben, während er von der anderen Seite als ein unmöglicher Plan verurteilt worden ist.

Zusatzfrage: Sie haben natürlich recht daß Sie keine Wirtschaftszeitung sind. Aber man muß darauf hinweisen, daß grundsätzliche wirtschaftliche Probleme bei uns in der Bevölkerung kaum bewußt sind. Hier hätte die Presse auch eine Aufgabe, eben diese Probleme ins Bewußtsein zu rücken und das Verhalten des einzelnen zu beeinflussen, d. h. die öffentliche Meinung zu bilden.

Dr. Ebner: Ich habe schon in der Antwort zum ersten Teil gesagt, was es nach unseren Wünschen ginge, würden wir nicht nur diesen Fragen mehr Raum zur Verfügung stellen. Aber es ist sehr schwer, wenn nicht unmöglich, vor zuständigen Leuten und Organisationen einen Beitrag zu bekommen. Wir tun eben mit unseren bescheidenen Kräften, was wir können.

Fragesteller: Ich möchte die vorhergehende Antwort beanstanden: Ich finde, der Fragesteller hat schon ein Recht zu erfahren, nach welchen Prinzipien Sie bei der Wahl Ihrer Mitarbeiter vorgehen. Und nach Namen zu verlangen wäre für ihn sehr unangenehm und überhaupt unangebracht.

Dr. Ebner: Ich habe schon vorhin gesagt, daß ich nicht Stellung nehmen will auf die Frage, nach welchen Kriterien wir unsere Mitarbeiter auswählen. Das ist eine müßige Frage. Wir wählen sie aus wie jeder andere Betrieb, nach einer sehr simplen Methode. Die einen kommen von allein, die anderen suchen wir zu erreichen.

Ich habe vom Fragesteller gar nicht verlangt, Namen zu nennen. Ich habe ihn darum nur gebeten, weil er gesagt hat, in Südtirol gibt es Journalisten, die wegen fehlender Arbeitsmöglichkeit außer Land ziehen mußten. Denn ich wäre froh, wenn ich einen tüchtigen Menschen, oder auch zwei für die Redaktion der „Dolomiten“ fände. Das war wirklich nur gut gemeint.

Fragesteller: Ich glaube, Sie sind der Frage etwas ausgewichen. Denn die Kollegin hat gefragt, nach welchen Kriterien Sie die Auswahl von Redakteuren und Journalisten treffen. Sie haben sich darauf hinausgeredet, wie der Vorgang verläuft. Der Vorgang ist nicht interessant. Es geht hier um die Frage, nach welchen Kriterien werden Leute z. B. hinausgeworfen und nach welchen Kriterien wird ihr Wert für die Zeitung beurteilt? Allgemein besteht der Verdacht, daß man eben die Leute nicht so sehr nach den fachlichen Qualitäten beurteilt, sondern mehr nach dem Gesichtspunkt, wie weit Sie sich eben in den Apparat einbauen lassen. Das ist natürlich das legitime Interesse eines jeden Betriebes. Aber ich glaube, gerade in kulturellen Belangen sollte man hier etwas großzügiger sein und nicht zu kleinlich. Denn die Aufgabe der Kulturpolitik besteht eben darin, daß man die schöpferischen Kräfte entwickeln läßt, daß man den Leuten, die talentiert sind, die Chance gibt, zu arbeiten, auch wenn sie vielleicht Meinungen vertreten, die einem nicht ganz passen. Also mich würde der Gesichtspunkt interessieren nach dem Sie die Auswahl treffen, nicht die Art des Vorgangs der Auswahl, z. B. weltanschauliche Gesichtspunkte, usw. Man könnte sich auch vorstellen, daß jemand dort tätig ist, der nicht Katholik sondern z. B. Liberaler auf manchen Gebieten ist.

Dr. Ebner: Nein, ich habe dazu keine Stellung zu nehmen. Das ist ein privater Betrieb und ich habe dazu keine weiteren Auskünfte zu geben.

Ich habe schon vorhin gesagt, ich beantworte diese Frage nicht. Die Einstellung geht bei uns gleich vor sich, wie bei jedem anderen Betrieb. Daß wir natürlich nicht zuerst Chinesen oder Antichristen suchen, das ist selbstverständlich. Was soll ich für Kriterien nennen? Wir schauen uns den Menschen an, was er kann, was er nicht kann, woher er kommt, wohin er geht, wie jeder andere Betrieb und auch Zeitungsbetriebe es tun.

Fragesteller: Das ist nicht so einfach!

Dr. Ebner: Natürlich ist das so einfach!

Fragesteller: Bitte würden Sie mir auf die erste Frage, der Sie vorhin einfacherweise ausgewichen sind beantworten. Sie hat geäußert: warum boykottieren Sie das SOS-Kinderdorf?

Dr. Ebner verweigert darauf eine Antwort.

Die Zuhörer bestehen auf die Beantwortung.

Diskussionsleiter: Wir können die Frage stellen, wir können aber Herrn Dr. Ebner nicht verpflichten, darauf zu antworten. Das ist klar. Wenn aber die Antwort ausbleibt, denn ist jeglicher Interpretation eben Tür und Tor geöffnet.

Fragesteller: Es ist hier das Problem der „Dolomiten“ im allgemeinen aufgeworfen worden. Ich fühle mich fast verpflichtet, Herrn Dr. Ebner zu verteidigen, nachdem er von allen Seiten angegriffen worden ist. Ich muß ehrlich sagen, ich habe Pressezeugnisse aus der ganzen Welt gelesen, aber ich frage mich, daß Südtirol eine derart gute Presse besitzt. (Lachen und Klappern.) Vergleiche ich die „Dolomiten“ mit dem „Corriere della Sera“, so muß ich sagen, daß ich manchmal froh bin, daß ich die „Dolomiten“ noch dazu habe. Wenn aber Herr Dr. Ebner glaubt, daß er eine weltanschauliche Meinung oder sogar eine konservative Zeitung vertritt, dann bin ich nicht seiner Anschauung. Vielleicht das einzige konservative Moment, das sie enthält ist die literarische Beilage. Und diese literarische Beilage gefällt mir eben deswegen, weil sie mit konservativen, auch manchmal sehr guten konservativen Argumenten zu den Problemen der modernen Zeit und der heutigen Jugend Stellung nimmt.

Meiner Ansicht nach gibt es allerdings eine Ausrichtung. Diese Ausrichtung besteht darin, daß man in erster Linie die Belange der Südtiroler nach ethnischen Gesichtspunkten verteidigt. Was das Wirtschaftliche anbelangt, ist meiner Ansicht nach die „Dolomiten“ für eine Provinzzeitung sehr gut. Es werden verschiedene Meinungen gebracht. Aber ich glaube, das eigentliche Problem der „Dolomiten“ ist das, daß zuviele Meinungen gebracht werden. Die „Dolomiten“ hat sonst keine Linie, außer die der literarischen Beilage. In ihr sind alle Linien vertreten. Und so kommt es eben, daß sie von allen Seiten kritisiert wird, weil jeder spürt, daß er einen Einfluß auf die „Dolomiten“ ausüben könnte, da ja seine Meinung darin vertreten wird. Man hat die „Dolomiten“ mit einer Kreuzung zwischen einer Blindschleiche und einer Otter verglichen. Ich persönlich würde es vorziehen, und es gibt andere Leute, die es auch vorziehen würden, wenn die „Dolomiten“ mehr Otter als Blindschleiche wäre.

Fragesteller: Ich möchte mich auf die Feststellung Dr. Ebner beziehen, daß nämlich die Presse einen geringen Einfluß auf die politische Meinungsbildung besitzt. Dr. Ebner hat Beispiele aus Ländern gebracht, wo es mehrere Zeitungen gibt, wo es Zeitungen auch der anderen Parteien gibt. Bei uns ist aber die einzige Zeitung, die vom Großteil der Bevölkerung gelesen wird, die „Dolomiten“.

Es herrscht nun eine allgemeine Einstellung vor, daß die „Dolomiten“ zweigleisig fährt, d. h. daß sie in der politischen Ausrichtung keine klare Linie vertritt. Dr. Ebner vertritt sowohl die Südtiroler als auch die italienische Seite. Man kann aber nicht entscheiden, zu welcher Seite er überhaupt gehört. (Lachen.)

Dr. Ebner: Was die Beeinflussung der Presse auf die politische Meinungsbildung betrifft, so glaube ich, steht es nicht dafür, noch einmal darauf zurückzukommen, weil man nur bereits Gesagtes, Wiederholtes noch einmal bringen müßte.

Wieweit der Einfluß der Presse in Südtirol und der von ihnen beanstandeten Presse natürlich in Wirklichkeit geht, wird sich erst zu einer Zeit zeigen können, wenn mehrere politische Parteien sich um die Wählerstimmen bewerben werden und nach wie vor nur diese eine Zeitung von den meisten Südtirolern, wie sie sagen, gelesen wird: ob sie dann der Auffassung der Zeitung folgen werden, oder ob sie ihren politischen Parteien, bzw. den verhandelnden Wahlparolen derselben folgen werden?

Ich glaube nicht, daß der Fragesteller mit dem Satz, die „Dolomiten“ sei eine Kreuzung zwischen einer Blindschleiche und einer Otter, das gemeint hat, was sie gesagt haben, nämlich man wisse bei mir nicht, ob ich auf der einen oder auf der anderen Seite stünde.

Seien Sie mir nicht böse, wenn ich das zur Kenntnis nehme. Sie sind nicht der erste, der das gesagt hat. Es sind schon viel schlimmere Dinge mündlich wie schriftlich über mich geäußert worden. Und diese muß man, wenn man im öffentlichen Leben steht oder an der Spitze einer Zeitung, eben über sich ergehen lassen. Man bildet sich eine sogenannte Elefantenhaut. Vor 10, 15, 20 Jahren hätte es mich vielleicht innerlich schwer erregt. Heute kann ich es nur zur Kenntnis nehmen, wie vieles andere Unangenehme, was nicht nur mir passiert, sondern auch den anderen Menschen, die im öffentlichen Leben oder an verantwortlicher Zeitungsarbeit beschäftigt sind.

Herr Dr. Ebner wird nun gefragt, warum die „Dolomiten“ sich weigert, bestimmte Inserate, z. B. von anderen Buchhandlungen nicht abzudrucken. (Der Fragesteller führt ein Beispiel aus seinem Bekanntenkreis an.) Jeder Bürger habe nun ein Recht, in den „Dolomiten“ zu annoncieren, weil ja jeder Südtiroler diese Zeitung liest.

Dr. Ebnor: Mir ist dieser Fall nicht bekannt. (Lachen). Ja, er ist mir nicht bekannt. Ich kann ihnen nicht helfen. Sie können darüber lachen, soviel Sie wollen. Ich werde der Sache aber nachgehen.

Ich sehe aber immer wieder, und auch in vergangenen Zeiten, daß die Buchhandlungen für meine Begriffe viel zu wenig, nach mit sollten sie viel mehr inserieren, in den „Dolomiten“ werben. Ich möchte allerdings noch hinzufügen, ganz grundsätzlich gesehen, ist es nicht so, wie Sie meinen, daß die Zeitung auch für Inserate jedermann, jederzeit, für alles zur Verfügung zu stehen hat. Die Zeitungsredaktion bzw. Verwaltung behält sich vor, Inserate anzunehmen oder abzulehnen. Das ist nicht nur bei uns sondern auch anderswo der Fall, ob man es gern hört oder ob man es nicht gerne hört.

Diskussionsleiter: Ich glaube, Herr Doktor, Sie haben eine allgemeine Unzufriedenheit über die „Dolomiten“ festgestellt. Das dürfte Ihnen wahrscheinlich auch nicht ganz unbekannt sein. Ich hoffe, daß diese Diskussion, dieses Gespräch vielleicht auch einen Ansatz zu neuen Wegen bieten könnte.

Ich möchte zum Abschluß einen kleinen Vorschlag machen: vielleicht wäre es möglich, diese Diskussion in einem etwas kleineren Rahmen fortzusetzen, indem der Redaktionsstab der „Dolomiten“ sich mit Leuten zusammensetzt, die mit dem Zeitungswesen in Südtirol sich beschäftigen, um mit ihnen grundsätzliche Fragen zur Pressesituation unseres Landes zu besprechen. Ich denke hier z. B. an die Redakteure des „SKOLAST“, an die Redakteure der „DIE BRÜCKE“, an die Herausgeber von Studentenzeitchriften im Lande.

Staats- und gesellschaftspolitische Möglichkeiten nationaler Minderheiten

Dr. Theodor Veiter

Volksgruppe oder nationale Minderheit?

Die staats- und gesellschaftspolitischen Möglichkeiten von Volksgruppen sind ungleich größer und vielfältiger als jene von nationalen Minderheiten. Unter nationalen Minderheiten versteht die moderne Volkswissenschaft zahlenmäßige Minderheiten in Staaten, die von einem oder mehreren staatstragenden Völkern (Volk im ethnischen Sinne verstanden) beherrscht und getragen sind, ohne daß die nationale Minderheit als solche ein gesellschaftlicher Verband, ein ausgegliedertes Gefüge einer Sprach- und Volksgruppe ist. Gewiß sind die Volksgruppen, die oft auch Nationalitäten genannt werden (dieser altösterreichische Ausdruck wird heute noch vielfach gebraucht, vor allem in der sowjetischen und chinesischen Volksgruppenlehre, wo ja von Nationalitäten die Rede ist, oder in der jugoslawischen Verfassung von 1963), nicht selten zugleich in der faktischen oder rechtlichen Stellung einer Minderheit (Deutschbelgier, Südtiroler, Basken, Färinger, Italiener in Istrien usw.). Was sie aber von der sogenannten nationalen Minderheit unterscheidet bzw. über diese hinausführt, ist eben das Zusammenreffen objektiver Merkmale (z. B. Sprache, Kultur, Geschichte) mit einem ausgesprochenen Volksbewußtsein und dem Bemühen, sich als gesellschaftlicher Verband zu erhalten, die eigene Kultur zu bewahren und zu entfalten und als Gruppe ein eigenständiges Leben zu führen.

Gewiß hat man nicht selten den Ausdruck „nationale Minderheit“ gebraucht und „Volksgruppe“ gemeint. Das gilt von vielen Abkommen zum Schutz nationaler Minderheiten in der Völkerbundära z. B. vom Oberschlesienabkommen. Die Bezeichnungen schwanken nach Zeit und Ort wie auch Sprache. Im Englischen ist die „national minority“ durchwegs mit „Volksgruppe“ (heute oft „ethnic group“ genannt) identisch, die „linguistic minority“ hingegen mit der rein zahlenmäßig gesehenen nationalen Minderheit des freiheitsrechtlichen Individualismus der zwanziger Jahre. Im allgemeinen weiß man heute aber sehr wohl zwischen bloß zahlenmäßigen nationalen (= sprachlichen) Minderheiten (z. B. Ruhrpolen, Wiener Tschechen, Kroaten in Molise, Albaner in Süditalien, sog. Windische in Kärnten), die sich ihres Volkstums nicht oder nicht voll bewußt sind, und den Volksgruppen zu unterscheiden. Selbst im Sprachgebrauch von Völkern wie dem italienischen, wo man früher nur den Ausdruck „nationale Minderheit“ kannte, bahnt sich der Wandel hin zum Wort und zum Begriffsinhalt „Volksgruppe“ („gruppo etnico“) an mit deutlicher Abgrenzung zur bloßen „minoranza nazionale“.

Die fluktuierende Sprachminderheit, die man gelegentlich in der Völkerrechtswissenschaft „minorité flottante“ nennt (z. B. Tsche-

chen in Österreich außerhalb Wiens, Polen im Saino-Becken, italienische Gastarbeiter in der Schweiz usw.), mag zwar in Einzelfällen politische Ziele im Aufenthaltsstaat anstreben, doch kommt dem kein legitimes ethnisches Rechtsbedürfnis zu. Lediglich der Gebrauch der betreffenden Sprache und die Inanspruchnahme der allgemeinen Menschenrechte sind zu gewährleisten. Aber auch die nicht selbsterhaltungswillige ethnische (nationale) Minderheit ohne Ausgliederung als gesellschaftlicher Verband hat als solche keinen Anspruch auf eine Einflußnahme auf die innere Politik des Heimatstaates und auch keinen auf die politische Gestaltung der eigenen Minderheit, denn Minderheiten, die sich nicht als solche erhalten und entfalten wollen, sollen nach dem Grundsatz des Bekannnisprinzips nicht zu nationalpolitischem Verhalten genötigt werden. Dies gilt z. B. von dem nicht volksbewußten, gegen die slowenische Volksgruppe eingestellten Teil der slowenischen Sprachminderheit in Kärnten und einem Teil der kroatischen Sprachminderheit im Burgenland, von den Furlanern in den Provinzen Udine, Belluno und Görz. Obwohl noch im Jahre 1945 die Autonomistenpartei, „Partito autonomista friulano“, gegründet worden ist, will heute niemand mehr dort etwas anderes als die Erhaltung der Sprache, die von den Italienern aber nicht als solche anerkannt, sondern nur als Dialekt bezeichnet wird, was sprachwissenschaftlich sicher falsch ist. Aber die Bevölkerung will keine politische Funktion mehr, so daß es z. B. nicht möglich ist, heute einen Furlaner dafür zu gewinnen, einen Beitrag über die furlanische Volksgruppe für ein Handbuch der europäischen Minderheiten zu schreiben. Bei den Elsässern ist eine ähnliche Erscheinung zu beobachten, die ja im allgemeinen sehr kritisch gewertet wird; sie ist ein Faktum, dessen Stabilisierung allerdings noch abzuwarten sein wird. Legitime staatspolitische Ziele können also nur Volksgruppen (Nationalitäten) haben, keine bloße Zahlenminderheiten. Das ist das Entscheidende, daß eine Volksgruppe, die eine Minderheit sein will, den Willen zur Erhaltung besitzen muß, einen Kern haben muß, der erhaltungswillig ist, der die Absicht hat, die eigene Volkzugehörigkeit zu pflegen und zu entfalten.

Daraus ergibt sich aber eine weitere Folgerung: derjenige, der zu einer nationalen Minderheit gehört, aber nicht wünscht, daß diese eine zu erhaltende und zu pflegende Volksgruppe sei, hat nie das Recht, für die Volksgruppe zu sprechen. Für ihn besteht diese Legitimation zweifellos nicht. Denn für eine Volksgruppe kann nur derjenige sprechen, der auch das Volkstum erhalten will. Z. B. hätte der bekannte französische Politiker Pflimlin keine Legitimation, für die elsässische Volksgruppe zu sprechen, weil er ja Franzose sein will, obwohl er ein wichtiges Buch über das Elsaß geschrieben hat (zusammen mit R. Ubrich).

Volkgruppenstärke und politische Möglichkeiten im Staat

Die staatspolitischen Möglichkeiten einer Volksgruppe hängen außer von der Staats- und Regierungsform auch davon ab wie stark die Volksgruppe ist. Gehört sie selbst zu den Staatsvölkern — in diesem Fall ist der Ausdruck Volksgruppe nicht üblich, sondern dann wird zumeist die Bezeichnung Nationalität, in der Schweiz aber vorwiegend „Sprachgruppe“ gebraucht — so hat sie nahezu unbegrenzte politische Gestaltungsmöglichkeiten, und zwar auch dann, wenn sie zwar die relative Mehrheit besitzt, durch die Verfassungswirklichkeit aber zu einer unterdrückten Minderheit gestempelt ist, wie dies bei den Flamen Belgiens noch bis weit in unser Jahrhundert der Fall war. Gerade das Beispiel der Flamen zeigt, welche politischen Möglichkeiten eine solche Sprachgruppe bzw. Nationalität hat. Weitere Beispiele liefern heute Jugoslawien, Nigeria, Indien und in jüngster Zeit die Tschechoslowakei.

Aber auch Minderheitsvolksgruppen, die nicht zu den staats-tragenden Nationalitäten gehören, haben vielfach durch ihr numerisches Gewicht bedeutende Einflußmöglichkeiten auf das politische und gesellschaftliche Leben im Staat, vor allem in der freiheitlichen Demokratie, wenn sie so stark sind, daß sie in Parlamenten aller Art Einfluß bis zu Vetomöglichkeiten haben. Deutliches Beispiel hierfür war wohl die Sudetendeutsche Partei bis 1938 in der CSR. Heute ist vielleicht das Beispiel der Finnland-Schweden besonders kennzeichnend, die eine trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke von nur knapp 8% der Gesamtbevölkerung in allen Bereichen des Staates starken Einfluß ausüben. Das setzt natürlich das Entgegenkommen des Mehrheitsvolkes voraus, obwohl es auch in Finnland nicht ganz ohne Kampf abgeht.

Diese politischen Möglichkeiten gibt es freilich nur dort, wo das Mehrheitsvolk entweder demokratisch genug ist, einer starken Minderheit entsprechend Einfluß auf den Gesamtstaat und sein gesellschaftliches und politisches Leben zu gewähren (Finnland) oder wenn der Staat durch völkerrechtliche Verträge oder in anderer Weise genötigt ist, solche Rechte zu gewähren (Rumänien und CSR zwischen den beiden Kriegen).

In allen übrigen Fällen hat die Volksgruppe, die ein Recht auf Teilnahme am Staat beansprucht, zufolge ihrer minoritären Lage kaum Chancen, sich im politischen und gesellschaftlichen Leben des Gesamtstaates durchzusetzen, da nahezu alle Staaten mit einem staatstragenden Mehrheitsvolk dazu neigen — dies auch heute noch —, ihre ethnischen und sprachlichen Minderheiten zu entnationalisieren und zu assimilieren, ihnen eine Staatsnation aufzuzwingen zu wollen, der sie freudig angehören sollen und zu welcher hin sie sich assimilieren sollen, Verhaltensloyalität entwickeln sollen anstatt der von ihnen zu verlangenden reinen Gesetzesloyalität, z. B. im Straßenverkehr. Natürlich hat man auch als nationale Minderheit die Straßenverkehrsordnung oder die Suchtgiftegesetze einzuhalten. Aber darüberhinaus ist eine Loyalität im Sinne des Verhaltens keineswegs Pflicht der Minderheit, wenn nicht das Mehrheitsvolk die gleiche Pflicht auf sich nimmt, hier einen gesellschaftlichen Pakt mit dieser Minderheit abzuschließen, also ein gegenseitiges Treueverhältnis. Aber das fehlt ja heute fast durchwegs. Das fehlt — ich spreche zunächst nur von den freiheitlich-demokratischen Staaten — in Italien, Frankreich, Somalia, Türkei, Irak, in eingeschränktem Maße auch in Österreich. Daher bestehen für diese Volksgruppen praktisch nur geringe Möglichkeiten, sich im Gesamtstaat staats- oder auch nur gesellschaftspolitisch irgendwie durchzusetzen. Ihre politischen Möglichkeiten können daher nur auf ihre eigene innere Gestaltung, die Erhaltung und Entfaltung der Volksgruppe und deren Förderung durch den Staat gerichtet sein, vor allem auf sogenannte nationale Autonomie, diese je nach den Siedlungsverhältnissen als Territorial- oder Regionalautonomie einerseits oder personelle Autonomie andererseits. Wenn solche minoritäre Volksgruppen dies übersehen, ihre Beschränkung darauf überschauen, daß sie sich auf ihrem Territorium zu entfalten und dort ihre politische Wirkmöglichkeit zu sehen haben, so laufen sie Gefahr, auch als Volksgruppe früher oder später ausgelöscht zu werden. Vor allem laufen sie diese Gefahr dann, wenn sie selbst oder auch nur ein Teil von ihnen oder ihre Komnationalen jenseits der Staatsgrenzen im Fall der Grenzlandminderheit eigene Außenpolitik in Richtung auf Gebietsveränderun-

gen betreiben wollen. Warnende Beispiele sind die heutige Lage der Slowenen in Kärnten zufolge der 1945 bis fast 1995 erneuerten Gebietsansprüche Jugoslawiens und auch das Selbstverständnis der Südtiroler erfordert weitgehend den Verzicht auf eine eigene Außenpolitik. Ein treffendes Beispiel liefert übrigens die Zone B des F.L.T. (Territorio Libero di Trieste), wo umgekehrt der noch heute offen proklamierte italienische irredentismus totalen Schiffsbruch erleidet und praktisch nur die Abmachungen zwischen den beiden Volksgruppen-Dachverbänden die italienische Volksgruppe vielleicht zu retten vermögen.

Die Möglichkeiten der Volksgruppen je nach dem Regierungssystem

a) Die kleine Volksgruppe in der freiheitlichen Demokratie

Man darf freilich nicht übersehen, daß kleine Volksgruppen durchaus verschiedene staats- und gesellschaftspolitische Möglichkeiten haben können, je nachdem, ob sie in einem Staat mit freiheitlich-demokratischer Gesellschaftsordnung ihre angesammelte Heimat haben oder in einem solchen mit einem autoritären oder gar einem totalitären Regierungssystem. Kleine Volksgruppen sind im allgemeinen schutzbedürftiger als große. Dabei ist der Ausdruck „klein“ relativ zu nehmen. 200 000 Südtiroler oder 80 000 Slowenen sind in Italien im Verhältnis zu dessen Gesamtbevölkerung eine äußerst kleine Volksgruppe, während eine Minderheit mit dieser Zahl in Österreich schon eine sehr beträchtliche Zahl darstellen würde („quantité considérable“ im Sinne der Minderheitenschutzverträge der Völkerbundära). Das besagt, daß im freiheitlich-demokratischen Staat mit parlamentarischen Körperschaften die kleine Volksgruppe sich nur sehr schwer politisch geltend machen kann. Wenn eine Volksgruppe von 160, 250 oder 350 Abgeordneten in einem Zentralparlament einer oder zwei oder auch vier zählt, ist dies ohne nennenswerte politische Bedeutung. Sie kann durch diese Abgeordneten praktisch nicht einmal geschäftsordnungsmäßige Anträge einbringen und behandeln lassen, sie erreicht nur ein sehr bescheidenes Recht auf Gehör durch Wortmeldung zur Debatte. Nicht einmal Obstruktions-Dauerreden wird sie durchsetzen können, weil ihr dazu die Abgeordnetenzahl fehlt. Wenn, wie es die schweizerische Eidgenossenschaft gegenüber den Rätomanen Graubündens tut, das Mehrheitsvolk bedeutet mehr für die Erhaltung und Entfaltung einer Sprach- oder Volksgruppe leistet als diese auf parlamentarischem Wege ihrer geringen Zahl wegen erreichen kann, so bedeutet dieses „fördernde Nationalitätenrecht“ (Kloss) die einzige Möglichkeit, eine solche Minderheit im Gesamtstaat politisch zur Geltung zu bringen. Bezüglich der Rätomanen gelingt das staatspolitisch zweifellos, gesellschaftspolitisch gelingt es aber dennoch nicht, denn soziologische Phänomene lassen sich nicht mit politischen Mitteln der öffentlichen Gewalt steuern.

Im allgemeinen haben also numerisch relativ kleine Volksgruppen keine Chance, staatspolitisch Einfluß im Gesamtstaat zu gewinnen. Gesellschaftspolitisch könnte ihre Stellung dann bedeutend wirkungsvoller sein, wenn sie als Grenzlandvolksgruppen eine kulturelle Brückenstellung innehaben. Eine solche Brückenstellung könnten z. B. die Südtiroler als Kulturvermittler zwischen dem deutschen Volk im allgemeinen und dem österreichischen Sprach- und Kulturdeutschem im besonderen und dem italienischen Volk, die Elsässer zwischen dem Deutschtum und dem französischen Romanentum, die Kärntner Slowenen zwischen Österreich und Slowenien, die Triestiner und Görzer Slowenen zwischen Italien und Slowenien wie auch Kroaten, die Valdôtains zwischen dem französischen und italienischen Volk, die Katalanen zwischen Frankreich und Spanien einnehmen. Leider zeigen die Tatsachen, daß in keinem dieser Fälle das Mehrheitsvolk von einer solchen Brückenstellung etwas wissen will, diese wird vielmehr geradezu bekämpft und nur zum Anlaß einer möglichst umfassenden Assimilationspolitik durch Kulturaussprahlung ausschließlich im Einbehaltsverfahren genommen. D. h. es muß die Volksgruppe ihrerseits diese Brückenstellung unendlich stärker herausstellen, weil das Mehrheitsvolk im Staat sie nicht so recht sehen will. Nur die Volksgruppe und der hinter ihr stehende komnationale Staat, das dahinterstehende gleich-

österreichische Volk können diese Brückenstellung auswerten. Daher ergibt sich die eigentliche Aufgabe, die z. B. Nordtirol oder Österreich überhaupt in bezug auf Südtirol in diesem Sinne nach Italien hat. Daher ist es auch zu verstehen, warum beispielsweise die slowenische Oker in Laibach so oft mit Gastspielen nach Klagenfurt geht.

In der freiheitlichen Demokratie, die nur Köpfe und Stimmen zählt und die absolute Mehrheit entscheiden läßt, gibt es für die numerisch sehr kleine Volksgruppe also keine politischen Wirkmöglichkeiten zum Gesamtstaat hin, wenn dessen Mehrheitsvolk eine solche Wirkungsmöglichkeit aus nationalstischer Denkweise heraus ablehnt. Gewisse oft zitierte Paradebeispiele (Finnland-Schweden, Färinger im dänischen Staatsverband, Deutsche in Dänemark, dänische Südschleswiger in Schleswig-Holstein) sind vorerst leider Ausnahmen.

Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß die freiheitliche Demokratie allein durch die Möglichkeit, daß die Minderheit Abgeordnete in die Vertretungskörper zu bringen vermag, Einflußmöglichkeiten erlangt und vor allem auch an Ansehen gewinnt. Besonders gilt dies dort, wo Formen der Autonomie es ermöglichen, daß die Volksgruppe in Landtage und Regionalparlamentsversammlungen entsenden kann, nach dazu, wenn diese dort dann die Mehrheit darstellen wie z. B. die Südtiroler in dem Bozener Provinzialrat und also in der „Giunta“. Auch die Wahl von Slowenen in die Bauernkammern in Kärnten oder von Elsässern in die Generalräte sind hier hervorzuheben. Daraus ergibt sich, daß der Autonomie der Volksgruppen und einem föderalistischen oder regionalistischen Staatsaufbau große Bedeutung für politische Möglichkeiten der Volksgruppe zukommt. Insofern ist die italienische Regelung der heutigen Verfassung doch geeignet, über die rein formelle hinaus auch die für die Volksgruppen unerläßliche substantielle Gleichberechtigung zu gewährleisten. In Frankreich hingegen, wo das Wort Regionalismus schon als eine Vorstufe zum Hochverrat gilt, wird gerade durch die zweifellos bestehende freiheitlich-demokratische Staatsordnung den Volksgruppen die Erhaltung und Entfaltungsmöglichkeit sogar auf ihrem Siedlungsboden genommen, wobei die scheinbar höchste Entscheidungsfreiheit der Mehrheit zum höchsten Zwang des Unrechts wird (Verbot des Unterrichts in der Muttersprache sogar in den Kindergärten, Verbot der Herausgabe von Zeitungen im Elsaß nur in deutscher Sprache, Verbot, pro Stadt in der Woche in mehr als einem Kino mehr als einen deutschsprachigen Film zu zeigen, Verbot des Kennzeichens „Breizh“ [Bzh] in der Bretagne usw.).

Das Beispiel zeigt, wie gefährlich es sein kann, in der formalen Demokratie eine kleine Minderheit zu sein, ohne eine Autonomie zu besitzen. So erklärt sich auch der heute geradzu turbulent beginnende Kampf um die Regionalautonomie der Basken, der Bretonen, auch jetzt schon der Flamen (in Frankreich); nicht der Elsässer, weil diese sich derzeit fast ausnahmslos als Franzosen fühlen und nur noch eine Sprachminderheit sein wollen.

b) Die kleine Volksgruppe im autoritären und totalitären Staat

Im autoritären und totalitären Staat kann die kleine Volksgruppe, wenn sie einer nationalstischen Mehrheit gegenübersteht, jeglicher politischer und gesellschaftlicher Einflußmöglichkeit auf das Gesamtwesen ebenso beraubt sein wie auf ihrem eigenen Heimatboden. In Spanien z. B. haben weder die Basken noch die Katalanen irgendeine Wirkungsmöglichkeit, ihre Sprache ist verboten, auch (mit Ausnahme des Montserrat) in der Kirche; eigene Organisationen dürfen sie nicht haben. Über ihnen breitet sich das aus, was Yann Brikkilien in seiner Geschichte Europas bezüglich der kleinen Völker und Volksgruppen das „Friedhofseuropa“ („L'Europe Cimetière“) nennt.

In den kommunistischen Staaten liegen die Dinge komplexer. In manchen von ihnen wird den Volksgruppen und Sprachminderheiten weit mehr an Rechten eingeräumt als in demokratischen Staaten, weil Mehrheiten dort keine Rolle spielen, vielmehr eine Art Konzessionsystem herrscht. So kennt das kommunistische Jugoslawien für die offiziell rund 25.000, in Wirklichkeit rund 45.000 Italiener in den adriatischen Küstengebieten eine wahre Renaissance der vor allem gesellschaftspolitischen Wirkmöglichkeiten im weitesten Sinne, weit mehr als die Italiener ihrer slowenischen Volksgruppe in Italien in den nicht unter dem Schutz des Londoner Memoranden-

dums von 1954 stehenden Gebieten zugesprochen. Die Unione degli Italiani dell'Istria e del Fiume hat zwar Monopolcharakter, ist also kommunistisch, andere Verbände darf es zum Unterschied von den Slowenen in Italien nicht geben (dieso haben nicht nur die Kulturvereine Gospodarska Zveza, sondern auch z. B. die Katoliška Skupnost, usw.). Aber gerade dadurch ist ihr ein beträchtlicher Einfluß zumindest auf dem angestammten Heimathoden gesichert. Ganz dasselbe gilt von der UdSSR, in etwa auch von Rumänien, während bis zum politischen Frühling des Jahres 1968 die offizielle 160.000 restlichen Sudetendeutschen in der CSSR keinerlei Rechte zu haben scheinen, die Magyaren hingegen recht beträchtliche.

Sicherlich sind es die sogenannten „progressiven Minderheiten“, die in den kommunistisch beherrschten Staaten diese Begünstigung erfahren. Unter „progressiven Minderheiten“ versteht man im Sprachgebrauch der kommunistischen Staaten bzw. ihrer Parteigänger in den westlichen Demokratien solche Volksgruppen, die sich nicht dem Rechtsradikalismus oder einer konservativen Politik verschrieben haben, sondern dem, was man etwas unklar gerne „die politische Linie“ nennt. Es gilt vielfach noch immer als ausgemacht, daß die Volksgruppen in Europa mehr oder minder rechtsextremistisch seien, was in der Terminologie des Marxismus soviel bedeutet wie „bürgerlich-kapitalistisch“, ja sogar „monopol-kapitalistisch“. Diese weit verbreitete Meinung hat ihre Ursache wohl nicht zuletzt im Faktum der sogenannten Fünften Kolonne des deutschen Nationalsozialismus, die es zweifellos da und dort gegeben hat und über die es eine umfangreiche Dokumentation gibt (De Jonge, Wolfe, Eber, Paikert, usw.), die aber durchwegs doch falsch dargestellt wird. Heute sehen wir Minderheiten mit starken Tendenzen zur mehr oder weniger gemäßigten politischen Linken bei den Basken Spaniens und Frankreichs, den Färingern, den Finnland-Schweden und auf den Åländen, bei den Slowenen in Triest und in Kärnten. Es darf daher nicht überraschen, daß Volksgruppen innerhalb kommunistischer Staaten sich politisch ähnlich festgelegt haben oder wenigstens nach außen festzulegen genötigt sind. Diese Überlagerung des nationalen, ethnischen Kennzeichens durch das politische im Sinne des Sozialismus kommunistischer Prägung bedeutet für viele Volksgruppen geradezu die einzige Chance für ihr Überleben.

Möglichkeiten der Volksgruppen je nach ihrer inneren Organisation

Die politischen Möglichkeiten einer Volksgruppe im weitesten Sinne der Wirkungsmöglichkeiten sind im autoritären oder totalitären Staat durchwegs davon abhängig, ob die Volksgruppe eine zugelassene Einheitsorganisation hat, da in solchen Staaten in der Regel nicht mehr als eine Organisation (Dachorganisation) zugelassen wird. In den kommunistischen Staaten nennt man das meist „Verband der ... Werktätigen in der Sozialistischen Republik...“ Typische Beispiele sind die bereits erwähnte Union der Italiener in Jugoslawien, oder die SED-höherste Domowina, die Organisation der sorbischen Volksgruppe in der DDR. Die Beispiele lassen sich beliebig erweitern, auch für den Bereich der Volksrepublik China. Zweifellos hat dieses System gewisse Nachteile für die Volksgruppe, da deren gesellschaftliche Wirklichkeit in einer Einheitsorganisation nicht unverfälscht zum Ausdruck kommen kann, doch wird sie insofern nicht nachteilig diskriminiert, als sie im Staat selbst das Mehrheitsvolk nicht günstiger gestellt ist, sondern ebenfalls nur in der kommunistischen Zentralorganisation (SED, Zveza komunistov, KPdUSSR, usw.) politische Durchsetzungsmöglichkeiten hat. Parteideologische Aspekte überlagern hierbei stets die ethnischen oder nationalen, zumal es nach der marxistisch-leninistischen Lehre am Schlusse der Entwicklung hin zur klassenlosen Gesellschaft auch keine Nationen, Völker und Volksgruppen und auch keine nationalen oder ethnischen Fragen mehr geben soll. Es läßt sich nicht übersehen, daß dann, wenn ein entsprechender kommunistisch geforderter Einheitsverband einer Volksgruppe vorhanden ist, die Lage der Volksgruppe dadurch außerordentlich gestärkt werden kann. Beispiel dafür ist die glänzende Lage der sorbischen Volksgruppe in der DDR. In sonstigen autoritären Staaten kann diese Einheitsorganisation sehr zur Hebung der Volksgruppe beitragen, wie man im Fall der Slovenska Prosvetna Zveza in Kärnten wäh-

rend der Ständestaatsdiktatur gesehen hat. Sie kann eben, vor allem in nationalsozialistischen bzw. faschistischen Staatswesen überaus prägnant sein oder gänzlich fehlen, wie das Beispiel des faschistischen Italien zeigt. Nationalsozialistische Scharakteristika mußten wiederum in der deutschen Volksgruppe (Slowaken, Unabhängiger Staat Kroatien) überdimensionierte Volksgruppenrechte einräumen.

Es ist denkbar, daß in autonomen oder totalitären Staaten, soweit sie überhaupt ihren nationalen Minderheiten die Organisationsform selbst überlassen, die Volksgruppe sich ihrerseits demokratisch gestaltet. Wie der Fall der Donauschwaben im Pavullo-Staat zeigte, geht das aber nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten vor sich. Praktisch bleibt die demokratische Organisation der Volksgruppe dann doch auf die Exilvolkgruppen beschränkt (heute z. B. bezüglich der Exilitaliener, der Exilslowenen in Buenos Aires, usw.).

Volksgruppen in Staaten freiheitlich-rechtsstaatlicher Demokratie können sich politisch frei organisieren und auch politische Parteien nach Belieben gründen. Die Erfahrung zeigt aber, daß nur große und zahlenmäßig starke Volksgruppen und Sprachminderheiten mit dem Mehrparteiensystem zu nationalpolitischen Erfolgen gelangen können (z. B. die Sudetendeutschen in der Zwischenkriegs-Tschechoslowakei). Zahlenmäßig kleine Volksgruppen in ethnopolitischen Druckzonen (z. B. Südtirol, Triest, Kärnten, französisches Baskenland) haben durch parteipolitische Aufspaltung vorrangige Chancen, sich staatspolitisch Gehör zu verschaffen; d. h. die parteipolitische Aufspaltung ist nicht wünschenswert für kleine Volksgruppen in demokratischen Staaten. Vor allem aber wird die Legitimation ihrer Sprecher von der Mehrheit angezweifelt werden, wenn nicht alle Parteien der Volksgruppe (oder ihre Abgeordneten und Repräsentanten innerhalb der Parteien des Mehrheitsvolkes) hinter dem Volksgruppenprogramm stehen. Das macht Italien bezüglich der Triestiner Slowenen. Die italienische Regierung von heute sagt, obwohl sie selbst auf Grund des Londoner Memorandums alle zwei Jahre Konsultationen mit der jugoslawischen Regierung über die Lage der beiderseitigen Minderheiten durchführt, der Dachverband der Slowenen in Triest, die Kulturno Gospodarska Zveza, ist ein titokommunistischer Verband; die Katoliška Skupnost gehört ihm nicht an. Es ist zwar richtig, daß 90 % aller Triestiner Slowenen diesem Verband angehören, aber das ist uns nicht repräsentativ genug. Das hat also kein Gewicht. Dazu kommt noch, daß auch durch die KPI slowenische Abgeordnete in den Regionalrat gewählt werden.

Diese Frage der Legitimation der Sprecher spielt eine sehr große Rolle, es sei denn, daß alle Parteien der betreffenden Volksgruppe oder ihre Abgeordneten und Repräsentanten innerhalb der Parteien des Mehrheitsvolkes, z. B. diese KPI-Abgeordneten der Slowenen in Triest sich geschlossen dem Mehrheitsvolk gegenüberstellen, also eine Art Arbeitsgemeinschaft der betreffenden politischen Organisationen bilden, sei es faktisch, sei es auch formell. In Kärnten z. B. ist es so, daß bis vor kurzem jedenfalls, d. h. bis zum 4.1.1968, die beiden Minderheitenverbände, nämlich der Narodni Svet, d. i. der katholische Verband, und der sozialistische Verband, die Zveza organizacij koruskih Slovencev, immer gemeinsame Programme herausgegeben haben. Die österreichische Regierung oder die Kärntner Landesregierung haben dann immer genau gewußt die Slowenen — obwohl es zwei verschiedene Verbände gibt, zwar keine politischen Parteien im Sinne des österreichischen Wahlgesetzes, aber jedenfalls politische Verbände — sind geschlossen, trotz aller weltanschaulichen Gegensätze, für ein bestimmtes nationalpolitisches Programm. Die Gefahr, die sich durch eine solche Aufspaltung zeigt, ist gerade in Kärnten heute zum Vorschein gekommen, als die christlichen Slowenen im Alleingang am 4.1.1968 ein von den sozialistischen Slowenen abgelehntes Forderungsprogramm vorgelegt haben. Daraufhin haben sogar solche Kreise in Kärnten, die sonst immer den Slowenen sehr freundlich gegenüberstehen, dieses Programm mit der Begründung abgelehnt, daß es nur von einem Bruchteil der Minderheit getragen werde. Es ist also doch maßgebend, daß die Volksgruppen, wollen sie sich in einem demokratisch regierten und institutionalisierten Staat durchsetzen, eine geschlossene Einheit zumindest de facto bilden müssen; sonst können sie zufolge der Zersplitterung nicht das erreichen, was sie erreicht hätten.

Das ist ganz anders, wenn eine wirkliche, echte Autonomie vorliegt. Die Boxier Autonomie ist nämlich keine echte Autonomie. Das ist aber nicht Thema dieses Referates. Warum sie es nicht ist, darüber läßt sich vieles sagen, so nützlich und wertvoll sie auch ist.

Aber auf den Färöern besteht eine echte Autonomie. Die Färinger mußten hundert Jahre kämpfen gegen Dänemark. Das ist für Südtirol von Wichtigkeit, weil es zeigt, daß eine potentielle Volksgruppe eben immer wieder neu aufsteigen kann. Die Färinger wurden hundert Jahre hindurch von Dänemark so unterdrückt, daß ihre Sprache verboten war, daß in der Kirche diese Sprache nicht gebraucht werden durfte, daß die Briefe nicht auf Färöisch gedruckt werden durften, usw. Der freiheitliche Wind des zweiten Weltkrieges hat den Färöern doch die Autonomie gebracht, eine echte Autonomie. Alles was für ein Volk kulturell wichtig und bestimmend ist, entscheidet die Landesregierung, alles was Geld kostet, muß der Staat übernehmen. Und das ist außerordentlich vorzüglich. Das ist eine echte, substantielle Gleichberechtigung, weil ein kleines Volk ja nicht die technische Fährlehre eines Hindfunk- und Fernschiffbauers zahlen kann. Das zahlt der Staat. Aber das Programm bestimmt ausschließlich die Volksgruppe. Das ist doch eine ideale Lösung! Dort ist es nur aber so, daß sechs Parteien bestehen, von der extrem linksgerichteten bis zur extrem rechtsgerichteten. Das spielt aber nationalpolitisch keine Rolle, wenn alle zusammen als Färinger ja in ihrem Lande allein die Herren sind. Die Dänen sind dort durch bestimmte Beamte amtlich vertreten. Wehrpflicht besteht für die Minderheit nicht, die Inseln sind weitgehend entmilitarisiert. Sie sind natürlich heute gerne bei Dänemark, trotz hundertjähriger Vertreibung und wollen es auch gar nicht anders. Man sieht also, wie die innere Organisation im demokratischen Staat sein kann und wo eine Zersplitterung sinnvoll sein kann, wo sie aber nicht sinnvoll wäre. Wenn, wie im Falle der Südtiroler Volkspartei oder der Kulturno Gospodarska Zveza der Triestiner Slowenen, die erdrückende Mehrheit innerhalb der Volksgruppe einer bestimmten Partei oder sonstigen politischen Organisation angehört, mögen solche Gefahren der Zersplitterung weniger in Erscheinung treten. Solche Mehrheitsorganisationen innerhalb einer Volksgruppe sollten allerdings die weltanschaulich oder sonst Andersdenkenden nicht abhalten, sich politisch gesondert zusammenzuschließen, denn die politische Organisationsbildung ist ein Wesensmerkmal des freiheitlich-demokratischen Staatswesens und die Diffamierung von derartigen politischen Minderheiten innerhalb einer Volksgruppe durch die Volksmehrheit in der Volksgruppe ist abzulehnen (wie das Umgekehrte auch). In ethnopolitischen Druckzonen wird aber zu verlangen sein, daß sich die verschiedenen politischen und parapolitischen Organisationen der Minderheit in allen volksgruppenpolitischen wichtigen Fragen koordinieren und einen gemeinsamen Kurs steuern, denn Volksgruppen haben nicht nur ein Recht, sondern auch (ethisch gesehen) eine Pflicht zu ihrer Erhaltung und Entfaltung.

Staats- und gesellschaftspolitische Möglichkeiten

Während Volksgruppen, sofern sie nicht relativ eine große zahlenmäßige Stärke haben oder als Nationalitäten überhaupt (im polyethnischen bzw. multinationalen Staat: Schweiz, Jugoslawien, Belgien, Indien, Malaysia usw.) den Staat mit tragen und gestalten, so gut wie nie staatspolitische Einflußmöglichkeiten haben, und zwar auch dann nicht, wenn sie in ein Zentralparlament emigrierte Abgeordnete entsenden, und bei dem zumeist geringen Kompetenzkatalog der Gliedstaaten in einem Bundesstaat oder autonomer Gebiete und Regionen auch bei dort für sie günstigen Anteilsverhältnissen kaum zu wirklich nennenswerten staatspolitischen Wirkungsmöglichkeiten gelangen — Ausnahmen, wie im Falle der Provinz Quebec oder bestimmter schweizerischer Kantone und der jugoslawischen Republik und autonomen Gebiete bestätigen nur die Regel —, sind ihre gesellschaftspolitischen Möglichkeiten durchwegs beträchtlich. In autoritären oder totalitären Staaten mögen diese Möglichkeiten deshalb eingeschränkt sein, weil es dort weder Menschenrechte noch Grundfreiheiten gibt, z. B. in Spanien, im heutigen Griechenland, in der nur scheinbar demokratisch eingerichteten Türkei, und in vielen kommunistischen Staaten. Aber selbst in diesen Staaten gibt es gewisse Möglichkeiten der Pflege und Erhaltung der Muttersprache, für gewöhnlich auch des Religionsunterrichts in der Muttersprache, der eigenen Volkshilfe (Laienbühnen, Lesehallen, Volkstanzgruppen, Trachtengruppen usw.). Im demokratischen Rechtsstaat ist jedenfalls gerade in gesellschaftspolitischer Hinsicht eine Fülle von Entfaltungsmöglichkeiten innerhalb der Gruppe und — wenn sie einen mehr oder minder geschlos-

nen Siedlungsboden hat — auch mit Ausstrahlung auf das Mehrheitsvolk gegeben. Die Slowenen in Kärnten haben weit über hundert Kultur- und Wirtschaftsorganisationen aller Art (Laienspielgruppen — die sogenannten Igren- und Volksmusikgruppen, Alpen- und Jagdvereine, landwirtschaftliche Genossenschaften, Studentenvereine, usw.), die Friesen in den Niederlanden haben die Friesische Akademie mit vielen angeschlossenen Institutionen, die Slowenen in Triest einige Dutzend Organisationen aller Art bis zum Slowenischen Theater, die Deutschtiroler und die Elsässer ihre Laienspiel- und Volksmusikgruppen, und die Südtiroler haben ein reich ausgegliedertes Kulturleben einschließlich einer beachtlichen Zahl von Publikationsorganen und Verlagshäusern. Auch die zahlenmäßig relativ kleine nationale Minderheit hat also gesellschaftspolitische Möglichkeiten, sofern sie dieselben nur auszunützen gewillt ist. Steht sie mit ihrer Sprache und ihrem Volkstum sozusagen allein auf weiter Flur, d. h. ist sie nicht Teil eines größeren Volkes (Sprach- und Kulturvolkes), das anderswo einen eigenen Staat oder deren mehrere hat und beherrscht oder doch in mehreren Staaten über ein größeres Volksgefüge verfügt (Basken, Slowenen, Slowaken), wird sie freilich einen härteren Kampf zu kämpfen haben. Denn Volksgruppen kleiner Völker haben notwendigerweise eine geringere Kulturfülle (weniger eigene Literatur, weniger Übersetzungen aus anderen Sprachen, nicht voll ausgebildete Bezeichnungen in den technischen Wissenschaften, zu wenig Rundfunk- und Fernsehsendungen, usw.). Die vielfach minderheitenfeindliche Entwicklung der modernen Industriegesellschaft (Kraftwerkbauten, Fremdenverkehr, Steuerkraft, Binnenwanderung, Fremdarbeiterproblem, Autostraßenbau, Warenhauskonzerne, industrielle Entwicklung unterentwickelter Gebiete und sonstige Infrastruktur, Ferienkolonien, Nudistencamps, Eisenbahnausbau, Handelskettten, Grundstückverkehr, usw.) wirkt sich zerstörend auf kleine Volksgruppen mit beschränktem Siedlungsraum aus. Vor allem kann gezielte Unterwanderung (seit 1965 italienische Bauten für julisch-dalmatinische Flüchtlinge in Aurisina-Duino/Nabrezina-Devin, Ansiedlung italienischer Fabriken in San Dorligo in Vallo/Dolina seit Sommer 1967; Großsiedlungen bundesdeutscher Rechtsextremisten im slowenischen Sittersdorf/Zitara Ves in Kärnten, Entzündung der Bretagne und Ansiedlung dieser Aussiedler sowie von Nordafrikanern in der Gegend von Mülhausen (Mulhouse); Ansiedlung deutscher Ostflüchtlinge in Südschleswig; Ankauf von Südtiroler Hotels in Moran durch italienische Sozialversicherungsinstitute, usw.) verstreut lebender Volksgruppen oder relativ kleiner und zahlenmäßig schwacher Volksgruppen ihre Erhaltung und Entfaltung erschweren, ja die Minderheit zum Erlöschen bringen. Örtlich, also relativ starke oder sich durch ihren Volkscharakter entschieden behauptende Minderheiten werden aber im allgemeinen gesellschaftspolitische Möglichkeiten genug haben, sofern sie in demokratischen Staaten freiheitlichen Rechtsstaatsdenkens leben.

Gesellschaftspolitische Möglichkeiten als Aufgabe selbsterhaltungswilliger Volksgruppen

Es ist schwierig, die Vielfalt der Möglichkeiten aufzuzeigen, die sich einer erhaltungswilligen Volksgruppe bieten, um gesellschaftspolitisch sich auf ihrem Heimatboden zu erhalten, zu entfalten und durchzusetzen. Die nachstehend gebotene Übersicht gibt nur Beispiele; wobei diese Beispiele grundsätzlich für den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, in geringerem Maß für den kommunistischen Staat, nur rudimentär auch für den faschistischen Staat gelten.

- a) Organisation im gesellschaftlichen Bereich.
Während die Gründung eigener politischer Parteien nur ab einer gewissen Stärke der Volksgruppe bzw. dort in Betracht kommt, wo solche Parteien wenigstens auf regionaler oder kommunaler Ebene zu Einflußmöglichkeiten gelangen können, ist die Gründung und Führung von Vereinen, Kulturverbänden, Raiffeisenbanken und anderen Genossenschaften, Lesezirkeln, usw. weithin möglich und zielführend.
- b) Erhaltung und Pflege der Muttersprache.
Mir kommt vor — ich weiß nicht, ob Sie mir zustimmen — daß die Mundart zwischen Nordtirol und Südtirol sich auseinanderzuleben beginnt, und zwar in einem, für mich, eigentlich erschreckendem Maße. Dieser Sprachzusammenhang scheint mir nicht so gegeben zu sein, er könnte aber noch erhalten werden. Heute ist noch die Möglichkeit dazu.

- c) Errichtung eigener Minderheitsschulen, sofern der Staat nicht dafür sorgt.
- d) Erhaltung des Sprachzusammenhangs und der Kulturgemeinschaft mit dem Gesamtvolk über die Staatsgrenzen hinweg, einschließlich des Hörens von Rundfunk- und Fernsehsendungen über die Grenzen.
- e) Gründung kleinerer Wirtschaftsunternehmen der Minderheit, vor allem Handwerksbetrieben, Einzelhandelsbetrieben und Gaststätten sowie Bohrerbergungsbetrieben, nicht von krisenanfällig und auf Zuzug von andersvölkischen Arbeitern angewiesenen großen Industrien, zumal das anonyme Kapital ja dort auch die Eigenverantwortlichkeit eindämmt. Man muß auch an diese soziologischen Dinge denken, denn ob ich nun einem verstaatlichten oder einem anonymen Konzern einen Betrieb überlasse ist vollkommen gleichgültig: Privatwirtschaft ist auch dort in Wahrheit nicht mehr gegeben.
- f) Erlernung der Staatssprache, um voll konkurrenzfähig zu bleiben und im Gesamtstaat nicht abgekapst zu leben.

Für jede Volksgruppe ist das unerläßlich. Es ist dort nicht notwendig, wo die Volksgruppe eine Nationalität im Staat darstellt. In Belgien lernt natürlich kein Franzose die flämische Sprache. Der Wallone sowieso nicht, weil er sagt, Flämisch ist ein niedriger Dialekt, den ein Kulturmensch überhaupt nicht anschaut. Aber auch die Flamen selbst wollen grundsätzlich nicht mehr Französisch lernen, außer in der Brüsseler Region. Aber diese „région bruxelloise“ ist überhaupt ein eigenartiges Gebilde. Die Brüsseler wissen nicht recht, wohin sie ethnisch gehören, sind also schwabendes Volkstum, wie das die Volkswissenschaftler nennen. Aber dort, wo eine Volksgruppe in der wirklichen Minderheit ist, muß sie trachten, die Staatssprache so gut als möglich zu erlernen. Denn man kann sich nur durch Ebenbürtigkeit der Leistung gegen eine hohe Kultur eines kultivierten Staatsvolkes durchsetzen.

- g) Für die Begabteren Erlernung von Weltssprachen, um nicht nur von der Kultur und Sprache des Mehrheitsvolkes abhängig zu sein;
- h) Erhaltung des Sozialgefüges, also des gesellschaftlichen Verbandes (Vermeidung reiner Monokulturen im Bereich der Landwirtschaft wie der Berufsgliederung, Verbesserung der Alterspyramide durch medizinische Maßnahmen, Eindämmung der Fremdeheiraten und Förderung des Connubiums zwischen Volks- bzw. Volksgruppenangehörigen);
- i) Erhaltung der angestammten Heimat (Bodenerhaltung, Verhinderung des Verkaufes von Liegenschaften an Andersvölkische, Aktionen zur Verhinderung der Auswanderung, soweit sie eine endgültige Auswanderung sein soll, trotz eines Menschenrechts auf Auswanderungsfreiheit gemäß Artikel 13 der Menschenrechtsdeklaration, dem 4. Zusatzprotokoll zur Europäischen Konvention). Auch an die Erhaltung des bodenständigen Baustils ist zu denken. Wie deprimierend ist z.B. der typisch neu-italienische scofonlose Neubau (mit kitschigem „Bambi“-Vorgarten) eines früher urgemütlichen alten Tiroler Gasthauses in Innichen (Rebe)!;

j) Pflege des Zusammenhangs von Religion und Muttersprache (Priosternachwuchs, gemeinsamer Gottesdienst in der Muttersprache, Aus- und Neubau von Kirchen und Gottesdienststätten, Pfarrblätter, Maßbücher in der Muttersprache, usw.);

k) Förderung eines Nachwuchses an Abiturienten und an Akademikern. Für Volksgruppen sollte es hier keinen numerus clausus oder etwas Ähnliches geben, auch keinen Inerwilligen. Studium an Hochschulen des gleichen Sprach- und Kulturraumes (trotz des Studiums an französischen, amerikanischen, usw. Hochschulen, selbstverständlich, als vorübergehende Maßnahme). Förderung von Zusammenschlüssen der Studenten aus der Volksgruppe an den betreffenden Hochschulen und als Feriensippen, sowie von Altkademikerverbänden, dies sowohl in Dachverbänden wie nach landsmannschaftlichen und weltanschaulichen Gesichtspunkten gegliederten Vereinigungen;

- l) eigene Stellenvermittlung;
- m) Auf- und Ausbau einer eigenen Presse, sei es auch nur in Form von Wochen- und Monatsblättern, wobei auf größte Vielfalt der Presse Bedacht zu nehmen ist, soweit dies eben durchsetzbar ist. Soweit es nicht durchsetzbar ist, Beteiligung der verschiedenen Gruppen an der Presse. Ein Beispiel, das ich mit Absicht von fernher ziehe, ist das Blatt „Grenzecho“ in Eupon, das systematisch, obwohl deutsch geschrieben, eine Politik betreiben hat, die eine bestimmte Gruppe monopolartig für sich beansprucht hat und die

probeigisch und antideutsch war, jetzt hat sich das geändert, jetzt wird den verschiedenen Gruppen zumindest in Form von Chroniken die Möglichkeit geboten, dort auch an die Öffentlichkeit zu gelangen. Das ist bei so kleinen Volksgruppen eine Notwendigkeit, zumal gerade in Belgien das Monatsblatt, das daneben gegründet worden ist, einfach aus finanziellen Gründen sich nicht durchgesetzt hat.

n) Förderung nach und Förderung von Aufschriften: In der Sprache der Volksgruppe auf Privathäusern, Geschäftslokalen, usw. (soweit gesetzlich erlaubt).

Meistens sind sie ja erlaubt, und fehlen (z. B. im Burgenland) nur aus Gedankenlosigkeit sehr oft. Aber nur dann wird es zum Ins-Bewußtsein des fremden Besuchers dringen, daß er hier auf einen Kulturboden trifft, der nicht der Kulturboden des Staatsvolkes ist, wenn er private doppel-sprachige Aufschriften in größerer Zahl sieht.

Diskussion über den Vortrag von Dr. Veiter

Die erste Frage beschäftigt sich mit der parteipolitischen Situation in Südtirol.

Prof. Veiter weist in seiner Antwort darauf hin, daß er nur als Wissenschaftler auf diese Frage Stellung nehmen könne.

In einem demokratischen Staatswesen muß es jedermann freistehen, eine politische Partei nach den bestehenden Gesetzen zu gründen. Ob es für die Erhaltung der Volksgruppe klug ist oder nicht, ist eine zweite Frage. Solange man unter politischem Druck steht — ethno-politische Druckzone — ist es zweckmäßiger, daß man, solange es irgendwie möglich ist, sich nicht auf mehrere Parteien aufspaltet. Dann gerade der Fall Triest zeigt bei den Slowenen, welche Schwierigkeiten und Gefahren eine solche Zersplitterung mit sich bringt. Wenn das aber aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit heraus nicht möglich sein sollte, so steht der Minderheit immer der Weg offen, eine eigene Organisation zu gründen. Aber auch dann müssen im Interesse der Erhaltung der Volksgruppe diese politischen Parteien sich gegenseitig zu verständigen trachten, soweit es sich um das Verhältnis gegenüber dem Staat handelt.

In der folgenden Frage wird das Problem Paket und Verankerung aufgeworfen, und Herr Prof. Veiter um seine Stellungnahme gebeten. Prof. Veiter: Was steht in dem Paket? Es müßte schon gesagt werden, was in dem Paket steht, damit ich darüber ein Urteil abgeben kann. Jedenfalls genügt die Kenntnis des Wortlautes allein nicht, besonders in einem Land, wo die Juristen sehr gut geschult sind. Die italienische Jurisprudenz gehört zur Illustrierten der ganzen Welt, und es ist ein Vergnügen mit italienischen Juristen zu diskutieren, aber nur um des Florettfochtens willen, nicht mehr.

Wird die Frage aber auf die Verankerung eingeeengt, so hat das Paket nur einen Sinn, wenn es in irgendeiner Weise abgesichert wird. Es muß ein völkerrechtliches Element eingebaut werden oder damit in Verbindung gebracht sein, welches dem Partnerstaat die Möglichkeit gibt, sich im Falle von Meinungsverschiedenheiten an eine internationale Schiedsinstanz zu wenden, und damit das Verfassungsgericht auszuschalten.

Die Bedenken gegen ein solches Verfassungsgericht fußen aber nicht auf ein Mißtrauen gegenüber der Rechtsprechung, sondern einfach auf der Tatsache, daß auch ein Verfassungsrechtler nicht seine eigene innere Gesinnung überspringen kann.

Der nächste Fragenkomplex gliedert sich in drei Teile:

- a) Prof. Veiter wird gebeten, seine im Referat verwendeten Begriffe Verhaltensloyalität und Gesetzesloyalität näher auszuführen;
- b) welche Bedeutung könnte eine Universität in Südtirol gerade in Hinblick auf die Jurisprudenz gewinnen und
- c) in welchen Verhältnissen würden in einer künftigen Regionalautonomie die italienische Volksgruppe zur deutschen Bevölkerung zu stehen kommen?

Zur ersten Frage gibt es ein Buch von Dr. Rabl über die Loyalität von Minderheiten

Gesetzesloyalität ist die strikte Einhaltung aller jener Rechtsvorschriften, die ein Staat im Interesse des Gemeinwohls er-

o) steter Gebrauch der Orts- und Flurnamen in der Volkssprache neben den amtlichen Bezeichnungen (in dieser Reihenfolge, also zuerst Staatssprache, dies aus praktischen und rechtlichen Gründen);

p) Kunstausstellungen, Buchausstellungen, Musikfeste, Trachtenfeste, Fachtagungen, Gewerkschaftstagungen, Sozialkurse, usw.

Wie sich zeigt, gibt es eine Fülle von Möglichkeiten, daß sich volksbewußte ethnische Minderheiten erhalten und gesellschaftspolitische Positionen erreichen oder beibehalten. Aber nur jene Volksgruppe, die den Willen hat, sich zu erhalten und entfalten, wird davon Gebrauch machen. Gibt sie diesen Willen, aus Bequemlichkeit oder Utilitarismus auf, so sollte sie nicht künstlich erhalten werden. In diesem Sinne ist der oft falsch gedeutete Satz von Ernest Renan richtig: La nation est un plébiscite de tous les jours.

stellt. Damit sind alle Vorschriften gemeint, die keine ethnische Relevanz aufweisen. So gab es z. B. bis vor kurzem nur zwei Staaten in Europa, nämlich Ungarn und Italien, die den Tatbestand der Beleidigung der Nation rechtlich verfolgten. Jetzt haben wir in Österreich auch so etwas Ähnliches. Diese Bestimmung ist anderen Völkern völlig fremd.

Hier ergibt sich nun allerdings die Frage, ob ein Südtiroler sich im Gewissen verpflichtet fühlen muß, ein solches Gesetz einzuhalten. Prof. Veiter verneint dies. Hier beginnt also die Verhaltensloyalität. Er wird also aus Klugheit die Nation nicht öffentlich beleidigen, innerhalb seiner vier Wände wird er es aber ohne weiteres tun. Zu dieser Verhaltensloyalität ist er nicht verpflichtet, es sei denn der Staat schafft ein gegenseitiges Treueverhältnis, wo dann dieser Tatbestand nicht mehr gegeben ist. Zur Frage der Universität in Südtirol erklärt sich Prof. Veiter nicht in der Lage, ein Urteil abzugeben, da er die Situation zu wenig gut kenne.

Zur dritten Frage: in einer Region Bozen müßte die italienische Volksgruppe eine bestimmte Rechtsstellung erhalten, die über den Artikel 6 der italienischen Verfassung hinausgehen muß.

Ein ähnliches Problem wird heute sehr stark diskutiert, nämlich die rechtliche Stellung der Polen, sofern das Gebiet jenseits der Oder-Neisse-Linie an Deutschland wieder angeschlossen worden sollte. Auf die Frage nach den Auswirkungen der europäischen Einigungsbewegung auf die Völker und Volksgruppen, antwortet Prof. Veiter vorerst mit dem Hinweis, daß es auf keinen Fall einen „milling pot“ ergeben werde, so wie in Amerika, da dies dem europäischen Wesen zuliefst zuwiderläuft.

Persönlich glaubt aber Prof. Veiter nicht daran, daß in absehbarer Zeit ein Vereinigtes Europa zustande komme. Im Gegenteil: die Nationalismen wachsen wieder in Europa und nicht das Vereinigte Europa. Diese Idee wird nur als Fahne vorausgetragen; aber die Leute, die dahinter marschieren, gehen schräg seitlich ab, und der mit der Fahne ist vorne allein. Natürlich ist es im Augenblick verboten, das Vereinigte Europa nicht zu betonen.

Nehmen wir aber an, es käme zu einem Vereinigten Europa, so erhebt sich die Frage, ob Staaten vereinigt werden oder Völker. Für Südtirol wäre es ein Gewinn, denn wenn die Grenze am Brenner fällt, so wird Tirol wieder zu Tirol mit einer noch vorhandenen aber bedeutungslosen Grenze.

Auch würde die Verformung durch die nationale Armee wegfallen, da in einem Vereinigten Europa die Verteidigung durch eine Bundesexekutive geleistet würde.

Deshalb brächte ein Vereinigtes Europa Vorteile für die Minderheiten.

In der letzten Wortmeldung wird die italienische Behauptung, die Südtiroler Volksgruppe sei die bestbehandelte ethnische Minderheit Europas, zur Diskussion gestellt.

Prof. Veiter führt dazu aus, daß diese Behauptung nicht nur in Italien sondern auch in Österreich oft ausgesprochen wird. Es stimmt und stimmt nicht. Es gibt sicher viel schlechter behandel-

te Volksgruppen und Minderheiten in Europa. Es gibt aber auch im Verhältnis zur Geschichte, zur Stärke, zur Struktur besser behandelte Minderheiten, so z. B. die Minderheiten in Österreich, zumindest die Kroaten im Burgenland. Bei den Kärntner Slowenen muß man Einschränkungen machen; trotzdem sind sie zumindest nicht schlechter gestellt als die Südtiroler.

Die kommunistischen Staaten kann man schwer vergleichen, trotzdem sind z. B. die Sorben in der DDR ungleich besser dran, als die Südtiroler. Diese besitzen im Verhältnis zu ihrer zahlenmäßigen Stärke vielmehr Rechte, natürlich unter kommunistischem Vorzeichen. So besitzt diese Volksgruppe, die offiziell 40 000 Menschen in Wirklichkeit aber weniger zählt, drei Gymnasien, zwei Lehrerbildungsanstalten, eine Hochschule.

Ich würde also schon unterstreichen, daß die Südtiroler Volksgruppe relativ eine der bestbehandelten Minderheit darstellt.

Man muß aber auch die Geschichte berücksichtigen. Die Sorben waren immer eine Minderheit inmitten eines fremden Volkes. Ein Volksteil hingegen, der plötzlich durch einen Schnitt von seinem Volkskörper abgetrennt wird, besitzt einen anderen Anspruch, als die institutionelle Minderheit, die Streulandminderheit. Und darin ist natürlich die Behauptung mit der bestbehandelten Minder-

heit nicht mehr so richtig, weil nämlich den Südtirolern vorenthalten worden ist, sich je einmal auszusprechen, wohin sie wollen und was sie wollen. Anderen Volksgruppen hat man dieses Recht zugestanden; insofern sind sie nicht die bestbehandelte Minderheit.

Herr Gatterer stellt noch das Problem Informationspflicht der Minderheit gegenüber dem Staatsvolk und Informationsmöglichkeit gegenüber dem Staatsvolk zur Diskussion.

Prof. Veltor verweist dazu auf eine noch nicht ratifizierte UNO-Konvention, die das Informationsrecht, nicht die Informationspflicht, als Menschenrecht festlegen will. Das ist eines der ungelösten Menschenrechtsprobleme, d. h. daß jedermann das Recht hat, informiert zu werden.

Wenn also jemand in Gefahr gerät durch fehlende Information ungleich behandelt zu werden, dann hätte er demnach Informationsrecht. Habe ich ein Informationsrecht, so hat auch der andere die Pflicht, mich zu informieren. Das ist in der UNO offensichtlich gemeint als Recht des Schwächeren gegenüber den Stärkeren, nicht umgekehrt.

Die Diskussion mußte aus Zeitgründen mit dieser Antwort abgebrochen werden.

Forumsdiskussion

Südtirol von morgen – Kontinuität oder Abbruch?

Leitung: Dipl.-Vw. Dr. Manfred Nayer, Chefredakteur der „Tiroler Tageszeitung“, Innsbruck.

Teilnehmer:

Claus Gatterer, freier Schriftsteller, Wien

Dr. Peter Brugger, Assessor a. D., Bozen

Prof. Dr. Umberto Segre, Redakteur des „Il Giorno“, Mailand

Dr. Karl Mitterdorfer, Abgeordneter in der römischen Kammer, Bozen

Dr. Ettore Petta, Korrespondent des „Corriere della Sera“, Wien

Dr. Franz Ortner, Chefredakteur-Stellvertreter der „Vorarlberger Nachrichten“, Bregenz.

Nayer

Meine Damen und Herren! Das Thema, über das diskutiert wird, heißt „Südtirol von morgen – Kontinuität oder Abbruch“. Das Thema scheint mir so schwierig formuliert, daß die Diskussion in alle Windrichtungen auseinanderzufallen droht. Man könnte z. B. folgendes sagen: Südtirol von morgen – Kontinuität oder Abbruch, bedeutet das Abbruch der Beziehungen mit Österreich? Also auch bis dahin könnte man das Thema auffassen. Ich glaube aber, daß die Veranstalter in ihrem Ernst die Probleme zu betrachten und zu behandeln etwas sehr scharf umrissenes diskutieren wollen, nämlich Südtirol von morgen, die Kontinuität oder den Abbruch in dem was ganz Tirol angeht. Und aus dieser Sicht und in diesem Rahmen glaube ich, sollten wir das Thema diskutieren, wobei selbstverständlich auch bilaterale Fragen mithereingenommen werden können. Ich habe schon das Vergnügen gehabt, einmal hier zu sein und ich habe dabei festgestellt, daß die Südtiroler akademische Jugend einen bewundernswürdigen Eifer im Diskutieren aufzeigt. Daher werde ich mich jetzt sehr kurz fassen und schauen, daß möglichst bald sie zum Reden kommen. Und etwas habe ich in der letzten Diskussion hier noch bemerkt, was ich von Haus aus klarstellen möchte. Es handelt sich hier nicht um eine parlamentarische Fragestunde. Es ist also nicht nur so, daß man eine Frage an das Forum richten kann, sondern diese Diskussion soll auch die Möglichkeit bieten, daß die Meinungen von euch klar zum Ausdruck gebracht werden. Selbstverständlich sind wir alle – oben und unten – bestrebt, möglichst kurz zu sein. Es sollen also keine Monologe gehalten werden. Aber jeder soll die Möglichkeit haben, das, was er denkt, klar zum Ausdruck zu bringen, also nicht nur zu fragen.

Und jetzt kommt der Punkt, der immer der schwierigste bei einer Diskussion ist, nämlich die ersten zwei, drei herauszufinden, die mit der Diskussion beginnen wollen. Wir haben mit Absicht darauf verzichtet, von uns aus eine Gesprächsbasis durch Kurzvorträge herzustellen, weil ja die Schaffung des Rahmens bereits geschehen ist und man also genau weiß, wohin gezielt man mit den Diskussionsbeiträgen sich wenden kann. Und mein Vergnügen wird es sein, die Fragen zu sammeln und dann immer einen der Herrn zu ersuchen, daß er darauf antworte. Das soll aber kein Diktat sein. Wenn ein Herr besonders gerne eine Frage beantworten möchte, so kann er es selbstverständlich tun.

Fragesteller

Eine Frage an Herrn Dr. Petta. In einem Artikel der ANALYSE, ich glaube es war die Dezembernummer, haben Sie die Meinung vertreten, daß Gruber beim Abschluß des Vertrages sonst wohl gewillt habe, daß Degasperi beabsichtigte, eine gemeinsame Region unter Einschluß von Trient zu bilden? Ich möchte sie und auch die anderen Referenten bitten, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Petta

Ich habe diese These vertreten, nachdem ich die größeren Arbeiten über dieses Problem gelesen habe. Und die drei größeren Arbeiten sind von Huter, Ritschel und Toscano. Außerdem habe ich auch noch die Artikel von Dr. Amann in den „Doiorniten“ vom vorigen Jahr gelesen.

Ich habe dann versucht, alle Erklärungen zu vergleichen um daraus ein Bild zu gewinnen. Und auf Grund meiner Analysen konnte ich feststellen, daß Toscano die fundiertere Erklärung über das, was damals in Paris vorgefallen war, geschrieben hatte. Trotzdem das Buch verbreitet wurde, hat es bis heute noch keine richtige Erweiterung darauf gegeben. Deshalb muß ich glauben, daß er wahrheitsgemäß geschrieben hat, solange nicht das Gegenteil bewiesen wird.

Auf einigen Seiten in seinem Buch beschreibt er die letzte Stunde vor dem Abschluß des Abkommens. Carandini und Botschafter Schmidt haben einen Text entworfen, wo nicht das berühmte Wort „franc“ vorhanden war, sondern zwei andere Ausdrücke: „strutturata“ und „circoscrittione“. Gruber sagte daraufhin, nach Toscano, daß

diese Worte zu klar seien, man verstehe, daß die Autonomie nicht nur für Südtirol, sondern auch für die ganze Region vorgesehen sei. Er würde deswegen zu viele Schwierigkeiten in Österreich bekommen. Daher sei es besser ein anderes Wort zu wählen. Daraufhin wurde das Wort „frame“ gewählt.

Laut Toscano soll nun Gruber der italienischen Delegation gesagt haben, daß nach ihm auch die Trentiner die Autonomie bekommen sollten, vorausgesetzt, daß auch die Südtiroler damit einverstanden wären.

Wichtig ist nun die Frage zu klären, ob die Südtiroler von dieser „Geschichte“ wußten und ob sie auch die letzte Fassung des Textes kannten. Man sagt nun, sie wurden überrascht. Und ich kann ohne weiteres glauben, daß die Südtiroler ehrlich glaubten, daß die Autonomie nur für die Südtiroler geschaffen worden war und daß Gruber und auch die Italiener diese Geschichte ein wenig verschwommen gelassen hatten.

Da nun bis heute ein Demonti noch aussteht, so bin ich gezwungen, diesem Bericht Toscanos Glauben zu schenken.

Für mich ist das eine wichtige Frage und ich glaube, nach zwanzig Jahren könnte man auf beiden Seiten den Mut aufbringen, dieses Problem in ein richtiges Licht zu rücken.

Mitterdorfer

Es ist sicherlich ein sehr wichtiges Problem und ich glaube, daß nicht so sehr Prof. Toscano hier etwas Endgültiges dazu zu sagen hatte, da er ja nur die Dokumente studiert hat, als doch jene Personen, die teilgenommen haben und heute auch noch leben. Ich glaube, das Buch von Toscano verdient nicht nur in diesen Punkten, sondern auch in manchen anderen Punkten, die er berührt, eine zutreffende Antwort.

Mir scheint, daß die Lage damals sicher so war, daß auf der einen Seite der Wunsch der Italiener auf Ausdehnung der Autonomie auch auf das Trentino vorhanden war, auf der anderen Seite die Forderung der Österreicher, daß die Autonomie nur für Südtirol gelten sollte. Ich könnte mir es auch nicht anders vorstellen, denn schließlich und endlich hat Österreich keinen anderen Titel gehabt als über Südtirol und nur über Südtirol zu verhandeln. Daß dabei der Vertrag zu einer Kompromißformel geführt hat, und dieser Satz ist eine Kompromißformel, deutet auf die Schwierigkeit hin, die in den Verhandlungen zwischen den beiden Teilen aufgetaucht war. Jedenfalls war die Formulierung derart, daß sie sicher verstanden werden konnte als Autonomie nur für Südtirol.

Ich kann nur einer anderen Linie — da ich 1946 selbst nicht dabei gewesen bin — folgen und das ist die der sprachlichen Auslegung. Wir wissen, daß jedes Vertragsinstrument irgendwann einmal unabhängig von der Situation, in der es zustande gekommen ist, nun ein Eigenleben entwickelt, das aus dem Text selbst entstand. Und wenn wir uns auf den Text berufen, dann besitzen wir auch darüber Unterlagen, nämlich das Buch von Weißgerber, in dem er über die Vertragsauslegung vom rein Sprachlichen her seine wissenschaftlichen Studien macht. Daraus gehen dann gewisse Dinge sehr eindeutig hervor. Wir verstehen die Schwierigkeit, die in diesem Wort „frame“, von dem man nicht recht wußte, was es eigentlich bedeuten soll, liegt. Wir wissen, daß gerade dort der Kompromiß lag, der auf der italienischen Seite vielleicht einen Anhaltspunkt geben konnte, jedenfalls als solcher Anhaltspunkt dann auch verstanden worden ist, während auf der anderen Seite er doch sehr eindeutig den Rahmen abgrenzt, in dem der Vertrag Gültigkeit haben sollte. Wir lesen im Vertrag dann selbst, „für die oben angeführten Gebiete“ und hier war im Artikel I ganz eindeutig das Gebiet abgegrenzt — für die oben angeführte Gebiete wird eine regionale Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnis eingeführt. Nun war der Rahmen, auf den sich das bezog, ganz eindeutig Südtirol. Bis hierher ist der Text klar. Dann kommt der nächste Satz mit diesem berühmten Wort „frame“. Innerhalb dieser Struktur wird der Inhalt der Autonomie fixiert. Und hier hätten wir, wenn wir wollten, die Möglichkeit auch den anderen Originaltext zu Rate zu ziehen. Wenn wir den französischen Text hernehmen, dann wird die Sache sehr eindeutig. Denn dieser Text, der auch als authentischer Text gilt, spricht in dem Zusammenhang mit „frame“ von „principes essentiels“, von den Grundprinzipien der Autonomie. Und das konnte ja zweifellos nicht mehr territorial verstanden werden. Nachdem der erste Satz sich auf Südtirol bezog, ist es im französischen Text klar, daß es sich beim zweiten Satz um den Inhalt der Autonomie handeln mußte.

Ich glaube, daß das sehr wichtig ist, um diesen Punkt einigermaßen zu klären.

Aus meiner persönlichen Erfahrung möchte ich noch hinzufügen, daß die Trentiner beim Empfang Degasperis am Bahnhof — diesen die größten Vorwürfe gemacht haben, er hätte die Autonomie, die die Trentiner eben gerne auch haben wollten, unmöglich gemacht durch den Vertrag, den er abgeschlossen hatte. Und da hat dann Degasperi gesagt, warten wir nur ein wenig ab, das werden wir schon noch sehen. Und ich glaube, daß hier wirklich eine echte politische Spekulation dahinter steckte. Die Übersetzung des Originaltextes in die italienische Sprache gibt diesem Teil eine gewisse andere Färbung und hier hat Degasperi dann seine Sache aufgehängt.

Nayer

Ich glaube, Dr. Patta hat noch ganz kurz einen Einwand.

Patta

Für mich besteht die Frage darin: warum wurde das Wort „frame“ in den Text einbezogen, wenn früher die zwei Worte „struttura“ und „circostrizione“ etwas klarer waren als „frame“?

Nayer

Bevor ich das Wort weitergebe, scheint mir wichtig, daß man eines festhält. Der Absatz I des Abkommens stellt völlig außer Frage, welche geographische Region gemeint ist. Wenn man also über sprachliche Auslegungen weiterredet, muß man vor allem festhalten, daß der Absatz I bereits im ersten Satz vollkommen klarlegt, für welchen geographischen Bereich die Regelung gelten soll.

Und nun möchte ich das Wort an Herrn Prof. Segre weitergeben. Herr Prof. Segre möchte gerne auf Italienisch sprechen um sich ganz präzise auszudrücken. Claus Gatterer ist so nett, die Übersetzung vorzunehmen.

Segre

Mi pare, la domanda che Lei ha posto sia questa: se Degasperi intendeva sin dall'inizio formare un'autonomia che comprendesse anche il Trentino e non solo l'Alto Adige.

Fragesteller

Non è questa la questione. Si tratta dell'opinione di Gruber...

Segre

... se Gruber sapeva o non sapeva?

Nayer

Bitte, ich möchte nicht das Zwiegespräch so pflegen. Aber der Einwand war sicher notwendig. Nur möchte ich es nicht zur Regel werden lassen.

Segre

Qui bisogna vedere, se vogliamo affrontare una questione di storia diplomatica o di storia politica. Probabilmente in sede di storia diplomatica, cioè nei colloqui fra Degasperi o Gruber, Degasperi avrà detto a Gruber, quale tipo di quadro, perché è la questione di sapere in quale tipo di quadro l'autonomia dell'Alto Adige sarebbe stata collocata. È molto probabile che Gruber sapesse, che Degasperi pensava a un quadro di carattere anche geografico e non solo giuridico. La questione politica mi pare che sia invece diversa. E cioè si tratta di sapere, se la popolazione dell'Alto Adige è stata o non è stata sentita intorno al tipo di quadro giuridico e intorno al tipo di quadro geografico che si voleva dare all'autonomia. Quando la popolazione dell'Alto Adige si è pronunciata, si è pronunciata — per me — attraverso la voce di alcuni leaders, per esempio Amonn. E questi leader hanno trovato, che andava bene il tipo di quadro sia strutturale che geografico, che si sarebbe dato all'autonomia regionale.

Ich vorrei sapere: se questi leader che si sono pronunciati, rappresentavano realmente la maggioranza della popolazione altoatesina. Avevano sondato l'opinione della popolazione altoatesina. Perché il problema che Lei pone, dal punto di vista filologico, si può risolvere. Basterebbe per risolverlo andare dall'unico testimone che può rispondere, che è Gruber. Ma dal punto di vista politico si tratta di sapere quanto si è concordato in modo non esplicito, perché dal testo dell'accordo non risulta affatto che si debba fare una regione Trentino-Alto Adige, risulta che si debba dare una particolare autonomia alle popolazioni della provincia di Bolzano o di alcune zone, che sono state poi aggregate alla provincia di Bolzano. Quindi il testo dell'accordo non fa alcuna allusione al Trentino. Ma può darsi benissimo che l'accordo fra i due uomini sia avvenuto, cioè che Gruber sapesse benissimo, dove si andava a finire. Ma il problema politico non mi pare che sia questo, il problema politico è di sapere se gli altoatesini si aspettavano o non un tipo di autonomia che fosse loro riservata oppure che fosse messa in comune con il Trentino. Il che ha poi determinato una serie di conseguenze e cioè che nell'ambito della regione Trentino-Alto Adige il Trentino si è trovato molte volte a prevalere, sia dal punto di vista delle decisioni economiche sia anche dal punto di vista etnico. Quando Amann e i leader della Volkspartei hanno detto che accettavano e trovavano buona questa soluzione, rappresentavano o non rappresentavano la popolazione dell'Alto Adige. Rappresentavano oppure rappresentavano certi interessi dell'Alto Adige che sarebbero soddisfatti egualmente nell'ambito della regione unita al Trentino? Questi sono, mi pare, le questioni più importanti. Perché risolvere il problema, se Gruber lo sapesse o non sapesse... O il testimone vuol parlare o non vuol parlare. Se non vuol parlare, noi possiamo tenere valide le testimonianze di Degasperi e Carandini e dire Gruber ha torto, perché tace. Se Gruber vuol parlare, può dire, se lo sapeva o non lo sapeva. Io credo personalmente che lo sapesse. Perché non credo che Degasperi abbia giocato sull'inganno.

Non mi pare che quella questione sia fondamentale. In quel momento tutta la storia politica era storia diplomatica. Perché in quel momento non c'era possibilità di fare molto di più. Però da allora in poi la storia diplomatica è diventata storia politica. E quindi mi pare che il problema filologico sia di poca importanza. Invece è molto importante sapere se la popolazione altoatesina allora era convinta o non convinta della soluzione che si stava instaurando.

Nayer

Ich glaube, daß nunmehr für den nächsten Debattenredner, Herrn Dr. Brugger, eine ausgezeichnete Ausgangslage geschaffen ist.

Brugger

Die Ausführungen von Herrn Petta beweisen, daß auf diplomatischer Ebene von italienischer Seite versucht wurde, es wurde Carandini, der ausgezeichnete Diplomat, genannt, die Formeln des Vortrages so allgemein als möglich zu fassen. Es wurde hier ein konkretes Beispiel vorgebracht, daß man ursprünglich die Dinge konkreter fassen wollte, daß man aber unter dem Drucke der Zeit auch dann bereit gewesen war, seitens wohl der österreichischen Delegation, sich auf allgemeinere Formeln zu einigen. Ich möchte vorausschicken, daß ein zwischenstaatlicher Vertrag, der sehr allgemein gehalten ist und der nur einen Teil verpflichtet, in den allgemeinen Formeln immer zu Gunsten des Verpflichteten ausgelegt werden kann.

Also, man hat versucht, diese Formel so allgemein als möglich zu fassen, um sie dann soweit als möglich auch auszudehnen. Ich bin genau in derselben Lage wie Herr Dr. Mitterdorfer. Ich war auch in dieser Zeit noch hinter Stacheldraht. Ich bin nicht selbst dabeigewesen, ich habe aber versucht, die Unterlagen so gut wie möglich zu studieren. Und mir scheint, daß Gruber wußte, daß aus dem Wort „frame“ die Möglichkeit abgeleitet werden konnte, auch das Trentino dazuzunehmen. Man hat also hier schon gewußt, daß es diese Möglichkeit gibt. Nun erhebt sich aber die Frage und sie ist hier schon angecutot worden, ja, was haben die Südtiroler Vertreter dazu gesagt?

Und da müssen wir etwas in der Geschichte zurückgehen. Zuerst wurde die italienische Verfassung erlassen und beim Erlaß der italienischen Verfassung war kein Südtiroler dabei. Und in der Ver-

fassung selbst ist schon die vollendete Tatsache geschaffen worden, daß eine Region Trentino-Tiroler Etschland gebildet wird. Über das Autonomiestatut wurde erst später verhandelt, als daß es schon in der Verfassung festgelegt war. Dazu hat man dann Südtiroler herbeigezogen. Und hier ist auch eine Wendung im Text des Vertrages, daß dieser Rahmen mit den Südtiroler Vertretern vereinbart werden soll. Der Rahmen ist aber bereits in der Verfassung enthalten, ohne daß die Südtiroler Vertreter hierzu gefragt worden seien, sondern diese sind erst später unverbindlich dazugelassen. Und damals, weil die Südtiroler Unterhändler bereits vor vollendeten Tatsachen standen, haben sie dann auch wieder unter dem Drucke der Zeit ja gesagt, weil einige Verbesserungen von der betreffenden Kommission, die das Autonomiestatut beurteilt und abgeändert hat, zustande gekommen sind. Aus diesen Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf ist auch der Perassi-Brief erklärbar. Allerdings muß man dazu sagen, daß dieser Brief von denen, die ihn geschrieben haben, in einem zweiten Brief widerrufen wurde. Dieser Brief existiert auch und den muß man zum Perassi-Brief dazunehmen.

Nun, bei dieser Lage glaube ich, müßte man die konkret gestellte Frage folgendermaßen beantworten: Gruber wußte, so scheint mir es richtig zu sein, daß durch diese Textierung die Möglichkeit besteht, die Autonomie auch auf das Trentino auszudehnen. Man wollte aber dabei auch die Zustimmung der Südtiroler Vertreter erhalten. Man hat aber die Südtiroler Vertreter, als man über das Autonomiestatut verhandelt hat, bereits durch die Verfassung, an der sie nicht beteiligt waren und wo sie nicht mitreden konnten, vor vollendete Tatsachen gestellt. Ich weiß nicht, bin ich klar genug gewesen.

Nun noch etwas dazu, weil diese Frage so interessant ist bei der heutigen Entwicklung. Es heißt immer, dieser Pariser Vortrag ist sehr unklar und unklare Verträge geben Anlaß zu Streitigkeiten. Wenn man — und wie sie wissen, bin ich nicht sehr für einen internationalen Gerichtshof — wenn man aber diese Frage einwenden würde, und nur hier hätte ich eine Hoffnung auf eine günstige Entscheidung vom IGH, ob im Autonomiestatut mit diesem Wort „frame“ auch das Trentino gemeint sei, ich glaube, da würden wir nicht ganz schlecht abschneiden. Aber nur in dieser Frage, in vielen anderen würde ich schwarz sehen. Ich weiß, daß sie eine wesentliche ist und deswegen habe ich mir erlaubt, das noch dazuzusagen.

Nayer

Wir hören also zum ersten Mal, daß an diesem Vertrag nicht alles schlecht ist. Und damit gebe ich das Wort an Dr. Mitterdorfer weiter.

Mitterdorfer

Ich bin zehn Jahre an der Gesetzgebung in Italien mitbeteiligt. Und aus Erfahrung kann ich nur folgendes sagen: jedesmal, wenn es gilt Kompromisse zu schließen, d. h. wenn verschiedene Meinungen zusammenpräßen, dann kommt eine Formel heraus, die unklar ist. Was hätten sonst die vielen Anwälte in Italien zu tun. Man hat den Eindruck, daß man bewußt Unklarheiten schaffen will!

Gatterer

Es geht auch so in der SVPI!

Mitterdorfer

Und nun scheint mir auf die Frage bezogen, die vorher gestellt worden ist, es so zu sein, daß selbstverständlich Degasperi dem Gruber seinen Wunsch mitgeteilt hat, daß also Gruber davon wußte. Und die Abänderung der ursprünglich klareren Formel in einer etwas unklaren Formel ist ja nur darauf zurückzuführen, daß Gruber nicht die Forderung Degasperis annehmen konnte, wie Degasperi die Forderung Grubers Autonomie nur für Südtirol nicht annehmen wollte. So daß also eine Formel zustande gekommen ist, die eine Entscheidung zur Folge hatte, die im Vertrag klar ausgesprochen hätte sein können, aber in diesem Vertrag nicht klar ausgesprochen worden ist, sondern beide Auslegungen zugelassen hat. So daß also die Entscheidung auf eine spätere Phase hinausgeschoben wurde. Leider in eine Phase in der wir Südtiroler allein gestanden sind und nicht mehr Österreich als Schutzmacht gewissermaßen auf

anderer Seite hatten. Und hier kommen wir dann in das hinein, was Dr. Brugger eben gesagt hat.

Ich möchte nur darauf hinweisen, weil das z. T. auch einer Bemerkung von Herrn Segre entspricht, daß die SVP damals in einer Landesversammlung einen einstimmigen Beschluß gefaßt hatte, daß die Autonomie nur für Südtirol allein sein dürfe. Daß es sich aber erst hinterher herausgestellt hatte, daß diese Forderung nicht mehr zu realisieren war, weil sie bereits durch die Verfassung präjudiziert war. Und hier ist dann die Entscheidung eine politische geworden: soll man etwas annehmen oder soll man das Ganze in Frage stellen? Denn solche Drohungen sind — glaube ich — damals recht massiv den Südtirolern an den Kopf geworfen worden. Und deshalb diese politische Phase, die etwas schwierig war und die schwer verständlich ist.

Gatterer

Ich möchte ganz kurz einige Kleinigkeiten eher zur Aufklärung sagen. Wir haben es Gott sei Dank hier mit einer Generation zu tun, die das nicht mehr leidend mitgemacht hat. Deswegen ist es vielleicht nützlich zu sagen, daß die italienische verfassungsgebende Versammlung gewählt worden ist, ohne daß Südtirol mitgewählt hat. Von Südtirol hat nur das Unterland mitgewählt, das damals zur Provinz Trient gehört hat. Und auch dort sind sehr wenige Südtiroler zur Wahl gegangen, weil als Parole Wahlenthaltung ausgegeben worden war. Es war also Südtirol in der verfassungsgebenden Nationalversammlung nicht vertreten. Es hat kein Südtiroler auch nur gemäß seinem Gramm Gewicht, das er dort hätte haben können, teilgenommen an dem Zustandekommen der Beschlüsse, die dort gefaßt worden sind.

Zur Grundfrage, die Herr Professor nach meiner Ansicht zu Recht in den Vordergrund gerückt hat, muß man sagen, die Vertreter waren repräsentativ, auch wenn man später einschränken wollte, aber sie waren repräsentativ. Den Perassi-Brief kann man, glaube ich, nicht interpretieren, ohne dazu den wirklich ausgezeichneten Kommentar von Erich Amona in seinen Dolomitenartikeln gelesen zu haben, der alles über ihn erschöpfend sagt. Der dann auch dem italienischen Publikum präsentiert worden ist, leider nur in Form einer Zeugenaussage in Mailand und nicht, wie einer der italienischen Kollegen heute früh hier angefragt hat, auch in Form einer italienischen Broschüre.

Und was dann die Repräsentation der Südtiroler in der Autonomiekommission, als sie dann effektiv angehört wurden, betrifft, möchte ich nur auf ein Faktum hinweisen, daß mir wesentlich erscheint. Nämlich die Trentiner, die in der sogenannten Perassi-Kommission, auch ihre Vertreter zur Behandlung der Autonomie Trentino-Südtirol drinnen hatten, hatten dann auch den ganzen Schub der anderen Trentiner Abgeordneten, die in der Kommission nicht drinnen waren, noch extra hineingeholt. Also es war zumindest eine Überrepräsentanz jenes Teiles der heutigen Region gegeben, denn, wie Prof. Segre richtig gesagt hat, die Autonomie nicht zugedacht war.

Ich darf mir aber jetzt trotzdem noch eine rein persönliche Meinungsäußerung erlauben: Ich weiß nicht ob wir, wenn ich das Thema sehe, beim Abbruch oder bei der Kontinuität sind?

Mayer

Und damit sollten wir mit der nächsten Frage in den eigentlichen Diskussionsrahmen zurückkehren. Ich glaube nur, daß es richtig war, die Frage, die immer wieder gestellt wird, und über die so viele Meinungen auch aus gewissen persönlichen und nationalen Interessen im Umlauf gesetzt wurden, daß es richtig war, hier nicht abzubrechen oder einzugreifen, sondern die Herren dazu reden zu lassen. Eines muß man, glaube ich, um die Dinge abzurunden, noch sagen: Italien war im Jahre 1946 ein starker Staat, gemessen an dem noch gar nicht existierenden Österreich. Und das darf man einfach nicht übersehen. Man darf nicht übersehen, daß Österreich damals vierzonal besetzt war und als Staats Ganzes eigentlich nicht vorhanden war. Wir besaßen noch nicht einmal einen Staatsvertrag. Und ich habe schon vorgestern erwähnt, daß Gruber nicht mit einem österreichischen Paß nach Paris fahren konnte, um Österreich zu verlassen, sondern daß er mit einem Laissez-passe von der französischen Besatzungsmacht gefahren ist.

Und jetzt darf ich um weitere Wortmeldungen bitten.

Brugger

Darf ich nur einen Hinweis in diesem Zusammenhang noch geben. Es gibt ein Heftchen über die Studientagung der SH am Ritter im Jahre 1957. Und da ist ein Referat vom ehemaligen Parlamentsabgeordneten Otto von Guggenberg enthalten. Hier ist die Entwicklung in diesem Zusammenhang, wenn auch kurz gefaßt, nachzulesen.

Fragesteller

Es ist die Frage aufgeworfen worden, die Region Trentino-Südtirol zu teilen und eine Region Südtirol zu erstellen. Dem steht aber ein rein verfassungsrechtliches Hindernis gegenüber, da Südtirol nicht die notwendige Einwohnerzahl von einer Million aufweisen kann. Meine Frage lautet nun dahingehend, wie die Politiker diesem Hindernis zu begegnen versuchen?

Mitterdorfer

Die Situation ist folgende: wir haben jetzt eine Region, die ja auch nicht eine Million umfaßt. Aber es ist eine Region mit Sonderstatut und fällt also nicht unter diese gewisse andere Bestimmung. Denn die Regionen mit Sonderstatut sind ja gerade deshalb geschaffen worden, um besonderen Situationen gerecht zu werden, so daß also hier wirklich lediglich der Artikel der Verfassung dem gegenübersteht. D. h. also, wenn man zu einer Autonomie für Südtirol allein, also ohne den heutigen regionalen Rahmen zu belassen, kommen will, dann müßte der Artikel der Verfassung geändert werden, mit der Prozedur, die dabei vorgesehen ist.

Gatterer

Oder Südtirol müßte in den Abruzzen liegen!

Mitterdorfer

Nein, ich muß auch da noch etwas sagen. Die Teilung der Abruzzen war schon ursprünglich vorgesehen, so daß sie ohne Verfassungsänderung durchgeführt werden konnte. Das war also schon ursprünglich vorgesehen. In unserem Falle ist das aber nicht vorgesehen, so daß also tatsächlich die Verfassung in diesem Punkt geändert werden müßte. Daß man auf italienischer Seite diese Änderung der Verfassung nicht gerne akzeptiert, ist auch bis zu einem gewissen Grade verständlich, abgesehen von den Schwierigkeiten, ein solches Gesetz mit zwei Drittel Mehrheit in doppelter Abstimmung in der Kammer und im Senat durchzubekommen. Denn hier liegen ja auch rein formale Schwierigkeiten vor.

Ich möchte sagen, gerade weil es von der Regierungsseite als außerordentlich schwer angesehen wird, die Änderung der Verfassung in diesem Punkt vorzunehmen, die Gründe sind vielfältig, und ich möchte hier nicht darauf eingehen, hat die Südtiroler Volkspartei sich bereit erklärt, diese Region zu belassen, allerdings unter einer Bedingung, daß nämlich alle jene Kompetenzen, die für Südtirol und auch in Hinblick auf die Zwecksetzung des Pariser Abkommens wichtig sind, daß alle diese Kompetenzen von der heutigen Region an die Provinz übertragen werden, wobei andere Kompetenzen auch vom Staat auf die Provinz übertragen werden sollten. Das bedeutet natürlich nicht eine Unterordnung der Provinzautonomie einem regionalen Rahmen, der weiterbestehen bleibt, sondern wir haben ja die eigenartige verfassungsrechtliche Konstruktion, daß wir in der Region Trentino-Tiroler Etschland heute drei Autonomien mit Sonderstatut besitzen. Wir haben die Provinzautonomie von Bozen, die Provinzautonomie von Trient und die regionale Autonomie, die alle drei vollkommen unabhängig voneinander sind. Es liegt also nicht ein Verhältnis von Über- und Unterordnung vor. Und jetzt hängt es also nur davon ab, ob dieser Autonomie, die heute die Region besitzt, die Kompetenzen weggenommen werden und den Provinzen gegeben werden, wobei dann ein regionaler Rahmen noch bleiben kann, dessen Bedeutung vom Inhalt der der Region verbleibenden Kompetenzen abhängt. Südtirol und die Provinz Trient würden also automatisch dasselbe bekommen. Deswegen sind die Trentiner bis zu einem gewissen Grad nicht absolut dagegen, weil sie ja ohne einen Finger zu rühren praktisch dasselbe erhalten, was wir versuchen für Südtirol zu erreichen, daß wir also eine Autono-

mie bekämen, die durch den Inhalt, der ihr gegeben werden soll, die Bedeutung einer Region, wie sie sonst in Italien mit Sonderstatut gibt, erhalten soll, während die Region dann durch eine Auslöschung etwa nur mehr einen gewissen kleinen Inhalt weiterhin behalten wird. Das zur Beachtung dieser Frage.

Nayer

Vielleicht wird Herr Dr. Brugger diese Ausführung noch etwas ergänzen wollen.

Brugger

Ich verstehe jetzt, was Sie mit der Themenstellung meinen. Wenn ich sie nun nach dem, was mir vorkommt, interpretieren darf, dann reduziert sich die Frage nach der Kontinuität oder dem Abbruch auf die bisherige Politik der SVP mit den italienischen Regierungsstellen. Ich glaube, da wären wir jetzt schon in einem Rahmen hinsichtlich Kontinuität oder Abbruch drinnen. Und deswegen möchte ich mich hier auch noch kurz zu Worte melden, und dort beginnen, wo wir das Programm, auf das hin wir noch immer arbeiten, geschaffen haben, nämlich in Sigmundskron am 17. 11. 1957. Und dort hat es geheißen: Los von Trient — Echte Landesautonomie für Südtirol allein. Was ist das Wichtigere? Los von Trient, wenn man es jetzt trennt oder echte Landesautonomie für Südtirol allein? Wir glauben, daß unsere Aufgabe darin besteht, alle Möglichkeiten wahrzunehmen, um die Südtiroler in ihrer Heimat auf dauernde Sicht so zu sichern, daß sie in gleichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen leben können, als wenn — sagen wir als Leitbild — sie mit Nordtirol zusammengeschlossen wären. Wie erreichen wir das? Wenn wir mit denselben Befugnissen, die heute die Provinzen haben von Trient loskommen, dann sind wir davon sehr weit entfernt. Wenn wir formell die Region belassen, so wie Herr Mitterdorfer gesagt hat, weil sie in der Verfassung enthalten ist und sie der wesentlichen Befugnisse, die für unser Leitbild nützlich sind, entkleiden, wenn wir diese Befugnisse zur Landesautonomie dazu bekommen, dann wird diese Landesautonomie in ihrer Forderung der Echtheit stärker. Wenn bei der Region nur mehr Befugnisse bleiben, die uns in unserem Bestande nicht schaden, dann kann man die Region belassen. Denn Dr. Mitterdorfer hat gesagt, zum formellen Schritt der echten Lostrennung von Trient braucht es dieses berühmte Gesetz der Verfassungsänderung. Nun fragt man sich aber weiter: für mich ist die echte Landesautonomie für Südtirol allein wichtiger auf Grund dieses Leitmotivs, das ich angedeutet habe. Kann man jetzt hier anfangen Verhandlungen zu pflegen, wenn die Aussicht besteht, daß man vom Staate direkt noch Befugnisse bekommt, die im Sinne einer echten Landesautonomie sind? Ich glaube, wir müssen da alle Versuche unternehmen, daß zur echten Landesautonomie noch Neues für Südtirol dazukommt, was bis jetzt im Regionalstatut nicht drinnen ist. Wo liegt jetzt die Grenze, daß wir sagen können, jetzt wäre die Landesautonomie etwa echt? Wie die Dinge heute liegen, muß ich behaupten, wäre die Lage besser gegenüber früher, wenn gewisse Vorteile ausgeschlossen wären, insbesondere die, die die Garantien und dergleichen betreffen. Aber es ist noch keine echte Landesautonomie. Und ich halte, und jetzt bin ich für die Kontinuität, damit hier auch mit aller Klarheit gesprochen worden ist, ich halte bei dieser Lage der Dinge den zweiten Satz — echte Landesautonomie für Südtirol allein — wichtiger als die erste Forderung Los von Trient.

Nayer

Das war eine sehr bedeutsame Darstellung. Ich glaube, daß kein Zweifel besteht, was Dr. Brugger meint. Ein Zweifel müsse allerdings bestehen, wieviele in Südtirol mit Ihnen diese Meinung teilen. Ich weiß nicht, ob dazu eine Frage ...

Brugger

Bitte, darf ich jetzt noch ...

Nayer

Er nimmt die Wahlen vorweg.

Brugger

Ich habe jetzt gar nicht an die Wahlen gedacht.

Nayer

Das ist ein Sonderfall von einem Politiker. Den Eindruck, glaube ich, hat noch nie jemand gewonnen, der mit Dr. Brugger zu tun hatte. Die Dinge sind so wichtig, daß wir ihm selbstverständlich das Wort erteilen.

Brugger

Das Jetzt heißt nicht, was ich da nun für die Kontinuität gesagt habe, daß ich nicht nach einem bestimmten Zeitpunkt, wenn man sieht, daß dieser Weg zu keinem brauchbaren Ergebnis führt, daß ich nicht auch für einen Abbruch einmal sein könnte. Aber ich glaube, die Politik muß die Möglichkeiten ausschöpfen, die nun einmal anliegen. Und wenn wir schon, daß wir bei dieser Möglichkeit scheitern, dann müssen wir eben andere Wege gehen.

Nayer

Es ist leider so, daß die Referenten so passioniert sind durch die Anzündung aus dem Kreise der Jugend, sie werden ganz jugendlich, alle ...

Brugger

Gar so alt sind wir noch nicht!

Nayer

Es hat sich glaube Gatterer gemeldet und dann Dr. Ortner.

Gatterer

Ich möchte noch einmal einen Versuch unternehmen, aus der Themeninterpretation Dr. Bruggers auszubrechen und zur Themeninterpretation auf der Basis der Bekundigungen, die die Studenten vorhin deponiert haben, zurückzukehren, die, wie ich verstanden habe, als Ausgangspunkt für die Diskussion gedacht waren. Wenn die Basis anderer Meinung ist, dann müssen wir uns derselben fügen.

Nayer

Das wesentliche der Diskussion ist, daß die Fragen gestellt werden und hier möglichst klare, auch unterschiedliche Antworten, nicht Antworten, sondern Stellungnahmen kommen. Ich fürchte nur eines, daß die Studenten zuwenig auf ihre Rechnung kommen.

Gatterer

Nun gut, ich kann Ihnen helfen. Z.B. damit ich mich nicht der Stellungnahme zu diesem Punkte entziehe, ich bin ein absoluter „Divorzysta“ auch auf regionalem Gebiet.

Ortner

Die Frage ist, ob der politische Weg der Aktionen, wie sie Doktor Brugger vorhin aufgezeigt hat, ob das nicht automatisch dazu führt, daß Österreich eigentlich aus dem Südtirolthema ausgeschaltet wird. Und ob dadurch Südtirol nicht irgendwie doch, auf längere Sicht gesehen, ein Schaden erwacht.

Brugger

Ich glaube, daß es in dieser Phase schon Möglichkeiten gegeben hat, wo Österreich einmal in den Hintergrund getreten ist. Wir haben ja schon Beispiele. Und ich könnte mir vorstellen, daß das nicht unbedingt ein Schaden für Südtirol wäre, wenn man bei entsprechender Beurteilung der Lage einmal als Vertragspartner sagen würde, treten wir diesmal etwas in den Hintergrund.

Ortner

Also Sie sind der Meinung, konkret, daß Österreich in nächster Zeit apathisch sein soll?

Brugger

Herrn Nefel: Die Frage ist jetzt wieder nicht richtig gestellt. Ich habe gesagt, es gibt Möglichkeiten und Verhältnisse und Lagen, wo es vielbort kling ist, wenn Österreicher einmal etwas zurücktritt, um die Südtiroler wieder vorzuschicken und umgekehrt. Wann dieser Zeitpunkt ist, darüber möchte ich mich nicht ausprechen.

Nayer

Wir stellen also, bevor wir die nächste Frage stellen lassen, fest, daß gewisse Spannungen nicht nur zwischen der deutschsprachigen und der italienischsprachigen Volksgruppe in Südtirol bestehen, nicht nur zwischen Bozen und Rom, sondern daß auch ein sehr gesundes Spannungsvorhältnis hergestellt werden sollte, falls es nicht schon besteht, zwischen Bozen und Wien. Denn das ist alles sehr einleuchtend was Dr. Brugger sagt. Nur gibt es dazu eine Gegenseite, die sagt, wir machen eine Außenpolitik, die sehr stark belastet ist durch dieses eine Thema. Kann es sich eine Republik auf die Dauer leisten, ihre Außenpolitik von einer einzigen Sache aus bestimmen zu lassen? Es gibt im Leben keinen Fortschritt ohne Spannung, sind wir also froh, wenn gutkontrollierte Spannungen zwischen wirklich echten Freunden, miteinander zwischen Brüdern vorliegen. Das wird der ganzen Geschichte nur nützlich sein. Und jetzt darf ich den nächsten Fragesteller aufrufen.

Fragesteller

Ich möchte mich an Herrn Dr. Segre wenden, der ja in Italien ein sehr bekannter Journalist ist. Ich möchte ihn fragen, was erwartet sich der Italiener durch die Weiterentwicklung in Südtirol? Wie sehen Sie die Stellung der dort ansässigen Italiener zu den Trentinern. Hält der Italiener es für notwendig, ein Verständnis für Tiroler Kultur auch im Nordtirol zu finden, sowie er sich zur österreichischen Kultur im allgemeinen zu stellen gedenkt?

Nayer

Wir werden das Bündel von Fragen jetzt von Claus Gatterer übersetzen lassen. Können Sie bitte noch einmal die einzelnen Punkte anführen, denn es ist sonst fast nicht möglich zu antworten.

Gatterer

Fragen Sie auf Italienisch!

Nayer

E' meglio!

Fragesteller

Che cosa si aspettano gli italiani per lo sviluppo dell'Alto Adige? Quale posizione prendono gli italiani residenti nell'Alto Adige in confronto a quelli del Trentino. Se l'italiano ritiene necessario acquistare comprensione per la cultura tirolese anche nel Tirolo settentrionale e come è la sua posizione rispetto alla cultura austriaca in generale?

Nayer

Für die nächste halbe Stunde, glaube ich, sind wir verpflichtet. Wir werden daher den Herrn Professor bitten, daß er seine Antwort schlagzeilenartig formuliert, was natürlich eine sehr schwierige Aufgabe ist. Wenn wir schon bitten, sehr kurz zu sein, dürfen wir nicht von ihm verlangen, daß er jetzt in der Kürze, ohne viele Nebensätze zu machen, so ganz klar alles trifft. Wir dürfen ihn dann also nicht beißen und Einzelheiten herausreißen, das wäre nicht fair. Und ich würde vorschlagen, daß die einzelnen Teilantworten sofort übersetzt werden.

Gatterer

Man braucht es gar nicht zu übersetzen.

Nayer

Wir haben einige Gäste da, die nicht italienisch sprechen.

Segre

Mi pare che lei mi ha posto una serie di domande o non una sola. Ad alcune posso rispondere ad altre non posso rispondere. Lei per esempio domanda, se gli italiani hanno un interesse spinto verso la cultura tirolese in generale o verso la cultura austriaca, o se lo dovrebbero avere per poter dare una soluzione politica nazionale alla situazione dell'Alto Adige. Io credo che sia questa la domanda.

Fragesteller

L'accento è un po' spostato. Si ritiene necessario per avere una adeguata soluzione del problema altoatesino avere più comprensione per la cultura nordtirolese e austriaca generale.

Segre

Io dico la mia opinione personale. In questo momento io credo che sia prioritario il problema politico su quello culturale. Cioè non si può aspettare molto tempo, non si può più aspettare molto tempo a realizzare una riforma dello statuto della regione, che conferisca una effettiva autonomia all'Alto Adige. Credo che questo sia da fare prima di qualunque altro discorso di orizzonte culturale, come quello che lei pone. Io lo credo per questa ragione, che più passa il tempo e più il pacchetto invecchia. Si tornano a creare delle tensioni, che in trattativa per il pacchetto aveva ammorbidito. E quindi credo che sia più urgente risolvere prima di tutto la questione sul piano politico che sul piano culturale. Non mi nascondo che è difficile risolverlo e forse difficile più per la parte austriaca e di Bolzano oggi, che per la parte italiana. Perché credo che la maggioranza necessaria al parlamento italiano, se è necessario una maggioranza qualificata, questa maggioranza ormai esisto. Perché? Perché la maggioranza del centro-sinistra è una maggioranza che voterebbe per il pacchetto qual è o con eventuali modifiche, se il governo Moro lo porta in Parlamento. Ma le difficoltà sommai possono essere ancora da parte di un'ala della SVP o da parte di una parte dell'opinione austriaca o forse anche esistono difficoltà obiettive nello schieramento politico austriaco per giungere ad un accordo definitivo, data la lotta politica come oggi configurata in Austria.

Tuttavia credo che queste siano le difficoltà da vincere in primo luogo.

Parte seconda. La soluzione politica stabilisce delle basi di convivenza diverse da quelle precedenti. Non stabilisce anche per la parte italiana in Alto Adige non soltanto per la popolazione di lingua tedesca. Tuttavia non risolve, come abitualmente crediamo, tutti i problemi. Non risolve in questo senso che sia votato o non votato il pacchetto, esiste tuttora una frattura fra la popolazione di lingua italiana e la popolazione di lingua tedesca, cioè non esiste una comunicazione volontosa fra le due parti della popolazione. Le due parti continuano per molti aspetti ad ignorarsi. E' molto probabile che l'istituzione dell'autonomia determini molte occasioni per lavorare insieme. E questo è certamente già di per se stesso un fatto nuovo di cultura politica. Però è vero quello che Lei dice, che se gli italiani avessero un interesse per la cultura di lingua tedesca, in particolare per la popolazione di lingua austriaca, sarebbero portati a cercare di avvicinarsi alla popolazione di lingua tedesca e di risolvere anche sul piano del costume, della cultura e del linguaggio quello che non può essere risolto soltanto da norme giuridiche. Io però devo rifare la domanda opposta, o cioè esiste da parte della media, non devo dire della vecchia generazione di lingua tedesca, perché la vecchia generazione di lingua tedesca io posso considerare che sia culturalmente stabilizzata, cioè non cerchi di modificarsi, ma esiste da parte della popolazione di lingua tedesca della media e della nuova generazione un interesse reciproco e cioè di estendere i propri interessi culturali non semplicemente verso il Nord-Tirolo, che è la cosa più naturale per voi, ma verso la cultura italiana. Perché devo dire, è probabilmente più facile per voi portarvi verso la cultura italiana, perché voi siete quasi tutti bilingui, che non per gli italiani, e specialmente per gli italiani portarsi verso la cultura tirolese austriaca. Gli italiani, che abitano in Alto Adige, non sono quasi tutti bilingui, mentre voi lo siete quasi tutti. Allora sono io a porre la domanda a Lei, questo interesse, che dovrebbe essere costitutivo della convivenza degli

italiani e degli altoatesini di lingua tedesca nella zona di cui parliamo, questo interesse lo avete voi. Io devo dire che da parte degli italiani l'interesse per la cultura austriaca è scarso. Io credo che sia scarso. Dico da parte degli italiani, intendo gli italiani che non abitano nella provincia di Bolzano. Perché la cultura italiana tende oggi non verso le strutture culturali dei paesi di lingua tedesca, ma piuttosto verso i paesi di lingua inglese. Quindi non potrei dire che ci sia una spinta verso la cultura tedesca. Oggi si studia molto meno il tedesco che un tempo nelle scuole italiane. Il tedesco stesso, in conseguenza della seconda guerra mondiale, non è più una lingua internazionale importante. Mi dispiace di constatarlo, ma è così. Oggi è l'inglese una lingua importante, è il russo importante, ma il tedesco non è più una lingua internazionalmente importante. Questa è una delle ragioni per cui mentre gli italiani della mia generazione studiavano il tedesco, gli italiani della vostra generazione non lo studiano. Quindi anche alla sua domanda, se gli italiani sono disposti a occuparsi di cultura nord-tirololese o di impadronirsi della cultura austriaca, è una domanda che dovrebbe essere più estesa, o cioè gli italiani sono disposti di occuparsi di cultura tedesca e di assimilarla come una delle culture che è loro necessaria. Questo mi pare... la sua domanda dovrebbe essere estesa a questo punto. A questo punto io dovrei rispondere che gli italiani hanno molto meno interesse a questo oggi che un tempo.

Però ho bisogno anche di un altro supplemento di informazione da Lei. Lei si riferisce soltanto agli italiani che vivono nell'Alto Adige o parla degli italiani in generale?

Fragesteller

Io Le chiedo il punto di vista degli italiani in generale.

Segre

Guardi, il punto di vista degli italiani in generale, è certamente oggi molto meno interessato alla cultura tedesca di quello che poteva essere nel 1920 o nel 1940 per ragioni opposte. E' certo che oggi interessarsi per la cultura tedesca vuol dire sapere il tedesco come prima cosa. Gli italiani che sanno il tedesco sono in diminuzione, per la ragione che Lei ho detto, perché il tedesco non ha più l'importanza internazionale che ha avuto dal 1870 al 1945. E quindi questo sforzo che Lei ritiene utile e che anche io ritengo utile, può appartenere ad una élite. Ma non può diventare un fatto popolare. Credo che sia più facile per voi, che siete bilingui, assorbire la cultura italiana.

(Gemurmel)

Mitterdorfer

Ich glaube, daß mit dieser Frage und auch mit der ersten Stellungnahme von Prof. Segre, wir eigentlich in das Zentrum unseres Problems schlechthin als dem einer nationalen Minderheit in einem andersnationalen Staat vorgestoßen sind. Ich glaube, daß wir hier also wirklich in das Zentrum gehen. Und deshalb erlaube ich mir einige Gedanken kurz in Erinnerung zu bringen, die unsere Situation, also unsere spezielle Situation als Südtiroler in Italien nun darstellen sollen.

Wir können nicht übersehen, daß wir in einem Zeitpunkt dem italienischen Staat angeschlossen worden sind, in welchem das Ideal staatlicher Bildung der Nationalstaat war. Wir sind eine Folge nationalstaatlicher, europäischer Bruderkriege, wenn ich es so nennen darf. Und wir sind in einem Augenblick zu diesem italienischen Nationalstaat gestoßen, als die Idee, daß der Staat mit der Nation übereinstimmen müsse, die eigentliche tragende Idee des Staates bildete. Man kann sagen, wir sind über diese Entwicklung in einem gewissen Sinne hinausgegangen, nachdem sich dieses nationalstaatliche Denken bis zu einem gewissen Grad im Zuge weltweiter Entwicklungen, auch europäischer Entwicklungen, nun zu wandeln beginnt. Jedoch die Position des Staates uns als nationaler Minderheit gegenüber hat sich dadurch wohl in der Form abgemildert aber im Wesentlichen noch nicht verändert.

Und ich möchte also noch folgendes dazu sagen, daß in dieser nationalstaatlichen Auffassung Staat und Nation als eine Einheit zusammenzufallen zu haben, bzw. daß es das Recht des Staates ist, sich mit seiner Nation zu identifizieren und damit das Recht des Staates ist, nur eine Nation innerhalb der eigenen Grenzen zu um-

fassen. Ich habe gewisse Erfahrungen auf diesem Gebiete gemacht. Jeder von uns hat solche Erfahrungen gemacht. Ein Universitätsprofessor, illustres Mitglied der Neunzehner-Kommission, sprach immer vom 'stato unazionale', um noch klarer zu definieren, welcher Begriff da dahintersteht. Unazionale bedeutet, daß im Rahmen des Staates nur eine Nation Platz hat und daß zu dieser Nation jeder gehört. Beispiel: wenn ich im Parlament unterbrochen werde und mir gesagt wird, in Italien gibt es nur ein Volk und sie gehören dazu. (Präsident Leone in einer Südtiroldebatte im Februar 1961.) Also hier spricht wirklich diese Idee und wir können diesen wesentlichen Punkt nicht übersehen. D.h. also mit anderen Worten, daß für eine nationale Minderheit im Bereiche eines 'stato unazionale' ja per definitione kein Platz ist. Natürlich sind wir da, natürlich bilden wir eine solche nationale Minderheit. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß selbst die italienische Verfassung nicht von nationalen Minderheiten spricht. Denn der Begriff ist im nationalstaatlichen Denken unbekannt. Die Verfassung spricht von sprachlichen Minderheiten, Art. 6, oder von ethnischen Minderheiten. Aber bereits der Begriff ethnische Minderheit ist umstritten und wird z. B. im Parlament vom nationalen Flügel als nicht akzeptabel bekämpft. Trotzdem wäre sie ethnisch noch akzeptabel, denn ethnisch bedeutet ja eine volkliche Eigenart, die mit dem Begriff Nation sich unbedingt in Kollision zu treten hat.

Nun können wir aber nicht davon abgehen, daß wir doch eine nationale Minderheit sind, in welcher Position stehen wir dann zum Staate, der sich mit seiner Nation identifiziert? Wir werden dem Staate gegenüber Außenseiter, und zwar verdächtige Außenseiter. Weil, wenn man von nationaler Minderheit spräche, so hätte diese ja das Recht zu ihrem Staate zu stoßen, in dem ihre Nation zusammengefaßt ist. Deshalb wird das nationalstaatliche Denken von den Nationalisten auch als zwingendes Denken angesehen. Und deshalb darf man nicht von nationaler Minderheit sprechen. Das bedeutet, daß wir also in Schwierigkeit geraten.

Noch kurz ein paar Worte zu den Ausführungen Prof. Segres. Ich bin gerade deshalb der Meinung, daß zunächst politisch versucht werden muß, Voraussetzungen zu schaffen, die es uns ermöglichen, durch eine Änderung des Verhältnisses des Staates zu dieser Minderheit, bzw. der Staatsnation zur nationalen Minderheit, zu einer Lösung zu kommen. Nicht das Autonomiestatut, nicht das Paket ist die Lösung, sondern sie kann eine gewisse Voraussetzung schaffen, daß eine Änderung des Verhältnisses der Volksgruppen, bzw. der Staatsnation zur Volksgruppe überhaupt zustande kommt.

Und jetzt muß ich noch eingehen auf die Frage der Kultur und der Sprache. Es ist klar, daß wir Südtiroler aus dem Naturrecht heraus die Möglichkeit haben müssen, in unserem kulturellen Bereich uns zu entfalten und zu entwickeln. Die Frage ist also nicht die, ob die Italiener leichter Deutsch lernen oder die Deutschen leichter Italienisch lernen, sondern die Frage ist, daß hier ein unabhängiges Recht besteht, ein Recht auf das wir bestehen müssen. Wir sind selbstverständlich jederzeit bereit kulturelle Werte der anderen Kultur aufzunehmen. Leider ist das nicht umgekehrt in der gleichen Weise zu bemerken.

Die Frage, die sich erhebt, ist die, ist es berechtigt zu sagen, da ihr Südtiroler leichter Italienisch lernt, müßt ihr die italienische Kultur absorbieren, oder ist es nicht vielmehr so, daß angesichts des ursprünglichen Rechtes der Südtiroler, ihre deutsche Kultur in diesem Kulturbereich zu leben und zu entfalten, es zumindest, was Südtirol betrifft, eine Frage der Gegenseitigkeit wird oder werden soll. Denn ansonsten wird natürlich jede Öffnung der italienischen Kultur ohne Öffnung der Italiener gegenüber der deutschen Kultur zu einer Form der Assimilierung. Hier spricht man von Absorbierung; das ist ein gemilderteter Ausdruck und vielleicht meint er auch nicht die Assimilierung; aber zwangsläufig würde das zur allmählichen Assimilierung führen. Und damit wäre nicht das Verhältnis geschaffen, das es braucht, um das Problem überhaupt lösen zu können.

Ich glaube, daß hier zwei Kultursprachen vorliegen, Deutsch und Italienisch. Beide Kultursprachen sind heute keine Weltsprachen mehr. Ich glaube, in dem Maße, in dem der Südtiroler sich kulturelle Werte der italienischen Seite zu eigen macht, um sein kulturelles Niveau zu erhöhen, in dem Maße wäre es richtig und sollte, und der Staat täte gut daran hier die Möglichkeiten zu schaffen, der italienische Teil dieses Fensters auf die deutsche Kultur, das ihm durch Südtirol geboten wird, auszunützen, um die kulturellen Werte des deutschen Sprachraumes sich zu eigen zu machen. Und hier wären viele Möglichkeiten vorhanden und sie sollten genutzt werden.

Ein letzter Punkt: man hat davon gesprochen, daß die Mehrheit im Parlament schon vorhanden ist, um das Paket durchzuführen. Ich darf den Prof. Segre darauf aufmerksam machen, daß das sicher der Fall wäre, wenn wir mit einer einfachen Mehrheit die Gesetze durchkriegen würden in einer doppelten Lesung. Diese einfache Mehrheit wird sehr stark bestritten und zwar nicht nur von der Opposition, sondern auch von einem Flügel der DC. Ich erinnere daran, daß Minister Taviani z. B. das Gesetz für die Volksbefragung ja haben will, weil gerade auf diese Weise die zwei Drittel Mehrheit erzwungen werden kann.

Nayer

Es ist für einen Diskussionsleiter gar nicht so einfach, mit einem Parlamentarier und einem Professor am Tisch zu sitzen. Wir wollen aber versuchen, das immer wieder aufzulockern. Ich würde nur bitten, das gute Beispiel, das die Hochschüler geben, nämlich wie kurz sie sind, daß wir uns auch in diesem Sinne etwas befleißigen. (Lachen, Zustimmung.)

Es sind zwei ganz kurze Stellungnahmen zur Klarstellung. Erstens müssen wir den Herrn Professor Segre jetzt die Möglichkeit geben etwas zu sagen, und dann will Claus Gatterer eine kurze Definition geben.

Gatterer

Ich möchte das gleich vorausschicken. Ich habe das Absorbieren so verstanden — und ich bitte Herrn Professor, mich zu korrigieren —, daß Herr Professor meinte, es müßte sozusagen von der Südpolster Seite aus ein kultureller Sog, wenn ich es so sagen kann, in Richtung der Italiener ausgehen.

Segre

Sfatto!

Gatterer

Das ist eine wesentliche andere Form, als sie Herr Dr. Mitterdorfer gebraucht hat.

Mitterdorfer

Ich habe auch gesagt, daß sie wahrscheinlich nicht so gedacht war. Aber sie führt dazu.

Segre

Io volevo rispondere... scusate se continuo a parlare in italiano. La questione della maggioranza al Parlamento italiano è quella di una qualificata o non qualificata; come sapete, la questione è sospesa, se occorre o no una maggioranza qualificata. Supponiamo che occorre una maggioranza qualificata e che ci diano le circostanze di cui parla l'on. Mitterdorfer, cioè che una parte della DC, la destra della DC credo, si opponga. Intanto se non occorre una maggioranza qualificata certamente verrebbe posto il voto di fiducia. Se viene posto il voto di fiducia, i democristiani devono votare apertamente per e non contro. Comunque per la riforma dello statuto altoatesino, si potrebbe formare con i voti del Partito comunista un tipo di maggioranza simile a quella, con la quale in Italia si risolvono altri problemi costituzionali, come quello della elezione del Presidente della Repubblica. Quindi è per questo che io ritengo che esista oggi una maggioranza. Naturalmente anche queste sono difficoltà, ma sono difficoltà di tattica politica che si risolvono. Le vere difficoltà sono nel contenuto e cioè la questione dell'ancoraggio o del non-ancoraggio, la questione di determinate prerogative che ancora vengono richieste dalla Volkspartei e che non sono ancora contenute nel pacchetto, etc.

E vorrei dare ragione all'on. Mitterdorfer su un altro punto. E' verissimo che non solo il tedesco non è più una lingua internazionale, ma dovrei dire che anche l'italiano dal tempo del Rinascimento non lo è più. L'italiano non è mai stato una lingua internazionale.

Però il problema non è questo. Il problema è un po' diverso. L'interesse che un altoatesino può avere per l'italiano consiste nell'interesse di recepire attraverso la cultura italiana l'influenza e le relazioni che tutte le culture hanno come una maggioranza nazionale.

L'italiano è una cultura che ne assorbe molte altre, che le assimila. Quindi in questo senso ha significato che un giovane o un uomo altoatesino che è bilingue possa servirsi anche dell'italiano per assorbire o far proprio discutere elementi di altre culture. Mentre invece è più difficile perché l'italiano passi attraverso la lingua e la cultura tedesca per recepire elementi della cultura internazionale.

Nayer

Das war eine exakte Beschreibung eines Umweges, den man natürlich schon sehr eingehend eigentlich erörtern sollte. Aber wenn wir das tun, dann kommen wir mit der Diskussion nicht weiter. Ich will jetzt nur zweimal hintereinander das Wort am Tisch vorgeben und dann schauen, daß wir mit den Fragen wieder aus der Hörschale fortfahren werden.

Brugger

Die Ausführungen von Herrn Prof. Segre sind so interessant gewesen, daß ich auch bereit wäre, meine Gegen Ausführungen in italienischer Sprache vorzunehmen, damit wir uns ganz genau verstehen, denn ich glaube, daß das gegenseitige Vorstehen hier wirklich notwendig ist.

Io vorrei adesso dirle che tra buoni vicini, non occorre prima la norma, se si vuole aiutare, ma il buon senso e la reciproca comprensione. Perciò io ritengo che la domanda come ora stata posta era interessantissima nel modo come fu posta, cioè prima la cultura e poi la norma, prima comprenderci, cercare di comprenderci e poi stabilizziamo questo rapporto. La divergenza in provincia di Bolzano sono costruite su una reciproca diffidenza. Questa è diventata più che altro storica, perché noi da parecchi decenni possiamo dire potevamo vedere che l'elemento italiano ritiene che noi lo vorremmo sopraffare. L'elemento di lingua tedesca ha le prove in base alle norme che furono istituite che poi dopo essere istituite non furono attuate così come ci si aspettava. Perché tra istituzione e attuazione c'è una grande differenza e ci possono essere molte falcidi tra Roma e Bolzano. Ora noi da prima dovremo comprenderci. Dopo esserci compresi ci troviamo più facilmente d'accordo per stabilire dei rapporti che si possono poi anche manifestare o che si manifesteranno in norme giuridiche. Qui io capovolgo il suo modo di ragionare, perché fare una norma giuridica nella reciproca diffidenza per questioni che devono regolare a lungo andare la società, a questo riguardo ho le mie preoccupazioni. Perché la società non si fa comprendere soltanto in norme nel suo sviluppo dinamico. Per questo motivo sono dell'avviso, che la questione del pacchetto potrebbe essere affievolita istituendo adesso innanzitutto quello che ci fu concesso e che è possibile istituire con decreti ministeriali, con leggi semplici, per affievolire la diffidenza reciproca. Quando arriveremo poi alle norme costituzionali, noi siamo molto più facilitati in un giudizio sereno, che non lo siamo, se in Italia, se il Governo dice o tutto o niente, porca miseria. (Lachen!)

Nayer

Jetzt bitte ich um die Übersetzung ins Deutsche: Kurzfassung! Auch porca miseria; wie er das übersetzt, weiß ich nicht.

Brugger

Höll Teufel ist das Letzte. (Lachen.)

Nach meinem Dafürhalten ist es nicht richtig, wenn man mit der Norm beginnt, um eine Gesellschaft zu regeln, sondern wenn man versucht zunächst Verhältnisse zu schaffen, wenn zwei Volkgruppen nebeneinanderleben, die auf gute Nachbarschaft abzielen. Die Nachbarn, wenn sie sich gegenseitig helfen wollten, helfen sich auch ohne Normen, sondern aus Einsicht. Aus dieser natürlichen Erwägung scheint mir richtig, daß zuerst die Frage zu stellen ist, wie stellt sich Italien zur Tiroler, zur deutschen Kultur. Und die Antwort ist uns ganz klar gegeben worden. Ich bin der Meinung, daß man zuerst das Mißtrauen, das sehr tief liegt, beseitigt oder wenigsten abgeschwächt werden muß. Denn in diesem Verhältnis des Mißtrauens ist man auch gegenüber Normen, die eingeräumt werden, mißtrauisch, weil ein großer Unterschied besteht zwischen der Einräumung einer Norm und der konkreten Durchführung. Und in

diesem Zustand des Mißtrauens verlangt man nun zuerst die Norm, aber da müssen die Südtiroler entweder zum ganzen Werke Ja oder nein sagen, entweder alles oder nichts. Diese Forderung, entweder alles oder nichts, erweckt in mir schon ein gewisses Mißtrauen, das man beseitigen könnte, indem man gewisse Maßnahmen, es wären sehr viele, die in dem sogenannten Paket enthalten sind, und die mit Dekret eines Ministers zu lösen möglich wären oder mit einfachen Gesetzen, zuerst einmal durchführen würde, damit man aus diesem guten Willen von uns aus die Seite des Mißtrauens immer mehr abbauen könnte. Wenn nun Verfassungsänderungen vorliegen und wir dazu Stellung nehmen müssen, um diese neue Autonomie zustande zu bekommen, dann müssen wir uns nicht mehr in der reinen Form des Mißtrauens äußern. Das ist jetzt die andere Seite zum Problem, und es ist vielleicht gut, wenn man auch das aufzeigt, damit man nicht glaubt, daß wir uns nur gegenseitig anbellen und dabei nichts danken.

Nayer

Es hat der Abschluß gefehlt. Er hat uns den Abschluß nicht geliefert.

Brugger

Den habe ich vorweggenommen!

Nayer

Was am Schluß war, sollte am Schluß bleiben.

Fragesteller

In diesem Zusammenhang möchte ich den Abg. Mitterdorfer persönlich fragen, halten Sie es für besser oder günstiger, die Südtiroler Politik der letzten Jahre, seit der Sigmundskroner Kundgebung, zu umschreiben mit einer kontinuierlichen Abwärtsentwicklung und insofern mit einer konsequenten Entwicklung? Oder glauben Sie, daß man die Südtiroler Politik besser kennzeichnen kann mit einem Abbruch? Was halten Sie davon persönlich. Und was denkt man zu tun, wenn das Paket im Parlament nicht durchgeht?

Mitterdorfer

Die Frage ist also sehr klar gestellt worden. Und ich möchte ganz klar und möglichst kurz antworten.

Erstens ist sicher eine Vorwärtsentwicklung zu sehen in der Politik der SVP seit Sigmundskron. Denn Sie dürfen eines nicht vergessen: In Sigmundskron wurde eine Parole ausgegeben. Aber wir sind von einem Punkt ausgegangen, als wir das alte Statut nur zum Teil, zum Teil schlecht, zum Teil gar nicht erfüllt hatten. Ich erinnere an den Artikel 14, der ja der Ausgangspunkt des ganzen Streites war. Ich erinnere, daß im Jahre 1958 noch die Durchführung der Kompetenz auf dem Sektor des Volkswohnbaues uns zu Demonstrationen geführt hatte. Heute sprechen wir ja nicht mehr von der Durchführung des alten Statutes, vom Artikel 14, Artikel 73, und Kompetenzen vom Artikel 11 und 12. Wir sprechen nicht mehr davon. Sondern wir sprechen von einem neuen Statut, das kommen soll. Und die Grundlagen für dieses neue Statut wurden in der Zwischenzeit erarbeitet, schlecht und recht, zufriedenstellend oder nicht zufriedenstellend. Immerhin stellt diese Entwicklung einen ganz klaren positiven Trend dar. Darüber besteht, glaube ich, wirklich kein Zweifel. Und jeder, der über den Inhalt des Paketes oder die Ergebnisse der Diskussionen etwas weiß, der wird mir hier recht geben. Vor einigen Jahren hätten wir von einem neuen Statut noch gar nicht reden können. Die zweite Frage, ob das Paket im Parlament durchgeht oder nicht, ist eine andere.

Nayer

Verzeihung, es war die Frage, was geschieht, wenn das Paket im Parlament nicht durchgeht. So war konkret die Frage.

Mitterdorfer

Die Frage, was das Parlament mit dem Paket macht ist eine andere. Das Parlament ist natürlich souverän und kann als souveränes Organ eine souveräne Entscheidung treffen. Wenn alles nichts nützt, wenn die Forderung der Vertrauensabstimmung durch die Regie-

rung nicht dazu führt, daß das Parlament das annimmt, wenn also eine Regierungskrise eintritt und eine bestmögliche Regierung, die also gewählt war, etwas zu machen, nicht mehr dazu imstande ist und also eine andere Regierung kommt, die das nicht mehr machen will, dann ist klar, daß gegenüber der heute bestehenden Situation wir eben nicht mehr weiter kommen, sondern daß die Situation, die heute ist, bestehen bleibt. Eine Streitsituation, die durch die Anhängigmachung des Südtiroler Problems vor den Vereinten Nationen im Jahre 1960 und 1961 abhängig ist und die ja weiter als Streitsituation bestehen bleibt, weil ja keine Lösung zustande gekommen ist, gemäß der Resolution, die zu Verhandlungen auffordert.

Nayer

Elte Zusatzfrage.

Fragesteller

Aus dem ersten Teil der Antwort entnehme ich, daß Sie die Entwicklung der Südtiroler Politik als Aufwärtsentwicklung sehen und nicht als Abwärtsentwicklung und auch nicht als Abbruch.

Mitterdorfer

Genau!

Fragesteller

Wir sind jetzt bei der Kontinuität. Es gibt andere Punkte, wo auch die Kontinuität in Frage gestellt ist. Es ist den Voranstellern dieser Tagung der Vorwurf gemacht worden, daß nicht Dr. Jenny am Podiumstisch sitzt. Die beiden Herren können nicht dafür. Ich stelle aber an Sie die Frage, ob Sie sich noch als Vertreter des gesamten Südtiroler Volkes fühlen, oder nur mehr als einen Teil Südtirols.

Brugger

Die Antwort ist von mir aus sehr kurz. Wir fühlen uns als die politischen Vertreter des gesamten Südtiroler Volkes, solange wir nicht wissen, welches die Kraftverhältnisse, die sich jetzt eventuell ändern können, sind. Bis jetzt ist da nichts klar. Solange sich diese Seite nicht in ihrer Stärke manifestiert hat, sind wir berechtigt, uns noch als Vertreter des gesamten Südtiroler Volkes, der gesamten Südtiroler zu halten.

Nayer

Die Frage scheint mir so wichtig, daß ich die Zusatzfrage stelle. Hat man das so zu verstehen, daß die SVP sich als die Vertretung des gesamten Südtiroler Volkes fühlt, solange allein die SVP deutschsprachige, in freier Wahl hervorgegangene Abgeordnete stellt. Ist das so zu verstehen?

Brugger

Ja!

Nayer

Ich glaube, diese Präzisierung war jedenfalls für uns Österreicher sehr wichtig.

Fragesteller

Ich möchte wieder zur Themeninterpretation zurückkehren, wie sie Herr Claus Gatterer gestellt hat, also zur Kontinuität der Beziehungen zwischen den drei Teilen Tirols. Nun bin ich der Ansicht, daß diese Kontinuität der Beziehungen zwischen den drei Teilen Tirols, oder diese Kontinuität der Einheit von italienischer Seite erstens einmal ungenügend gesehen und zweitens — sagen wir es ruhig — hintertrieben wird, wenn nicht offiziell, so doch durch verschiedene Maßnahmen. Z. B. sieht man schon nicht gerne die Reklame, die für diese Kontinuität der Beziehungen gemacht wird, so die Tafeln, die am Reschen und am Brenner stehen mit der Aufschrift: Tirol nie vorgotton! Soviel mir bekannt ist, wurde das von italienischer Seite schon mehrmals beanstandet und sogar die Entfernung dieser Tafeln gefordert, als Bedingung für die Fortführung der Südtiroler Verhandlungen.

Ein anderer Punkt: der Beweis, daß diese Kontinuität der Beziehungen zwischen den drei Teilen Tirols von italienischer Seite betrieben wird: in der italienischen offiziellen Bezeichnung wird das Wort Südtirol nicht gebraucht. Also immer Alto Adige oder höchstens in der deutschen Übersetzung Tiroler Etschland. Und mir ist auch aufgefallen, daß Herr Prof. Segre, ich weiß nicht bewußt oder unbewußt, dauernd das Wort Alto Adige und Altoatesino an Stelle von Südtirol und Südtiroler gebraucht.

Ein weiteres Beispiel, das ich anführen möchte: die Manipulation einer gerechten Forderung der Südtiroler in Hinblick auf das deutschsprachige Fernsehen von Österreich, vom Ausland her. Diese Forderung wurde von der Südtiroler Seite gestellt, wurde manipuliert, indem man gesagt hat, wir Italiener werden diese Forderung ganz einfach erfüllen, indem wir ein deutschsprachiges italienisches Programm von einer Stunde erstellen. Nun, das ist erfolgt. Das Programm ist denkbar schlecht, hat aber seinen Erfolg teilweise schon gezeigt. Die deutschsprachigen Südtiroler, die bisher keinen Fernseher besaßen, haben einen gekauft. Das deutschsprachige Programm wird angesehen. Aber natürlich, um neun Uhr, wenn das deutsche Programm aufhört, wird das italienische Programm weitergeschaut. Und es dürfte den Herrn allen klar sein, daß das Fernsehen heute eine gewaltige Macht bildet. Deshalb könnte das Fernsehen, wenn es von Österreich nach Südtirol überkäme in ganz entscheidendem Maße zur Kontinuität dieser Beziehungen zwischen Süd-, Nord- und Osttirol und noch allgemeiner, zwischen Südtirol und Österreich beitragen. Und ich glaube, man fürchtet in Italien die schlechende Propaganda, die durch die Zulassung des österreichischen Fernsehens in Italien entstehen könnte.

Nayer

Danke vielmals für den Beitrag. Nachdem wir den Südtiroler Spezialisten für das Fernsehen hier sitzen haben, nehme ich an, daß er dazu sich äußern wird.

Mitterdorfer

Ich möchte zu dem Problem Fernsehen etwas sagen und zum Problem Südtirol als Bezeichnung. Es stimmt, daß man das Wort Südtirol deswegen nicht haben will, weil es die Einheit von Tirol irgendwie darstellt. Denn man könnte nicht Südtirol sagen, wenn nicht auch der andere Teil, Nord- und Osttirol, wäre. Auch im Paket ist natürlich darüber etwas enthalten und die Einführung des Wortes Südtirol anstelle von Tiroler Etschland als offizielle Bezeichnung ist gesichert. Daß das immer noch Schwierigkeiten hat, da gebe ich ihnen vollkommen recht, denn wenn wir im Parlament das Wort Südtirol gebrauchen, dann gibt es nach wie vor großen Krach.

Zur Frage Fernsehen ist alles eigentlich von Ihnen schon gesagt worden. Es stimmt genau, daß die Frage des Fernsehens nicht unserem Wunsche gemäß gelöst worden ist. Es stimmt aber auch, daß wir diese Forderung weiter aufrecht lassen, denn auf die Dauer ist es in Europa einfach nicht tragbar, daß man uns hindert, das deutschsprachige Fernsehen aus dem benachbarten deutschen Ländern zu empfangen. Daß politische Bedenken dabei sind, kann nicht überraschen, insbesondere politische Bedenken bezüglich des österreichischen Fernsehens. Was sie von italienischen Fernsehern sagten, stimmt hundertprozentig. Die Herrn wissen, daß z.B. damals, als im Februar 1966 dieses Fernsehen als Versuchsfernsehen eingeführt worden ist, eine große italienische Tageszeitung, der „Messaggero“, einen Artikel darüber geschrieben hat. In dem Artikel sagt er unter anderem, daß dieses Fernsehen auf staatlicher Ebene in deutscher Sprache letztlich die einzige Möglichkeit darstellt, einen wirklichen Einfluß vom Staat aus auf die deutsche Bevölkerung in Südtirol zu gewinnen. Es ist klar, daß wir eine solche Auffassung und eine solche Zielsetzung nie akzeptieren können, und daß wir auf jeden Fall weiterhin unsere ganze Kraft dahintersetzen werden, den Empfang des deutschsprachigen Fernsehens von auswärts zu bekommen. Das muß früher oder später gehen. Eine stillschweigende Duldung von einer gewissen Form der Übernahme dieser Fernsehsendungen ohne Relaisstationen ist ja bereits vorhanden. Es stellt allerdings nur einen ganz winzigen Schritt zur Lösung dieses Problems dar.

Nayer

Ich glaube, daß man sich in Südtirol über die Auswirkungen, wenn das österreichische Fernsehen verbreitet würde, noch sehr wenig den Kopf zerbrochen hat. Es wird im österreichischen Fernsehen so viel diskutiert und es werden so unterschiedliche Standpunkte im Fernsehen in den Diskussionen vertreten, daß man vielleicht nicht in allen politischen Kreisen Südtirols Freunde haben wird, wenn dieses österreichische Fernsehen einmal hereinkommt. Jetzt aber erlaube ich an Herrn Dr. Brugger das Wort.

Brugger

Herr Dr. Nayer, ich bin der Meinung, daß die Südtiroler schon so weit politisch reifen müßten, daß sie auch diese Diskussionen, die über das österreichische Fernsehen kommen, verfolgen würden. Wir wollten kein Reservat sein.

Zweitens: die Äußerungen, die hier gemacht worden sind, bestätigen nur meine allgemeinen Ausführungen. Und es ist gut, daß hier ein paar konkrete Fälle gekommen sind, die in den Ausführungen von Herrn Prof. Segre bereits enthalten sind. Mit dieser Dankweise haben wir zu rechnen, wobei alles, was sie hier eingewendet haben, richtig ist. Gerade diese Kleinigkeiten erhöhen bei uns das Mißtrauen.

Was wäre diese kulturelle Einheit Tirols bei den bestehenden Staatsgrenzen für eine Gefahr für Italien? Ganz und gar keine! Aber hier kommt dann das Mißtrauen von der anderen Seite, das die Dinge eben vergiftet. Wir kommen nicht in das offene, klare verständnisvolle Gespräch bei der heutigen Lage der Dinge. Denn ich bin überzeugt, daß es eine große Zumutung ist, wenn man behauptet, die kulturelle Einheit Tirols schade dem italienischen Staat. Überhaupt nicht, sie trägt nur dazu bei, daß die Südtiroler nicht nur deutschsprechende Italiener werden, weil sie schon italienisch zu denken beginnen, sondern daß sie auch disziplinierte, anständige italienische Staatsbürger sein können, wenn auch ihre Kultur zu einem anderen Kreise und nicht zum italienischen gehört. Dogasperi hat auch nach dem Pariser Vertrag die Rolle Südtirols einmal definiert, indem er gesagt hat, Südtirol muß eine Brücke zwischen dem Norden und dem Süden Europas werden. Wenn wir nun hier diese Aufgabe unseres Südtiroler Landes ernst nehmen und dabei auch an die Rolle Südtirols in Hinblick auf ein künftiges Europa ein wenig überlegen, dann müßte man sich sagen, gerade hier liegt der richtige Standort, wo sich zwei Kulturkreise treffen, die sich gegenseitig vieles zu geben haben, denn in beiden liegen Worte. Warum soll man sagen, der eine Kulturkreis ist der stärkere und die Angehörigen dieses Kulturkreises sind am anderen nicht interessiert. Wir sind es nicht. Aber diese Interesslosigkeit von seiten der Italiener am anderen Kulturkreis, nämlich dem deutschen, das macht mir Sorgen. Und deswegen werden wir uns in unserem Gespräch, das wir gerne führen möchten, auf sachlicher Ebene sehr schwer tun.

Nayer

Man hat aus der Art, wie bisher diskutiert wurde, gesehen, wie zurückhaltend die Österreicher sind. Ich frage mich, ob es nicht doch interessant wäre, wenn man die Abhaltung ihrer Tagung auf österreichischem Staatsgebiet dazu benützt, daß man auch mit den Österreichern ein wenig redet. Und ich habe hier zwei hervorragende österreichische Journalisten anzubieten, die gerne bereit sind, auf Ihre Fragen, die Österreich betreffen, einzugehen. Ich glaube, man sollte die Gelegenheit schon nützen, um mit Claus Gattorer und mit Dr. Ortner noch jene Fragen abzuklären, die allgemeinen interessant sind.

Fragesteller

Ich habe trotzdem noch ein Frage an unsere Vertreter und an die beiden italienischen Journalisten. Man hat aus den heutigen Ausführungen und aus täglichen Erlebnissen in Südtirol den Eindruck, und der Eindruck täuscht bestimmt nicht, daß die Südtiroler, trotzdem sie ein Recht haben, ständig in der Verteidigung sind, nur in der Verteidigung. Wir müssen zufrieden sein, wenn wir das bekommen, wir bitten dann um jenes, zuzustehen tut uns aber alles. Denn es ist auch in der italienischen Verfassung verankert, daß die Minderheiten geschützt werden müssen.

Petta

Questa Defensivhaltung ist ein gefährlicher Komplex. Ich glaube, daß es jetzt an der Zeit wäre, neue Ansätze zu schaffen und ich glaube, daß diese Tagung solche neue Ansätze zeigt aus dieser defensiven Situation herauszukommen.

Man verlangt vom Staat immer einen besonderen Schutz, auch wenn, ich sage nicht ein hundertprozentiger, aber immerhin ein sechzigprozentiger Schutz da ist, der die Möglichkeit gibt, aus dieser Defensive herauszugehen. Ich weiß nicht was man konkret machen kann. Man sollte - wie bereits heute früh vorgeschlagen worden ist - auf dem Gebiet der Publizistik mehr unternehmen.

Dabei müßte man allerdings die italienische Sprache benutzen und nicht die deutsche. Aber dann erhebt sich sofort die Frage: warum müssen wir italienisch schreiben und italienisch sprechen? Ist das nicht auch eine Gefahr, daß wir assimiliert werden. Ich glaube, man hat Angst sich hier ganz klar auszusprechen.

Mayer

Bitte, nach den Erfahrungen der Südtiroler mit dem italienischen Faschismus, glaube ich, muß man den Südtirolern zubilligen, daß sie gewisse Ängste einfach mitbringen, die man abbauen muß...

Petta

Ich glaube, man müßte auch aufhören, immer auf den Faschismus zurückzugehen. Jetzt sind mehr als zwanzig Jahre vergangen und ich glaube, daß heute...

Fragesteller

Wir brauchen gar nicht auf den Faschismus zurückgehen. Wenn man nur bedenkt, daß wir jetzt das Paket in Aussicht haben und daß sich Italien immer noch weigert es international zu verankern. Dann zeigt das schon ganz genau, wo Italien hinauswill. Denn wenn ich den guten Willen habe, mit irgendjemanden einen Vortrag zu machen, dann habe ich auch nichts dagegen, wenn ich zum Notar gehe. Aber in diesem Augenblick, wo ich das hinterherum machen will, will ich den Partner eben hineinlegen und will keine Kontrolle. Das beweist genug!

Petta

Die Beweise sind genügend, das ist wahr. Aber es ist immer das gleiche: es ist immer eine Vertrauenssache. Ich habe keine Antwort Ihnen zu geben.

Nayer

Ich nehme an, daß Prof. Segre dazu auch etwas sagen möchte.

Segre

Rispondendo a Lei rispondo anche in parte al dott. Brugger, per quello che mi ha precedentemente obiettato.

Anche Lei, mi pare, pone una questione di questo genere: come possiamo fondare un rapporto politico su una base di non fiducia, di diffidenza. Io credo che esista un solo modo per superare la sfiducia ed è quello di compiere degli atti, che richiedono la fiducia reciproca. Se non si fanno atti, nei quali si deve impegnare la fiducia reciproca, il continuare a dichiararsi che si vorrebbe aver fiducia uno nell'altro non serve a niente. Credo che non serva a niente. Perché l'unica prova della sincerità della fiducia reciproca è di fare qualcosa insieme e di vedere alla prova dei fatti, se ci sia in buona o se ci sia in mala fede. Lei stesso per esempio in questo momento sta cercando un atto preciso. Chiede una prova di fatto e non chiede una prova di sentimenti. Lei chiede questa prova di fatto: gli italiani concedono l'ancoraggio! In questo vedremo se sono in buona fede o no e se hanno fiducia in noi.

Il mio punto di vista è questo: anticipare, come il dott. Brugger ha proposto, gesti di fiducia generica ad atti politici che richiedono la fiducia, significa non risolvere niente. Soltanto quando si è obbligati a fare delle cose insieme e nell'agire insieme, viene fuori se c'è o non c'è buona fede nelle due parti, se c'è o non c'è fiducia reciproca nelle due parti. Quindi questo chiedere prima che

si costruisca sulla cultura o sui sentimenti o sulla convivenza, questo è chiedere semplicemente di rinviare degli atti precisi sulla base dei quali si possa stabilire se esiste o se non esiste la fiducia. In particolare Lei pone la questione dell'ancoraggio.

Fragesteller

Fra l'altro.

Segre

Fra l'altro vuoi dire allora insieme ad altre prerogative che noi chiederemo per far vedere che l'autonomia è reale e non è fittizia.

Però io so benissimo che la cosa più spinosa è quella dell'ancoraggio e non è quella della richiesta della SVP che venga per esempio data una prerogativa particolare per poter aprire più sportelli delle banche. Io so benissimo che Lei chiederebbe volentieri la questione degli sportelli delle banche in cambio di quello dell'ancoraggio. E' molto probabile che sia così.

Voi ponendo la questione dell'ancoraggio ponete a priori la questione della non attendibilità dell'Italia. Mi pare che si tratti di questo.

In sostanza Lei dico questo: come possiamo aver fiducia in strumenti giuridici se non crediamo all'attendibilità dell'Italia? Posta in questo modo, io dovrei rispondere, che non c'è nessuna trattativa da fare o che potremo chiudere qui. Credo che non possiamo farlo, né Lei, né io, perché abbiamo prima di tutto tanto Lei quanto io quanto il governo austriaco in una sollecitazione delle Nazioni Unite a non prendere la via, che Lei indica, che è quella della rottura. Perché adesso finalmente veniamo al tema della continuità o della rottura. E adesso Lei dà alla rottura un significato del tutto diverso, e cioè non essendoci la fiducia reciproca siamo in un rapporto di rottura fra il Sudtirolo e l'Italia. Ora in realtà non è così. Le cose non sono affatto oggi a questo punto. E se io dovessi esporre la mia opinione personale, che in questo caso non conta niente, non avrei niente in contrario alla soluzione che è stata proposta il 1964 da Saragat o Kreisky, che si trovasse una formula di supervisione internazionale, la quale raccogliesse la prova e verificasse, che la fiducia esiste nei fatti. Io personalmente non ho niente di contrario. Anzi sarebbe stata la formula migliore. Come sa, la ragione per cui questa formula è stata ritirata, è in parte dovuta alla imprudenza della SVP, che non l'ha afferrata subito, ed in parte dovuta alla...

Brugger und Mitterdorfer

L'abbiamo accettata!

Segre

Con una subcondizione.

Mitterdorfer

No, l'abbiamo accettata!

Segre

Però avete cercato di distaccarla dal contenuto del pacchetto. Ecco, ecco che non era così incondizionatamente. Era invece: l'accettiamo alla condizione che si ridiscuterà il pacchetto.

Io volevo dire che personalmente non avevo niente in contrario alla formula di controllo internazionale, come quella che era stata allora. Però la colpa per cui quella formula non fu applicata, è in parte nella tattica adottata dalla Volkspartei, in parte nella tattica adottata dal Governo italiano, il quale ha ritirato la formula Saragat, quando ha visto che poteva recedere da questo presunto svantaggio, grazie alla tattica adoperata dalla Volkspartei. Sono questioni che credo non possiamo risolvere a questo livello. Però data la sua impostazione io dovrei rispondere in questo modo: esiste effettivamente ancora una sfiducia reciproca? La vedo, non c'è dubbio che esiste una sfiducia reciproca. Secondo me, dott. Brugger la esprime in questo modo: preferisco rimandare la soluzione politica, perché questo mi consentirà di tenerla ancora aperta. E questo secondo me è la posizione di sfiducia. Anche da parte italiana potrebbe darsi che quando noi diciamo, chiudiamo al più presto, siamo realmente in una posizione di sfiducia, e cioè che vogliamo chiudere al più presto, per togliere a voi la possibilità di fare ulteriori rivendicazioni.

Questi sono secondo me attualmente i termini di sfiducia. Questo non toglie, che io continua a credere che il rovesciamento di questa sfiducia, che ho enunciato dalle due parti, quindi non credo di essere stato unilaterale, che il rovesciamento di questa sfiducia sia possibile soltanto cominciando a fare delle cose che richiedono fiducia. E per questo credo che la riforma dello statuto, come giustamente ha detto l'onorevole, non semplicemente l'applicazione del vecchio statuto, è un salto di qualità, che permette alla popolazione di lingua italiana ed alla popolazione di lingua tedesca della provincia di Bolzano di cominciare a fare delle cose, in cui si vede chiaro e tondo se la gente è in buona fede o in mala fede. Perché si potrebbe farlo insieme, in modo autonomo sia dal governo austriaco che dal governo italiano. E cioè gli italiani di Bolzano e la popolazione di lingua tedesca di Bolzano sono di fronte uno all'altro e su questo costruiscono qualche cosa, che fatto insieme richiede fiducia. Lei vuol partire dalla sfiducia preconcetta. Se Lei vuole rimanere su quel terreno, io credo che qualunque discussione sia inutile.

Mayer

Es sind zwei Wortmeldungen da: Dr. Ortner, Dr. Brugger. Nachdem diese zwei Wortmeldungen über die Bühne gegangen sind, glaube ich, wäre es richtig, wenn jeder der Herren, die sich für das Gespräch zur Verfügung gestellt haben, in zwei oder drei Minuten sagen, wie sie sich die Zukunft in Südtirol vorstellen: Kontinuität oder Abbruch, ein Mittelding, eine Frage der Zeit? Ich glaube das sollte abrundend noch gemacht werden.

Ortner

Mir ist aufgefallen, daß hier sehr viel von Möglichkeiten zu neuem Vertrauen gesprochen wird und daß man um viele Themen eigentlich, so wie die Katze um den heißen Brei, herumgegangen ist. Es hat da unten ein Student angeschnitten, daß in Südtirol doch recht viele Dinge noch italienischerseits sehr im Argen liegen, z. B. auf dem Gebiet des Fernsehens. Und es hat dann Kollege Petta gesagt, man soll nicht immer den Faschismus wieder heranziehen. Aber mir scheint doch als Österreicher, daß aus dieser Zeit noch sehr, sehr viele Dinge vorhanden sind in Italien, beispielsweise wenn man das Strafausmaß bei den verschiedenen Prozessen in Italien ansieht. Daß es aber auch hier noch eine weitere Eskalation in letzter Zeit gegeben hat, beweist z. B. das EWG-Veto Außenminister Fanfanis gegen Österreich. Und ich glaube, daß wir von vielen sehr schönen Dingen, die sie heute gehört haben, noch sehr, sehr weit entfernt sind.

Brugger

Vertrauensvorschuß! Wir besitzen bescheidene Möglichkeiten einen solchen Vertrauensvorschuß zu leisten. Im Rahmen des bestehenden Autonomiestarutes haben wir in der Landesregierung eine schwache Möglichkeit. Hier muß erklärt werden, daß wir den Proport zwischen Italienern und Südtiroler Beamten mit der Apothekerwaage durchführen. Daß wir genauestens hier Buch führen und daß da jedenfalls nichts fehlt.

Anders ist es bei unseren nächsten Nachbarn dem Trentino, wo die italienische Seite in der Mehrheit ist, da wird diese Apothekerwaage beileibe nicht so streng gehandhabt. Wieder anders ist es beim Staate, wo die Wettbewerbsbedingungen für die Südtiroler ganz andere sind, wie wenn wir sie hier mit einem echten Vertrauen auf beiden Seiten ausgleichen würden.

Die Südtiroler Landesregierung hat ganz wenige Beispiele aufzuweisen, in denen sie Forderungen der italienischen Kollegen, die in der Minderheit waren, nicht berücksichtigte. Ich weiß, daß man dann gesagt hat, getrennte Stiegen will Dr. Benedikter einführen! Ja, aber die Wohnungen sind im Verhältnis immer dem einen wie dem anderen, so wie es nun einmal geregelt ist, zugeteilt worden. Und hier, in der praktischen Verwaltung, bin ich bereit einen Katalog aufzustellen, wo wir, glaube ich, der italienischen Bevölkerung in Südtirol schon den Beweis geliefert haben, daß wir uns vertragen wollen, und zwar echt wie vereinbart. Und daß wir manchmal über die Vereinbarungen hinaus bewiesen haben, daß wir sie nicht außer Landes haben wollen. Wir haben jetzt nicht sehr viele andere Möglichkeiten gehabt, außer diese kleinen. Und die sind da.

Aber die Frage ist ursprünglich noch anders gestellt worden: warum wir Südtiroler immer in der Defensiva sind? Das ist ein zermürbender Nervenkrieg und er ist unfruchtbar, sterile Arbeit. Bitte ein Beispiel: ich will ganz gewiß dieselbe Fairness werten lassen, die hier von den italienischen Kollegen gezeigt worden ist. Uns wirft man eine antiitalienische Haltung vor, weil wir versuchen, eine gewisse Zusammenarbeit in der Einheit Tirols auf kultureller Ebene zu pflegen. Daß wir also in unserer Tätigkeit immer die Botschaften von Innsbruck oder von Wien seien. Was haben wir nun in der letzten Zeit anläßlich der Wahlkampagne versucht zu tun? Wir haben versucht mit Autonomistenkräften Italiens zusammenzuarbeiten, damit wir die für Italien interessanten Dezentralisierungsbestrebungen vereinheitlichen können und dort mitarbeiten können. Und tatsächlich ist jetzt die Edelweißliste auf der Liste, denn wir haben in diese Vereinigung der Autonomisten als Listenzeichen das Edelweiß eingebracht, weil es ein traditionell bereits geschütztes Zeichen ist. Was geschah dann in Bergamo, als dort eine Versammlung stattgefunden hatte? Dort hat es geheißen, jetzt kommt die SVP bis nach Bergamo, bis nach Brescia, bis nach Triest hinunter!

In Wirklichkeit sind wir aber ein schwaches Mitglied dieser Vereinigung der Autonomisten, die Italiener sind, und mit denen wir in ihrer Auffassung recht konform gehen können. Wenn wir also nach Süden hinunter versuchen, die Thesen, mit denen zu einigen, die uns nahe sind, in der Bestrebung eines dezentralisierten Staatssystems, dann heißt es, jetzt kommen die bösen Südtiroler und wollen nach Bergamo, Brescia und Triest erobern!

Auf der einen Seite sind wir die Befehlsempfänger Österreichs, auf der anderen Seite, wenn wir uns mit Kräften Italiens verbünden wollen, die auch unser Programm vertreten, dann heißt es, das sind jetzt wieder auch die Bösen! Wir wollten einmal einen Beweis liefern, daß wir auch bereit sind, mit italienischen Kräften zusammenzuarbeiten. Aber auch das ist nicht richtig. Ich wollte ihnen hier nur zu dieser Frage sagen, es ist ein Versuch der Zusammenarbeit auf Staatsebene gewesen. Aber dieser Versuch ist sehr übel ausgelegt worden.

Mayer

Vielen Dank. Und nun kommen wir zu den abschließenden Stellungnahmen der einzelnen Referenten. Ich darf mit Dir beginnen, lieber Claus.

Gatterer

Ich muß sagen, ich bin mit der Ausschöpfung des Thomas nicht zufrieden. Ich verstehe das Thema noch immer anders und ich glaube man hat das Problem zusehr als bilaterales, zuwenig als südtirolisches Problem gesehen. Wir dürfen, auch wenn wir das Paket sozusagen als Vorbild nehmen und als Grundlage, auf der wir denken, wir dürfen nicht übersehen, daß hier drei Ebenen vorliegen. Es gibt eine Ebene, auf der die Südtiroler eine ganz kleine Minderheit bedeuten: hier haben wir die fünfzig Millionen Italiener, dort haben wir die 230 000 Südtiroler. Es gibt eine zweite Ebene, in der sich das Verhältnis nicht ganz so kraß umkippt, wir haben 230 000 Südtiroler und 130 000 Italiener, die in einem Gebiet leben, in dem die SVP kraft der Demokratie und der aus der Demokratie erwachsenen Regeln die Mehrheit hat und wie ein Ladinor einmal geschrieben hat, das gute und schöne Wetter macht. Das machen die Mehrheiten überall, allerdings innerhalb gewisser Regeln. Und das ist ein Aspekt, der mir sehr wesentlich erscheint. Es müßte theoretisch jetzt schon zwischen der Mehrheit und der Minderheit innerhalb der Provinz ein dialektisches Verhältnis, das man als Dialog sicher nicht definieren kann, gebildet haben. Ist das da? Ist das nicht da? Ist der einzige Ausdruck dieses Verhältnisses das Mißtrauen? Das wäre sehr schlimm, muß ich sagen. Aber ich fürchte, daß es wirklich so ist.

Und dann müssen wir die zweite Ebene auch noch sehen. Wer war die italienische Volksgruppe in Bozen und wer ist die italienische Volksgruppe in Bozen heute? Die italienische Volksgruppe in Bozen war 1945 — ich glaube man kann sie, um einen christlichen Ausdruck zu erheben — als ein Staub von Individuen ohne innere Integration bezeichnen. Hier vollzieht sich nun ein echter substanzieller Bruch und Fortschritt in der italienischen Volksgruppe, die sich verwurzelt. Ich habe den Roman von Dr. Del Bianco nicht gelesen, aber er ist jedenfalls die erste kulturelle Bekundung eines in

Südtirol geborenen Italiener. Und wir haben damit sozusagen eine aus Südtirol geborene italienische Kultur in Südtirol. Das ist eine neue Basis, auf die man das neue Paket aufpfropfen könnte. Und ich glaube, die Basis verdient gepflegt zu werden, damit man von daher den Weg findet, um das Mißtrauen abzubauen. Ich glaube nicht, daß wir über den Reihnichkalender, den ich sehr schätze, zueinander finden. Aber vielleicht gibt es einen anderen Weg.

Brugger

Ich werde ganz kurz sein. In Südtirol, und ich beschränke mich auf Südtirol, glaube ich, daß wir eine gute Nachbarschaft zwischen den Südtirolern und den in Südtirol ansässigen Italienern anstreben müssen, und daß wir alles dazutun müssen, damit diese Nachbarschaft gute Nachbarschaft wird und bleibt.

Wir sollen aber nicht jetzt eine Art Torschlußpanik in uns einreißen lassen und sagen, jetzt ist endlich Zeit, brechen wir die Verhältnisse, die sich jetzt anzubahnen begonnen haben, ab, oder nehmen wir einfach das ganze Angebot hin im Bewußtsein, daß es eine gewisse Verbesserung ist, aber mit der Gefahr, die Zeiten ändern sich ja wieder, daß die Sache doch nicht endgültig ist. Vielleicht können wir da wiederum später einmal ansetzen. Ich bin der Meinung, wir sollen uns von einer Torschlußpanik hüten. Indessen aber sollen alle Südtiroler, nicht nur die politischen Vertreter, bestrebt sein, im Rahmen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Möglichkeiten alles zu tun, was uns Südtirol zu einer echten modernen Gesellschaft bringen kann, die sozial, wirtschaftlich und kulturell in eigenen Bestände gesichert sei. Und von dieser Sicherung aus, die wir uns selber zum Großteil erarbeiten müssen, können wir dann immer bessere Verbindungen aufnehmen zu den Staatsbürgern italienischer Zunge, mit denen wir zusammenzuleben haben.

Segre

Io ho pochissime cose da aggiungere a quelle che ho già detto. Siccome ho parlato prima della sfiducia dei due gruppi, vorrei dire una parola sulla fiducia dei due gruppi e constatare due fatti, una della parte italiana e una della parte della popolazione sudtirololese. Dico sudtirololese per fare piacere al signore che me l'ha rimproverato. Ma è lo stesso perché mentalmente io non faccio differenze.

Mayer

Das ist ein Applaus wert!

Segre

Mi pare che i due elementi di fiducia in movimento sono questi: da parte italiana si è finalmente diffusa la convinzione, che una minoranza acquista parità non se gode semplicemente degli stessi diritti formali della maggioranza, ma se gode di una agguila di diritti. Altrimenti sostanzialmente quella minoranza rimane sempre in una condizione di inferiorità. Questa convinzione ha impiegato, credo, vent'anni in Italia a formarsi. E siccome mi occupo di questa questione da molto tempo e personalmente sono di quelli, che hanno cominciato da principio a crederci, così posso dirlo, che sono stato per molto tempo isolato in questa convinzione. Ma adesso non mi sento più isolato, perché quando parlo con dei giornalisti italiani, sento che ormai per esempio l'idea che si debba rifare lo statuto della regione altoatesina in modo da conferire l'autonomia legislativa a Bolzano significa dare agli altoatesini non soltanto i diritti degli altri italiani, ma un di più di autonomia che pareggi. Da parte altoatesina — adesso adopero io questo termine, perché devo considerare l'Alto Adige una minoranza nell'Italia, da parte altoatesina mi pare che sia caduta in generale qualunque rivendicazione irridentistica cioè non pare che esista più nella maggioranza della popolazione di lingua tedesca nessun proposito di chiedere un plebiscito o comunque un ritorno all'unione con l'Austria. E cioè mi pare che sia pacifico da parte della parte sudtirololese il discutere intorno al modo di vivere con gli italiani non intorno al modo, nel quale separarsi dagli italiani. Quindi in questo

sensu dovrei dire che facendo la parte che devo fare sempre alla diffidenza che esiste, devo anche dire, che sono cominciati e ormai sono stabilizzati due movimenti di fiducia, che non credo che siano reversibili.

Mitterdorfer

Nach den vielen Dingen, die da gesagt worden sind nur noch zwei kurze Überlegungen. Es heißt immer, daß die Südtiroler sich abschließen und den Kontakt nicht haben wollen. Wir haben das auch heute wieder gehört. Ich glaube, daß von Südtiroler Seite absolut nicht der Wunsch zum Abschluß besteht, sondern daß der absolute Wunsch zur Öffnung besteht, allerdings unter einer Bedingung: die Sicherheit schafft die Möglichkeit dazu. Und diese Sicherheit muß den Südtirolern vom Staat her gegeben werden. Es stimmt, daß es gewisse positive Anzeichen dazu gibt. Wir müssen leider mit Bedauern feststellen, daß diese positiven Ansätze noch sehr schwach sind und daß sie noch viel stärker werden müssen, damit wir dorthinkommen.

Und damit möchte ich auch noch auf eine Frage, die gestellt worden ist, antworten. Es stimmt, es ist ein Recht, das uns zusteht, was wir fordern, verlangen oder gewährt bekommen. Ich kann diesem Standpunkt auch recht geben. Ich muß nur sagen, daß die Tatsache allein, daß ein Recht besteht, noch gar nicht bedeutet, daß man auch automatisch in den Genuß dieses Rechtes kommt. D. h. also, es wird auch für uns in Zukunft sehr darauf ankommen, wie wir um jedes dieser Rechte uns einsetzen werden und um jedes dieser Rechte kämpfen werden. Ich glaube, man könnte das so sagen: auch in Italien ist es nicht selbstverständlich, daß ein bestehendes Recht auch wirklich durchgeführt wird. Ich kann ihnen eine Reihe von Artikeln der Verfassung aufzählen, die einfach noch keine Durchführung gefunden haben, so daß das Recht zwar in der Verfassung steht und anerkannt ist, aber die Durchführung noch nicht vorliegt. Und um diese Durchführung unserer Rechte werden wir uns auch in Zukunft immer bemühen, müssen.

Petta

Ich glaube, daß Prof. Segre so gut gesprochen hat, daß ich nichts mehr hinzufügen kann. Ich unterschreibe das, was Dr. Segre gesagt hat, voll und ganz.

Mayer

Dr. Ortner verzichtet auch.

Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende dieser Tagung angelangt. Und für die heutige Diskussion scheint mir eines ganz typisch zu sein, etwas was den großen Ernst unterstreicht, mit dem die Südtiroler Hochschülerschaft sich die Probleme überlegt. Es wurde nicht einmal in der gesamten Diskussion vom Terrorismus geredet. Niemand hat es sich leicht gemacht, und etwas in die Diskussion geworfen, was nicht konstruktiv hätte ausgehen können.

Der österreichische Standpunkt ist vielleicht in dieser Diskussion etwas zu kurz gekommen. Daher sei mir erlaubt abschließend noch ein paar Sätze zu sagen. Wir glauben ich, haben alle zur Kenntnis nehmen müssen, daß das Grundübel in Südtirol, wir wollen jetzt nicht fragen, woher es immer genährt wurde, daß das Grundübel das Mißtrauen ist. Es kommt im wesentlichen darauf an, daß in nächster Zeit Regelungen getroffen werden, die neues Vertrauen schöpfen. Der Nationalökonom kennt den Begriff der Wertschöpfung. In der Politik wird der Begriff der Vertrauensschöpfung leider nicht in dem nötigen Ausmaß wahrgenommen.

Sie, liebe Kommilitonen, sehen aus der Diskussion, vor weichen schwierigen Aufgaben sie selber stehen. Der Einfluß der älteren Generationen geht zurück. Und je älter ihr mit jedem Tag werdet, umso mehr werdet ihr in die Verantwortung hineinwachsen, dieses euer Land selbst in eine Ordnung zu bringen, in eine Ordnung, die es Österreich ermöglicht, die volle geistige Einheit des Landes Tirol zu erhalten. Die es Österreich aber gleichzeitig auch ermöglicht, einen guten Nachbarstaat Italien zu haben. Und damit darf ich die Diskussion mit dem Dank an alle, die daran teilgenommen haben, schließen.

Arbeitskreis: Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zwischen Nordtirol und Südtirol: Einbahn oder Gegenseitigkeit?

Leiter Dr. Fritz Prior

1. Arbeitsgruppe: Hohe Kunst und Wissenschaft

Als Ergebnis von drei Diskussionen, in denen alle Vertreter der Südtiroler Hochschülerschaft im Arbeitskreis ihre Meinungen dargelegt haben. Aus Nordtirol haben Herr LHst. Prof. Dr. Fritz Prior, Dr. Viktoria Stadelmayer, Dr. Hubert Sonn und Doz. Dr. Fridolin Dorrer in beratender Funktion auf Anfragen Stellung genommen. Die Resolution umfaßt 5 Punkte

1. Die Entfremdung zwischen Nord- und Südtirol kann auch in der neuen Generation, die weder mit dem alten Österreich-Ungarn, noch mit dem faschistischen oder nationalsozialistischen Regime in Berührung gekommen ist, verhindert werden. Bei der ungeklärten politischen Lage ist das kulturelle Gebiet für die engen Kontakte sogar das wichtigste Betätigungsfeld, da die Kultur im Gegensatz zu anderen Bereichen bereits einen gesamteuropäischen Aspekt aufweist. Der Entfremdung kann auf allen kulturellen Gebieten durch Aufführungen, Konzerte und Kunstausstellungen entgegengewirkt werden. Gemeinsame Wettbewerbe könnten durch Einschaltung des italienischen Kulturinstitutes in Innsbruck, des Südtiroler Kulturinstitutes in Bozen und des deutsch-italienische Kulturinstitutes in Meran veranstaltet werden. Für das wissenschaftliche Publikationswesen ist es notwendig, daß Autoren und Themen Südtirols in Nordtirol und umgekehrt zu Wort kommen und nicht jeder Landesteil nur seine engeren Interessen vertritt. Das italienische Kulturinstitut in Innsbruck könnte einen Gastpreis für Deutsche und Italiener in Südtirol beim österreichischen Graphikwettbewerb stiften. Pöhlungsnahmen mit Graubünden könnten einen alpinen Kulturkreis als höhere Form der Einheit anbahnen. Durch diese Erweiterung könnte die kulturelle Einheit Tirols als Hauptanliegen gestärkt werden.
2. Die Hochkultur in allen Sparten muß in Südtirol mit aller Kraft gefördert werden, um die europäische Entwicklung einzuholen und jede Erstarrung zu verhindern. Die Hochkultur ist das aktive

Element jeder Kultur und jedes Volkes. Die bewahrende Volkskultur mit der ihr innewohnenden Tendenz der Abwehr genügt nicht zur Erhaltung eines Volkes.

2. Um diesen kulturellen Austausch auf der Basis der Gleichberechtigung durchführen zu können, ist es notwendig, daß in Südtirol eine der Innsbrucker Kulturreiseleitung entsprechende persönliche Besetzung des Kulturreferates durchgeführt wird, damit alle von den Politikern beschlossenen oder von den kulturellen Institutionen vorgeschlagenen Veranstaltungen und Aktionen organisatorisch durchgeführt werden können.
3. Der Schwerpunkt ist auf die Förderung des künstlerischen und wissenschaftlichen Nachwuchses zu legen, da im Nachwuchs die kulturelle Zukunft des Landes liegt und der Nachwuchs gegenüber den arrivierten Kräften eine entsprechend öffentliche Starthilfe braucht. (Stipendien, Wettbewerbe, Publikationen und ständige Ausstellungen in der Dominikanergalerie und im Kulturhaus).
4. In der Frage der Universität Bozen sind alle notwendigen Unterlagen auszuarbeiten, so daß für den Fall, daß Italien die Gründung plant, die Forderungen Südtirols in Bezug auf die Parität und auf die für Südtirol wichtigen Lehrkanzeln durchgesetzt werden können. Dazu scheinen dauernde Kontakte sowohl zu der Innsbrucker Universität als auch zu gemischtsprachigen Universitäten des Auslandes unerlässlich. Der Frage der Lehrerbildung kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Weiters ist es erforderlich, die Anerkennung der bisher noch nicht anerkannten Studientitel, die im Ausland erworben wurden, in Italien durchzusetzen.

Leiter der Arbeitsgruppe

Dr. Erich Egg
Emil Stocker

2. Arbeitsgruppe: Volkskultur

Als eine der Ursachen eines zum Teil geringen Verständnisses für Wesen und Wert der Volkskultur darf ohne Zweifel die Verfälschung und Verfälschung des Brauchtums angesehen werden.

Diese Erscheinung wird von den Intellektuellen zurecht mit dem Begriff „Lederhosenkultur“ abgetan und in dieser Sicht jegliche weitere Auseinandersetzung mit dem volkskulturellen Bereich als unwürdig abgelehnt.

Gegen diese Haltung ist einzuwenden, daß jeder, dem Volkskultur ein echtes Anliegen bedeutet, sich von dieser entarteten Ausübung distanziert. Hier ist ein Begegnungsfeld gegeben für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den mit der Pflege des Volksgutes betrauten Institutionen und den intellektuellen Schichten, insbesondere auch mit der Hochschülerschaft. Erschwerend für diese Kontaktnahme wirkt sich die weitgehende Unkenntnis sowohl hinsichtlich der Existenz, wie auch der Tätigkeit und Aufgaben der im Dienste der Volkskultur stehenden Einrichtungen und Vereinigungen aus. Auch bestehen Zweifel über Wesen, Sinn und Bedeutung der Volkskultur innerhalb der modernen Gesellschaft. Tatsache ist, daß breite Schichten der Bevölkerung auch heute noch primär, wenn nicht ausschließlich von der Volkskultur angesprochen werden. Durch diese elementare Begegnung wird die Fähigkeit zur Aufnahme kultureller Werte geweckt und latente Begabungen zu schöpferischer Tätigkeit angeregt. Im optimalen Falle kann die Begegnung mit der Volkskultur zu einem ursprünglichen Verständnis auch der Hochkultur führen. Wechselwirkungen zwischen Volks- und Hochkultur können in den einzelnen Disziplinen der Kunst eindeutig nachgewiesen werden.

Aus diesen Überlegungen erhebt sich für den gebildeten Menschen die Forderung, sich seiner erzieherischen Aufgaben und seiner Verantwortung gegenüber Gesellschaft und Gemeinschaft bewußt zu werden, und — wenn schon die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit im volkskulturellen Bereich fehlt — so doch wenigstens unüberprüfte Ressentiments fallen zu lassen.

Als Ergebnis der Diskussionen innerhalb des 1. Arbeitskreises lassen sich folgende Feststellungen und Empfehlungen zusammenfassen:

1. Auf dem Gebiete der Volkskultur ist bei aller Mannigfaltigkeit der Erscheinungsformen die kulturelle Einheit zwischen Nord-, Süd- und Osttirol gewahrt geblieben. Eine Aufrechterhaltung dieser engen Kontakte ist auch für die Zukunft anzustreben. Eine erfreuliche Zusammenarbeit besteht bereits auf dem Sektor der Musikkapellen (Spiel- und Kapellmeistorkorps), auf dem Volksbühnen- und Chorwesen sowie auf dem Gebiete des Volkstanzes.
2. Es wird die Bildung eines Arbeitskreises für Volkskultur innerhalb der Südtiroler Hochschülerschaft empfohlen. Aufgabe dieses Arbeitskreises wäre es, Informationen über vorbildliche volkskulturelle Veranstaltungen zu übermitteln, Kontakte zwischen einzelnen Talschaften zu pflegen und die Bereitschaft zu persönlichem Einsatz für die Belange der Volkskultur zu wecken.
3. Besonders fruchtbar würde sich die aktive Mitarbeit der Studentenschaft in volkskulturellen Vereinigungen und Verbänden auswirken. Dadurch könnte auch das zwischen beiden Gruppen bestehende Mißtrauen beseitigt werden.

4. Eine genaue Kenntnis zumindest der eigenen Heimat ist anzustreben, denn auf ihr beruht das positive oder negative Verhältnis zur Volkskultur. Die erworbenen Kenntnisse sollen nach Möglichkeit einer Dorfgemeinschaft weitervermittelt werden.
5. Die Studentenschaft soll sich an der Gestaltung volkstümlicher Sendungen im Rundfunk beteiligen, um auch hier bestimmend auf das Niveau einzuwirken.
6. Auch die zuständigen kulturellen Institutionen sollen in verstärktem Maße die studentische Jugend ansprechen und zur Mitarbeit heranziehen.

7. Die verantwortlichen Stellen in Südtirol werden gebeten, die Errichtung von Heimatmuseen in den Talschaften bzw. die Gründung eines zentralen Heimatmuseums an geeigneter Stelle in die Wege zu leiten. Nur so kann der bedrohliche Ausverkauf bäuerlichen Kulturgutes verhindert werden.
8. Die Südtiroler Hochschülerschaft soll auch in Hinblick bei ihren Tagungen sich mit den Problemen der Volkskultur befassen.

Leiter der Arbeitsgruppe
Dr. Friedrich Haider
Dr. Hans Griebmair

3. Arbeitsgruppe: Massenmedien und Erwachsenenbildung

I. Erwachsenenbildung:

Bereits vorhandene Institutionen für Erwachsenenbildung:

Vorband der Volkshochschulen Südtirols (mit Vereinen für Kultur und Heimatpflege, 70 Ortsstellen). Tätigkeit: 780 Vorträge u. a. Veranstaltungen pro Jahr. Weltanschaulich unabhängig.

KATH. BILDUNGSWERK (KBW), ca. 110 Ortsstellen, Zusammenarbeit mit Familienvorband. Tätigkeit: ca. 300 Vorträge und Seminare über Religion, Weltanschauung, Ehe und Erziehung, Allgemeinbildung.

VOLKSBIIDUNGSHEIM ST. GEORG, der Diözese direkt unterstellt. Tätigkeit: mehrwöchige Bildungskurse für Mädchen und Burschen.

LICHTENSTERN UND LICHTENBURG, der Diözese direkt unterstellt. Tätigkeit: Werkwochen, Exerzitien, Ehevorbereitung, Redeschulung und dgl.

CUSANUS AKADEMIE, der Diözese unterstellt. Tätigkeit: Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen, Gästetagen, Haus der Beggnung.

VORSCHLÄGE DES ARBEITSKREISES:

1. Zusammenarbeit mit Nordtirol im geplanten „Arbeitskreis der Bildungsheime Tirols“.
2. Es gibt in Südtirol kein sog. allgemeines unabhängiges Bildungswerk. In Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stellen in Österreich sollten in Südtirol fallweise Veranstaltungen organisiert werden wie etwa die Dorfbildungswochen, die vom „Verein Dorfbildung“ abgehalten werden (je 5 Abende).
3. Vierteljährliche Treffen der kulturellen Institutionen Süd- und Nordtirols im Kulturreferat Innsbruck.

II. Massenmedien:

A) FILM, FERNSEHEN, RUNDFUNK:

Film: Der durchschnittliche deutschsprachige Film in Südtirol ist aus rein wirtschaftlichen Gründen von ziemlich niedrigem Niveau. Es werden kaum hochbewertete dt. Filme gezeigt, da es sich der Kinobesitzer nicht leisten kann, für einen halbleeren Saal die Kosten eines Filmimports zu tragen. Vom Land erfolgt diesbezüglich keine Unterstützung. Diesem Mangel begegnete man bis jetzt dadurch, daß von privater Initiative wertvolle Filme gezeigt und diskutiert wurden (vor allem durch das Cineforo).

Fernsehen und Rundfunk: Wir verweisen hier auf die Artikel im SKOLAST Nr. 1, 1967, S. 7—15.

VORSCHLÄGE DES ARBEITSKREISES:

Film:

1. Kontaktaufnahme mit schon bestehenden Filmclubs wie Cineforo und dgl. und Mitarbeit von seiten der Studenten.
2. Nach dem Vorbild der Aktion „Der gute Film“ (Prof. Plankensteiner in Innsbruck) wird folgendes Experiment empfohlen: durch finanzielle Hilfe des Landes sollten Unternehmer öffentlicher Lichtspielhäuser angeregt werden, monatlich einen guten deutschsprachigen Film zu zeigen, der anschließend unter der Leitung eines Sachverständigen diskutiert werden soll.

Fernsehen und Rundfunk:

Direkte Kontaktaufnahme mit den deutschen Mitarbeitern der RAI zur Stärkung in ihrer Stellung. Es wird weiterhin empfohlen, daß Südtiroler in der RAI mitarbeiten.

B) PRESSE:

Von den rund 50 in Südtirol erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften gibt es nur eine deutsche Tageszeitung und das Blatt deutscher Leser in einer italienischen. Insofern besteht in der deutschen Presse ein gewisses Monopol, das eine objektive Berichterstattung stark beeinträchtigt.

VORSCHLÄGE DES ARBEITSKREISES:

1. Eine italienischsprachige Nachrichtenagentur sollte von Südtirolern eingerichtet werden. Deren Tätigkeit: objektive und parteiunabhängige Information über alle relevanten Ereignisse in den verschiedenen Südtiroler Gruppen und Berücksichtigung der Veröffentlichungen in der deutschsprachigen Presse. Eine Person könnte diese Aufgabe bewältigen, jedoch wäre das Unternehmen ohne Subventionierung nicht durchführbar, da das Informationsblatt an alle wichtigen Stellen Italiens kostenlos ausgesandt werden müßte.
2. Herausgabe einer zweimonatlichen Zeitschrift für Politik, Zeitgeschehen und Kultur in Südtirol, die auch in Nordtirol verbreitet werden müßte. Die Mitarbeiter sollten außer in Südtirol auch in Nordtirol und im übrigen deutschsprachigen Raum gesucht werden. Nach dem Muster der „Trieste“ müßten die behandelten Probleme in wissenschaftlich zuverlässiger Art dargestellt werden. Es wäre Aufgabe der Studenten, an der Verwirklichung dieses Idees beizutragen. Auch hier wäre eine Subvention notwendig.

Leiter der Arbeitsgruppe
Ing. Weber
Popi Zelger

Tiroler Volksbildungsheim Grillhof

„Für die Zukunft unseres Landes ist nichts wichtiger als Erziehung und Bildung. Nicht unsere militärische Bereitschaft — denn bewaffnete Macht ist wertlos, wenn uns die Macht des Geistes fehlt, eine friedliche Welt zu bauen. Nicht unsere produktive Wirtschaft — denn wir können ihr Wachstum ohne geübte Arbeitskräfte nicht aufrechterhalten. Nicht unsere demokratische Regierungsform — denn Freiheit ist zerbrechlich, wenn die Bürger unwissend sind.“

Die wichtigste Veränderung in unserem Erziehungssystem seit 1945 ist die Ausweitung der Erziehung über Familie, Schule und Berufsausbildung hinaus. Die ERWACHSENENBILDUNG ist der jüngste Zweig dieser Entwicklung und zugleich eine geschichtsrichtige Antwort zur Bewältigung der vielfachen Herausforderungen in unserer Zeit.

Innerhalb der organisierten Erwachsenenbildung (Volkshochschule, Bildungswerke, Volkbüchereien) kommt den Volksbildungsheimen besondere Bedeutung zu. In Österreich gibt es derzeit 18 Bildungsheime; vergleichsweise wirken in Deutschland 54, Dänemark 65, Norwegen 78, Finnland 83.

Als Volksbildungsheim des Landes Tirol besteht der „Grillhof“ seit Ende 1961 und zwar als Frucht aus dem Gedenkjahr 1959. Wiewohl mit der Errichtung dieser Institution erhebliche Kosten verbunden waren, kann behauptet werden, daß der Grillhof eine der fruchtbarsten Investitionen des Landes Tirol war und ist, zumal dem Produktionsfaktor „Bildung“ neben Grund und Boden, Arbeit und Kapital die wirksamste Rolle zukommt.

Merkmale dieser heimbezogenen „intensiven“ Bildungsarbeit sind:

Freiwilligkeit der Teilnahme.

Offenheit der Veranstaltungen für alle Interessenten.

Vielfalt der Bildungsinhalte und Methoden.

Partnerschaftliches Verhalten zwischen Vortragenden und Teilnehmern.

Gemeinsames Leben und Lernen.

Anbot praktischer Berufs- und Lebenshilfen.

Erforschte **Motive** zur Teilnahme an den verschiedenen Veranstaltungen sind die wachsenden **INFORMATIONS-, KOMMUNIKATIONS- und KOMPENSATIONSBEDÜRFNISSE** der Erwachsenen; gleichermaßen verlangen aber auch Familie und Beruf, Staat und Gesellschaft, Kirche und Staat in erhöhtem Maße einen geistig beweglichen, selbständig denkenden, urteilsfähigen, verantwortungsbewußten und kooperationsfähigen Menschen.

„**Lebenslanges Lernen**“, „**Ständige Bildung**“ und „**Erwachsenen lernen**“, sind nicht bloße Schlagworte, sie entsprechen vielmehr den nachweisbaren Bedürfnissen und einem Programm. Eine gute

Bildungspolitik erweist sich gerade heute als beste Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik! Hier setzt die Bildungsarbeit des Volksbildungsheimes an. Als Stätte der Besinnung, der Begegnung und des Gesprächs sollen die Teilnehmer zunächst erweckt, und befähigt, sodann ermutigt und aufgefordert werden, die ihnen gestellten Aufgaben in Familie, Beruf und öffentlichem Leben besser zu lösen.

Zu den zahlreichen Tagungen, Seminaren und Lehrgängen sind in erster Linie die „Multiplikatoren“ der heutigen Gesellschaft, also **GEISTLICHE, BÜRGERMEISTER, POLITIKER, FUNKTIONÄRE, LEHRER, VERWALTUNGSBEAMTE, UNTERNEHMER und GEWERKSCHAFTLER, CHOR- und SPIELLEITER, KAPELLEITER, FÜRSORGER und JUGENDFÜHRER, OFFIZIERE, UNTEROFFIZIERE und AUSBILDER** des Bundesheeres u. a. eingeladen. Ein besonderer Wert ist der Weiterbildung aller in der institutionellen Erwachsenenbildung tätigen Referenten und Mitarbeitern zugewonnen.

Besonderes Augenmerk gilt den bereits traditionellen „Tiroler Bildungskursen“. Diese Kurse erscheinen als der originellste Beitrag in unserem Erziehungs- und Bildungssystem seit 1951, sie weisen auch die nachhaltigsten pädagogischen Wirkungen auf. Bisher haben 2039 junge Erwachsene zwischen 18 bis 30 Jahren aus allen Landesteilen und Berufsschichten daran teilgenommen.

Der eigentliche Erfolg des „Grillhofs“ dürfte darin liegen, daß er durch das Anbot seiner Bildungsmöglichkeiten fest in den Gemeinden Tirols verankert ist. Wiewohl in dieser Hinsicht viel geboten worden ist — viel mehr ist noch zu leisten, wenn das Heim seine gestellten Aufgaben erfüllen soll: **die Bereitschaft der Erwachsenen zu wecken, den Ansprüchen der Wirklichkeit von heute und morgen gerecht zu werden.**

Organisatorisch werden 3 Veranstaltungsformen unterschieden: **heimelige** (ca. 70%), **paktierte** (ca. 20%), **Gastveranstaltungen** (ca. 10%). Pro Jahr gelangen ca. 100 Veranstaltungen zur Durchführung, an denen rund 4000 Erwachsene aus dem ganzen Land Tirol teilnehmen.

Der Grillhof ist im Gesamtbildungssystem gut integriert, er hilft mit, für eine bessere Zukunft unseres Volkes und für ein schöneres Tirol.

Die Referenten der Tagung

Dr. Peter Brugger

geb. 27. 4. 1920 in St. Peter im Walde

Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck
Von 1952 bis 1957 Assessor für Landwirtschaft an der Südtiroler Landesregierung

Dr. Fridolin Dörner

geb. 21. 8. 1923 in Innsbruck

Studium der Geschichte in Innsbruck, Rom und Wien; seit 1956 Archivar im Landesregierungsarchiv in Triest, seit 1957 Universitäts-Dozent für Österreichische Geschichte in Innsbruck

Veröffentlichungen:

Über die Geschichte der Tiroler Bischöfe und der Tiroler Bischofsfrage seit 1918 (in „Der Südtiroler“ ab 1932; Erläuterungen zum Historischen Atlas der österreichischen Alpenländer 1954, Tiroler Heimat 1953 und Z. Schlern-Schriften 1955 und ff.; Jahrbuch des Südtiroler Kulturinstitutes 1967)

Über politische Geschichte und Verwaltungsgeschichte Tirols (z. B. „Die bayerischen Verwaltungsprengele in Tirol 1890-1934“ in Tiroler Heimat 1948)

„Die außenpolitischen Beziehungen Tirols zu den Nachbarn im Norden und Süden“ (in Tiroler Heimat 1968, u. ä. m.)

Vatikanisches Staatssekretariat und Wiener Kurie im 18. Jahrhundert

MIÖG 1955, Römische Historische Mitteilungen 1960

Josephinismus und Aufklärungszeit

(Der Südtiroler 1952 ff., MIÖG 1955, Schlern-Schriften 1955 ff.)

Mitarbeiter beim Lexikon für Theologie und Kirche

Evangelisches Lexikon: „Pelikan“ in Geschichte und Gegenwart

Dr. Toni Ebner

geb. 22. 12. 1918 in Aldein

Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bologna
1948-1963 Abgeordneter in der römischen Kammer

1954 Mitglied der beratenden Versammlung des Europarates

1951/52 und 1956/57 Obmann der Südtiroler Volkspartei

Seit 1957 Direktor der Verlagsanstalt Athesia

Seit April 1956 (als Nachfolger des Kanonikus Michael Gamper) Chefredakteur der Dolomiten

Herausgeber der Zeitschrift zum 70. Geburtstag des Kanonikus Michael Gamper „Südtirol in Not und Bewahrung“ (Athesia Bozen, 1955, seit Jahren vergriffen)

Dr. Erich Egg

geb. 1. 5. 1920 in Hall/Tirol

Studium der Geschichte, Geographie, Kunstgeschichte, Urgeschichte und der Volkskunde in Innsbruck

1948/1949 Referent für Heimatmuseen beim Landesdenkmalamt

1950/1951 Referent im Volksbildungsreferat i. n. d.

1951/1954 im Landesjugendreferat

1954/1955 Referent in der Kulturabteilung des Amtes der Landesregierung

Seit 1956 Direktor des Tiroler Landesmuseums Ferdinandeum

Claus Gatterer

geb. 27. 3. 1924 in Sexten

Studium der Philosophie und Geschichte an der Universität Padua (nicht abgeschl.)
Journalistische Tätigkeit bei folgenden Zeitungen:

Tiroler Nachrichten, Salzburger Nachrichten, Münchener Merkur, Die Presse, Die Zeit (Hamburg), Die Furcha (Wien), Forum bzw. Neues Forum (Wien)

Verfasser der offiziellen Broschüre des Außenministeriums über Südtirol für die Debatten bei der UNO

Seit 1967 freier Schriftsteller

Veröffentlichungen:

Unter seinem Galgen stand Österreich, Cesare Battisti — Portrait eines Hochverrätlers (Europaverlag Wien, 1967)

Im Erscheinen begriffen:

Ein Kampf gegen Rom. Minderheiten und Autonomien in Italien (Europaverlag Wien, erscheint August 1968)

Univ.-Ass. Dr. Johannes Griebmaier

geb. 11. 11. 1938 in Kiems

Studium der Geschichte, Germanistik, Kunstgeschichte und Volkskunde in Innsbruck

Assistent am Institut für Volkskunde der Universität Innsbruck

Dissertation: Die bäuerlichen Diebstöben im Pustertal

Dr. Friedrich Haider

geb. 3. 4. 1921 in Pottau (Nördtirol)

Studium der Geschichte, Geographie, Kunstgeschichte und Volkskunde in Innsbruck
Seit 1953 Leiter der Abteilung „Volk und Heimat“ des Österreichischen Rundfunks in Innsbruck

Veröffentlichungen: (im Erscheinen begriffen)

Tiroler Brauch im Jahreslauf (Verlag Tyrolia, Innsbruck)

Dr. Karl Mitterdorfer

geb. 1920 in Gries bei Bozen

Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Innsbruck

Tätigkeit als Beamter bei der Österreichischen Länderbank, im Tiroler Landesreisebüro und bei der Sparkasse Bozen

Seit 1958 Abgeordneter in der Römischen Kammer

Dipl.-Vw. Dr. Manfred Nayer

geb. 23. 12. 1918 in Innsbruck

Ab 1947 Chefredakteur-Stellvertreter, ab 1951 Chefredakteur der Tiroler Tageszeitung

1947 Graduation zum Diplom-Volkswirt, 1948 Promotion zum Doktor der Wirtschafts-

wissenschaften an der Universität Innsbruck

Zeitungspraxis bei der „Wiener Zeitung“, bei den „Basler Nachrichten“, bei ameri-

Dr. Franz Ortner

geb. 1922 in Cölnitz (Vorarlberg)

Studium Germanistik und Geschichte an den Universitäten Wien und Innsbruck

Mitarbeit beim Rundfunk in Berlin, Stuttgart und Wien

Seit 1954 Redakteur der Vorarlberger Nachrichten

Dr. Ettore Petto

geb. 20. 12. 1931 in Trien

Studium der Staatswissenschaften an der Universität Padua

1955 Beginn der journalistischen Tätigkeit in Bozen, zuerst für die Agentur Italia, dann für den Corriere della Sera

ab 1965 Auslandskorrespondent des Corriere della Sera in Wien

Veröffentlichung:

Mitverständnisse im Südtirol-Problem (Arbeitstitel in Italienisch: Equivoci del problema sudtirolese). Emerso wissenschaftlich Frühjahr 1968

Dr. Fritz Prior

geb. 7. 10. 1921 in Innsbruck

Studium der Chemie an der Universität Innsbruck

Professor an der Höheren Technischen Bundeslehranstalt Innsbruck

Seit Oktober 1965 im Tiroler Landtag

Seit November 1965 in der Tiroler Landesregierung, Leiter des Schul- und Kulturreferates und amtierender Präsident des Landesarchivates

Seit November 1965 Landeshauptmann-Stellvertreter von Nordtirol

Dr. Umberto Segre

geb. 1908

Studium der Philosophie

1931 Lektor für Italienische Sprache an der Universität Aix-en-Provence

1946 Professor an der Universität in Mailand

Seit Jahren Professor an der Hochschule für Soziologie von Trient

Tätigkeit als Journalist, bei verschiedenen Zeitschriften Italiens

In den letzten Jahren: Redakteur des Il Giorno, Mailand

Dr. Karl Stuhlpfarrer

geb. 23. 9. 1911 in Wien

Studium: Zeitgeschichte und Germanistik an der Universität Wien

Dissertation bei Univ.-Prof. Dr. Jadhav: Die Operationszonen Alpenvorland und Adriatisches Küstenland 1943-1945 (Wien, 1947)

stud. rer. oec. Emil Stocker

geb. 20. 12. 1929 in Meran

Bis 1945 Oberschule in Rufsch, Schwarz, Brixon

Berufstätig als Elektriker

Berufssoldat in Algerien und Indochina

Anschließend Verwaltungsangestellter

1964 Handelsmatura

Seit 1964 Student der Wirtschafts- und Handelswissenschaften an der Katholischen Universität in Mailand

Hochschul-Prof. Dr. Theodor Veiter

geb. 22. 9. 1907 in München

Studium der Rechtswissenschaften an der Universität München und Wien

Hochschulprofessor für Gesellschaftslehre, Nationalitätenrecht und Völkerrecht an der Philosophisch-theologischen Hochschule Königstern im Taunus

Mitherausgeber der Vierteljahresschrift für Nationalitätenfragen „Europa Ethnica“ (früher Nation und Staat)

Sekretär der Association for the study of the World Refugee Problem

Schriftleiter der Vierteljahresschrift „A.W.R.-Bulletin“

Veröffentlichungen:

Mehr als 300 selbständige Werke, Beiträge in Sammelwerken, Festschriften, Zeitschriften besonders auf dem Gebiete des Völker- und Volksgruppenrechtes, des Flüchtlings- und Menschenrechtes

Ing. Hermann Weber

geb. 21. 3. 1925 in Oberperforf

1981 bis 1986 a. o. Hörer bei Prof. Brozinka an der Universität Innsbruck

Seit 1951 im Landesdienst (Berufsschullehrer und Wirtschaftsberater bis 1950).

Schulungsheim Reichenau bis 1960, ab

1981 Leiter des Bildungshomes Grillhof

Univ.-Prof. Dr. Jakobus Wössner

geb. 8. 10. 1921

Studium der Staatswissenschaften, Philosophie, Theologie und Soziologie (Dipl. rer. pol., Dr. rer. pol., Bacc. phil., Bacc. theol.)

Lehrfähigkeit an der Universität Erlangen-Nürnberg, an der Universität Bochum und an der Universität Linz

Vorstand des Institutes für Sozialphilosophie und Allgemeine Soziologie an der Universität Linz

Veröffentlichungen:

Die ordnungspolitische Bedeutung des Vorhandenseins (Die Verbandsgesellschaft) (Tübingen, 1961)

Mensch und Gesellschaft (Berlin, 1963)

Sozialstruktur und Sozialstruktur (Berlin, 1965)

stud. phil. Josef Zelger

geb. 2. 2. 1940 in Storzing

1965 Abschluss des Theologiestudiums mit dem Absolutarium in Innsbruck

Seit 1965 Studium der Philosophie und Mathematik in Innsbruck

Schlußbemerkung

Die vorliegende Sondernummer stellt in doppelter Hinsicht ein Experiment dar: zum ersten Mal werden die Diskussionsbeiträge entweder zusammengefaßt oder vollinhaltlich abgedruckt. Weiterhin wird diese Sondernummer nicht mehr an alle Studenten und Abonnenten verschickt, sondern sie ist zur Subskription gestellt worden. Zwei Überlegungen waren für dieses Vorgehen ausschlaggebend: einmal die zu starke finanzielle Belastung und zweitens die Behauptung, kein Mensch lese die Sondernummer, da das Interesse an den Themen der Studientagungen der SH beschränkt sei. Mit dieser Sondernummer konnte diese Behauptung weitgehend widerlegt werden: über 500 Subskriptionen zeigen von einem weitaus größerem Interesse, als wir je zu hoffen gewagt hätten. Allerdings, und dies sei hier ausdrücklich ausgesprochen, war die Bestellung von seiten der Studenten viel geringer als von seiten der Akademiker und der öffentlichen Stellen. Durch die hohe Anzahl von Bestellungen aus dem Ausland hoffen wir, daß die bei der Tagung ausgesprochenen Gedanken dazu beitragen mögen, das Südtirolproblem auch im Ausland auf jene Dimensionen einzuschränken, die der Wirklichkeit entsprechen.

Das vorliegende Heft weist notwendigerweise viele Mängel auf: durch die Zerteilung der Studientagung in diesem Jahre sahen wir uns gezwungen, so schnell wie möglich mit der Drucklegung zu beginnen, um die Broschüre noch vor dem zweiten Teil der Tagung herauszubringen. Aus diesem Grunde konnten die Zusammenfassungen der Diskussionen nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit erarbeitet werden. Ich möchte daher alle Leser für eventuelle sprachliche Ungenauigkeiten um Nachsicht bitten.

Der Abdruck aller Referate konnte auch nicht vorgenommen werden: Prof. Wössner war aus Zeitgründen nicht mehr in der Lage, sein Referat auf den neuesten Stand gemäß den statistischen Erhebungen im Raumordnungsplan umzuarbeiten. Deshalb mußte vom Abdruck seiner Ausführungen abgesehen werden.

Bei dieser Gelegenheit danke ich allen Referenten für ihre Mitarbeit und allen Kolleginnen und Kollegen für ihre Teilnahme an der Tagung. Mein Dank gilt besonders dem Vorstand der Südtiroler Hochschülerschaft, der mich bei der Ausarbeitung dieser Sondernummer tatkräftig unterstützt hat.

Der Vorsitzende: Helimuth Ladurner